Archiv der Gossner Mission
im Evangelischen Landeskirchlichen Archiv in Berlin

Signatur **Gossner_G 1_1702**

Aktenzeichen ohne

Titel

Facharbeitskreis III - Ökumenische Diakonie, Sitzungsunterlagen und Arbeitspapiere

Band 2

Laufzeit 1987 - 1991

Enthält

Unterlagen des des Facharbeitskreises III - Ökumenische Diakonie beim Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR (FAK III), u. a. Unterlagen Weltkonsultation zum ökumenischen Miteinanderteilen, 1987; Wirtschaftssysteme in Ost und West - Anspruch u. Wirkl

Digitalisiert/Verfilmt 2009 von Mikro-Univers GmbH

Gossner Mission

FAK III

Facharbeitskreis "Ökumenische Diakonie" des Bundes der Evangelischen Kirchen (BEK) und Kammer der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) für Kirchlichen Entwicklungsdienst

Memorandum zur Politik, wirtschaftlicher Entwicklung und Zusammenarbeit (Fassung vom 12.4.1991/nach Durchsicht von Hickel)

1. *Chance und Herausforderung für eine Standortbestimmung*

Nachdem die Prozesse der gesellschaftlichen und ideologischen Umbrüche den Abbau der Ost-West- Konfrontation bewirkten und sich daraus resultierend eine veränderte Position der Kirchen in der Gesellschaft ergab, ist es möglich und notwendig, den Standort für einen künftigen gemeinsamen Beitrag der evangelischen Kirchen in Deutschland und ihrer Einrichtungen zur Gestaltung gerechterer Nord-Süd-Beziehungen zu bestimmen. Dabei kann auf Erfahrungen der ~~Kooperation und~~ Zusammenarbeit in der Vergangenheit Bezug genommen werden.

2. *Krasser Gegensatz von Armut und Reichtum*

Das kirchliche Engagement in der Nord-Süd-Frage gründet in der Überzeugung, daß die krassen Gegensätze von extremer, lebensbedrohender Armut und überflüssigem, die Ressourcen dieser Welt verschwendendem Reichtum einen Skandal für den christlichen Glauben, eine Mißachtung grundlegender Menschenrechte und eine fundamentale Verletzung der Würde sowohl der im Elend wie der im Reichtum lebenden Menschen darstellen.

3. *Ausweitung und Verschärfung der Armut*

Trotz aller Anstrengungen sind die seit der ersten Entwicklungsdekade gesteckten Ziele nicht erreicht worden:

- *Die Zahl der unter Bedingungen der absoluten Armut lebenden Menschen, die weniger als 0,30 $ US täglich zum Leben haben, hat sich von 400 Mio. Menschen zu Beginn der sechziger Jahre auf ca 630 Mio. im Jahre 1985 erhöht. Dabei ist die Verarmungsrate bei Frauen höher und wächst schneller als bei Männern.*

Gossner Mission

* *Auf der Grundlage von Daten der Weltgesundheitsorganisation (WHO) und der Welternährungsorganisation (FAO) errechnete die Weltbank (1986), daß im Jahre 1980 730 Millionen Menschen so stark an einer Unterversorgung an Nahrung litten - gemessen an Kalorienbedarf und -Versorgung, daß sie nicht aktiv am Wirtschaftsleben teilnehmen konnten; 340 Millionen Menschen waren im gleichen Jahr so unterversorgt, daß ihre physische Entwicklung beeinträchtigt wurde.*

In den am wenigsten entwickelten Ländern (LDC) stieg die Zahl der Menschen, deren Nahrungsmitteldefizit so erheblich war, daß ihre körperliche Entwicklung beeinträchtigt wurde, im Zeitraum von 1970 bis 1980 um 54%. Im Gegensatz dazu liegt die durchschnittliche Nahrungsversorgung in den Industrieländern bei 130%.

4. *Versagen der Wirtschaftsmodelle*

Keines der vorherrschenden plan- oder marktwirtschaftlichen Modelle war bisher in der Lage, den Gegensatz zwischen Armut und Reichtum entscheidend auszugleichen. Im Weltmaßstab müssen sie unter entwicklungspolitischen, sozialen und ökologischen Gesichtspunkten als gescheitert gelten. Der Zusammenhang zwischen der Anhäufung von Reichtum auf der einen und dem Absinken des Lebensstandards und der zunehmenden Verelendung auf der anderen Seite ist historisch und politisch sowohl auf nationaler wie auch auf globaler Ebene nachweisbar.

5. *Soziale Gerechtigkeit - Ziel kirchlichen Entwicklungsdienstes*

In ihren Überlegungen zu einer gerechteren Welt(wirtschafts)ordnung lassen sich Christen von einem Verständnis sozialer Gerechtigkeit leiten, das in dem biblischen Grundgedanken vom Recht der Armen und der Schwachen gründet. Sie wissen, daß Gott das Leiden der versklavten Menschen sieht und ihre Klage über das Elend der Unterdrückung hört (Ex 3,7f). Gottes Zusage, auf die Schreie der Armen zu antworten, zielt nicht nur auf Linderung und Trost, sondern auf Befreiung und Schaffung von

Gossner Mission

Gerechtigkeit. Im Bewußtsein, daß diese Befreiung nicht von Menschen vollendet werden kann, darf sich kirchliche Entwicklungsarbeit nicht auf Nothilfe beschränken, solange politisches und wirtschaftliches Handeln im internationalen Maßstab ständig neues Elend erzeugen. Eine gerechtere Ordnung der Welt bleibt grundlegende Orientierung kirchlichen Handelns.

6. Teilen und Solidarität

Die Erfahrungen von Kirchen des Nordens und des Südens aus der praktischen Entwicklungszusammenarbeit haben gelehrt, daß die Überwindung der Armut, des Hungers und der Not in der Welt und ihrer Ursachen nicht durch "Helfen" geschieht, das die einen zu Objekten des Handelns der anderen macht, sondern im gemeinsamen "Teilen" geschehen sollte.

Teilen gründet in der gemeinsamen Überzeugung von der Gleichwertigkeit und Gleichberechtigung der Partner und wurzelt in der Solidarität mit den Armen und Benachteiligten.

7. Ökumenisches Verständnis von Entwicklung

Die ökumenische Diskussion um Entwicklung hat folgende wesentliche Komponenten als unabdingbar herausgearbeitet:

- Wirtschaftliche Entwicklung:
  orientiert an sozialer Gerechtigkeit, an ökologischer Verträglichkeit und einer verantwortlichen Nutzung der Ressourcen dieser Erde.

- Partizipation:
  Gleichberechtigung bei der Beteiligung an gesellschaftlichen Prozessen und Einrichtungen, im Zugang zu wirtschaftlichen Ressourcen und bei der gerechten Verteilung des erwirtschafteten Wohlstandes.

- Eigenständigkeit und Selbstverantwortung:
  das Recht der an der Entwicklung beteiligten auf die eigenständige Gestaltung ihres Entwicklungsweges.

Nur da, wo alle diese Komponenten beachtet und in Handeln umgesetzt werden, besteht Aussicht auf eine gerechtere Entwicklung.

Gossner Mission

8. Neuorientierung des Wirtschaftens im Norden und Süden

Ökonomische Entwicklung in diesem Sinne ist ein gesamtgesellschaftlicher Umgestaltungsprozeß, der nicht auf die wirtschaftlich schwachen Länder beschränkt ist. Angesichts der Abhängigkeiten und Wechselwirkungen zwischen den nationalen und regionalen Ökonomien und der Einbindung in die globalen Wirtschaftsstrukturen sind grundlegende wirtschaftliche Veränderungen, eine Neuorientierung des Wirtschaftens und der ihm zugrundeliegenden Werte und Normen auch in den Industrieländern unvermeidlich. Eine gerechte Wirtschaftsentwicklung ohne tiefgreifende Veränderungen im Norden ist unmöglich.

9. Begrenztheit der Ressourcen dieser Erde

Die darauf bezugnehmende Bewußtseins- und Verhaltensänderung zielt darauf ab, ein anderes Verständnis von materiellen Bedürfnissen zu wecken, das berücksichtigt, daß Wirtschaftssysteme, die ausschließlich auf Produktivität, Erhöhung der Effektivität und Rentabilität ausgerichtet sind, fortlaufend Scheinbedürfnisse schaffen müssen und zu Überkonsum führen. Sie kennzeichnen eine Fehlentwicklung, die vor allem dem Ausgleich zwischen Armut und Reichtum im Wege steht und gleichzeitig unausweichlich ökologische Katastrophen heraufbeschwört. Demgegenüber ist es Aufgabe der Kirchen, ein Bewußtsein für die Endlichkeit der Ressourcen dieser Erde und die Grenzen des wirtschaftlichen Wachstums sowie der privaten Aneignung zu fördern.

10. Rüstung gefährdet den Frieden und hemmt Entwicklung

Der Abbau von ideologischen Feindbildern, umfassende Abrüstung und verschärfte Verbote und Kontrollen von Rüstungsexporten sind notwendig, um die Verschwendung der begrenzten Ressourcen dieser Erde zu verringern und das Tötungspotential der Rüstung auch im Frieden zu mindern. Die Durchsetzung politischer und wirtschaftlicher Interessen mit militärischen Mitteln ist zu verhindern.

Gossner Mission

11. Bekämpfung der Ursachen von Fluchtbewegungen und Rassismus

Verelendung und Armut, Ungerechtigkeit und Rechtsunsicherheit sowie Kriege und Katastrophen zwingen Millionen von Menschen zur Flucht aus ihrer Heimat. Die Beseitigung der Ursachen von Fluchtbewegungen werden immer vordringlicher.

Das Lebensrecht von Flüchtlingen und Arbeitsmigranten und ihren Familien muß geachtet und gesichert werden. Der Dialog und der Austausch mit Menschen aus anderen Kulturen und anderen Religionen im Zusammenhang der entwicklungsbezogenen Arbeit ist eine Bereicherung und dient der Überwindung von Fremdenfeindlichkeit und Rassismus.

12. Folgerungen für die kirchliche Entwicklungsarbeit

Die Entwicklungsaufgabe ist eine gesamtgesellschaftliche Herausforderung, zu der die Kirchen ihren Beitrag auf der Grundlage einer christlichen Ethik leisten wollen.

a) Sie bekräftigen daher ihre Verpflichtung, sich auch weiterhin in ungeschmälertem Umfang gemeinsam mit ihren Partnern in der Entwicklungsarbeit zu engagieren und ihren Beitrag zur Überwindung der Armut, des Hungers und der Not in der Welt und ihrer Ursachen zu leisten und halten an der Zielsetzung fest, dafür 2% bis 5% der Kirchensteuereinnahmen zu verwenden und "mindestens 2% ihrer Kirchensteuereinnahmen, jedoch nicht weniger als 100 Mio. DM jährlich für die Gemeinschaftsaufgabe "Kirchlicher Entwicklungsdienst"" aufzubringen.

b) Kirchliche Entwicklungsarbeit will das Ziel verfolgen, unmittelbare Armut und Not zu überwinden und Strukturen zu verändern, die Ursachen für Ungerechtigkeit, Unterdrückung und Verarmung sind. Insofern sie sich dabei an den Zielen der Selbstorganisation und der Selbstbestimmung der Menschen orientiert, will sie einen Beitrag zur Entwicklung einer politischen Kultur leisten, die gesellschaftliche Wandlungsprozesse ermöglicht. In der praktischen Entwicklungsarbeit hat die Unterstützung partizipatorischer und emanzipatorischer Bewe-

Gossner Mission

gungen in Ländern der Dritten Welt Vorrang. Hierbei ist die Selbstorganisation von Frauen und ihre gleichberechtigte Beteiligung an Entwicklungsprozessen besonders zu stärken.

c) Die Entwicklungsbemühungen werden zunehmend durch nationale, regionale und internationale Spannungen, soziale, religiöse und ethnische Konflikte gefährdet, wenn nicht gar zunichte gemacht. Die Kirchen sind im Dialog mit den Verantwortlichen Anwälte der Partner und artikulieren die Anliegen der religiösen, ethnischen und sozialen Minderheiten, die häufig die ersten Opfer des wirtschaftlichen Niedergangs und der Zuspitzung der Interessenkonflikte im sich verschärfenden Verteilungskampf sind. Sie drängen auf friedliche Lösungen.

Die Bemühungen eines intensiven interreligiösen und interkulturellen Dialogs zur Konfliktregulierung sind besonders auch auf der Ebene des zusammenwachsenden Europa notwendig, einerseits zur Wahrnehmung der Verantwortungsgemeinschaft von Nord nach Süd, andererseits zur Bewältigung der Problemstellungen innerhalb Europas.

d) Die Kirchen können die angesprochenen strukturellen politischen, wirtschaftlichen und sozialen Probleme nicht aus ihrer Mitverantwortung im eigenen Kontext ausklammern und setzen sich für eine Verstärkung der entwicklungsbezogenen Bewußtseinsbildung im eigenen Land und für einen intensivierten Dialog mit allen gesellschaftlich relevanten Einrichtungen und Gruppen über entwicklungspolitische Problemstellungen ein. Diese Bemühungen sind ein integraler Bestandteil des kirchlichen Entwicklungsengagements.

e) Das Engagement der Kirchen im Entwicklungsbereich zielt auf Gerechtigkeit als internationale soziale Aufgabe und läßt die Kirchen im Rahmen des konziliaren Prozesses für "Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung" an Konzepten für eine Wirtschaftsordnung mit dem Ziel einer gerechten, partizipatorischen und überlebensfähigen Gesellschaft mitarbeiten.

Gossner Mission

f) *Die Kirchen danken allen, die durch Spenden oder persönliche Mitarbeit diesen Dienst der Kirchen ermöglicht haben und bitten sie, in ihrer Unterstützung nicht nachzulassen.*

13. ***Politische Rahmenbedingungen für Entwicklung***

An die Verantwortlichen in Regierung, Wirtschaft und Gesellschaft appellieren die Kirchen,

a) *sich mit Nachdruck für eine baldige Lösung der Verschuldungskrise, insbesondere für die am wenigsten entwickelten Länder, einzusetzen und den Entwicklungsländern Handlungsspielräume für eine an den Grundsätzen der Gerechtigkeit und der sozialen und ökologischen Verträglichkeit orientierten Entwicklung zu eröffnen,*

b) *sich auf internationaler Ebene für Finanz- und Wirtschaftsbeziehungen einzusetzen, die den Verschuldungsmechanismen entgegenwirken,*

c) *sich für gerechtere Austausch- und Handelsbeziehungen zwischen den Industrieländern und den Entwicklungsländern einzusetzen. Das beinhaltet die Durchsetzung von handelspolitischen Vorzugsbedingungen für die am wenigsten entwickelten Länder, die Änderung der "Terms of Trade" zugunsten von Entwicklungsländern und die Öffnung der Märkte der Industrieländer für Fertigwaren aus Entwicklungsländern.*

12.4.1991/R. Lingscheid

Gossner Mission

FAK III

1

Facharbeitskreis "Ökumenische Diakonie" des Bundes der Evangelischen Kirchen (BEK) und Kammer der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) für Kirchlichen Entwicklungsdienst

Memorandum zur Politik, wirtschaftlicher Entwicklung und Zusammenarbeit (Entwurf)

1. Chance für eine Standortbestimmung

Der Prozeß der gesellschaftlichen und ideologischen Umbrüche, der Abbau der Ost-West-Konfrontation und die daraus resultierende veränderte Position der Kirchen in der Gesellschaft machen es notwendig, den Standort für einen künftigen gemeinsamen Beitrag der evangelischen Kirchen in Deutschland und ihrer Einrichtungen zur Gestaltung gerechterer Nord-Süd-Beziehungen zu bestimmen.

2. Krasser Gegensatz von Armut und Reichtum

Das kirchliche Engagement in der Entwicklungsarbeit gründet in der Überzeugung, daß die krassen Gegensätze von extremer, lebensbedrohender Armut und überflüssigem, die Ressourcen dieser Welt verschwendendem Reichtum einen Skandal für den christlichen Glauben, eine Mißachtung grundlegender Menschenrechte und eine fundamentale Verletzung der Würde der im Elend lebenden Menschen darstellen.

3. Ausweitung und Verschärfung der Armut

Die mit Beginn der kirchlichen Entwicklungsarbeit gesteckten Ziele sind im wesentlichen nicht erreicht worden:

* Die Zahl der unter Bedingungen der absoluten Armut lebenden Menschen, die weniger als 0,30 $ US täglich zum Leben haben, hat sich von ca. 400 Mio. Menschen zu Beginn der sechziger Jahre auf ca 630 Mio. im Jahre 1985 erhöht. Dabei ist die Verarmungsrate bei Frauen höher und wächst schneller als bei Männern.

* Die Weltbank weist in ihrem Bericht für 1990 aus, daß mehr als 1,115 Mrd. Menschen weniger als 1 $ US pro Tag zum Leben haben.

Gossner Mission

* *Die Zahl der von den Vereinten Nationen als "am wenigsten entwickelte Ländern" (LDC) eingestuften Länder stieg von 31 (1980) auf 42 (1990).*

* *Noch immer liegt die Sterblichkeit von Kindern unter 5 Jahren in Afrika bei 170 von 1000 Kindern (zum Vergleich: Schweden verzeichnet 10 Todesfälle von 1000 Kindern).*

* *Mehr als 110 Mio. Kinder bekommen keinerlei Grundschulbildung.*

* *Nur etwa ein Drittel der Menschen hat Zugang zu sauberem, gesundem Trinkwasser und nur ein Fünftel der Menschen in den Entwicklungsländern können lesen und schreiben.*

4. *Versagen der Wirtschaftsmodelle*

Keines der vorherrschenden plan- oder marktwirtschaftlichen Modelle war bisher in der Lage, den Gegensatz zwischen Armut und Reichtum entscheidend auszugleichen. Unter entwicklungspolitischen, ~~insbesondere unter~~ sozialen und ökologischen Gesichtspunkten, müssen sie deshalb in der Art, wie sie in globalem Maßstab bisher praktiziert wurden, als gescheitert gelten. ~~Der Nachweis eines~~ Zusammenhangs zwischen der Anhäufung von Reichtum auf der einen und dem Absinken des Lebensstandards und der zunehmenden Verelendung auf der anderen Seite ist historisch und politisch sowohl auf nationaler wie auch auf globaler Ebene möglich nachweisbar.

5. *Soziale Gerechtigkeit - Ziel kirchlichen Entwicklungsdienstes*

In ihren Überlegungen zu einer gerechteren Welt(wirtschafts)ordnung lassen sich Christen von einem Verständnis sozialer Gerechtigkeit leiten, das in dem biblischen Grundgedanken vom Recht der Armen und der Schwachen gründet. Sie wissen, daß Gott das Leiden der versklavten Menschen sieht und ihre Klage über das Elend der Unterdrückung hört (2. Mose 3, Vers 7-8). Gottes Zusage, auf die Schreie der Armen zu antworten, zielt nicht nur auf Linderung und Trost, sondern auf Befreiung und Schaffung von Gerechtigkeit. Im Bewußtsein, daß diese Befreiung nicht von Menschen vollendet werden kann, ist kirchliches Engagement ~~überhaupt so~~ auch im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit

Gossner Mission

~~dennoch~~ darauf gerichtet, Not zu lindern, Ungerechtigkeit zu bekämpfen und die Strukturen der Armut zu beseitigen: "Für den Kirchlichen Entwicklungsdienst ist ... eine Grundentscheidung gefallen: er hat sich der Menschen anzunehmen, die an den Rand ihrer Gesellschaft gedrängt werden und denen niemand hilft. Um ihretwillen arbeitet er mit an der Veränderung gesellschaftlicher Verhältnisse" (Denkschrift der EKD: Der Entwicklungsdienst der Kirche - Ein Beitrag für Frieden und Gerechtigkeit in der Welt, § 34).

Kirchliche Entwicklungsarbeit darf sich nicht auf Nothilfe beschränken, solange politisches und wirtschaftliches Handeln im internationalen Maßstab ständig neues Elend erzeugen. Eine gerechtere Ordnung der Welt bleibt grundlegende Orientierung kirchlichen Handelns.

6. Teilen und Solidarität

Die Erfahrungen von Kirchen des Nordens und des Südens aus der praktischen Entwicklungszusammenarbeit haben gelehrt, daß die "Überwindung der Armut, des Hungers und der Not in der Welt und ihrer Ursachen" ~~(Synode der EKD 1968)~~ nicht durch "Helfen" geschieht, das die einen zu Objekten des Handelns der anderen macht, sondern im gemeinsamen "Teilen".

Hilfe beschränkt sich in der Praxis auf das Abgeben aus dem Überfluß, aus einer Position der Überlegenheit, der Macht und des Reichtums, verletzt damit aber die Selbstachtung der Empfangenden und lähmt ihren Willen zur Selbsthilfe.

Teilen gründet in der gemeinsamen Überzeugung von der Gleichwertigkeit und Gleichberechtigung der Partner und wurzelt in der Solidarität mit den Armen und Benachteiligten. "Solidarität heißt nicht vollständige Identifikation, nicht Einmischung, nicht Flucht aus der eigenen Situation, sondern heißt Mitbetroffensein, heißt Sorgen und Hoffnungen der (...) Unterdrückten zu teilen" (Aufruf zur Sonderspende für das Programm zur Bekämpfung des Rassismus und Thesen zur Solidarität, BEK 1973).

7. Ziele der ökumenischen Zusammenarbeit

Die ökumenische Diskussion um Entwicklung hat folgende wesentliche Komponenten als unabdingbar herausgearbeitet:

Gossner Mission

- *Qualitatives statt quantitatives Wachstum:*
  orientiert an sozialer Gerechtigkeit, an ökologischer Verträglichkeit und einer ~~nachhaltigen~~ Nutzung der Ressourcen dieser Erde.

- *Partizipation:*
  die Beteiligung der Bevölkerung an politischen und wirtschaftlichen Entscheidungsprozessen.

- *Chancengleichheit und Gerechtigkeit:*
  die Schaffung gleichberechtigter Zugänge zu gesellschaftlichen Einrichtungen und wirtschaftlichen Ressourcen und die gerechte Verteilung des erwirtschafteten Wohlstandes.

- *Eigenständigkeit und Selbstverantwortung:*
  die Achtung der Eigenständigkeit und Eigenverantwortlichkeit der an der Entwicklung ~~B~~eteiligten ~~Akteure~~.

Nur da, wo alle diese Komponenten beachtet und in Handeln umgesetzt werden, besteht Aussicht auf eine gerechtere Entwicklung.

8. *Neuorientierung des Wirtschaftens im Norden und Süden*

Ökonomische Entwicklung in diesem Sinne ist ein gesamtgesellschaftlicher Umgestaltungsprozeß, der nicht auf die wirtschaftlich schwachen Länder beschränkt ist. Angesichts der Abhängigkeiten und Wechselwirkungen zwischen den nationalen und regionalen Ökonomien und der Einbindung in die globalen Wirtschaftsstrukturen sind grundlegende wirtschaftliche ~~Korrekturen~~, eine Neuorientierung des Wirtschaftens und der ihm zugrundeliegenden Werte und Normen auch in den ~~entwickelten~~ Industrieländern unvermeidlich. Eine gerechte Wirtschaftsentwicklung ohne tiefgreifende Veränderungen im Norden ist unmöglich. ~~Deshalb ist kirchliches Bemühen um eine gerechte Entwicklung gleichermaßen auf die Verantwortlichen im Süden wie im Norden gerichtet.~~

9. *Begrenztheit der Ressourcen dieser Erde*

Bewußtseins- und Verhaltensänderung zielt darauf ab, ein anderes Verständnis von mate-

Gossner Mission

riellen Bedürfnissen zu wecken und ein Bewußtsein zu schaffen für die Endlichkeit der Ressourcen dieser Erde und die Grenzen des wirtschaftlichen Wachstums und der privaten Aneignung. ~~"Es kann~~ nicht nur um eine statistisch ausweisbare Erhöhung des wirtschaftlichen Wachstums gehen, von dem nur Minderheiten profitieren. Eine Entwicklungsplanung, die nicht von den Bedürfnissen der Masse der Menschen ausgeht, führt trotz wirtschaftlicher Erfolge zu einer Beibehaltung oder gar Steigerung sozialer Ungerechtigkeit." (Denkschrift der EKD, 1973, § ~~151.~~)

Zitat es «DN + Wer ..»

10. Rüstung gefährdet den Frieden und hemmt Entwicklung

Der Abbau von ideologischen Feindbildern, umfassende Abrüstung und verschärfte Verbote und Kontrollen von Rüstungsexporten sind notwendig, um die Verschwendung der begrenzten Ressourcen dieser Erde zu verringern und das ~~T~~ötungspotential der Rüstung auch im Frieden zu mindern.

Abbau da Zwang zu Ressourcen. Lösung pol. Konflikte — 1 Mehrzahl Mittel sind uns bekannt.

11. Be~~seitigung~~ kämpfen der Ursachen von Fluchtbewegungen und Rassismus

Verelendung und Armut, Ungerechtigkeit und Rechtsunsicherheit sowie Kriege und Katastrophen zwingen Millionen von Menschen zur Flucht aus ihrer Heimat. Die ~~Überwindung~~ der Ursachen ~~und der Auslöser~~ von Fluchtbewegungen werden immer vordringlicher.

Beseitigung

Das Lebensrecht von Flüchtlingen und Arbeitsmigranten und ihren Familien muß geachtet werden. Der Dialog und der Austausch mit Menschen aus anderen Kulturen und anderen Religionen im Zusammenhang der entwicklungsbezogenen Arbeit ist eine Bereicherung und dient der Überwindung von Fremdenfeindlichkeit und Rassismus

sind gesichert

12. Folgerungen für die kirchliche Entwicklungsarbeit

13. vor 12.

Die Entwicklungsaufgabe ist eine gesamtgesellschaftliche Herausforderung, zu der die Kirchen ihren Beitrag auf der Grundlage einer christlichen Ethik leisten wollen.

können

a) **Verpflichtung zur stetigen Ausweitung materieller Ressourcen**

Gossner Mission

Die Kirchen bekräftigen ihre Verpflichtung, sich auch weiterhin in ungeschmälertem Umfang gemeinsam mit ihren Partnern in der Entwicklungsarbeit zu engagieren und ihren Beitrag "zur Überwindung der Armut, des Hungers und der Not in der Welt und ihrer Ursachen" zu leisten. Sie halten an der Zielsetzung der Beschlüsse der EKD-Synoden von Berlin-Spandau 1968 und Bad Salzuflen 1986 fest dafür, "2% bis 5% der Kirchensteuereinnahmen" zu verwenden, und "mindestens 2% ihrer Kirchensteuereinnahmen, jedoch nicht weniger als 100 Mio. DM jährlich für die Gemeinschaftsaufgabe "Kirchlicher Entwicklungsdienst"" aufzubringen.

Die Kirchen danken allen, die durch Spenden oder persönliche Mitarbeit diesen Dienst der Kirchen ermöglicht haben und bitten sie, in ihrer Unterstützung nicht nachzulassen.

b) **Verpflichtung zur Förderung partizipatorischer Entwicklungsansätze**

Nach wie vor hat die Feststellung der Synode der EKD in Bad Salzuflen 1986 Gültigkeit: "Entwicklungshilfe ist notwendig, aber keine ausreichende Antwort auf die Herausforderungen des Nord-Süd-Konflikts. Denn sie kann die Probleme nicht lösen, solange die politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den Industrie- und Entwicklungsländern und die Rahmenbedingungen in den Ländern der Dritten Welt selbst nicht geändert werden. Ausgangspunkt muß dabei der Respekt vor den grundlegenden Rechten jedes Menschen sein". (Bericht des Themenausschusses zum Schwerpunktthema der 3. Tagung der 7. Synode der EKD, Nov. 1986)
Kirchliche Entwicklungsarbeit hat das Ziel, unmittelbare Armut und Not zu überwinden und Strukturen zu verändern, die Ursachen für Ungerechtigkeit, Unterdrückung und Verarmung sind. Insofern sie sich dabei an den Zielen der Selbstorganisation und der Selbstbestimmung der Menschen orientiert, leistet sie einen Beitrag zur Entwicklung einer politischen Kultur, die gesellschaftliche Wandlungsprozesse ermöglicht.
In der praktischen Entwicklungsarbeit

Gossner Mission

hat die Unterstützung partizipatorischer und emanzipatorischer Bewegungen in Ländern der Dritten Welt Vorrang. Hierbei ist die Selbstorganisation von Frauen und ihre gleichberechtigte Beteiligung an Entwicklungsprozessen besonders zu stärken.

c) **Verpflichtung zur entwicklungsbezogenen Bewußtseinsbildung**

Die Kirchen können die hiermit angesprochenen strukturellen politischen, wirtschaftlichen und sozialen Probleme nicht aus ihrer Mitverantwortung im eigenen Kontext ausklammern und setzen sich für eine Verstärkung der entwicklungsbezogenen Bewußtseinsbildung im eigenen Land und für einen intensivierten Dialog mit allen gesellschaftlich relevanten Einrichtungen und Gruppen über entwicklungspolitische Problemstellungen ein.
Diese Bemühungen sind ein integraler Bestandteil des kirchlichen Entwicklungsengagements. Sie zielen auf Gerechtigkeit als internationale soziale Aufgabe ab und lassen die Kirchen im Rahmen des konziliaren Prozesses für "Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung" an Konzepten für eine Wirtschaftsordnung mit dem Ziel einer gerechten, partizipatorischen und überlebensfähigen Gesellschaft mitarbeiten.

d) **Verpflichtung zu Dialog und Konfliktregulierung**

In zunehmendem Maße sehen sich die Kirchen mit der Tatsache konfrontiert, daß die Entwicklungsbemühungen durch nationale, regionale und internationale Spannungen, soziale, religiöse und ethnische Konflikte gefährdet, wenn nicht gar zunichte gemacht werden.
Das Zusammenwachsen Europas und zunehmende politische Bedeutung machen es notwendig, die Verantwortungsgemeinschaft von Nord und Süd auch auf dieser Ebene zu gestalten.
Die Kirchen bemühen sich hierbei, die Anliegen der Partner auch auf dieser Ebene zu artikulieren. Da religiöse, ethnische und soziale Minderheiten häufig die ersten Opfer des wirtschaftlichen Niedergangs und der Zuspitzung der

Gossner Mission

Interessenkonflikte im sich verschärfenden Verteilungskampf sind, sehen sich die Kirchen aufgerufen, ihre Bemühungen im interreligiösen und interkulturellen Dialog zu verstärken.

13. **Politische Rahmenbedingungen für Entwicklung**

An die Verantwortlichen in Regierung, Wirtschaft und Gesellschaft appellieren die Kirchen,

a) *sich mit Nachdruck für eine baldige Lösung der Verschuldungskrise, insbesondere der am wenigsten entwickelten Länder (LDC), einzusetzen und den Entwicklungsländern Handlungsspielräume für eine an den Grundsätzen der Gerechtigkeit und der sozialen und ökologischen Verträglichkeit orientierten Entwicklung zu eröffnen,*

b) *sich auf internationaler Ebene für Finanz- und Wirtschaftsbeziehungen einzusetzen, die Verschuldungsmechanismen entgegenwirken,*

c) *sich für gerechtere Austausch- und Handelsbeziehungen zwischen den Industrieländern und den Entwicklungsländern einzusetzen. Das beinhaltet die Durchsetzung von handelspolitischen Vorzugsbedingungen für die am wenigsten entwickelten Länder, die Änderung der Terms of Trade zugunsten von Entwicklungsländern und die Öffnung der Märkte der Industrieländer für Fertigwaren aus Entwicklungsländern.*

19.3.1991/
Planungs- und Grundsatzabteilung der AG KED

Gossner Mission

V o r l a g e N r . 1

des Facharbeitskreises Ökumenische Diakonie für die Sitzung der Kommission für Ökumene am 02. 10. 1990

Betr.: **Solidarität als Verfassungsgrundsatz**

Die Kommission möge beschließen:

Die Kommission für Ökumene bittet den Vorstand, gemeinsam mit der EKD unter Rückgriff auf Art. 5 des Einigungsvertrages darauf hinzuwirken, daß in das Grundgesetz eines künftigen deutschen Staates die Verpflichtung zur **Solidarität** mit den unter wirtschaftlicher Unterentwicklungen leidenden Völkern **als Staatsziel** aufgenommen wird.

Begründung:

1. Im gegenwärtig gültigen Grundgesetz gibt es eine solche Festlegung nicht. Sie wird aber als erster Schritt angesehen, um Entwicklungspolitik gesetzlich zu verankern.

2. Dies ist eine der Hauptforderungen des Entwicklungspolitischen Runden Tisches gewesen.

3. Dies entspricht den Intentionen des konziliaren Prozesses.

4. Mit den Geschäftsführern der AG-KED wurde vereinbart, daß eine derartige Inititative auch auf EKD-Seite eingebracht wird.

gez. G. Hickel

Gossner Mission

V o r l a g e N r . 2

des Facharbeitskreises Ökumenische Diakonie für die Sitzung der Kommission für Ökumene am 02. 10. 1990

Betr.: **Zukünftige gemeinsame Kommission für Ökumene**

Die Kommission möge beschließen:

1. Die Kommission für Ökumene schlägt vor, bei der Herausbildung gemeinsamer Leitungs- und Beratungsstrukturen im Prozeß der Zusammenführung der Gliedkirchen des Bundes und der EKD eine **gemeinsame Kommission für Ökumene** einzurichten.

2. Die Kommission ist bereit, eine Konzeption für die Auftragsbestimmung, Zusammensetzung und Arbeitsweise zu entwerfen und die Initiative für deren Beratung mit EKD-Gremien zu übernehmen.

gez. G. Hickel

Gossner Mission

V o r l a g e N r . 3

des Facharbeitskreises Ökumenische Diakonie für die Sitzung der Kommission für Ökumene am 02. 10. 1990

Betr.: **Referat für theol. Dialog**

Die Kommission möge beschließen:

1. Bei der Herausbildung gemeinsamer Strukturen im Prozeß der Zusammenführung der Gliedkirchen des Bundes und der EKD empfiehlt die Kommission dringend die Einrichtung eines Referates, das
   a) die existierenden Kontakte zu Kirchenräten und Kirchen in Kuba, Mocambique, Nikaragua und Vietnam fortführt,
   b) schwerpunktmäßig den theologischen Dialog mit diesen Kirchen pflegt und fördert.

2. Ein solches Referat sollte entweder einer zukünftigen gemeinsamen Kirchenzentrale oder dem EMW zugeordnet sein. Es sollte in enger Verzahnung mit dem jeweiligen Regionalreferenten arbeiten.

3. Ein solches Referat sollte personell mit einem Vertreter des bisherigen Bundes besetzt sein, gleichzeitig aber auch die Erfahrungen einbeziehen, die in den Gliedkirchen der früheren EKD gemacht wurden.

Begründung:

1. Mit den genannten Kirchen sind Kontakte entstanden, die sich weder in den Vollzug von bilateralen Kirchenbeziehungen, noch in die Tätigkeit von Hilfswerken eingliedern lassen. Ein Verlust dieser Kontakte sollte in jedem Falle verhindert werden.

2. Im Kern ist der Zielpunkt dieser Kontakte der kontextbezogene theologische Dialog, der auf einer Vergleichbarkeit der Herausforderungen beruht.

3. Es geht bei der Einrichtung dieses Referates einerseits um das Bewahren einer DDR-spezifischen Erfahrung. Gleichzeitig ist das Interesse an der Sache keineswegs auf die DDR-Kirchen beschränkt. Es gibt eine Vielzahl von Kontakten und daraus resultierenden Erfahrungen mit diesen Ländern auch im Bereich der bisherigen BRD.

gez. G. Hickel

Gossner Mission

V o r l a g e N r . 4

des Facharbeitskreises Ökumenische Diakonie für die Sitzung der Kommission für Ökumene am 02. 10. 1990

Betr.: **Bildungszentrum**

Die Kommission möge beschließen:

1. Im Zusammenhang der Neuordnung ökumenischer Aktivitäten sieht die Kommission drigenden Bedarf für bewußtseinsbildende Arbeit im Bereich von weltweiter sozialer Gerechtigkeit und empfiehlt die Schaffung eines Bidlungszentrums, das sich vorrangig Entwicklungsfragen in der Dritten Welt widmet.

2. Ein solches Bildungszentrum sollte zunächst in erster Linie aber nicht ausschließlich in den Bereich der Gliedkirchen des bisherigen Bundes hineinwirken. Dabei wäre die Angleichung des Diskussionsstandes zu den Gliedkirchen der bisherigen BRD ein Teilziel.

3. Ein solches Bildungszentrum sollte mit bestehenden ökumenischen Werkstätten und auf diesem Gebiet tätigen Mitarbeitern eng zusammenarbeiten und die Entstehung regionaler Strukturen für die entwicklungspolitische Bewußtseinsbildung unterstützten.

4. Es ist zu prüfen, inwieweit sich die Bewußtseinsbildung für ein Zusammenleben mit Ausländern sowie eine grundlegende und allgemeine Vorbereitung von Bewerbern für einen ökumensichen Personalaustausch in die Arbeit eines solchen Zentrums einbeziehen läßt.

Begründung:

1. Der Bidlungsstand in diesem Bereich ist in BRD und DDR sehr unterschiedlich, wobei nicht eindeutig und in jeder Hinsicht von einem Voraus oder Hinterher der einen oder anderen Seite auszugehen ist.

2. Eine zentrale Bildungsstätte ist deshalb nötig, weil die Gliedkirchen in der bisherigen DDR nicht dazu in der Lage sein werden, kurzfristig an dieser Stelle Schwerpunkte zu setzen. Gleichzeitig kommt es darauf an, den Vorlauf, der durch die Arbeit einer Reihe von zentralen Dienststellen im Bereich der bisherigen BRD in unsere Kirchen hinein zu vermitteln.

3. Die Ausländerarbeit ist offensichtlich von brennender Aktualität. Soweit sie mit Bildung zu tun hat, braucht sie einen festen Platz im Netz kirchlicher Aktivitäten auf dem Gebiet der bisherigen DDR.

4. Für die Arbeit der Steuerungsgruppe und den von ihr getragenen ökumenisch-missionarischen Grundkurs gilt, daß hier ein Modell im Entstehen ist, das der Fortführung wert wäre, das aber kaum in EKD-Strukturen einzupassen ist. In diesem Punkt sind Überlegungen der Steuerungsgruppe für Personalaustausch abzuwarten.

gez. G. Hickel

Gossner Mission

V o r l a g e N r . 5

des Facharbeitskreises Ökumenische Diakonie für die Sitzung der Kommission für Ökumene am 02. 10. 1990

Betr.: **KED-Strukturen**

Die Kommission möge beschließen:

1. Die Kommission bittet den Vorstand, in Absprache mit dem Rat eine Empfehlung an die Gliedkirchen des Bundes auszusprechen, die Zusammenarbeit mit zentralen Einrichtungen des Kirchlichen Entwicklungsdienstes zu einem möglichst frühen Zeitpunkt aufzunehmen.

2. Dies betrifft in Sonderheit die Evangelische Zentralstelle für Entwicklungshilfe (eze), die ab 03. 10. 1990 Vermittler für die Beantragung von finanziellen Förderungen kirchlicher Entwicklungsprojekte durch das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit ist.

3. Das betrifft auch die Bereitschaft zur Beteiligung an der KED-Mittelumlage, die wiederum eine Beteiligung an der KED-Mittelvergabe ermöglichen würde.

4. Die Kommission bereitet eine Informationsveranstaltung vor für den 16./17.01.1991/21./22.01.1991, bei der Mitarbeiter der AG-KED die Arbeit ihrer Gliederungen vorstellen und erläutern.
   Sie beauftragt den Facharbeitskreis Ökumenische Diakonie mit der Vorbereitung.

5. Die Kommission empfiehlt nachdrücklich, daß bei Neubesetzung freiwerdender Planstellen in den Stäben der KED-Gliederungen Bewerber aus dem Bereich der Gliedkirchen des Bundes vorübergehend vorrangig berücksichtigt werden, um Kenntnisse über die kirchliche Situation in diesem Bereich an die KED-Dienststellen zu vermitteln. In diesem Zusammenhang sollte auch die Neueröffnung von Planstellen geprüft werden.

6. Die Kommission bittet die Gliedkirchen, interessierte Mitarbeiter vorübergehend zu Praktika in einzelnen Dienststellen der AG-KED freizustellen, um sich Kenntnisse über deren Arbeitsweise anzueignen. Sie bittet die Gliedkirchen gleichzeitig, Einladungen auszusprechen, um einen umgekehrten Informationsfluß zu ermöglichen. Sie bittet die Mitgliedsgremien der AG-KED, derartige Praktika zu ermöglichen.

Begründung:

1. Das BMZ läßt die Beantragung von Mitteln an den Zentralstellen vorbei nicht zu. De facto handelt eze bereits im Namen der Gliedkirchen des Bundes.

2. Neben einer Reihe von anderen Programmen hält KED über ABP Mittel für die bewußtseinsbildende Tätigkeit auch von lokalen Gruppen bereit. Diese Mittel werden bereits intensiv abgefragt. Eine Zwischenlösung,

Gossner Mission

auf die wir uns gegenwärtig geeinigt haben, ist nur für einen begrenzten Zeitraum haltbar.

3. In den Komplex gehört auch DÜ hinein, die bereits unter einem starken Druck von Anträgen aus der DDR stehen (60 bis 70 pro Monat). Dieser Bereich ist zunächst von der Steuerungsgruppe für Personalaustausch zu beraten.

gez. G. Hickel

Gossner Mission

E n t w u r f

einer Arbeitsstelle für entwicklungsbezogene Bildung im Bereich des bisherigen Bundes der Evangelischen Kirchen

---

1. Bedarf

Unter der DDR-Bevölkerung war ein ausgeprägtes Bewußtsein für Solidarität mit den Völkern der Dritten Welt vorhanden. dabei gab es allerdings eine Tendenz zur institutionellen Verfestigung des Solidaritätsgedankens.

Auch im kirchlichen Bereich herrschte Aufgeschlossenheit für Themen und Kontakte aus dem Bereich der Dritten Welt. Spendensammlungen führten zu bemerkenswerten Ergebnissen. Programme des Personalaustausches fanden auch ohne Werbung erhebliche Resonanz.

In Kirche und in anderen Bereichen der Gesellschaft bildete die relative ökonomische Isolierung (z.B. nicht konvertierbare Währung) eine Barriere für die Umsetzung von Engagement. Personen und Gruppen waren in aller Regel auf die vermittelnde Tätigkeit zentraler Institutionen angewiesen (Brot für die Welt, Bund, Solikomitee, Rotes Kreuz). Die politische Trennung von den bestimmenden Akteuren auf dem Weltmarkt bedeutete auch eine distanzierte Wahrnehmung von entwicklungsstrategischen Diskussionen.

Gegenwärtig ist der Faktor "internationale Solidarität" zusammen mit allen ideologischen Bestandteilen und gesellschaftlichen Werten der DDR-Ära in Frage gestellt oder gar in ungerechtfertigter Weise negativ besetzt.

Die weltwirtschaftlichen Strukturen sind aus einer beruhigenden Entfernung schlagartig in die unmittelbare Nähe eingebrochen und stellen den eigenen Lebensraum dar. Eine bisher nur theoretisch beobachtete Diskussion über Entwicklungskonzepte und -strategien muß nachvollzogen werden. Die Arbeitsteilung zwischen staatlichen Institutionen und freien Trägern in diesem Bereich vollzieht sich nicht als Entwicklung, sondern wird den Ländern und damit auch den Kirchen der früheren DDR übergestülpt, ohne daß ihre Hinterfragung gewünscht oder in der Praxis vorstellbar wäre.

Gruppen und Initiativen, die bisher eine wichtige Bildungsfunktion hatten, sehen sich gleichzeitig neuen Entfaltungsmöglichkeiten, aber auch einer nicht gekannten Existenzbedrohung, gegenüber.

Die ökonomische Krise und die Gefährdung des sozialen Friedens führt teilweise zur Ausblendung solidarischer Emotionen und Verhaltensimpulse.

Die Herausbildung einer multikulturellen Atmosphäre bei zunehmender Präsenz von Flüchtlingen und As lsuchenden erfordert Kenntnisse über die Ursachen und Mechanismen von Migrationswellen.

Die Neuorientierung ganzer Komplexe der gesellschaftlichen Wirklichkeit - z. B. Schule, Massenmedien - läßt Kirche auch im entwicklungspolitischen Bereich zum Partner auf bisher unbekannten Gesprächsebenen werden.

Gossner Mission

2. Ziele

2.1. Die genannten Veränderungen fordern von den Gemeinden und Kirchen einen Reflexionsprozeß,der die eigene, neu erlebte, Existenz in ein neu zu bestimmendes Verhältnis zu den Menschen und ihren Kirchen in den Ländern der Dritten Welt setzt. Das schließt ökonomische, politische und theologische Überlegung ein. Es ist ein Bildungsvorgang nicht nur im Sinne einer Wissensvermittlung, sondern eines Lern- und Verstehensprozesses, der reflektiert und b,egleitet werden sollte.
Insofern ist Reflexion eine Teilaufgabe der Arbeitsstelle.

2.2. Angesichts der Vielfalt der neuen Aufgabenfelder, die sich in den Gemeinden eröffnen, stehen "näherliegende" Herausforderungen im Vordergrund. Damit die ökumenische und weltmissionarische Dimension nicht verlorengeht, sind deshalb entsprechende Angebote und Impulse einer solchen Arbeitsstelle wichtig.

2.3. Gleichzeitig soll die Arbeitsstelle ein Faktor bei der Herausbildung entsprechender Arbeitsinstrumente auf regionaler Ebene und einer Zusammenarbeit zwischen Gruppen, Initiativen, Einrichtungen und Mitarbeitern sein.

2.4. In einer Übergangszeit, in der das schulpädagogische Instrumentarium der entwicklungspolitischen Bewußtseinsbildung noch im Entstehen begriffen ist, werden von Lehrern unterschiedlicher Fachrichtungen Erwartungen an die Kirche herangetragen, die sie gegenwärtig nicht erfüllen kann.

2.5. Aus all dem ergibt sich, daß die räumliche Zielrichtung der Arbeitsstelle vornehmlich das Gebiet der früheren DDR betrifft. Gleichzeitig setzt ihre Tätigkeit einen intensiven Dialog mit vergleichbaren Einrichtungen in der früheren BRD voraus.
Wenn der Vollzug der Einigung ein Prozeß des Zusammenwachsens ist, so wäre darüber hinaus eine Vermittlung von Erkenntnissen und Ergebnissen des Veränderungsprozesses in die Kirchen der EKD hinein ein wichtige Funktion.

2.6. Die Punkte 2.1. - 2.5. machen deutlich, daß die Arbeitsstelle eine vorübergehende Funktion hat. Ihre Tätigkeit sollte nach einem angemessenen Zeitraum überprüft werden. Langfristig sollten gliedkirchliche Aktivitäten den Vorrang haben.

3. Arbeitsweise

3.1. Besuche im Sinne einer Referententätigkeit in Gemeinden und Kirchenkreisen.

3.2. Angebot eigener Veranstaltungen, zentraler Art oder in Zusammenarbeit mit regionalen Trägern, offen oder auf bestimmte Zielgruppen, z.B. pädagogische Multiplikatoren, ausgerichtet.

3.3. Erarbeitung von Materialien für Bildungsarbeit.

Gossner Mission

4. Struktur

Die strukturelle Einbindung einer solchen Arbeitsstelle sollte folgende Aspekte berücksichtigen:

a) Die enge Verknüpfung von theoretischen Analysen und Einsichten mit der praktischen ökumenischen Arbeit von Kontakten und Verbindungen in Kirchen der Dritten Welt sollte gewährleistet sein.

b) Ökonomisch-politische Entwicklungsbemühungen sollten mit theologischen Überlegungen im Bereich von Mission sowie Frieden und Gerechtigkeit eng verbunden sein.

c) Es sollte ein Zugang in die praktische Arbeit der verschiedenen Glieder der AG-KED gewährleistet sein, um eine gesamtkirchliche Einbindung von vornherein zu sichern.

Für die Arbeitsstelle sollten einige Büro- und Arbeitsräume in verkehrsgünstiger Lage auf dem Gebiet der früheren DDR gefunden werden. Für die eigenen Aktivitäten, die ohnehin zum Teil dezentral durchgeführt würden, wären Tagungszentren unter Vertrag zu nehmen.

Zu denken wäre an eine zeitweilig einzurichtende Arbeitsstelle der EKD, angeschlossen an eine zukünftige "Berliner Dienststelle".

Bei der personellen Besetzung sollte darauf geachtet werden, daß sowohl theologisches als auch entwicklungspolitisches Fachwissen sowie auch gemeindepädagogische Erfahrung vertreten sind. Ebenso ist an die Möglichkeit zu denken, einzelne Mitarbeiter aus Ländern der Dritten Welt zeitweise an der Arbeit zu beteiligen.

Im übrigen sollte die Arbeitsstelle sich darum bemühen, einen Kreis von Experten regelmäßig in die Arbeit einzubeziehen, den eigenen Personalbestand dafür aber gering zu halten.

24. 11. 1990

gez. Hickel

Gossner Mission

Facharbeitskreis für Ökumenische Diakonie
Arbeitsgruppe Mocambique

Überlegungen zur Ausländerarbeit (2. Fassung)

1. In der Ausländerarbeit werden Herausforderun en auf die Gliedkirchen zukommen, denen sie mit den vorhandenen Arbeitsmitteln nicht gewachsen sein werden.

Diese Herausforderun en müssen zuerst und vor allem auf der Ebene der Landeskirchen angenommen werden.

2. Die AGCK sollte ihre koordinierende Funktion in diesem Bereich behalten, damit das gemeinsame Handeln der Kirchen erhalten bleibt und gefördert wird.

3. Folgende Bereiche der Ausländerarbeit sind zu unterscheiden

3.1. Beratungs- und Sozialarbeit: Darum bemühen sich die diakonischen Einrichtungen der Kirchen.

3.2. Kirchliches Handeln an Ausländern: Das schließt seelsorgerliche Betreuung ebenso ein wie die Unterstützung einer Selbstorganisation ethnischer Gruppen, Integrationsbemühungen, das öffentliche Eintreten für rechtliche Absicherung und vieles andere. Die Abgrenzung zu anderen Bereichen ist oft fließend.

In diesem Bereich ist die Kirche als ganze besonders gefordert und bedarf es eines abgestimmten Handelns der verschiedenen Kirchen.

3.3. Bewußtseinsbildung in den Gemeinden und Fortbildung von Mitarbeitern: Das Zusammenleben mit Ausländern in großer Zahl erfordert Verhaltenskorrekturen und Einstellungsveränderun en, die bewußtgemacht, geübt und reflektiert werden müssen. Dieser Prozeß hat neben der sozialpsychologischen auch eine geistliche Dimension.

4. Auch wenn der Zustrom von Ausländern in die neuen Bundesländer kirchlicherseits vor allem auf der Ebene der Gemeinden, Kirchenkreise und Landeskirche als eine Chance erkannt werden muß (s. 1.), so ergeben sich trotzdem Aufgabenfelder, die überregional wahrgenommen werden sollten. Dies trifft vor allem auf den unter 3.2. angedeuteten Bereich zu und umfaßt z.B. die folgenden Funktionen:

4.1. Zentrale Beratung und Unterstützung beim Aufbau regionaler Arbeitsstruktur

4.2. Die Vermittlung von Erfahrungen aus der bisherigen Arbeit, bzw. aus der Arbeit in den bisherigen Bundesländern

4.3. Bearbeitung einer Reihe von Problemen mit DDR-Spezifik wie die Individualisierung von Staatsverträgen, Parteistipendien, Reintegrationsprogramme

4.4. Förderung von Querverbindungen bei der sich unter Zeitdruck vollziehenden Entstehung von Arbeitsinstrumenten in den verschiedenen Arbeitsbereichen und unterschiedlichen Kirchen.

Gossner Mission

5. In Absprache mit der AGCK sollte der Bund der Evang. Kirchen eine Planstelle für Ausländerarbeit einrichten, die die genannten Aufgaben wahrnimmt.

Die Planstelle sollte beim Sekretariat des Bundes und in der Nachfolge bei der Berliner Dienststelle der EKD eingerichtet werden. Die Stelle sollte zunächst für eine Übergangszeit vorgesehen sein. Ihre Existenz hätte sich erübrigt, wenn der Aufbau landeskirchlicher Arbeitsstrukturen gelungen wäre und eine besondere Spezifik in der Lage von Ausländern auf dem Gebiet der bisherigen DDR nicht mehr bestünde.

In eine detaillierte Aufgabenbeschreibung sollte die teilweise Übernahme von Funktionen der bisherigen Mitarbeiterinnen für Ausländerarbeit im ÖMZ/BMG sowie des Geschäftsführers des FAK Ökumenische Diakonie aufgenommen werden.

6.11. Uhlig

Gossner Mission

A 3442-1 - 1838/90

BUND
DER
EVANGELISCHEN
KIRCHE

Hi/Te

25. November 1990

An den
Christenrat von Mocambique

Liebe Schwestern und Brüder!

"Laßt Eure Lenden umgürtet sein und Eure Lichter brennen!" (Luk. 12,35). Die Ermutigung des Wochenspruches der letzten Woche im Kirchenjahr weist auf den tiefsten Sinn unserer Kontakte und wechselseitigen Besuche hin: Es ist die gegenseitige Ermahnung, nicht müde zu werden in der Hoffnung auf Christi Sieg über den Tod, nicht nachzulassen in der Erwartung des Lebens.

Pastor Rodriguez Uilissone Manguele, seine Frau Felicidade Uilissone Manguele sowie die Kinder Agostinho, Azaria und Ester kehren nach Mocambique zurück, nachdem sie vier Jahre lang unser Leben und Lernen, unsere Arbeit und unser Zeugnis geteilt haben. Wir verabschieden uns heute von ihnen mit Dankbarkeit und Freude über die Mission, die sie unter uns erfüllt haben.

Ihre Gegenwart war ein Ausdruck der Gemeinschaft, die zwischen uns in den vergangenen 15 Jahren gewachsen ist. Wir wiederholen nachdrücklich, daß uns diese Gemeinschaft wichtig ist: sie läßt uns erleben, daß wir Teil einer großen und vielfältigen Familie der Kinder Gottes sind; sie läßt uns mitbetroffen sein von Krieg und Leid, Vertreibung und Angst, die Ihr in Mocambique täglich erfahrt; sie erfüllt uns mit großer Hoffnung, die wir trotz Trauer und Schmerz immer wieder in Euren Worten und Liedern hören; sie mahnt uns zu Buße und Umkehr, wenn wir nach Wegen suchen, den eigenen Reichtum und die Sicherheit unseres Daseins mit Euch zu teilen; sie stärkt unseren Glauben, weil wir mit Eurer Fürbitte rechnen.

Als wir 1976 den Kontakt zu Euch suchten, lebten wir in Ländern, deren Führungen in ähnlicher Weise versuchten, die Gesellschaft zu organisieren. Wir teilen die Erfahrung, daß das Zeugnis von Jesus Christus und die politischen Leitvorstellungen in Konflikt miteinander gerieten. Wir haben gemeinsam erlebt, daß das Bemühen, altes Unrecht zu überwinden, neues Unrecht hervorbrachte. Wir haben erfahren, daß das Ringen um Frieden ins Gegenteil verkehrt wurde. Wir sind nun in unseren Ländern Zeugen radikaler Veränderungen geworden. Und doch sind Recht und Frieden immer noch Worte der Zukunft. In all diesen Erfahrungen ist unser Glaube nicht

Gossner Mission

unberührt geblieben. Wir wünschen uns dringend den Austausch mit Euch: Wo erlebt Ihr Zweifel und Erschütterungen des Glaubens? Woraus erwächst Euch Stärkung? Wie werdet Ihr zu Boten des Friedens und zu Helfern der Schwachen in Eurer Umgebung?

Uns bedrückt, daß in der Folge der sozialen Umbrüche viele junge Menschen aus Mocambique unser Land vorzeitig und teilweise mit bitteren Erfahrungen verlassen müssen. Wir tun, was in unseren Kräften ist, um für sie einzutreten und ihr Recht zu schützen. Vielfach bleibt uns jedoch nichts anders übrig, als machtlos um Vergebung für Unrecht zu bitten, das sie unter uns erfahren mußten.

Der Bund der Evangelischen Kirchen wird im Verlaufe des nächsten Jahres im größeren Verbund der evangelischen Kirchen in dem nunmehr politisch geeinten Deutschland aufgehen. Wir wollen die partnerschaftliche Verbindung mit Euch, dem Christenrat in Mocambique, damit nicht aufgeben, sondern in die neue Gestalt unserer Kirchengemeinschaft hineinnehmen. Wir bitten, daß auch Ihr den Kontakt mit uns haltet, damit uns die Fortführung der Verbindung gelingen wird.

Der Abschied der Familie Uilissone Manguele ist, so hoffen wir, nicht das Ende des Austausches von Gedanken, Erfahrungen und Menschen zwischen uns. Es sollte ein Anfang sein, der sich bewährt hat und wert ist, fortgesetzt zu werden. Wir beten zu Gott, daß er Euer Zeugnis und Euren Dienst segne.

Für den Bund der Evangelischen Kirchen

Martin Ziegler

(Martin Ziegler)
Leiter des Sekretariats

Giselher Hickel

(Giselher Hickel)
Facharbeitskreis "Ökumenische Diakonie

Gossner Mission

RESOLUTION AN DIE BUNDESREGIERUNG

DIE VEREINIGUNG DER BEIDEN DEUTSCHEN STAATEN DARF NICHT AUF KOSTEN DER AUSLÄNDER UND AUSLÄNDERINNEN GEHEN !

Zur Zeit leben in der ehemaligen DDR noch ca. 45.000 ausländische Arbeitnehmer/innen, die aufgrund von Regierungsabkommen zwischen der DDR und Vietnam, Mosambik, Angola u.a. als Arbeitskräfte in die DDR gekommen sind.

Dem Einigungsvertrag zufolge sollen die in den Regierungsabkommen enthaltenen Verpflichtungen (der ehemaligen DDR) im wesentlichen auch nach dem 3.10.1990 ihre Gültigkeit behalten. Das Innenministerium spricht sogar von Vertrauensschutz, den die ausländischen Mitbürger/innen genießen sollen.

Und so sehen "Verpflichtungen" und "Vertrauensschutz" in der Realität aus:

Nur wer sich nach einer Kündigung zur sofortigen Heimreise bereiterklärt, soll durch seinen Betrieb die folgenden Leistungen erhalten:

1. Zahlung von 3000,- DM als einmalige Unterstützung
2. mindestens Zahlung von 3 mal 70% des vorherigen Durchschnitts-Nettolohnes
3. Übernahme der Flugkosten
4. Unterstützung bei der Vorbereitung und Durchführung des Versands der persönlichen Habe

Diejenigen, die sich zur sofortigen Heimkehr entschließen, geben damit ihre Existenzgrundlage und z.T. die ihrer Familien auf. Sie erwartet eine höchst ungewisse Zukunft in ihren Heimatländern. Dies gilt insbesondere für diejenigen, denen hier nur geringe Möglichkeiten zur Qualifizierung geboten wurden.

Wer sich andererseits entschließt, noch hierzubleiben, bekommt erstens nichts von den o.g. Leistungen und zweitens nur eine sogenannte "allgemeine Arbeitserlaubnis", die es ungemein schwer, wenn nicht unmöglich macht, eine Arbeitsstelle zu finden.

Hinzu kommt, daß die weitaus meisten ausländischen Arbeitnehmer/innen bis heute nicht ausreichend über die neue rechtliche Situation und ihre Ansprüche (Arbeitslosenunterstützung, Umschulung, Wohngeld etc.) informiert sind. Zugleich werden sie im Unklaren darüber gelassen, ob sie eine Aufenthaltsgenehmigung und Arbeitserlaubnis für die gesamte BRD oder nur für das Gebiet der ehemaligen DDR bekommen. Damit wird die auch wegen der gestiegenen Ausländerfeindlichkeit ohnehin große Unsicherheit weiter unnötig verstärkt.

In dieser Situation entscheidet sich der weitaus größte Teil der Gekündigten für die Heimreise. Etwa 40.000 Menschen sind bereits zurückgekehrt. Bis zum Jahresende werden mindestens 80 % der zum Zeitpunkt der Währungsunion in der DDR lebenden ca. 85.000 Ausländer/innen die BRD verlassen haben. Die herrschende Regelung bedeutet faktisch eine Abschiebung. Das steht eindeutig im Widerspruch zu den widerholten Beteuerungen der Bundesregierung, daß die deutsche Eingung nicht auf Kosten der Entwicklungsländer erfolgen würde.

Gossner Mission

WIR FORDERN VON DER BUNDESREGIERUNG FÜR ALLE O.G. AUSLÄNDER/INNEN:

* eine sofortige und umfassende Information aller Betroffenen über ihre Rechte und Pflichten, insbesondere über die Möglichkeit der Erwerbsaufnahme, der Berufsausbildung einschließlich Umschulung, ihrer finanziellen Ansprüche im Falle von Arbeitslosigkeit und die Voraussetzungen für einen dauerhaften Aufenthalt.

* uneingeschränkte Arbeitserlaubnis für die gesamte BRD mindestens bis zum Ende der persönlichen Vertragsdauer (Fachausdruck: befristete besondere Arbeitserlaubnis)

* Unterstützung bei der Suche nach angemessenem Wohnraum; bis zur erfolgreichen Wohnungssuche Anspruch auf den Wohnheimplatz oder entsprechenden Ersatz

* auch bei einer späteren Rückreise muß die Verpflichtung der Betriebe bzw. der Bundesregierung bestehen bleiben, die im Zusammenhang mit der Rückkehr ins Heimatland entstehenden Kosten zu erbringen. Diese vertraglich zugesicherten Leistungen stehen in keinem Zusammenhang mit dem Zeitpunkt der Rückreise. Ihre Zahlung darf nicht von der Entscheidung der freiwilligen Rückkehr vor Ablauf der Vertragsdauer abhängig gemacht werden.
Die Bundesregierung kann durch entsprechende Maßnahmen (z.B. Sperrkonto) sicherstellen, daß diese Gelder nicht zweckentfremdet werden;

FÜR DIEJENIGEN AUSLÄNDER/INNEN, DIE EINE AUSBILDUNG BZW. UMSCHULUNG IN DER BRD ANSTREBEN:

* Initiierung und Unterstützung von Ausbildungs- und Qualifizierungsprogrammen in der BRD, die es ermöglichen, nach der Rückkehr eine qualifizierte und auch für das Heimatland sinnvolle Arbeit auszuüben (bereits jetzt haben sich verschiedene Organisationen bereiterklärt, Ausbildungsplätze zur Verfügung zu stellen).

* eine Arbeitserlaubnis für die gesamte BRD, die mindestens bis zum Ende der Ausbildung gültig ist;

FÜR DIEJENIGEN, DIE IN DER BRD BLEIBEN WOLLEN:

* Sicherung eines dauerhaften Aufenthalts bei langjährigem Aufenthalt in der DDR (die Aufenthaltsdauer beträgt z.T. zwischen sechs und fünfzehn Jahren);

FÜR DIEJENIGEN, DIE ZURÜCKKEHREN, BZW. BEREITS ZURÜCKGEKEHRT SIND:

* Initiierung und Unterstützung von Ausbildungs- und Qualifizierungsprogrammen in den jeweiligen Heimatländern in Absprache mit den Regierungen als wirksame Hilfen zur Wiedereingliederung.

Gossner Mission

Teilnehmer des Entwicklungspolitischen
Kirchentagskongresses vom 16.-18.11.1990 in Berlin
erklären:

Vorgänge in Afrika, Asien und Lateinamerika und Ereignisse vor der eigenen Haustür, wie die in der Mainzer Straße, stehen, bei aller Unterschiedlichkeit des Ausmaßes der Konflikte, dennoch in einem inneren Zusammenhang.
Dies ist eine Erkenntnis von Teilnehmern des Kirchentagskongresses "Bildung contra Armut".
Wirtschaftliche Strukturen spalten die Welt in Reiche und Arme.
Es ist eine entscheidene entwicklungspolitische Einsicht, daß Entwicklungskonzepte nicht, wie bisher überwiegend üblich, bei der reichen Elite der Entwicklungsländer ansetzen dürfen, sondern das Selbstbewußtsein und die Überlebensstrategien der Armen stärken müssen.

Die Entstehung von Randgruppen bei uns geht ebenfalls auf Strukturen zurück, die Spannungen und Spaltungen in der Gesellschaft hervorbringen.
Die Besetzung von Häusern ist, bei aller Vielfalt der Motive, Ausdruck einer Suche nach eigenen Lebens- und Kulturformen.
Dieser Suche muß sich die Gesellschaft stellen. Wird dabei geltendes Recht in Frage gestellt, kann dies nicht widerspruchslos hingenommen werden aber auch nicht durch Gewalt korrigiert werden. Die Lösung muß im Dialog gesucht werden.
Der gewaltsame und gewaltprovozierende Einsatz der Polizei zerstört die Möglichkeit zum Dialog.
Auf dem Hintergrund der Ereignisse des letzten Herbstes, der damals verurteilten Gewalt des Staates und der beispielhaften Gewaltlosigkeit der Demonstranten macht uns das Ausmaß der auf beiden Seiten eingesetzen Mittel betroffen.

Wir rufen die Konfliktpartner zur Gewaltlosigkeit und zur gemeinsamen Suche nach Lösungen auf.
Die staatlichen Stellen fordern wir auf, Projekte alternativen und selbstbestimmten Lebens zu fördern.
Von den Hausbesetzern erwarten wir, daß sie das Gespräch mit ihren Mitbürgern suchen.
Die Gemeinden bitten wir, sich dieser Herausforderung vor Ort zu stellen und den notwendigen Dialog zu unterstützen.

Gossner Mission

2. d. A.
FAK 16

Bund der Evangelischen Kirchen
Kommission für Ökumene
Facharbeitskreis Ökumenische Diakonie

Zusammenfassender Bericht über die Informationstagung zur AG-KED
16./17. Januar 1991

Vertreten waren von seiten des Bundes:

Evangelische Kirche Berlin-Brandenburg
Pommersche Evangelische Kirche
Evangelisch-Lutherische Kirche Mecklenburgs
Evangelische Kirche der Kirchenprovinz Sachsen
Evangelisch-Lutherische Landeskirche Sachsens
Evangelische Brüderunität
Kommission für Ökumene
Facharbeitskreis Ökumenische Diakonie
Gemeinsame Einrichtung Ökumene
Ökumenischer Jugenddienst
Ökumenisch-Missionarisches Zentrum/Berliner Missionsgesellschaft
Evangelische Kirche der Union
Leipziger Mission
Gossner-Mission
Brot für die Welt
Lutherischer Weltdienst
INKOTA
Innere Mission und Hilfswerk Berlin

Von seiten der AG-KED:

Geschäftsstelle AG-KED
Evangelische Zentralstelle für Entwicklungshilfe (eze)
Dienste in Übersee (DÜ)
Evangelisches Missionswerk (EMW)
Ausschuß für Entwicklungsbezogene Bildung und Publizistik (ABP)
Zeitschrift " der überblick"

Als Vorbereitungsmaterialien lagen vor:

- Überblick über die Funktionsgliederung der AG-KED ("Grünes Heft")
- Jahresbericht 1989 der AG-KED

Beide Materialien sowie Material über die Mitglieder der AG können angefordert werden.

Es erfolgte eine ausführliche Darstellung von Funktion und Arbeitsweise der AG sowie der einzelnen Mitglieder.

In Verkürzung des vorgesehen Programms wurde die Diskussion der Problemfelder reduziert. Herr Bauer, Geschäftsführer der eze, stellte anhand einiger Beispiele das Zusammenwirken staatlicher und kirchlicher Entwicklungshilfe dar.

Ausführlich diskutiert wurde die Frage der künftigen Zusammenarbeit.Dabei sollten sich, stärker als in der Vergangenheit, die Gliedkirchen des Bundes selbst der Problematik der Gerechtigkeit zwischen Nord und Süd annehmen. Folgende Punkte wurden herausgearbeitet:

1. Die Benennung von KED-Referenten in jeder Gliedkirche, die Ansprechpartner für diesen Bereich innerhalb der Leitungsstruktur der jeweiligen Kirche sind.

Gossner Mission

2. Die Schaffung der Stelle eines KED-Beauftragten, der die Beratung von Gruppen und Gemeinden übernimmt sowie Verantwortung trägt für Bildungsarbeit im Bereich der Gerechtigkeit und Entwicklung.

3. Hinsichtlich der Mitgliedschaft in einzelnen KED-Organisationen steht zunächst eine Entscheidung für die Landeskirchen im Blick auf DÜ an. Die eze hat dem-gegenüber eine Mitgliedschaft von Personen, die direkt angesprochen werden. Für das EMW ist durch die Vereinigung mit der AGEM bereits eine Regelung getroffen. Ähnliches gilt für 'Brot für die Welt'.

4. Mitarbeit in Kommissionen und Ausschüssen, insbesondere

   - Leitungsausschuß der AG-KED
   - Mittelausschuß des KED
   - Ausschuß für Entwicklungsbezogene Bildung und Publizistik (ABP)
   - Kammer KED

5. Im Kontakt mit dem ABP sollte die Möglichkeit der Einrichtung von Regional- und Fachstellen geprüft werden.

6. Nach vollzogener Mitgliedschaft in der EKD sollte eine Beteiligung an der KED-Umlage erfolgen. Diese sollte mindestens 2 % der Kirchensteuereinnahmen einer Landeskirche betragen. Es wird zu entscheiden sein, in welchem Verhältnis diese Umlage zu der bisher geübten Praxis des 2 %-Appells stehen soll. Dies wird bei den Gliedkirchen der EKD durchaus unterschiedlich gehandhabt. Falls eine substan-tielle Beteiligung an der Umlage kurzfristig nicht erreichbar ist, sollte zumindestens eine symbolische Beteiligung geschehen.

7. Die AG-KED-Mitglieder sollten bei der Besetzung von Stellen Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen aus dem Osten einzustellen versuchen. Die Kirchen hier sollten diese Bemühung durch Personalvorschläge unterstützen.

8. Bei Anfragen aus Gemeinden sollte, sofern es sich um Programme und Projekte handelt, deren Förderung wünschenswert, auf landeskirchlicher Ebene aber unmöglich erscheint, ein Antrag an eines der Mitglieder der AG-KED gerichtet werden. Die sachgemäße Zuordnung kann dann KED-intern vorgenommen werden.

9. Informiert wurde über den Stand der Bemühungen hinsichtlich der Einrichtung

   - eines Referates für theologischen Dialog
   - einer Arbeitsstelle für entwicklungsbezogene Bildung
   - eines Referates für Ausländerarbeit
   - einer ABP-Stelle für Entwicklungspädagogik
   - einer Kommission für Ökumene

   sowie um die Anregung der Aufnahme des Grundsatzes der internationalen Solidarität zwischen Nord und Süd in ein verändertes Grundgesetz der BRD.

10. Da die unter 1 - 8 aufgeführten Aufgaben nicht kurzfristig erfüllt werden können, wird die Einrichtung einer kleinen Beratergruppe empfohlen, die den Prozeß begleitet, die Landeskirchen und ihre Ökumene-Referenten dabei berät und auf die Abfolge der einzelnen Schritte achtet.
    Die Einberufung der Arbeitsgruppe sollte auf Vorschlag des Facharbeitskreises Ökumenische Diakonie durch die Sekretärin der Kommission für Ökumene geschehen.

gez. Hickel

Gossner Mission

ERNTEDANK 1990

Das Erntedankfest 1990 leitet die Woche ein, in der die DDR zu bestehen aufhört und ihr Territorium mit dem der BRD vereinigt wird. Diese Tage und Wochen sind für uns bestimmt von den Erwartungen und Sorgen, die der Übergang von der zentralen Planwirtschaft zur Marktwirtschaft mit sich bringt. Viele Menschen erhoffen sich größeren Wohlstand, orientiert an westeuropäischen Konsumstandards. Viele erleben oder befürchten aber auch eine Verschlechterung ihrer materiellen Lage und den Verlust ihrer sozialen Sicherheit.

Es fällt uns aus verständlichen Gründen schwer, über unsere eigenen, unmittelbaren Interessen und nationalen Belange hinaus zu denken. Auch in den Kirchen und Gemeinden sind wir oft ausschließlich mit den eigenen Problemen befaßt.

Das Evangelium dieses Sonntags, die Geschichte vom reichen Kornbauer im 12. Kapitel des Lukas-Evangeliums, warnt uns vor der Habgier. Der Predigttext (Hebr. 13, Vers 16) ermutigt uns, untereinander zu teilen. Gemeinschaft und mitmenschliche Solidarität werden eine entscheidende Voraussetzung dafür sein, daß wir uns in den kommenden Monaten als Gemeinde bewähren. Sie kann aber nicht nur auf die unmittelbare Umgebung oder das eigene Volk begrenzt sein.

Ein entscheidender Aspekt der neuen Lage, in der wir in Zukunft sein werden, besteht darin, daß weit von uns entfernte Regionen der Dritten Welt uns näherrücken. Die wirtschaftliche und politische Verflechtung der BRD und Westeuropas mit den Ländern Afrikas, Asiens und Lateinamerikas, ist enger als es für die DDR bisher der Fall war. Ein augenfälliger Beweis dafür ist das wachsende Angebot an Südfrüchten, Fruchtsäften, Kaffee, Schokolade und Industriewaren aus Entwicklungsländern. Obwohl die eigenen Ängste wenig Raum für die Einsicht lassen, ist es doch eine unbestreitbare Tatsache: Wir gehörten und gehören mehr denn je zu dem Drittel der Menschheit, daß von den Gütern der Erde in viel stärkerem Maße profitiert, als die Menschen in der "Zwei-Drittel-Welt". Wir können uns mehr von den Produkten leisten, die in der Dritten Welt oft unter menschenunwürdigen Bedingungen hergestellt werden. Je "günstiger" die Bananen oder der Kaffee auf dem Weltmarkt zu haben sind, um so geringer ist der Lohn der Plantagenarbeiter in fernen tropischen Ländern, um so geringer ihre Chance zu menschenwürdigem Leben.

Gossner Mission

Wir sollten uns das auch an diesem durch "näherliegende" Ereignisse bestimmten Erntedanktag deutlich machen und unser Verhalten und unsere Lebensweise davon bestimmt sein lassen. Bei allen berechtigten Wünschen nach persönlichem und gesellschaftlichem Wohlergehen, dürfen wir uns nicht daran gewöhnen, einen Wohlstand zu genießen, der auf Kosten armer und notleidender Bevölkerungsgruppen in der Dritten Welt erreicht wird.

Was können wir tun, um diesem Wissen in unserem Gemeindeleben Ausdruck zu geben?

- Wir können die entwicklungspolitische Diskussion in der Öffentlichkeit unseres Landes verfolgen und selbst darauf einwirken. Dies kann durch Information und Gespräch in Kirche und Gemeinde, im Kollegen- und Bekanntenkreis, in Parteien und demokratischen Bewegungen, in Volksvertretungen und auf öffentlichen Foren geschehen. In der Planung unserer Gemeindeabende oder Gesprächskreise sollten entwicklungspolitische Themen nicht fehlen.

- Wir können uns persönlich oder als Kirchgemeinde an Solidaritätsaktionen und Hilfsmaßnahmen zugunsten von Menschen in der Dritten Welt beteiligen. Hierzu wird es in Zukunft eine Vielfalt von Werbungen geben, die wir kritisch beurteilen sollten. Übergemeindliche Einrichtungen der Kirche sollten gedrängt werden, Angebote für das solidarische Engagement der Gemeinden parat zu haben. Der Kontakt zu Dritte-Welt-Gruppen sollte gesucht werden oder es sollte in der eigenen Gemeinde eine solche Gruppe entstehen.

- In vielen Orten unseres Landes leben, arbeiten und lernen Ausländer oder Ausländerinnen. Viele von Ihnen kommen aus Ländern der Dritten Welt und vertreten diese in unserer Mitte. Sie sind in zunehmendem Maße Erniedrigungen und Beleidigungen ausgesetzt. Mehr und mehr fühlen sie sich sogar an Leben und Gesundheit bedroht. Wir sollten in der Gemeinde beraten, wie wir dazu helfen können, daß die Ausländer in unserem Bereich weniger Angst und Sorge haben müssen. Wir sollten zu ihnen Kontakt suchen und die Verbindung zwischen ihnen und der einheimischen Bevölkerung nach besten Kräften fördern und verbessern.

- Wir können unser Kauf- und Konsumverhalten ständig daraufhin überprüfen, ob und wie unsere persönlichen Bedürfnisse mit Mitteln befriedigt werden, die Menschen der Dritten Welt entzogen werden.

- 3 -

Gossner Mission

- Wir sollten uns insbesondere weigern, Früchte aus Südafrika zu kaufen oder unser Geld an solchen Banken anzulegen, die sich nicht klar genug von der südafrikanischen Apartheidregierung distanzieren. Dies trifft für die führenden Banken der BRD zu.

- Wir haben in wachsendem Maße Möglichkeiten, als Touristen in Länder der Dritten Welt zu fahren. Zum überwiegenden Teil schadet dieser Tourismus den Völkern dieser Länder mehr, als er wirtschaftlichen Nutzen bringt. Gleichzeitig dient er in der Regel nicht dazu, die wirkliche Lage der ärmsten Teile der Bevölkerung dieser Länder zu erfassen und verstehen zu lernen. Deshalb sollten wir als Gemeinden nach alternativen Wegen des Reisens suchen, bei dem Kirchen der gastgebenden Länder miteinbezogen werden und ein wirklicher Austausch zwischen den Menschen möglich wird.

- Unsere Kirchen haben als ein besonderes Instrument des Teilens den 2 %-Appell des Ökumenischen Rates der Kirchen aufgenommen. Jede Gemeinde ist aufgerufen, 2 % ihres Haushaltes für Solidarität mit den Menschen in der Dritten Welt zu reservieren. die Kirchenvorstände sollten selbst entscheiden, für welche Aufgabe dieses Geld eingesetzt wird. Gerade angesichts der gegenwärtig schwierigen Haushaltslage gilt es, dieses Prinzip durchzuhalten.

Lange Zeit haben wir sehr selbstverständlich von Zuwendungen gelebt, die uns aus den Kirchen der Bundesrepublik erreicht haben. Jetzt sollten wir uns fragen, wie wir Menschen, denen es schlechter geht als uns, das Gefühl geben können, daß wir an ihrem Schicksal als Schwestern und Brüder Anteil nehmen wollen. Hierzu sind Phantasie für unseren Nächsten und Gehorsam gegenüber Gott, dem Herrn alles Lebens nötig. Es wäre ein Irrtum anzunehmen, daß dies uns später einmal, wenn unsere eigene Lage sich erst einmal stabilisiert haben wird, leichterfallen wird als heute. Teilen ist nicht eine Frage des Besitzumfanges, sondern des Gehorsams und des Lebensstils. Laßt uns damit beginnen, ohne zu warten.

Dr. Walther Bindemann Giselher Hickel
(als Mitglieder des Facharbeitskreises für Ökumenische Diakonie des Bundes der Evangelischen Kirchen)

zu USB-Nr. 287/90

Gossner Mission

Bund der Evangelischen Kirchen
Kommission für Ökumene
Facharbeitskreis Ökumenische Diakonie

Zusammenfassender Bericht über die Informationstagung zur AG-KED
16./17. Januar 1991

Vertreten waren von seiten des Bundes:

Evangelische Kirche Berlin-Brandenburg
Pommersche Evangelische Kirche
Evangelisch-Lutherische Kirche Mecklenburgs
Evangelische Kirche der Kirchenprovinz Sachsen
Evangelisch-Lutherische Landeskirche Sachsens
Evangelische Brüderunität
Kommission für Ökumene
Facharbeitskreis Ökumenische Diakonie
Gemeinsame Einrichtung Ökumene
Ökumenischer Jugenddienst
Ökumenisch-Missionarisches Zentrum/Berliner Missionsgesellschaft
Evangelische Kirche der Union
Leipziger Mission
Gossner-Mission
Brot für die Welt
Lutherischer Weltdienst
INKOTA
Innere Mission und Hilfswerk Berlin

Von seiten der AG-KED:

Geschäftsstelle AG-KED
Evangelische Zentralstelle für Entwicklungshilfe (eze)
Dienste in Übersee (DÜ)
Evangelisches Missionswerk (EMW)
Ausschuß für Entwicklungsbezogene Bildung und Publizistik (ABP)
Zeitschrift " der überblick"

Als Vorbereitungsmaterialien lagen vor:

- Überblick über die Funktionsgliederung der AG-KED ("Grünes Heft")
- Jahresbericht 1989 der AG-KED

Beide Materialien sowie Material über die Mitglieder der AG können angefordert werden.

Es erfolgte eine ausführliche Darstellung von Funktion und Arbeitsweise der AG sowie der einzelnen Mitglieder.

In Verkürzung des vorgesehen Programms wurde die Diskussion der Problemfelder reduziert. Herr **Bauer**, Geschäftsführer der eze, stellte anhand einiger Beispiele das Zusammenwirken staatlicher und kirchlicher Entwicklungshilfe dar.

Gossner Mission

Ausführlich diskutiert wurde die Frage der künftigen Zusammenarbeit.Dabei sollten sich, stärker als in der Vergangenheit, die Gliedkirchen des Bundes selbst der Problematik der Gerechtigkeit zwischen Nord und Süd annehmen. Folgende Punkte wurden herausgearbeitet:

1. Die Benennung von KED-Referenten in jeder Gliedkirche, die Ansprechpartner für diesen Bereich innerhalb der Leitungsstruktur der jeweiligen Kirche sind.

2. Die Schaffung der Stelle eines KED-Beauftragten, der die Beratung von Gruppen und Gemeinden übernimmt sowie Verantwortung trägt für Bildungsarbeit im Bereich der Gerechtigkeit und Entwicklung.

3. Hinsichtlich der Mitgliedschaft in einzelnen KED-Organisationen steht zunächst eine Entscheidung für die Landeskirchen im Blick auf DÜ an. Die eze hat dem-gegenüber eine Mitgliedschaft von Personen, die direkt angesprochen werden. Für das EMW ist durch die Vereinigung mit der AGEM bereits eine Regelung getroffen. Ähnliches gilt für 'Brot für die Welt'.

4. Mitarbeit in Kommissionen und Ausschüssen, insbesondere

   - Leitungsausschuß der AG-KED
   - Mittelausschuß des KED
   - Ausschuß für Entwicklungsbezogene Bildung und Publizistik (ABP)

5. Im Kontakt mit dem ABP sollte die Möglichkeit der Einrichtung von Regional- und Fachstellen geprüft werden.

6. Nach vollzogener Mitgliedschaft in der EKD sollte eine Beteiligung an der KED-Umlage erfolgen. Diese sollte mindestens 2 % der Kirchensteuereinnahmen einer Landeskirche betragen. Es wird zu entscheiden sein, in welchem Verhältnis diese Umlage zu der bisher geübten Praxis des 2 %-Appells stehen soll. Dies wird bei den Gliedkirchen der EKD durchaus unterschiedlich gehandhabt. Falls eine substan-tielle Beteiligung an der Umlage kurzfristig nicht erreichbar ist, sollte zumindestens eine symbolische Beteiligung geschehen.

7. Die AG-KED-Mitglieder sollten bei der Besetzung von Stellen Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen aus dem Osten einzustellen versuchen. Die Kirchen hier sollten diese Bemühung durch Personalvorschläge unterstützen.

8. Bei Anfragen aus Gemeinden sollte, sofern es sich um Programme und Projekte handelt, deren Förderung wünschenswert, auf landeskirchlicher Ebene aber unmöglich erscheint, ein Antrag an eines der Mitglieder der AG-KED gerichtet werden. Die sachgemäße Zuordnung kann dann KED-intern vorgenommen werden.

9. Informiert wurde über den Stand der Bemühungen hinsichtlich der Einrichtung

   - eines Referates für theologischen Nord-Süd-Dialog
   - einer Arbeitsstelle für entwicklungsbezogene Bildung
   - eines Referates für Ausländerarbeit
   - einer ABP-Stelle für Bildungsarbeit
   - einer Kommission für Ökumene

Gossner Mission

sowie um die Anregung der Aufnahme des Grundsatzes der internationalen Solidarität zwischen Nord und Süd in ein verändertes Grundgesetz der BRD.

10. Da die unter 1 - 8 aufgeführten Aufgaben nicht kurzfristig erfüllt werden können, wird die Einrichtung einer kleinen Beratergruppe empfohlen, die den Prozeß begleitet, die Landeskirchen und ihre Ökumene-Referenten dabei berät und auf die Abfolge der einzelnen Schritte achtet.
Die Einberufung der Arbeitsgruppe sollte auf Vorschlag des Facharbeitskreises Ökumenische Diakonie durch die Sekretärin der Kommission für Ökumene geschehen.

gez. Hickel

Vorschlag 10: Fiedler (Hoffleby.) Adlo
Lex Herbert
Schröer Hickel
Koenig

FÜR DIE RECHTE VON AUSLÄNDERN

Die Volkskammer wird in Kürze, vor einer Aufhebung der Kontrollen an den Grenzen zur BRD, eine gesetzliche Regelung für die Einreise und den Aufenthalt von ausländischen Bürgern in die DDR treffen müssen.

In diesem Zusammenhang treten wir für die Rechte der Ausländer ein und fordern:

1. Die Erarbeitung eines eigenständigen Gesetzentwurfes und nicht die in der Substanz unveränderte Übernahme des bundesdeutschen "Gesetzes zur Neuregelung des Ausländerrechtes". Gegen dieses Gesetz wurden in der BRD selbst schwerwiegende Bedenken seitens der Kirchen, Wohlfahrtsverbände und von Ausländerbeauftragten aus Bundesländern erhoben. Es würde den spezifischen Gegebenheiten der DDR-Situation auf keinen Fall Rechnung tragen.

2. Eine Regelung durch die Volkskammer muß eine besondere gesetzliche Vorsorge für die Rechte der bis zum Zeitpunkt einer solchen Entscheidung aufgrund von bilateralen Regierungsabkommen eingereisten ausländischen Werktätigen treffen. Diese muß einschließen, daß die gegenwärtig gültige Aufenthaltsgenehmigung in eine unbefristete und unbedingte Genehmigung zum Aufenthalt und zur beruflichen Tätigkeit in der DDR umgewandelt wird. Dazu gehört auch eine rechtliche Gleichstellung hinsichtlich von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, Wohnraumvermittlung und Sozialleistungen.

3. Eine gesetzliche Regelung darf keine Einschränkung des gegenwärtig festgelegten visafreien Reiseverkehrs mit anderen Staaten mit sich bringen oder nach sich ziehen.

Wir bitten die Abgeordneten der Volkskammer, keiner Festlegung zuzustimmen, die diese Forderungen unberücksichtigt läßt.

Unsere demokratischen Rechte und Freiheiten wären wertlos, wenn wir sie auf Kosten anderer Menschen und Völker sichern wollten.

10. Juni 1990

Unterschrift und Adresse:

Gossner Mission

Elisabeth Adler Giselher Hickel

Berlin, den 12. 6. 1990

Sehr geehrte Damen und Herren!

Die Ausländerbeauftragte für den Bereich des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR, Frau Dagmar **Henke**, hat sich mit einem dringenden Hilferuf an uns gewandt, den wir an Sie weitergeben möchten:

Offensichtlich wird die Regierung der DDR noch vor dem 2. Juli 1990 einen Beschluß der Volkskammer über eine Ausländergesetzgebung herbeizuführen versuchen. Der Entwurf dafür wird inhaltlich weitgehend mit dem "Gesetz zur Neuregelung des Ausländerrechtes" übereinstimmen, das in der Bundesrepublik Deutschland am 1. 1. 1991 in Kraft tritt, deren Durchführungsbestimmungen aber bereits jetzt wirksam werden können. Dieses Gesetz wird von allen, die sich um ein gleichberechtigtes Zusammenleben zwischen Deutschen und Ausländern bemühen, als zu restriktiv abgelehnt. Insbesondere wird kritisiert, daß die Aufenthaltsbewilligung sehr eng an die Festlegung eines konkreten Aufenthaltszweckes gebunden und bei dessen Veränderung ungültig wird, daß der Nachweis von ausreichendem Wohnraum als Vorbedingung gilt und daß die Aufenthaltsbewilligung abgelehnt wird, wenn damit die Zahlung einer Sozialhilfe, z.B. bei Arbeitslosigkeit, verbunden ist.

Selbst wenn die Annahme dieses Gesetzes auf längere Sicht nicht verhindert werden könnte, wäre es unbedingt erforderlich, daß die gegenwärtig in der DDR anwesenden Ausländer vor der ihnen danach drohenden Abschiebung geschützt werden. Von den derzeitig anwesenden ca. 80.000 ausländischen Werktätigen werden schätzungsweise ca. 20.000, also eine überschaubare Gruppe, hierbleiben wollen. Das Motiv ist in der Regel der Schutz ihrer in Vietnam oder Mocambique lebenden Familien vor Not und Hunger. Die Regierung hat zwar ihren Willen bekundet, sich an die gegebenen Zusagen zu halten. Aber allein eine gesetzliche Festlegung, etwa im Sinne einer Stichtagregelung, wäre ein ausreichender Schutz.

Der Facharbeitskreis Ökumenische Diakonie will sich des Anliegens annehmen. Offensichtlich ist die Zeit zu kurz, um eine Stellungnahme der zuständigen Entscheidungsgremien herbeizuführen. Deshalb haben wir uns entschlossen, Sie unabhängig von einem kirchlichen Mandat um eine persönliche Stellungnahme zu bitten.
Wir bitten um Ihre Unterschrift unter die beiliegende Erklärung. Der Kreis der von uns Angesprochenen umfaßt in der Öffentlichkeit bekannte Vertreter von Kirchen. Wir beabsichtigen, diese Erklärung mit den Unterschriften noch vor dem 20. 6., dem Tag der voraussichtlich ersten Lesung des Gesetzentwurfes, den Fraktionen der Volkskammer sowie der Presse in der DDR zuzuleiten.

Wir bitten um Verständis für das Ungewöhnliche des Weges. Wir wollen nicht an sich den kirchlichen Entscheidungsprozeß umgehen. Das Eintreten für eine Gruppe von Schwachen zwingt uns in diesem Falle dazu.

- 2 -

Gossner Mission

Bitte schicken Sie ein Exemplar unterschrieben möglichst schnell an die angegebene Adresse - Giselher Hickel, Glinkastr. 16, Berlin, 1080 - zurück. Das zweite Exemplar ist zum Verbleib bei Ihnen gedacht.

Elisabeth Adler

Giselher Hickel

Anlagen

Gossner Mission

Anbetend:
Adler, Lenck, Winkel, Schm
Zehrer, Dienelt

Bund der Evangelischen Kirchen
Facharbeitskreis Ökumenische Diakonie

Entwurf einer Tagesordnung für die Klausurtagung,
Potsdam-Babelsberg, 8.-10. Juni 1990

FAK III

1. Protokoll vom 25.4.90
2. Feststellung der Tagesordnung

Thematische Schwerpunkte

3. Die gegenwärtige Situation unter dem Blickwinkel der ökumenischen Diakonie
4. Rückblick auf den konziliaren Prozeß, insbes. Seoul
5. Entwicklungspolitische Positionsbestimmung
6. Dialog FAK und Kammer für Kirchlichen Entwicklungsdienst
7. Ausländer in der DDR

Laufende Geschäfte

8. Nachberufungen
9. "Kairos Europa"
10. Anti-Apartheid-Initiative
11. Steuerungsgruppe für Personalaustausch
12. Programme des Personalaustausches
13. Publikationen
14. Vietnamhilfe
15. Finanzielle Unterstützung von Dritte-Welt-Gruppen
16. Personalvorschlag für ARENA-Treffen, Sept. 90
17. Arbeitsstruktur des FAK
18. Verbereitung des Konsultation am 11.6.
19. Verschiedenes

Entwurf eines Zeitplans

Freitag, 8.6.	bis 18.oo Uhr	Anreise
	18.3o Uhr	Abendessen
	20.oo Uhr	TOP 3
Sonnabend	8.oo Uhr	Frühstück
	weitere Zeiten wie üblich	
	Schwergewicht bei TOP 4 - 6 und 8	
Sonntag, 10.6.	Bibelarbeit	
	ToP 9 - 19 und 7	

bitte wenden

Gossner Mission

Kommentare

zu TOP 3: Dieser TOP ist als Austausch untereinander gedacht. Es wird wichtig sein, daß wir uns darüber verständigen, wie wir die aktuellen Entwicklungen verstehen und welche Schlußfolgerungen wir daraus für unsere Aufgabenstellung ziehen. Dazu haben wir bewußt keinen Einstieg vorbereitet, sondern wir bitten alle Mitglieder und Gäste zum Gespräch beizutragen und ihre Beobachtungen einzubringen.

zu TOP 4: Wir haben einen Seoul-Teilnehmer angefragt. Sollte er nicht kommen, wird Hickel einen Einstieg geben. Gleichzeitig wäre es hilfreich, wenn die Mitglieder und Gäste ihre Eindrücke von Berichten zu Seoul und Basel einbringen könnten.

zu TOP 5: Bindemann hat bei der Sitzung am 25.4. den Entwurf eines Papiers eingebracht, den wir nicht mehr behandeln konnten. Er liegt noch einmal bei und soll ein Einstieg sein.

zu TOP 6: Wir haben die Kammer gebeten, einen Vertreter als Gast zu entsenden.

zu TOP 7: Frau Henke, beim ÖMZ/BMW für Ausländerarbeit angestellt, hat den FAK gebeten, sich dieser Thematik stärker als bisher zu stellen. Sie wird voraussichtlich am Sonntag zu Gast sein.

zu TOP 8: Nach Ausscheiden von Herrn Schröder müssen wir eine/n stellvertretende/n Vorsitzende/n wählen. Zu prüfen ist, ob aufgrund des Ausscheidens von Mitgliedern Nachberufungen vorzuschlagen sind.

zu TOP 9: Ein Bericht zu einem Treffen im Rahmen dieser Initiative, von A. Müller, liegt bei

zu TOP 10: Ein Vermerk zu einem Gespräch mit der Dresdener Bank vom 24.4.90 liegt bei, ebenso ein Dokument der neu entstandenen Anti-Apartheid-Initiative in der DDR.

zu ToP 15: Siehe Protokoll vom 25.4., TOP 4

Gossner Mission

TOP 10

V E R M E R K

über Gespräch mit dem Leiter des Büros der Dresdner Bank in Berlin, Herrn Ulrich Schmid , 24. 4. 1990

Das Gespräch kam im Auftrag des Vorstandes auf Initiative des FAK am 24. 4. 1990, 10.3o - 12.oo Uhr, zustande.
Von seiten des FAK führten es Adler und Hickel.

Zum Einstieg legten wir dar:

1. Kirchen in der DDR sind seit langem am PCR engagiert; bisher weniger an Frage Sanktionen und Bankenboykott im Blick auf Südafrika. Jetzt wirtschaftliche Verflechtungen, die uns dazu zwingen.
2. Wir möchten Kirchenleitungen in dieser Frage beraten.
3. Wir möchten Gemeinden informieren.

Das folgende Gespräch bewegte sich in sich immer wiederholenden Kreisen. Herr Schmid wollte offenbar den Anschein erwecken, als sei er intimer Kenner dieser Debatte, hatte in der Tat auch ein Bewußtsein dafür, daß von kirchlicher Seite zu diesem Punkt seit langem Anfragen kommen, allerdings keinerlei Detailkenntnis. Einige Positionen waren die folgenden:

- Die Dresdner Bank ist gegen Rassismus und will zu deren Beseitigung beitragen.
- Die Dresdner Bank hat die Aufgabe, Geschäfte zu tätigen und nicht Politik zu treiben. Das trifft auch auf Südafrika zu.
- Sanktionen sind Unsinn und haben noch nie etwas bewirkt.
- In der Forderung nach Sanktionen ist die schwarze Bevölkerung und sind die Kirchen in Südafrika nicht einig. Insofern kommt es darauf an, auf wen man hört.
- Die Dresdner Bank hat sich in der Vergangenheit für schwarze Bevölkerungsgruppen eingesetzt: Kredite für Infrastruktur Sowetos und Ausbildungsplätze für Schwarze im Bankwesen.
- Die Bevölkerung der DDR hat unter Beweis gestellt, daß eine radikale politische Wendung von innen heraus, ohne äußere Einmischung möglich ist.

Gossner Mission

- In der Diskussion zwischen Banken und Anti-Apartheid-Bewegung fehlte Vertrauen und gegenseitige Akzeptanz. Das Gespräch trete seit 10 Jahren auf der Stelle. Allerdings sei zwischen offiziellen Kirchen und AA-Gruppen zu unterscheiden.

Es erübrigt sich, unsere jeweiligen Erwiderungen im einzelnen aufzuführen, da sie auf der Hand liegen. Zu konkreten Punkten wie Umschuldungsvereinbarung vom Oktober 1989, Positionen von US- und britischen Banken, UNO- und EG-Initiativen konnte Herr Schmid , zumal er keine Gelegenheit zur Vorbereitung gehabt hatte, kaum reagieren.

Der Gesamteindruck war:

1. Schmid maß dem Thema Bedeutung bei, dehnte das Gespräch immer wieder in die Länge und wollte hörbereit, zugänglich und glaubwürdig erscheinen.
2. Eine inhaltliche Auseinandersetzung fand kaum statt.
3. Schmid lag sehr daran zu verhindern, daß die aus der BRD und anderen Ländern wohlbekannte Diskussion auch auf die DDR übergreift.
4. Die Erwähnung unserer Absicht, in dieser Sache die Kirchen und Gemeinden in der DDR zu informieren, wurde sehr hellhörig aufgenommen und als bedrohlich empfunden.
5. Schmid wird möglicherweise das Gespräch an die zentrale Geschäftsleitung weitermelden.

2.5.90 Uhrig

Gossner Mission

V o r l a g e

für die Sitzung des FAK "Ökumenische Diakonie" am 8. - 10. 6. 1990

zu TOP 15: Finanzielle Unterstützung von Dritte-Welt-Gruppen

Der FAK erinnert an die Aussagen der Ökumenischen Versammlung in der DDR vom 30. 4. 1989 in Dresden, insbesondere an die Empfehlungen zum Thema "Leben in Solidarität - eine Antwort auf weltweite Strukturen der Ungerechtigkeit":

> "... örtliche oder regionale ökumenische Informationsstellen zu den Problemen der Zwei-Drittel-Welt zu schaffen oder vorhandene besser zu nutzen. Diese sollten Einsicht in Zusammenhänge vermitteln, Verantwortungsbewußtsein und Bereitschaft zum Teilen wecken sowie Anregungen für Gemeindeseminare geben oder zu solchen einladen. Sie bieten sich auch an als Stätte der Begegnung mit den in der DDR lebenden Ausländern. Die kirchenleitenden Gremien werden gebeten, solche von der Basis ausgehenden Aktivitäten zu unterstützen;" (3.2.2., 17)

Der FAK stellt fest, daß die sich seit Oktober 1989 in der DDR vollziehenden Veränderungen den Gedanken der Solidarität mit den Armen in der Dritten Welt in den Hintergrund treten lassen und daß deshalb eine Intensivierung der bewußtseinsbildenden Arbeit umso dringender geboten ist.

Der FAK stellt weiter fest, daß die Anforderungen an Gruppen, die an der Basis und in Gemeinden tätig sind, in den letzten Monaten gestiegen sind. Gleichzeitig wird ihre Aufgabe dadurch erschwert, daß sie sich gegenüber einer Fülle von Informationen, Angeboten, Werbeaktionen und neuen Bewußtseinsinhalten unterschiedlichster Art durchzusetzen haben. Diese Situation ist offensichtlich mit den bisherigen, selbstgenügsamen Arbeitsmethoden nicht mehr zu bewältigen.

Der FAK ist überzeugt, daß die Pflege einer breiten und vielfältigen Kultur von an der Basis orientierten Aktivitäten und Gruppen ein wichtiger Beitrag zur Gerechtigkeitsarbeit ebenso wie zur Ausgestaltung des demokratischen Charakters unserer Gesellschaft ist. Unter den Bedingungen einer Dominanz der Ideologie des gesellschaftlichen Pluralismus sollten unsere Kirchen an dieser Aufgabe entschieden und tatkräftig mitwirken.

Der FAK wendet sich an die Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen mit der Bitte,

- die Unterstützung von Aktivitäten auf regionaler oder Ortsebene, die der Bewußtseinsbildung im Sinne der Solidarität mit den Armen in der Dritten Welt dienen, als eine wichtige Aufgabe der Gemeinden, Kirchenkreise und Kirchen erneut hervorzuheben;
- das Sekretariat des Bundes der Evangelischen Kirchen zu beauftragen, einen Fonds einzurichten, aus dem Gruppen eine finanzielle Unterstützung gewährt werden kann;
- den FAK Ökumenische Diakonie zu beauftragen, Kriterien zu erstellen, nach denen eine solche Unterstützung erfolgen kann;

Gossner Mission

- die Gemeinden, Kirchenkreise und Kirchen aufzufordern, aus Mitteln des 2%-Appells Beiträge in diesen Fonds einzuzahlen;
- das Sekretariat des Bundes zu beauftragen, beim Ministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit der DDR einen Antrag auf Unterstützung dieses Fonds aus Haushaltsmitteln des Ministeriums zu stellen.

Der FAK wendet sich gleichzeitig an den Ausschuß für Entwicklungsbezogene Bildung und Publizistik (ABP) der Arbeitsgemeinschaft Kirchlicher Entwicklungsdienst (AGKED) in der Bundesrepublik Deutschland mit der Bitte,

- die Zusammenarbeit zwischen Dritte-Welt-Gruppen in der DDR und in der BRD zu unterstützen und für entsprechende Aktivitäten die Bereitstellung finanzieller Mittel zu ermöglichen;
- den Austausch von Informationen und konzeptionellen Überlegungen zu fördern, indem die bessere Ausstattung vorhandener oder im Entstehen begriffener Bibliotheken und Zentren, die Mitgliedern von Dritte-Welt-Gruppen zugänglich sind, mit einschlägiger Literatur und Arbeitsmitteln ermöglicht wird.

Gossner Mission

Sekretariat
A 3501-1-1068/90

BUND DER EVANGELISCHEN KIRCHEN in der DDR
Auguststraße 80, Berlin, 1040

V E R M E R K

über die Zusammenkunft der gemeinsamen Arbeitsgruppe des Facharbeitskreises Ökumenische Diakonie und der Kammer für Kirchlichen Entwicklungsdienst
Berlin, 1. Juni 1990, 14.oo - 17.oo Uhr

Anwesend:

für FAK: Adler, Bindemann, Lewek, Hickel

für Kammer: Bauer, Lachmann, Lefringhausen, Wilkens

Der Sitzung vorausgegangen war eine Zusammenkunft in der Evangelischen Akademie zur Vorbereitung von "Loccum II", 23. - 24. 11. 1990.

Aus aktuellem Anlaß wird der geplanten Arbeit ein Gesprächsgang vorgeschoben, der sich mit Fragen der zukünftigen Zusammenarbeit befaßt. Dabei wird die Notwendigkeit unterstrichen, gemeinsame entwicklungspolitische Positionen in die Verhandlungen der gemeinsamen Kommission von Bund und EKD zu Konsequenzen aus der Zusammenführung beider Staaten einzubringen.

Es wird verabredet, daß **Adler** für den Bund und **Wilkens** für die EKD offizielle kirchliche Äußerungen von Signifikanz zur Entwicklungspolitik und Fragen ökonomischer und sozialer Gerechtigkeit zusammenstellen. Es wird erwogen, aus diesem Material eine Art Synopse zusammenzustellen.
Auf diesem Hintergrund stellen **Hickel** in Zusammenarbeit mit **Bindemann** und **Lefringhausen** in Zusammenarbeit mit **Wilkens** je einen Entwurf eines gemeinsamen Positionspapiers (max. 5 Seiten) zusammen.

Aus diesen Entwürfen wird die Gruppe bei ihrer nächsten Zusammenkunft, 10. 9., 10.oo - 17.oo Uhr, ein gemeinsames Dokument erstellen, das dann der gemeinsamen Kommission zuzuleiten ist.

Die Entwürfe sollten bis zum 25. 8. ausgetauscht werden.

Die ursprünglich geplante Arbeit erfährt durch dieses Vorhaben einen Aufschub.

Bindemann gibt eine kurze Einführung in den Entwurf der "Ökumenischen Erklärung zur Verantwortung von Kirchen und Christen im Wirtschaftsleben" von AGEM/CCPD sowie den damit verbundenen Arbeitsprozeß. Der Entwurf soll den Mitgliedern zugestellt werden.

Wilkens informiert über Vorüberlegungen zu Aktivitäten im Zusammenhang mit der Schaffung des EG-Binnenmarktes und des 500Jahr-Jubiläums der Kolonisierung Amerikas durch Europa, 1992. Überlegt werden sollten u.a. Aktionen mit Symbolcharakter, die den Reparationsgedanken aufgreifen.

Gossner Mission

Überlegungen in Auswertung von Seoul (**Hickel**) müssen vertagt werden.

Alle drei Ansatzpunkte bedürfen einer Wiederaufnahme.

Termine:

10. September 1990, 10.oo - 17.oo Uhr, Berlin
22. November 1990, 14.oo - 19.oo Uhr, Berlin

gez. G. Hickel

Gossner Mission

PRESSEINFORMATION

Herausgegeben vom Bund der Ev. Kirchen in der DDR
- Pressestelle -
Auguststraße 80, 1040 Berlin
Telefon: 2 88 6 116
Redaktion: Rolf-Dieter Günther

A 5521 - 1741/90 Nr. 32/90

An die
Redaktionen der
kirchlichen Sonntagsblätter,
ena, u. a.

Berlin, den 05. Juni 1990

Der Vorstand der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR ist besorgt über die Entwicklung der Lange von Ausländern in unserem Land. Diese ist durch Unsicherheit und teilweise sogar Angst vor Gewalttätigkeiten gekennzeichnet.

Auch wenn angesichts der sich schnell vollziehenden ökonomischen und sozialen Prozesse bei vielen unserer eigenen Bürger ebenfalls Verunsicherungen und Sorge zu finden sind, kann dies nicht Aggresivität und Unduldsamkeit gegenüber Menschen anderer Hautfarbe oder Nationalität rechtfertigen.

Wir würden die neugewonnenen Rechte und Freiheiten aufs Spiel setzen, wenn wir sie nicht auch denen zugute kommen lassen sollten, die aus anderen Völkern zeitweilig oder auf Dauer Gastrecht bei uns suchen. Freizügigkeit der Reise und der Wahl des Wohnortes können wir nun für uns in Anspruch nehmen, wenn wir gewillt sind, sie anderen zu gewähren.

Wir haben selbst erfahren, daß ungewöhnlich starke Aus- und Einreisebewegungen Ausdruck von politischen Prozessen und Turbulenzen sind. Organisierte Hilfe sollte nicht dazu dienen, weitere Menschenströme anzuziehen. Aber dort, wo Menschen hilfesuchend ankommen, muß ihnen unabhängig von politischen Erwägungen nach Maßgabe der Möglichkeiten Hilfe und Aufnahme zuteil werden.

Gleichzeitig mahnen uns Flüchtlinge oder eine ökonomisch motivierte Wanderbewegung daran, den Herkunftsländern zu helfen, die wirtschaftlichen und sozialen Bedingungen für ihre Bevölkerung zu bessern. In unserer durch Zusammenarbeit und gegenseitige Abhängigkeit geprägten Welt stellen abrupte Wohlstandsschwellen in jedem Falle ein Risiko für Sicherheit und Frieden dar.

Der Bund der Evangelischen Kirchen tritt dafür ein, daß die Verbindungen zu unseren östlichen und südöstlichen Nachbarn im Prozeß der deutschen Vereinigung gestärkt und nicht vermindert werden. Dazu wollen die Kirchen mit ihren ökumenischen Kontakten beitragen. Unsere Grenzen sollten für Reisende aus Ost- und Südosteuropa offen bleiben, damit der Austausch mit diesen Ländern auf allen Ebenen gefördert wird.

Gossner Mission

In diesem Zusammenhang halten wir es für dringend erforderlich, daß die Schaffung einer gesetzlichen Grundlage Priorität erhält, die die Fragen des Asylrechtes und der weitgehenden Gleichstellung von in der DDR lebenden Ausländern regelt. Die Kluft zwischen der Beteiligung unseres Staates an internationalen Uebereinkommen im Bereich des Flüchtlings- und Asylrechtes sowie der allgemeinen Menschenrechte und unserer Gesetzeswirklichkeit sollte möglichst schnell überbrückt werden. Diese Aufgabe ist Teil des Bemühens, ein sich neu ordnendes Europa zu einem Faktor im weltpolitischen Rahmen werden zu lassen, der das friedliche Zusammenleben der Völker fördert.

Das Recht der Fremden und Reisenden ist in der Kultur vieler Völker fest verwurzelt. Es spielt eine zentrale Rolle in unserer christlichen Tradition. Aber es bedurfte und bedarf immer des besonderen Schutzes der gesamten Gemeinschaft. Deshalb bittet der Vorstand die Gemeinden, ihren Beitrag zu verstärken, daß unsere Gesellschaft offen, gastbereit und ausländerfreundlich werden kann. Dazu kann jeder beitragen, damit Barrieren überwunden werden durch persönliche Begleitung, materielle Unterstützung und Anerkennung.

* * *

Frei zur Veröffentlichung
USB Nr. 178/90

Gossner Mission

V o r l a g e

für die Sitzung des FAK "Ökumenische Diakonie" am 8. - 10. 6. 1990

zu TOP 15: Finanzielle Unterstützung von Dritte-Welt-Gruppen

Der FAK erinnert an die Aussagen der Ökumenischen Versammlung in der DDR vom 30. 4. 1989 in Dresden, insbesondere an die Empfehlungen zum Thema "Leben in Solidarität - eine Antwort auf weltweite Strukturen der Ungerechtigkeit":

> "... örtliche oder regionale ökumenische Informationsstellen zu den Problemen der Zwei-Drittel-Welt zu schaffen oder vorhandene besser zu nutzen. Diese sollten Einsicht in Zusammenhänge vermitteln, Verantwortungsbewußtsein und Bereitschaft zum Teilen wecken sowie Anregungen für Gemeindeseminare geben oder zu solchen einladen. Sie bieten sich auch an als Stätte der Begegnung mit den in der DDR lebenden Ausländern. Die kirchenleitenden Gremien werden gebeten, solche von der Basis ausgehenden Aktivitäten zu unterstützen;" (3.2.2., 17)

Der FAK stellt fest, daß die sich seit Oktober 1989 in der DDR vollziehenden Veränderungen den Gedanken der Solidarität mit den Armen in der Dritten Welt in den Hintergrund treten lassen und daß deshalb eine Intensivierung der bewußtseinsbildenden Arbeit umso dringender geboten ist.

Der FAK stellt weiter fest, daß die Anforderungen an Gruppen, die an der Basis und in Gemeinden tätig sind, in den letzten Monaten gestiegen sind. Gleichzeitig wird ihre Aufgabe dadurch erschwert, daß sie sich gegenüber einer Fülle von Informationen, Angeboten, Werbeaktionen und neuen Bewußtseinsinhalten unterschiedlichster Art durchzusetzen haben. Diese Situation ist offensichtlich mit den bisherigen, selbstgenügsamen Arbeitsmethoden nicht mehr zu bewältigen.

Der FAK ist überzeugt, daß die Pflege einer breiten und vielfältigen Kultur von an der Basis orientierten Aktivitäten und Gruppen ein wichtiger Beitrag zur Gerechtigkeitsarbeit ebenso wie zur Ausgestaltung des demokratischen Charakters unserer Gesellschaft ist. Unter den Bedingungen einer Dominanz der Ideologie des gesellschaftlichen Pluralismus sollten unsere Kirchen an dieser Aufgabe entschieden und tatkräftig mitwirken.

Der FAK wendet sich an die Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen mit der Bitte,

- die Unterstützung von Aktivitäten auf regionaler oder Ortsebene, die der Bewußtseinsbildung im Sinne der Solidarität mit den Armen in der Dritten Welt dienen, als eine wichtige Aufgabe der Gemeinden, Kirchenkreise und Kirchen erneut hervorzuheben;
- das Sekretariat des Bundes der Evangelischen Kirchen zu beauftragen, einen Fonds einzurichten, aus dem Gruppen eine finanzielle Unterstützung gewährt werden kann;
- den FAK Ökumenische Diakonie zu beauftragen, Kriterien zu erstellen, nach denen eine solche Unterstützung erfolgen kann;

Gossner Mission

- die Gemeinden, Kirchenkreise und Kirchen aufzufordern, aus Mitteln des 2%-Appells Beiträge in diesen Fonds einzuzahlen;
- das Sekretariat des Bundes zu beauftragen, beim Ministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit der DDR einen Antrag auf Unterstützung dieses Fonds aus Haushaltsmitteln des Ministeriums zu stellen.

Der FAK wendet sich gleichzeitig an den Ausschuß für Entwicklungsbezogene Bildung und Publizistik (ABP) der Arbeitsgemeinschaft Kirchlicher Entwicklungsdienst (AGKED) in der Bundesrepublik Deutschland mit der Bitte,

- die Zusammenarbeit zwischen Dritte-Welt-Gruppen in der DDR und in der BRD zu unterstützen und für entsprechende Aktivitäten die Bereitstellung finanzieller Mittel zu ermöglichen;
- den Austausch von Informationen und konzeptionellen Überlegungen zu fördern, indem die bessere Ausstattung vorhandener oder im Entstehen begriffener Bibliotheken und Zentren, die Mitgliedern von Dritte-Welt-Gruppen zugänglich sind, mit einschlägiger Literatur und Arbeitsmitteln ermöglicht wird.

Gossner Mission

Vollständige Liste der Unterzeichner des Aufrufs des FAK "Für die Rechte von Ausländern" vom 10. 6. 1990

Adler, Elisabeth
Bahl, Dr. Karin
Bindemann, Dr. Walter
Cyrkiewicz, Rosemarie
Dietz, Evelyn
Dudke, Dr. K.-H.
Ueuke, Dagmar
Uetzsch, Dr. Klaus-Peter
Uickel, Cornelia
Uilkmann, Wolfram
Körner, Klaus
Kunicke, Dr. Günter
Lewek, Dr. Christa
Magnus, Friedrich
Nakelberg, Fred
Richter, Irma
Schmidt, Monika
Schneider, Klaus-Dietrich
Schulze, Friederike
Ziegler, Martin und Gertraude

Gossner Mission

Berlin, den 20.6.1990

An das Präsidium
der Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik

An die Abgeordneten
der Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik

Sehr geehrte Damen und Herren,

die umstehend abgedruckte Erklärung wurde von Mitarbeitern aus Evangelischen Kirchen verfaßt, die ihre Sorge um Rechte, die Ausländer in Zukunft in unserem Lande genießen werden, Ihnen und der Öffentlichkeit gegenüber aussprechen möchten.

Unterzeichnet haben:

Elisabeth Adler, Berlin
Dr. Karin Behl, Stralsund
Konsistorialrätin Rosemarie Cynkiewicz, Berlin
Dagmar Henke, Berlin
Dr. Klaus-Peter Hertzsch, Jena
Giselher Hickel, Berlin
Klaus Körner, Petershagen
Dr. Christa Lewek, Berlin
Superintendent Friedrich Magirius, Leipzig
Fred Mahlburg, Rostock
Friederike Schulze, Berlin
Gertraude Ziegler und Oberkirchenrat Martin Ziegler, Schildow, bei Berlin

Die Unterschriften sind bei der unten angegebenen Adresse hinterlegt.

Wir übergeben diese Erklärung gleichzeitig der Presse.

Für die Unterzeichner/innen

Giselher Hickel
Glinkastr. 16, Berlin 1080

Gossner Mission

Der Übergang von der zentralen Planwirtschaft zur Marktwirtschaft ist in unserem Land von Erwartungen und Sorgen begleitet. Viele Menschen wünschen sich größeren Wohlstand, orientiert an westeuropäischen Konsum-Standards. Viele befürchten aber auch eine Verschlechterung ihrer sozialen Lage.
In dieser Situation können zahlreiche Menschen aus verständlichen Gründen kaum über ihre eigenen, unmittelbaren Interessen hinausdenken. Auch in Kirchen und Gemeinden sind wir oft ausschließlich mit den eigenen Problemen befaßt.
Als Christen haben wir jedoch die Verpflichtung, nicht nur uns selbst, sondern auch unsere Nächsten zu sehen, ihre Probleme und Nöte zu beachten und nach Möglichkeit bewältigen zu helfen.
Christus nennt die Hungrigen und Durstigen, Unbekleideten, Kranken und Gefangenen seine geringsten Brüder und erinnert uns, seine Jünger, daran, daß wir in seinen geringsten Brüdern ihm selbst begegnen. Auf unserer klein gewordenen Erde sind Menschen zu unseren Nächsten geworden, die in den weit von uns entfernten Regionen der "Dritten Welt" leben. Ihr Schicksal ist mit unserem enger verbunden, als wir manchmal ahnen. Durch die stärkere wirtschaftliche und politische Verflechtung mit Westeuropa, vor allem mit der BRD, werden wir in Zukunft unmittelbarer als bisher an Vorgängen in Entwicklungsländern beteiligt sein. Ein augenfälliges Beispiel ist das wachsende Angebot an Südfrüchten, Fruchtsäften, Kaffee, Schokolade und an Industriewaren aus Entwicklungsländern. Obwohl es für den einzelnen Bürger oft noch nicht recht einsichtig ist, ist es doch eine unbestreitbare Tatsache: Wir, die Bürger der DDR, gehören zu jenem Drittel der Menschheit, das von den Gütern der Erde in viel stärkerem Maß profitiert als die Menschen der "Zweidrittelwelt".
Wir sollten uns das bewußt machen und durch das Verhalten in Kirche und Gemeinde sowie unsere persönliche Lebensweise deutlich machen. Wir sind den "fernen Nächsten" in der "Zweidrittelwelt" verpflichtet. Bei allen berechtigten Wünschen nach persönlichem und gesellschaftlichem Wohlergehen dürfen wir uns daher keinen Wohlstand auf ihre Kosten leisten. Vielmehr sind wir zur Solidarität mit den Armen und Notleidenden verpflichtet.
Was können wir tun, um ihr konkrete Gestalt zu geben?

* Wir können auf die entwicklungspolitische Diskussion in der Öffentlichkeit unseres Landes einwirken. Dies kann durch Information und Gespräch in Kirche und Gemeinde, im Kollegen- und Bekanntenkreis, in Parteien und demokratischen Bewegungen, in Volksvertretungen und auf kulturellen Foren geschehen.
* Wir können uns persönlich oder als Kirchengemeinde an Solidaritätsaktionen und Hilfsmaßnahmen zugunsten von Menschen in der Dritten Welt beteiligen. Hierzu wird es in Zukunft direktere, wirkungsvollere Wege geben als bisher.
* In zahlreichen Orten unseres Landes leben, arbeiten oder lernen Ausländer. Viele von ihnen kommen aus Ländern der "Dritten Welt" und vertreten diese in unserer Mitte. Wir können darauf achten, daß sie nicht diskriminiert werden, daß ihre Rechte und Leistungen gewürdigt und ihre Bedürfnisse respektiert werden.
* Wir können unser Kauf- und Konsumverhalten ständig daraufhin überprüfen, ob und wie unsere persönlichen Bedürfnisse mit Mitteln befriedigt werden, die Menschen der Dritten Welt entzogen werden.
* Kirchengemeinden haben besondere Möglichkeiten, ihre Solidarität mit Christen in der Dritten Welt zum Ausdruck zu bringen. Dazu gehört die Beteiligung am 2%-Appell. Dazu gehören aber eventuell auch ganz neue Formen von Beziehungen, etwa Partnerschaften mit Gemeinden und kirchlichen Einrichtungen in der Dritten Welt. Lange Zeit haben wir sehr selbstverständlich von Zuwendungen gelebt, die uns aus den Kirchen der Bundesrepublik erreicht haben; jetzt sollten wir uns fragen fragen, wie wir Menschen, denen es schlechter geht als uns, das Gefühl geben zu können, daß wir an ihrem Schicksal als Schwestern und Brüder Anteil nehmen wollen. Hierzu sind Phantasie für unsere Nächsten und Gehorsam gegenüber Gott, dem Herrn alles Lebens, nötig.

Brinkmann: Adresse a Gnieber
Vorlage a KKL

Gossner Mission

2. E n t w u r f einer **Tagesordnung** des FAK Ökumenische Diakonie
25. 4. 1990, 10.oo - 16.oo Uhr

10.oo Uhr	1.	Protokoll der Sitzung vom 8. 1. 1990
	2.	Feststellung der Tagesordnung
10.3o	3.	Gespräch mit **Dr. Hartmut Bauer,** Evangelische Zentralstelle für Entwicklungshilfe
11.3o		P a u s e
12.oo	4.	Anfrage des Ausschusses für entwicklungsbezogene Bildung und Publizistik (ABP); als Gast: Döring
13.oo	5.	CCPD
	5.1.	Bericht zum ARENA-Treffen, 26. - 30. 11. 1989
	5.2.	Zukünftige Zusammenarbeit
14.3o	6.	Vorbereitung Klausurtagung und Konsultation
	7.	Gespräch mit KED
	8.	Nachberufung
	9.	Wahl Stellvertreter
	10.	Einladung [illegible]-Anti-Apartheid-Bewegung, BRD, 4. - 6. 5. 1990
	11.	Einladung Klausurtagung Kammer KED, 14. - 16. 6. 1990 in Brüssel
	12.	Finanzen Tansania-Projekt
	13.	Delegation Diriamba/Nikaragua
	14.	Verschiedenes
	14.1	Arbeitshilfe Südafrika
	14.2	Bericht **Volks**
	14.3	Initiative Berufsausbildung für Mocambiquaner
	14.4	Gespräch mit Dresdner Bank
		Kurzbericht: Harare-Konsultation Februar 1990

14.5. Verschiedenes
- ZA
- Nachfolge für ökk-Kollegin

Gossner Mission

Teilnehmer: Die Mitglieder des Facharbeitskreises Ökumenische Diakonie und Gäste aus benachbarten Arbeitsgruppen der Kirchen;

Vertreter gesellschaftswissenschaftlicher und politischer Einrichtungen der DDR;

Gäste vom ÖRK und der Kammer für kirchlichen Entwicklungsdienst in der BRD.

Ort: Hochschule für Recht und Verwaltung in Potsdam-Babelsberg

Zeit: 11. Juni 1990, 9.oo - 18.oo Uhr

Anmeldung: Wir erbitten eine Anmeldung, auf die hin weitere Einzelheiten mitgeteilt werden, an:

Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR
Sekretariat
Giselher Hickel
Auguststraße 80
Berlin
1040 (Tel.: 2 886 - 170 / 129)

USB-Nr. 133/90

Gossner Mission

Bund Evangelischer Kirchen in der DDR
- Facharbeitskreis Ökumenische Diakonie -
Auguststr. 80, Berlin, 1040

Konsultation des Facharbeitskreises Ökumenische Diakonie des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR

am 11. Juni 1990 in Potsdam-Babelsberg

Thema: **Weltweite Gerechtigkeit - Werte und Maßstäbe**

Ziel: Den Industriegesellschaften des "Nordens" liegen Wertmaßstäbe zugrunde, die das Überleben der Menschheit in Frage stellen.

Gegenwärtig schwächt der Triumph marktwirtschaftlicher Kategorien das Bewußtsein für die Gefahren einer an Profit und wirtschaftlicher Effizienz ausgerichteten Denk- und Lebensweise.

Deshalb müssen Werte gepflegt und zur Geltung gebracht werden, die soziale Gerechtigkeit, den Verzicht auf militärische Gewalt und ökologische Vernunft als erstrebenswerte Ziele wirtschaftlicher, kultureller und politischer Prozesse in weltweitem Maßstab in den Vordergrund treten lassen.

Die Konsultation soll solche Wertmaßstäbe beschreiben und Ansätze zu ihrer Förderung suchen.

Inhalte:

1. Werte und Wahlen

Analyse von Parolen und Strategien in den Wahlkämpfen der DDR. An welche Werte appellieren die politischen Kräfte? Welche Schlußfolgerungen ergeben sich aus Wahlerfolgen und -mißerfolgen für die Akzeptanz ethischer Grundorientierungen?

2. Neues Denken - neue Werte

Welche ethischen Entscheidungen bilden den Hintergrund für das neue politische Denken im Sinne von "Perestroika" und "Glasnost"? Sind die politischen Veränderungen in Europa ein Produkt dieses Denkens? Hat es sein Ziel erreicht?

3. Neue Ethik - neue Strategie

Gibt es einen gemeinsamen Angelpunkt für eine gerechte Weltwirtschaft, den Verzicht auf militärische Gewalt und ökologische Vernunft? Worauf könnte und müßte eine Überlebensstrategie der Menschheit aufbauen?

Methode: Kurzbeiträge zu Punkt 1.

Referate und Diskussion zu Punkt 2. und 3.

Die Konsultation dient der Orientierung der Teilnehmer. Sie soll keine Beschlüsse fassen. Die Veranstalter erhoffen sich daraus aber Impulse für die Weiterarbeit.

Gossner Mission

Treffen der Koordinatoren des ARENA-Netzes, Genf, 26. - 30. November 1989

Teilnehmer: Anne Byrne, Australien; Jeanne Moffat, Kanada; John Reardon, Großbritannien; Klaus Dünnhaupt und Giselher Hickel, DDR; Israel Batista, Rebecca Larson, Levi Orason, CCPD-Stab.

Die Berichte aus den Regionen bilden die Grundlage der Gespräche. Dabei wurden die Aktivitäten an den verschiedenen Stellen dargestellt und von regionalen Treffen berichtet.

In Nordamerika ist der USA-Partner, "Büro für globale Bildung", in Schwierigkeit, weil er infolge der Umstrukturierung des NCCC gezwungen ist, das Geld für seine Arbeit in Zukunft weitgehend selbst aufzubringen. Die Gruppe schickte eine Grußadresse nach Baltimore.

Für die Region Australien / Neuseeland steht die Mitarbeit in ARENA erneut infrage. Der Schwerpunkt der Arbeit wird in der Zusammenarbeit mit den Kirchen im pazifischen Raum gesehen.

Den DDR-Bericht gab Klaus Dünnhaupt. Er warf drei Fragen auf:

1. Welche Bedeutung hat die Mitarbeit der DDR in ARENA?
2. Wie stellt sich ARENA eine osteuropäische BEteiligung in Zukunft vor?
3. Wie kann CCPD die Herstellung von Kontakten zwischen Gruppen in den Kirchen der sozialistischen Länder Osteuropas und in Ländern mit sozialistischer Zielstellung in der Dritten Welt unterstützen?

Im Gespräch über die Fragen 1 und 2 wurde deutlich, daß die DDR von den ARENA-Partnern in einer Sonderrolle gesehen wird. Die Kontakte insbesondere des 1986er Treffens werden in ihrem Wert für die übrigen ARENA-Partner nachdrücklich unterstrichen. Die Verbindung zwischen den Kirchen und Gruppen in der DDR und Westeuropa wird aufgrund der kirchlichen, kulturellen und sprachlichen Situation als sehr eng eingeschätzt. Gleiche Erwartungen gegenüber anderen osteuropäischen Ländern werden nicht oder sehr zurückhaltend formuliert. Die Absicht von Seiten der DDR, gerade in der gegenwärtigen Situation die Bemühungen um Kontakte mit osteuropäischen Partnern zu verstärken, wird anerkannt. Solange ein osteuropäisches Netz allerdings nicht existiert, wird die Mitarbeit der DDR im ARENA-Netz nachdrücklich gewünscht.

Bei der Frage der geographischen Ausdehnung von ARENA, die insgesamt als Problem gesehen wird, wird allen beteiligten Partnern die Freiheit zugebilligt, Einladungen zu einzelnen ARENA-Veranstaltungen jeweils neu zu beraten. Der Charakter eines Netzes, das nicht eine Struktur der Zusammenarbeit darstellen will, setzt eine solche gegenseitig zugestandene Freiheit voraus.

Am Rande des Treffens führten Dünnhaupt und Hickel Gespräche mit CCPD-Mitarbeitern. Dabei wurde deutlich, daß CCPD von sich aus in der Identifizierung von möglichen Partnern in Osteuropa und in der Anregung einer Zusammenarbeit keine Aktivitäten unternehmen wird. Frühere Zusagen in dieser Richtung werden nicht aufgegriffen. Das bedeutet, daß wir einen neuen Anfang machen müssen.

Gossner Mission

Folgende Einzelheiten wurden von Dünnhaupt und Hickel vorgeschlagen und mit den Mitarbeitern von CCPD abgesprochen:

1. Der Facharbeitskreis wird beraten, ob zunächst mit einer begrenzten Anzahl von Partnern in Osteuropa, z.B. CSSR und Ungarn, Kontakte aufgenommen werden könnten. CCPD würde eine solche Kontaktaufnahme, wenn erforderlich, finanziell unterstützen und wäre an einer personellen Beteiligung bei etwaigen Begegnungen in Zukunft interessiert.

2. CCPD bereitet eine Konsultation über die Wirkung sozialer Veränderungen in Osteuropa auf die Vision einer sozialistischen Gesellschaft vor. Dünnhaupt und Hickel sagen zu, daß der Facharbeitskreis prüfen wird, ob eine solche Konsultation in der DDR stattfinden könnte. An einer solchen Zusammenkunft sollten Vertreter aus sozialistischen Ländern Osteuropas und aus Gruppen und Ländern mit sozialistischer Orientierung in der Dritten Welt teilnehmen.

3. CCPD unterstützt den kurz- und längerfristigen Personalaustausch zwischen der DDR und Gruppen und Ländern mit sozialistischer Orientierung in der Dritten Welt.Dabei sollte es inhaltlich um die Ausgestaltung der Struktur einer sozialistischen Gesellschaft gehen. Das müßte bei der Wahl von Kandidaten brücksichtigt werden. Ebenso unterstützt CCPD die Beteiligung von Vertretern aus der DDR an Veranstaltungen von regionalen Netzen in der Dritten Welt.

Folgende Termine stehen für die Weiterarbeit von ARENA an:

1. Seminar in Bossey "Ökonomie als Glaubenssache", 23.7. - 2.8.1990.

   Zielstellung der Veranstaltung ist die Erarbeitung von Materialien im Sinne einer Alphabetisierung von Gemeinden in Wirtschaftsfragen. Aus der DDR könnten zwei Personen (möglichst 1 Mann und 1 Frau) daran teilnehmen. Auch die Beteiligung eines Experten aus der DDR wäre willkommen. Nominierungen bis Januar 1990.

2. Westeuropäisches Treffen:
   Für 1990 entweder in Schweden oder Dänemark vorgesehen.
   Eine Einladung wird rechtzeitig erfolgen.

3. Die Gruppe befürwortet die Durchführung einer Gesamttagung von ARENA frühestens 1992. Es wird beschlossen, die USA anzufragen, ob sie die Gastgeberschaft übernehmen kann. Dies sollte in der Hoffnung geschehen, damit einen positiven Impuls für die Arbeit des"Büros für globale Bildung" in den USA zu vermitteln. Ein Koordinatorentreffen könnte 1991 die Vorbereitung der Tagung übernehmen.

gez. Giselher Hickel

4.12.1989

Gossner Mission

Facharbeitskreis für Ökumenische Diakonie
zu A 3501-2785/89

E n t w u r f der **Tagesordnung** für die Sitzung des
Facharbeitskreises Ökumenische Diakonie, 8. 1. 1990, 10.oo - 16.oo Uhr

1. Protokoll der Sitzung vom 27. 9. 1989
2. Feststellung der Tagesordnung

Komplex: **"Afrika"**

3. Bericht H i c k e l
4. Vorschläge zur Weiterarbeit
5. Bericht Beobachter in Namibia
6. PCR

Komplex: **"Lateinamerika"**

7. Bericht V o l k s
8. Vorschläge zur WEiterarbeit
9. Informationstag "El Salvador"
10. Anfrage Roeber: Erklärung zu El Salvador

Komplex: Thema **Ökonomie**

11. Bericht zur Akademietagung Loccum
12. Multiplikatorenseminar 18. - 20. 5. 1990
13. Weiterarbeit am Thema

Komplex: **CCPD**

14. Bericht ARENA-Treffen
15. Vorschläge zur Weiterarbeit
16. Bossey-Seminar

~~17.~~

18. Synodenbeschluß zum Bericht der Kommission für Ökumene
19. Klausurtagung und Konsultation
20. Kairos Europa
21. Personalprogramme
22. Verschiedenes

Gossner Mission

Sekretariat

A 3501-2-578/90

BUND DER EVANGELISCHEN KIRCHEN in der DDR

Auguststraße 80
Berlin, 1040

V e r m e r k

über die Ergebnisse eines Gesprächs zur kirchlichen Solidaritätsarbeit BRD / DDR am 14. 3. 1990 im Bonhoefferhaus, Berlin, DDR

Nach einem Vorgespräch am 10. 1. 1990 in Westberlin fand dieses Gespräch auf Einladung des Facharbeitskreises Ökumenische Diakonie (FAK) statt. Die Gesprächspartner aus der BRD vertraten den Ausschuß für Entwicklungsbezogene Bildung und Publizistik (ABP), der ein Organ der Arbeitsgemeinschaft Kirchlicher Entwicklungsdienst (AGKED) ist.

Teilnehmer:

ABP: Janowski, Kunz, Linkscheidt, Runge

DDR: Döring, Peter (beide INKOTA), Domke (ÖMZ, zeitweise), Herrbruck (NK), Hickel (FAK).

Weite Teile des Gesprächs dienten dem Austausch über Strukturen und Arbeitsweisen der Gremien.

Die Teilnehmer betonten das Interesse an einer thematischen Zusammenarbeit zu Inhalten und zu Formen der Vermittlung von Solidarität und Entwicklungspolitik. Es wurde deutlich, daß dazu innerhalb der AGKED andere Ausschüsse sachgerechtere Ansprechpartner sind.

Einigkeit bestand über den zunehmenden Bedarf an Kommunikation, Materialaustausch und Zusammenarbeit angesichts des Prozesses der wirtschaftlichen und politischen Annäherung beider deutscher Staaten. Dabei kommt es auch zu einer stärkeren Überschneidung der Diskussions- und Lernfelder.

Döring hob hervor, daß seitens der INKOTA zugehörenden Gruppen der Wunsch besteht, Anträge um finanzielle Unterstützung an den ABP direkt richten zu können. Dafür gibt es folgende Gründe:
(1) Diese Gruppen hatten bisher keinen Anteil an der finanziellen Unterstützung der DDR-Kirchen durch die EKD. (2) Innerhalb der DDR-Kirchen existiert kein Mechanismus zur finanziellen Unterstützung dieser Gruppen. (3) Die Anforderungen an die Professionalität der bewußtseinsbildenden Arbeit innerhalb der DDR wachsen unausweichlich.

Die ABP-Vertreter informierten: Nach den gegenwärtig geltenden Kriterien kann der ABP nur entwicklungspolitische Bildungsmaßnahmen im Bereich der EKD unterstützen. Demnach können Anträge aus der DDR nicht, Anträge für bilaterale BRD/DDR-Aktivitäten nur bearbeitet werden, soweit sie sich auf BRD-Teilnehmer und auf Kosten, die in der BRD entstehen, beziehen. Der ABP wäre gewillt, über eine Änderung der diesbezüglichen Kriterien zu beraten, vorausgesetzt, daß der Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR eine entsprechende Bitte ausspricht. Da beim ABP derartige Anträge bereits eingehen, besteht deutlicher Entscheidungsbedarf. Für den Fall,

Gossner Mission

daß seitens des Bundes eine solche Bitte ausgesprochen würde, wäre als zweiter Schritt zu klären, in welcher Weise eine Begutachtung von Anträgen aus der DDR durch ein Gremium in der DDR erfolgen könnte.

Hickel machte deutlich, daß er sich aus formalen und inhaltlichen Gründen nicht in der Lage sieht, eine solche Bitte an den ABP auszusprechen. Dies wurde von anderen DDR-Vertretern unterstützt. Zugesagt wurde, daß der FAK bei seiner nächsten Sitzung diese Frage beraten wird.

Von seiten der ABP wurde eine Einladung zur gastweisen Teilnahme an der Sitzung am 27./ 28. 6. 1990 in Berlin-West ausgesprochen. Die Einladung wurde mit der Bitte verbunden, die Mitglieder des Ausschusses über Strukturen und Arbeitsweise der entwicklungspolitischen Bildung in den Kirchen der DDR zu informieren.

Die Teilnahme wurde zugesagt. Einzelheiten sind schriftlich zu klären.

Weitere Gespräche sind gegebenenfalls am 27./28. 6. zu verabreden.

Berlin, 22.3.1990

gez. Hickel

Gossner Mission

Sekretariat
A 3501-1-751/90

BUND DER EVANGELISCHEN KIRCHEN IN DER DDR
Auguststraße 80, Berlin, 1040

V e r m e r k

über die Zusammenkunft der gemeinsamen Arbeitsgruppe des Facharbeitskreises Ökumenische Diakonie und der Kammer für Kirchlichen Entwicklungsdienst
Berlin, 11. April 1990, 10.oo - 15.oo Uhr

Anwesend

für **FAK**: Adler, Bindemann, Graewe, Lewek, Hickel

für **KED**: Bauer, Habicht-Ermler, Wilkens

1. Reaktion zum Diskussionsbeitrag "Ost und West - herausgefordert zu mehr Gerechtigkeit in der Weltwirtschaft"

   Übereinstimmend wird berichtet, daß die Broschüre gut abgesetzt wurde. Sie ist auf Interesse gestoßen. Sie hat weder im Positiven noch im Negativen Anlaß zu heftigen Reaktionen gegeben. Sie hat über den innerkirchlichen Bereich hinaus auch bei anderen gesellschaftlichen Vertretern Interesse geweckt und wurde als hilfreich empfunden.

   Obwohl beim Zeitpunkt der Verbreitung, im September/Oktober 1989, aktuelle Entwicklungen im Vordergrund standen, haben die Überlegungen offensichtlich einen nützlichen Beitrag zur Bestimmung des Ost-West-Verhältnisses in der Entwicklungsfrage geleistet.

2. Rückblick auf die Akademie-Tagung in Loccum im Dezember 1989

   Die Reaktion auf die Einladung war offensichtlich ein Beleg für den Wert des Diskussionspapiers. Es ist gelungen, mit Partnern aus Wissenschaft und Politik über die darin angesprochenen Themen in das Gespräch zu kommen.
   Das Fehlen von Vertretern aus dem politischen Bereich der DDR führte zu einer Unausgewogenheit, die aber strukturbedingt war und von daher nicht als Fehler zu werten ist.

3. Vorüberlegungen für eine zweite Akademietagung (Loccum II)

   Einigkeit besteht darin, daß die Verantwortung für die Fortfü hrung des in Loccum begonnenen Gesprächs mit den Vertretern aus Wissenschaft und Politik auf der Akademieebene bleiben sollte, die dafür mehr Flexibilität aufweist. FAK und KED wollen diese Arbeit aber weiterhin intensiv mitbedenken und sich daran beteiligen.

   Loccum II sollte eine Plattform für das Gespräch verschiedener gesellschaftlicher Kräfte bieten. Dabei sind in der DDR in Zukunft auch Parteien und Basisgruppen im Blick. Ziel ist die kritische Begleitung von und Einflußnahme auf Entwicklungspolitik.

Gossner Mission

Themenvorschlag: Welche Möglichkeiten für Entwicklung könnte der europäische Einigungsprozeß freisetzen? Dabei wäre die politisch-ökonomische Entwicklung in der DDR eine Konkretionsebene; weitere Konkretionen wären zu suchen. Schwerpunkt sollte die Diskussion politischer Steuerungsmöglichkeiten ökonomischer Mechanismen sein. Das Stichwort der Verantwortungsgemeinschaft wäre unter neuen Bedingungen durchzuhalten.

Die Vorbereitung geschieht durch Bindemann und Habicht-Ermler unter Hinzuziehung weiterer Mitarbeiter am 1. 6. 1990.

4. Thematische Zusammenarbeit FAK - KED

Die Fortführung der Zusammenarbeit an der Thematik des Diskussionspapiers wird von beiden Seiten gewünscht. Dabei tritt der Dialog zwischen den Systemen von Ost und West in den Hintergrund. Aktuell bleibt die Frage nach den Kriterien von Wirtschaftswachstum und der Gestaltung von marktwirtschaftlichen Strukturen in gesamteuropäischem Maßstab, die unter dem Aspekt der wirtschaftlichen Entwicklung in Ländern der Dritten Welt zu stellen ist.

Als Ziel der Arbeit wird die Formulierung einer gemeinsamen Position, die inhaltliche Unterstützung der Vorbereitung von Loccum II und möglicherweise auch die Vermittlung von Gesprächsimpulsen in die Kirchen hinein (gesamtdeutsche Konsultation, Multiplikatorentagung oder ähnliches) gesehen.

Als erster Arbeitsschritt sollte entsprechendes Material aus dem ökumenischen Diskussionsprozeß bei einer nächsten Zusammenkunft durchgesehen und auf eine Aktualisierung für das gemeinsame Gespräch abgeklopft werden:

1. Wirtschaftsstudie des ÖRK **(Bindemann)**
2. Europa 1992 **(Wilkens)**
3. Basel und Seoul **(Hickel)**

5. Termine

1. Juni 1990, 14.oo - 18.oo Uhr

10. September 1990 10.oo - 15.oo Uhr

jeweils in Berlin.

gez. Hickel

Gossner Mission

Bericht über den Arbeits- und Studienaufenthalt in Nicaragua vom 1. Mai bis 31. Oktober 1989

(von Wilhelm Volks)

I. Arbeitsaufgaben und -ergebnisse

Mit Vidaluz Menesis, der Leiterin der Solidaritätsabteilung im Centro Ecumenico Antonio Valdivieso (CAV), wurde in einem ersten Gespräch ein Arbeitsplan mit folgenden Schwerpunkten erarbeitet:

1. Mitarbeit in der Solidaritätsabteilung des CAV
   a) Erarbeitung von Materialien sowie Übersetzungen zwecks Erfahrungsaustausch und Diskussion mit den Mitarbeitern des CAV
   b) Vorbereitung von Besuchsprogrammen und Begleitung von Delegationen aus dem deutschsprachigen Raum

2. Turnusmäßige Einsätze als Sportlehrer
   (Volleyballtraining) in der Landschule "Tania la Guerrillera" in Monte Fresco sowie in einer Schule in Managua

3. Studium der Arbeitsschwerpunkte und der Arbeitsweise des CAV
   zwecks möglicher weiterer Zusammenarbeit

4. Aufnahme von Kontakten
   zu anderen kirchlichen Organisationen und Einrichtungen

5. Pflege und Erweiterung
   bereits bestehender Kontakte zwischen Gruppen aus der DDR und ihren Partnern in Nicaragua.

Diese konkreten Arbeitsaufgaben waren eingebettet in eine allgemeine Aufgabenstellung, dem Studium der gesellschaftlichen, politischen und kirchlichen Situation in Nicaragua.

Diese Aufgabenstellungen wurden im Einzelnen wie folgt realisiert:

1. Es wurden durch mich folgende Materialien erarbeitet:
   - Vortrag: "Kirche im Sozialismus"
   - Vortrag: "Einige Thesen zur Zustandsbeschreibung sozialistischer Gesellschaften unter dem Blickwinkel von Glasnost, Perestroika und neuem Denken"
   - Diskussionsbeitrag: "Einige Informationen über die kirchliche Solidaritätsarbeit mit der Zweidrittel-Welt in der DDR"
   - Übersetzung des Vortrages von Norbert Greinacher: "Zum Verhältnis von Christentum und Sozialismus in Lateinamerika und anderswo"
   - Darstellung über die wesentlichen Entwicklungsphasen, die Inhalte und die Ziele des konziliaren Prozesses in der DDR

Gossner Mission

- Übersetzung des Spendenaufrufes von Gruppen und Einrichtungen der Kirchen in der DDR zugunsten des Wiederaufbaus der Stadt El Rama.

Die Erarbeitung dieser Materialien ergab sich wesentlich als Ergebnis von Gesprächen mit dem Leiter des CAV, Pater Uriel Molina. Dieser bekundete ein vorrangiges Interesse an Fragestellungen zu Problemen des Verhältnisses von Sozialismus und Christentum, der Rolle der Kirchen im Sozialismus sowie an den jüngeren Entwicklungen in den sozialistischen Ländern. Über diese Themenkomplexe kam es zu mehreren Diskussionsrunden im Kreise der Mitarbeiter der Theologischen Abteilung des CAV auf der Grundlage meiner erarbeiteten Beiträge. (Alle Beiträge sind im Anhang des Berichtes beigefügt.)

2. In der Landschule in Monte Fresco baute ich drei Volleyballmannschaften der achten bzw. neunten Klassen auf (Jungen und Mädel). Ich präparierte ein notdürftiges Volleyballfeld und konnte aufgrund der vorausgeschickten bzw. mitgebrachten Sportgeräte (Volleyballnetz, Bälle) ein regelmäßiges Training organisieren. Den gesamten Monat Mai sowie von Juni bis Oktober monatlich jeweils eine Woche hielt ich mich in Monte Fresco auf. Volleyball war den Schülern bis dahin zwar bekannt, aufgrund der fehlenden fachlichen Anleitung sowie der Sportgeräte war allerdings noch kein Training möglich. Somit bot mein Einsatz eine wirkungsvolle und durch die Schüler dankbar angenommene Erweiterung des Sportunterrichts dar.
Auch in einer Schule Managuas bereitete ich eine Volleyballmannschaft auf einen regionalen und nationalen Wettbewerb vor.

3. Neben meiner Mitarbeit im CAV nahm ich noch Kontakte zu folgenden kirchlichen Zentren und Einrichtungen auf:

- CIEETS (Centro Intereclesial de Estudios Teologicos y Sóciales)
- CEPRES (Comision Evangélica de Promocion de la Responsabilidad Sócial)
- Fe y Esperanza (Lutherische Flüchtlingsgemeinde aus El Salvador in Managua)
- Teyocoyani (Arbeitsgruppe Theologischer Basisarbeit)
- Iglesia Morava (Herrnhuter Brüdergemeinde)
- CEPA (Centro de Educacion y Promocion Agraria)
- CEPAD (Comision Evangelica Para Ayuda y Dessarollo)

Mit einigen der angeführten Zentren und Einrichtungen wurden Gespräche über eine mögliche Zusammenarbeit geführt. Über diese Projekte liegt bereits ein Protokoll vor (vgl. Auswertung der Zusammenkunft am 2. Dezember 1989 in Berlin). Eine ausführlichere Einschätzung dieser kirchlichen Zentren und Einrichtungen wird in einem der folgenden Abschnitte vorgenommen.

4. Intensivierung der Kontakte sowie Absprachen über zukünftige Unterstützung und Zusammenarbeit mit Gruppen, die bereits Verbindungen zu Gruppen in der DDR hatten, waren vor allem mit den folgenden Partnern möglich:

- Zweite Baptistische Gemeinde in Diriamba
  (Verbindung zu der Gruppe "El Camino" in Jena)
- Baptistische Gemeinde in Los Lopez
  (Verbindung zu dem Nicaragua-Arbeitskreis Berlin)
- und bedingt durch meinen Einsatz, mit der Landschule "Tania la Guerrillera" in Monte Fresco. (Verbindung zur Nicaragua-Gruppe in Leipzig)

Gossner Mission

5. Für die aus der DDR kommenden Delegationen der Gossner-Mission sowie der Grupppe aus Jena wurden Besuchsprogramme erarbeitet und die Begleitung (Übersetzung und Organisation von Transporten) übernommen, ebenso für eine Gruppe aus der BRD bei einem Aufenthalt an der Atlantikküste.

6. Mit dem Erziehungsministerium (Abteilung Erziehung und landwirtschaftliche Ausbildung) wurde Kontakt aufgenommen und ein Projekt zur Unterstützung von 13 Landschulen mittels Partnerschaften (Schulen, Gemeinden, Arbeitskreise) besprochen (vgl. Anhang, Brief mit Projektbeschreibung).

Als wichtigstes Ergebnis des Arbeits- und Studienaufenthaltes muß das gegenseitige "Kennenlernen" eingeschätzt werden. Nach jahrelangen Kontakten einzelner Gruppen nach Nicaragua sowie einigen Kurzbesuchen von Delegationen war dies eine erste Möglichkeit einer längeren Zusammenarbeit. Dabei mußten von beiden Seiten Informationsdefizite überwunden werden, seitens der nicaraguanischen Partner gab es nur äußerst ungenaue und ungenügende Kenntnisse über kirchliche Einrichtungen, deren Möglichkeiten und Begrenzungen in der DDR; von meiner Seite aus lernte ich auch erst allmählich die Stellungen der einzelnen Zentren und Organisationen im kirchlichen Kontext kennen - Informationen, die ich vor Beginn von verschiedenen Mitarbeitern aufgrund von Kurzreisen erhalten hatte, erwiesen sich entweder als nicht ausreichend oder zu veraltet.

Ein weiteres wichtiges Ergebnis meines Aufenthaltes war die Vertiefung der Kontakte zu Partnern in Nicaragua, die mit Gruppen in der DDR schon Verbindung hatten. Durch unsere gezielten Absprachen ist dadurch in Zukunft eine weitaus gezieltere solidarische Unterstützung durch Gruppen in der DDR möglich. Gleichzeitig stellt mein Aufenthalt für die Solidaritätsarbeit in den Basisgruppen einen wesentlichen Impuls dar.

Ein drittes, wesentliches Ergebnis der Reise stellen die Verbreitung meiner gemachten Erfahrungen und die Informationen über Nicaragua bei Veranstaltungen bzw. in Berichten in Zeitschriften und ähnliches dar - sie tragen zu einer Bewußtwerdung der Problematik in Nicaragua und darüber hinaus in Zentralamerika bei.

Da mein Einsatz so etwas wie den Anfang einer unmittelbaren Arbeit "vor Ort" in Nicaragua darstellt, wäre für mich ein wichtiges Ergebnis meines Aufenthaltes die Fortführung und Vertiefung dieser Kontakte in einer ähnlich konkreten und intensiven Form. Eine sehr günstige Gelegenheit hierfür sehe ich z.B. in der Realisierung des Projektes einer deutsch - deutschen Brigade in einer landwirtschaftlichen Kooperative in der Nähe von Diriamba (vgl. Auswertungsprotokoll vom 2. Dezember 1989).

II. Zur gesellschaftlichen Situation

Zur Zeit meines Aufenthaltes gab es für die sandinistische Regierung vier Schwerpunktaufgaben:

1. Sicherung der politischen Macht
2. Erringung des innenpolitischen Friedens
3. Erringung des außenpolitischen Friedens
4. Verbesserung der wirtschaftlichen Situation

Gossner Mission

Diese vier Schwerpunkte bilden ein sich gegenseitig bedingendes Geflecht - die Reihenfolge in der Darstellung stellen keine Wertigkeit der Aufgaben dar.

Zu 1.
Zur Sicherung der politischen Macht diente vor allem die Vorbereitung der Präsidentschaftswahlen im Februar 1990. Die Sandinisten setzten alles daran, diese Wahlen so "sauber" und durchschaubar wie irgendmöglich vorzubereiten. Deswegen fand schon die Vorbereitung des Wahlkampfes unter den Augen zahlreicher internationaler Beobachterdelegationen statt, immer mit dem Ziel, daß der Ausgang der Wahl als rechtmäßig und demokratisch legitimiert anerkannt wird, und somit im Falle eines Sieges der Sandinisten die USA die Rechtmäßigkeit dieser Begierung ebenfalls bestätigen muß. Damit verbunden war die Hoffnung auf eine Beendigung des Contrakrieges sowie der Wirtschaftssanktionen durch die USA.

Zu 2.
Im innenpolititischen Bereich ging es um den nationalen Versöhnungsprozeß, d.h. die Sandinisten versuchten, die Spannungen zwischen der Regierung und der Opposition abzubauen - bei der Vermittlung zwischen den Parteien gedachten die Sandinisten dem Kardinal von Managua, Obando y Bravo, eine wesentliche Rolle zu. Ziel dieses Prozesses war es, die politischen Differenzen zugunsten eines nationalen Denkens und Handelns zurückzustellen und somit die immensen Schwierigkeiten des Landes zu meistern. Die Sandinisten kamen dabei den Forderungen der Opposition weitestgehend nach, so z.B. wurde man sich über die Wahlregelungen einig und es erfolgte letztlich eine totale Amnestie für politische Gefangene.

Zu 3.
In der Außenpolitik taten die Sandinisten alles, um den Contra-Krieg zu beenden. Mit der gemeinsam von allen zentralamerikanischen Präsidenten angenommenen Erklärung (im August auf dem Gipfeltreffen in Tela) zur Auflösung der Contras bis zum 9. 12. 1989 schien dafür ein wesentlicher Durchbruch geschaffen und die Menschen in Nicaragua hatten große Hoffnungen auf die Erfüllung ihrer Friedenssehnsucht. Diese Hoffnungen wurden jedoch durch verstärkte Contraangriffe im Zusammenhang mit dem Einschreiben in die Wahllisten im Oktober sowie der weiteren Bewilligung "humanitärer Hilfe" durch die USA für die Contra wieder geringer, so daß letztlich auf die Auflösung der Contra nach der Wahl gehofft wurde.

Zu 4.
Die wirtschaftliche Lage Nicaraguas ist einfach als katastrophal zu bezeichnen. Zwar konnte die Inflationsrate von 1988 (36000 Prozent!) 1989 erheblich gesenkt werden, doch die 1700 Prozent stellten keinesfalls ein zufriedenstellendes Ergebnis dar, zumal dies durch Maßnahmen erreicht wurde,"die härter waren als verordnete Sparmaßnahmen durch den Internationalen Währungsfonds" (Präsident Daniel Ortega) und vor allem die Ärmsten der Armen trafen.

Eine Aussicht auf kurzzeitige Besserung war auch nicht in Aussicht, da die Unternehmen die seit zwei bis drei Jahren durch die Regierungsmaßnahmen verbesserten Investitionsbedingungen nicht nutzten, sondern ganz im Gegenteil Regierungskredite nicht in das Unternehmen investierten, sondern auf dem schwarzen Markt in Dollar eintauschten und auf ausländische Banken brachten.

- 5 -

Gossner Mission

Somit wurde auch eine Hoffnung auf Verbesserung der wirtschaftlichen Situation auf die Zeit nach den Wahlen und auf den eventuellen Wegfall der Wirtschaftssanktionen durch die USA und die EG-Staaten vertagt.

Versuch eines Resümees:

Obwohl eine schnelle Verbesserung der wirtschaftlichen Situation nicht zu erwarten war, war doch, vor allem durch Fortschritte im nationalen Versöhnungsprozeß und durch das Abkommen von Tela die Hoffnung auf baldigen Frieden und der damit verbundenen Möglichkeit der Konzentration auf die wirtschaftliche Entwicklung sehr groß. Und obwohl es einzelne Streiks gab /Lehrer, Taxifahrer) - die übrigens durch ausgehandelte Kompromisse schnell beendet waren - war durchaus keine ausgesprochen spannungsgeladene oder gar bürgerkriegsähnliche Situation wie vergleichsweise in anderen zentral- oder lateinamerikanischen Ländern zu konstatieren.

Zu konstatieren aber gilt, daß viele Errungenschaften der Revolution durch die ökonomische Situation in Frage gestellt und abgeschwächt werden müssen. In Anbetracht des Krieges und der ökonomischen Situation brachte deshalb Sergio Ramirez, der Vizepräsident, seine Erfahrungen in folgendem Satz zum Ausdruck: "Für mich ist die wichtigste Errungenschaft der Revolution, daß sie sich hat halten können."

III. Zur kirchlichen Situation

Fragt man in Nicaragua nach dem Anteil der Christen an der Gesamtbevölkerung, so kann einem niemand eine annähernd exakte Auskunft geben.
Tatsache ist, daß in diesem tiefgläubigen Land die überwiegende Mehrheit Methodisten sind, während der evangelische Bereich im Anwachsen begriffen ist (laut Statistik von 8 % 1979 auf 17 % 1989). In der katholischen Kirche vertritt die Amtskirche Kardinal Obando y Bravo, trotz seiner Vermittlerrolle im nationalen Versöhnungsprozeß, gilt er doch als ein Vertreter der "bürgerlichen" Kirche, der nur notgedrungen sich auf eine solche Rolle einließ. In der evangelischen Kirche sind zahlenmäßig am stärksten die Iglesia Morava (Herrnhuter Brüdergemeinde), die Pfingstkirchler sowie die Baptisten.

In dem Teil der Kirche, den man die Kirche der Armen, die Kirche des Volkes nennt, geht so etwas wie eine "Arbeitsteilung" vor sich und es entwickeln sich zwei Modelle: Das einer stärker vertikal orientierten Kirche, die im Namen der Armen sprechen will einerseits und andererseits eine stärker basisorientierte kirchliche Arbeit, deren Ziel es ist, Kirche der Armen zu sein.

Das erste Modell ist inspiriert von Christen mit bürgerlichem Hintergrund und der Intelligenz, die über das Christentum zur Revolution gekommen sind und vor allem diesen Zusammenhang in Vorträgen, Zeitschriften, in der Förderung christlich-revolutionärer Kunst und anderen Publikationen auf hohem Niveau reflektieren.

Das zweite Modell ist ganz auf die Unterstützung von Basisgemeinden ausgerichtet. Vorrangige Arbeitsormen sind Kurse für Evangelisten und Pastoralhelfer, die Erstellung von Studienmaterialien für Gemeindegruppen und die pastorale Begleitung von Projekten.

Beide Modelle schließen einander nicht aus, sondern haben ihren jeweils eigenen Platz und ihre Bedeutung in der Begleitung des revolutionären Prozesses durch die Kirche.

- 6 -

Gossner Mission

CAV:
Das CAV versteht sich selbst als eingebettet in den revolutionären Kontext und wird von der Sandinistischen Regierung auch als der Partner in der katholischen Kirche angesehen. Das Schwergewicht seiner Arbeit liegt unter fachkundiger Leitung von Uriel Molina bei der theologischen Reflexion durch qualifizierte Fachleute, weniger bei der Entwicklung einer Theologie direkt an der Basis der christlichen Gemeinden.

Nach Auseinandersetzungen in der Vergangenheit und dem Ausscheiden mehrerer Mitarbeiter Ende 1987 befindet sich das Zentrum gegenwärtig in einer Phase der Profilierung hin zu einem international anerkannten theologischen Zentrum mit umfangreicher publizistischer Tätigkeit.

In diesem Zusammenhang ist auch die Verbindung zum Verein für Kulturprojekte in Nikaragua und zum Peter-Hammer-Verlag, Wuppertal, BRD, zu sehen.

Basisprojekte werden derzeit allein durch die Projektabteilung realisiert (Häuserbau, Zusammenarbeit mit Kooperativen usw.), jedoch ohne pastorale Begleitung. Die Projektabteilung ist für uns gleichzeitig eine wichtige Hilfe bei der Vermittlung von Hilfssendungen an einzelne Projekte oder Gemeinden. Der Kontakt mit dem CAV sollte für uns weiterhin ein Schwergewicht haben.

CIEETS
ist eine theologische Ausbildungsstätte, die Studenten aus vielzähligen evangelischen Kirchen ausbildet, dabei wird bewußt auf ein weites Spektrum christlichen Glaubens geachtet, um somit der Vielfalt der kirchlichen Praxis gerecht zu werden.

CIEETS ist vor ca. fünf Jahren aus CEPAD hervorgegangen, als die Notwendigkeit der Gründung einer theologischen Fakultät entstand. Der Einfluß von CIEETS im evangelischen Bereich ist stark zunehmend, dies unter anderem dadurch, daß neben der Ausbildung noch eine Abteilung zur Erforschung der Atlantikküste sowie eine Publikationsabteilung existieren. Darüber hinaus führt CIEETS auch Lehrgänge für Laienprediger durch und engagiert sich in sozialen Projekten. Benjamin Cortes, dem Sekretär von CIEETS, ist offensichtlich an einem Ausbau der Zusammenarbeit mit Einrichtungen der Kirche in der DDR gelegen.

CEPRES
stellt ein kleines evangelischesZentrum dar, in dessen Mittelpunkt die soziale und kulturelle Arbeit steht. Dies bedeutet vor allem die Unterstützung von Kindergärten, Schulen, Bau von Schneiderwerkstätten, Tischlereien, den Aufbau von Musik- und Sportgruppen.

Die Einrichtung wird getragen von nur sechs hauptamtlichen Mitarbeitern sowie fünfzig Volontären. Der "Kopf" des Zentrums ist Miguel Angel Casco, der eine sehr enge Beziehung zur sandinistischen Revolution besitzt und sehr aktiv den Wahlkampf unterstützte. Ähnlich gelagert ist auch die Arbeit der Volontäre und Pfarrer, die durch ihre unmittelbare Nähe zur Revolution jedoch durchaus in den evangelikalen Kirchen, aus denen sie vornehmlich kommen, nicht unumstritten sind und insgesamt eine Minderheit darstellen.

Ein Problem ist, daß die finanziellen Mittel fehlen, Projekte blieben deshalb oft im Ansatz stecken, eine tragfähigere Struktur soll erst noch erstellt werden.

Gossner Mission

Teyocoyani
wird getragen durch die Mitarbeit von Rafael Aragoes, Luz Beatriz, Ulrich Schmitt-Culp, José Argiello und Eberhard Löschcke. Sie setzen die vor 1987 im Rahmen des CAV begonnene Arbeit an Basisprojekten der Volkswerkstätten der Theologie fort sowie der Aus- und Weiterbildungskurse für Bauern und Laien. Derzeit bestehen acht Volkswerkstätten, die vor allem im Norden Nicaraguas bzw. in Managua angesiedelt sind. Diese Werkstätten arbeiten längerfristig an thematischen Problemstellungen, z.B. an der Aufarbeitung ihrer eigenen Geschichte als Basisgemeinden oder auch an aktuellen, sie bewegenden Problemen, wie z.B. dem Alkoholmißbrauch, und sind mit ihren Aktivitäten direkt auch engagiert in ihrem sozialen Umfeld eingebunden.
Die Arbeitsgruppe ist sowohl von ihrer Struktur her als auch im Sinne finanzieller und materieller Träger und Unterstützer noch im Aufbau befindlich - angestrebt wird jedoch eine flexible Minimalstruktur.

Fe y Esperanza
ist die lutherische Flüchtlingsgemeinde von Salvadorianern im Exil. Sie umfaßt etwa 250 Mitglieder, hat zwei Pfarrer (einen US-Amerikaner und einen Brasilianer) und zu ihr geören eine landwirtschaftliche Kooperative und eine Schneiderwerkstatt.

Die Gemeinde hat eine Jugendgruppe, deren Mitglieder z. T. El Salvador kaum noch kennen und stellt deshalb auch einen Schwerpunkt der Arbeit dar. Die Gemeinde praktiziert ein ausgesprochen engagiertes und aktives Zusammenleben. In ihrem Bewußtsein verstehen sie sich als Vertreter ihres Landes und des revolutionären Prozesses und zielen in ihrer Wirkung und Zusammenarbeit auf Partner in aller Welt.

CEPAD
gilt als die an Einfluß reichste, weil auch mit Abstand finanzkräftigste Einrichtung. Es wurden mit Mitteln, die vorwiegend aus den USA und Westeuropa kommen, vor allem soziale Projekte finanziert, weitergehende Aktivitäten bzw. eine theologische Begleitung und Bildung wurden nicht realisiert.

CEPA
ist von der Struktur her ähnlich aufgebaut wie das CAV, in der Ausrichtung ist es jedoch vor allem auf landwirtschaftliche Projekte angelegt.
Vor einiger Zeit hat sich die theologische Abteilung aus dem Zentrum gelöst, so daß diese Arbeit derzeit ziemlich brach liegt.

Resümee:
Das CAV ist und bleibt ein wichtiger ökumenischer Partner im katholischen Bereich.
CIEETS bietet sich als ein interessanter und vom Profil her weit gefächerter Partner an, zumal ein Interesse an Zusammenarbeit signalisiert ist.
Mit Fe y Esperanza sollten bereits bestehende kleinere Projekte (z.B. INKOTA) weitergeführt werden - auch als ein Teil der Volkswerkstätten der Theologie sind sie ein interessanter Partner.
Teyocoyani macht für mich die derzeit interessanteste und spannendste theologische Arbeit, die sehr unterstützungswürdig ist - zu erschließen wären dabei in Zukunft noch die konkreten Möglichkeiten.

Gossner Mission

CEPRES ist noch in der Entwicklung tragfähiger Strukturen begriffen, welche Möglichkeiten sich daraus für eine Zusammenarbeit ergeben, bleibt abzuwarten.

Wichtig erscheint mir, da viele Richtungen in der Entwicklung der einzelnen Zentren noch offen sind, eine stärkere Präsens - zeitlich ausgedehnter - zu sein, um sich nicht nur auf einen Partner zu stützen, sondern flexibel und konkret zusammenarbeiten zu können.

Gossner Mission

Kooperationsmöglichkeiten mit einigen Ländern im Südlichen Afrika in Auswertung des Besuches von **Hickel** im Oktober 1989

---

1. Zimbabwe

a) Leitende Vertreter des Christenrates zeigen Zurückhaltung im Blick auf eine Kooperation im Sinne der klassischen Projektarbeit.

Personalentsendungen wären in Einzelfällen dennoch denkbar, haben aber nicht Priorität.

Wichtiger erscheint die Anbahnung einer Beziehung, die nicht auf Geld und Projekten beruht.

b) Das Bildungszentrum der ZCC in Harare bietet eine Reihe interessanter Kurse im Programm "Learning for Transformation" an.

Ein praktischer Einstieg wäre in der Beteiligung an Sprachkursen denkbar. Diese werden momentan vor allem für Angolaner und Mocambiquaner in Englisch, verbunden mit verwaltungstechnischer Ausbildung, angeboten. In Zukunft sollen auch Kurse für Portugiesisch und Französisch angeboten werden. Der Generalsekretär bietet uns darin Plätze an.

c) Großes Interesse besteht an gemeinsamen, auch multilateralen, Seminaren, den Austausch von GRuppen - also thematischer Arbeit.

d) Harare ist ein Zentrum für ANCPD. Eine Verbindung mit deren inhaltlicher Arbeit wäre empfehlenswert.

2. Botswana

a) Die DDR ist in Botswana nicht im Blick. Insofern existieren bislang keine Erwartungen.

b) Es gilt ein starkes Bedürfnis an ausländischer Unterstützung für eine Vielzahl von Projekten. Falls man meint, daß wir helfen können, wird man sich an uns wenden.

c) Vereinbart wurde ein Informationsaustausch.

d) Interesse besteht an Kontakten über ANCPD.

3. Angola

a) Es besteht ein ausgeprägtes Interesse an Kontakten mit den Kirchen in der DDR, da man sich mit dem Land verbunden fühlt. Der Besuch wurde dankbar begrüßt.

b) Personalprogramme sind wegen der augenblicklichen ökonomischen und militärischen Situation kurzfristig kaum zu verwirklichen.

c) Großes Interesse besteht an einer Einladung zu einem Delegationsbesuch in die DDR, um sich kennenzulernen und Kontakte zu knüpfen.

d) In Zukunft könnten gegenseitige Studienbesuche, Stipendiaten und Materialprojekte Wege für Zusammenarbeit sein.

Gossner Mission

Vorschläge für die Weiterarbeit
==========

1. Ausstellung

Da die gewünschten Absprachen über den Materialaustausch im kulturellen Bereich nicht getroffen werden konnten, schlägt die Gruppe die Zusammenstellung einer Foto-Ausstellung vor, die mit Schnitzereien und ähnlichem angereichert werden könnte. Über Umfang und Verwendung wäre noch zu entscheiden.

2. Materialhilfen

Die Materialhilfe wird noch über längere Zeit ein wichtiges Anliegen bleiben. Sie ist eine notwendige Ergänzung partnerschaftlicher Beziehung und muß als deren Teil verstanden werden.

Die Delegation schlägt die Formung eines Hilfskomitees vor, das organisatorische und praktische Aufgaben in diesem Bereich übernimmt. dabei sollte ein deutlicher Bezug zu Ortsgemeinden hergestellt werden. Die gegenwärtige Form der Bearbeitung von Materialprojekten erscheint der Delegation, angesichts des Umfanges der Not in Mocambique, als unzureichend.

Weiterhin wäre die Anmietung eines Lagerraums nötig, in dem kontinuierlich zum Versand vorgesehene Waren, z.B. Textilien, gelagert, gesichtet und verpackt sowie zu Sendungen zusammengestellt werden könnten.

3. Ausfüllen der Kirchenbeziehungen

Gegenwärtig werden die Beziehungen auf mocambiquanischer Seite durch den Christenrat, auf unserer Seite durch den Bund wahrgenommen.Dies sind aber erst in begrenztem Sinn Kirchenkontakte. Sie müssen durch Gemeinden, Kirchenkreise oder Gliedkirchen ausgefüllt werden. Der Bund Evangelisch-Freikirchlicher Gemeinden und die Evangelisch-methodistische Kirche sind erste Schritte auf diesem Weg gegangen. Dies sollte der Bund, wenn entsprechende Bitten an ihn herangetragen werden, ausdrücklich unterstützen. Zusätzlich sollten im Bereich der Landeskirchen solche Verbindungen angeregt werden. Da gegenwärtig das Engagement einzelner Gliedkirchen nicht wahrscheinlich, sollten einzelne Kirchenkreise oder / und Gemeinden dafür gewonnen werden. Der Bund würde als Partner des CCM weiterhin eine koordinierende Funktion haben. Offen ist die Frage, ob die AGCK für sich sinnvolle Möglichkeiten der Beteiligung sieht .

Gossner Mission

Nähmaschinen (auch elektrisch)
Suppen- und Milchpulver
Schulmaterialien
Büromaterialien
Büromaschinen
Fahrräder
Dachplatten
Gitarren, Föten
Bälle
Diese Liste stimmt im wesentlichen mit den Wünschen überein, die auch in Maputo an verschiedenen STellen an uns herangetragen wurden.

4. Personalprogramme

Unmittelbare Verabredungen wurden nicht getroffen. Am aussichtsreichsten erscheint es, Kurzzeitprogramme im Bereich der Frauen- und Jugendarbeit anzustreben. Erste Vorstellungen beim Jugendsekretär sind dazu vorhanden, aber noch nicht mit der CCM-Leitung abgesprochen.

5. Studienwünsche

In zunehmendem Maße wird von in der DDR lebenden Mocambiquanern der Wunsch an uns herangetragen, bei der Aufnahme eines Theologiestudiums in der DDR behilflich zu sein. Die Leitung des CCM wurde dazu um ihre Meinung gebeten. Es wurde die nachdrückliche Bitte ausgesprochen, daß die Mocambiquaner an ihre Heimatkirchen überwiesen werden sollten und keine Vorabsprachen unsererseits mit ihnen getroffen werden. Die Kirchen in Mocambique würden gegebenenfalls über den CCM mit der Bitte um ein Stipendium an uns herantreten.

6. Taufe und Konfirmation

Die konfessionelle Zuordnung bei TAuf- und Konfirmationsunterweisung von jungen Mocambiquanerinnen in der DDR wird vom CCM als zweitrangig angesehen.

7. Partnerschaften

Gossner Mission

Absprachen mit dem Christenrat
==========

1. Seelsorger für in der DDR lebende Mocambiquaner

Die Einladung, die der Bund ausgesprochen hat, ist nicht vergessen oder vernachlässigt. Aber man hat bisher keine überzeugende Lösung gefunden. Eine entscheidende Rolle spielt dabei der schmerzhafte Pfarrermangel in allen Kirchen des Landes. Die Suche wird fortgesetzt, aber eine kurzfristige Lösung ist nicht zu erwarten.

2. Musikstudium für Frau **Helena Cumbe**

Sowohl mit Frau Cumbe als auch mit dem Generalsekretär hat es dazu Gespräche gegeben. Frau Cumbe ist in Erwartung ihrer Delegierung vom CCM in der Publikationsabteilung eingestellt worden,wo sie die neue Zeitschrift des CCM herausgibt. Ihre Begabung ist also nicht auf das musikalische Gebiet begrenzt. In den Gesprächen wurde deutlich, daß ihr Ziel die Erlangung eines Diploms ist, das sie befähigt, als Lehrerin tätig zu sein. Dabei stellte sie sich als ihren zukünftigen Wirkungsbereich offenbar nicht ausschließlich die Gemeindearbeit vor. Unser Hinweis, daß wir nur eine Ausbildung mit innerkirchlicher Anerkennung anbieten können, war für sie offenbar überrasc-hend. Ebenso war es offenbar für den Generalsekretär nicht ohne weiteres klar, welche Ziele Frau Cumbe mit dem Wunsch für ihre Delegierung verfolgt.

Verabredet wurde, daß wir den Lehrplan der Kirchenmusikschule an den CCM schicken und daß das Exekutivkomitee danach entscheidet, ob die Bitte an uns aufrecht erhalten wird.

3. CCM-Regionalbüro Nampula

Von seiten des Regionalbüros des CCM in Nampula wurden eine große Anzahl von Bitten um Materialsendungen an uns herangetragen. Dabei sind die Möglichkeiten, Gemeindekontakte zu knüpfen, in Nampula wahrscheinlich aussichtsreicher als in der Hauptstadt Maputo. Mit der Pojektabteilung in Maputo wurde verabredet, daß Absprachen über Materialsendungen für Nampula in jedem Falle über das Zentralbüro beim CCM geschehen sollten. Im einzelnen sind folgende Materialien gewünscht worden:

Werkzeuge (Hacken, Äxte, Tischler- und Zimmermannswerkzeuge)
Kleidung
Decken
Wolle

Gossner Mission

Ost und West vor den Herausforderungen durch die Dritte Welt
- Möglichkeiten und Probleme kooperativer Entwicklungspolitik

Bericht über eine Klausurtagung der Evangelischen Akademie Loccum,
8. - 9. Dezember 1989

Ausgangspunkt für die Tagung war der Diskussionsbeitrag von FAK und KED "Ost und West - herausgefordert zu mehr Gerechtigkeit in der Weltwirtschaft".

Ziel des Direktors der Akademie, Hans M a y , war es, das Gespräch über den kirchlichen Bereich hinaus auszudehnen und Politiker und Wissenschaftler aus BRD und DDR einzubeziehen. Das ist teilweise gelungen. Von DDR-Seite waren, neben den Vertretern des FAK, allerdings Repräsentanten zugegen, die vornehmlich im Wissenschaftsbetrieb tätig sind, wenn auch Dr. B a b i n g Mitglied des Präsidiums des Solidaritätskomitees der DDR und Prof. **Thole** unmittelbar an der Ausbildung von DDR-Diplomaten beteiligt ist. Von BRD-Seite verstanden sich einige Teilnehmer unmittelbar als Vertreter ihrer Parteien bzw. staatlicher STrukturen. (Teilnehmerliste s. Anlage)

Durch die Tagung zog sich die Frage, inwieweit die Aussagen des Diskussionspapiers angesichts der politischen Verschiebungen noch relevant seien. In der Tat vollzog sich im Verlauf der Tagung eine Akzentverlagerung dahingehend, daß zwei Fragestellungen in den Vordergrund traten: (a) Wie ist der Gefahr zu begegnen, daß zunehmende Kooperation zwischen Ost und West,bzw. wachsende ökonomische Abhängigkeit des Osten vom Westen, sich auf Kosten der EL vollzieht? (b) Wie kann der Fortfall der gegenseitigen Abgrenzung zwischen Ost und West, konkreter zwischen BRD und DDR, zu gemeinsamer thematischer und praktischer Arbeit im Bereich von Entwicklungspolitik genutzt werden?

Im Blick auf die zweite Frage drängten die TEilnehmer aus dem säkularen Bereich der DDR auf konkrete Absprachen. Einige Beiträge ließen den deutlichen Wunsch erkennen, eine Runde, wie die in Loccum versammelte, zu institutionalisieren. Von westlicher SEite wurde dem nicht widersprochen, wenn auch weniger Eile, teilweise sogar Zurückhaltung zum Ausdru-ck kam. Für die "Offiziellen" der BRD spielte die Abwesenheit entsprechender Partner aus unserem Land dabei eine Rolle. Am deutlichsten kamen Vorbehalte in der Warnung zum Ausdruck, das Feld der Entwicklungszusammenarbeit für Wiedervereinigungsbestrebungen zu instrumentalisieren.

Die (obengenannte) erste Frage mußte notwendig offenbleiben. Die Versicherung von **Fuchs** (BMZ), die für 1990 Polen und Ungarn zugesagten 10 Mill. DM, die aus dem für Wirtschaftshilfe an EL zuständigen Etat des BMZ kommen, sollten nicht zu einer Verringerung der Entwicklungshhilfe für Afrika, Asien und Lateinamerika führen, klang wenig überzeugend und wurde von Vertretern der Oppositionsparteien angezweifelt. Da Polen bereits jetzt bei der OECD die Einstufung als Entwicklungsland beantragt hat, scheint ein zukünftiger Wettlauf zwischen Ost und Süd um Entwicklungsgelder ohnehin unvermeidlich. Dabei haben die osteuropäischen Länder,und zumal die DDR, zweifellos enorme Vorteile gegenüber Ländern der südlichen Hemisphäre. Gleichzeitig kann man illusionslos erwarten, daß die gleichen Ausbeutungsmechanismen auch für sie wirksam werden.

Gossner Mission

Gegenüber diesen Grundfragen traten die beiden fachspezifischen Referate, die den Bildungssektor und den der ländlichen Entwicklung herausgriffen, in ihrem Gewicht zurück, obwohl sie beide, inbesondere das zweite von Dr. **Graewe**, sehr profiliert Akzente setzten. Auch die länderspezifischen Kommentare zu Äthiopien und Mocambique prägten die Diskussion nur in geringem Maße. Die in diesem Teil angelegte Konkretion war, angesichts der Unsicherheit über den Gang der politischen Entwicklung, ohnehin kaum möglich.

Als Ergebnis entstand eine Stichwortliste, die, nach folgenden Rubriken eingeteilt, Anregungen für die Weiterarbeit enthält:

I. Inhaltliche Sachfragen

14 Themenkomplexe von "Abrüstung für Entwicklung" bis zur "Erlösstabilisierung im Rohstoffhandel"

II. Strukturelle Vorschläge

Vorschläge für eine Institutionalisierung einer deutsch-deutschen Entwicklungskommission, einer Plattform für NGDs, einer Zusammenarbeit von Forschungsinstituten im Bereich von Entwicklungspolitik usw.

III. Kooperationsmöglichkeiten

Bewerbungen von DDR-Vertretern für GTZ-Ausschreibungen; Gründung gemeinsamer Stiftungen; Gründung einer gemeinsamen "task force" für polytechnische Bildung; Suche nach gemeinsamen Entwicklungsprojekten; Experten-Austausch; Dokumentation.

IV. Fortsetzung

Es wurde eine kleine AG zur Auswertung der Tagung und zur Vorbereitung einer zweiten derartigen Akademietagung gebildet, der von unserer Seite **Bindemann**, von BRD-Seite **Lefringhausen** und **May** angehören. Der Wunsch wurde geäußert, ein Loccum II in Berlin (Ev. Akademie) durchzuführen. Loccum sagte die Erstellung eines Protokolls zu.

Nachtrag: Am Rande der Tagung wurde unter den DDR-Teilnehmern ein DDR-Forum zur Frage der internationalen Solidarität unter Beteiligung kirchlicher und säkularer Einrichtungen verabredet, für das ebenfalls die Ev. Akademie Berlin-Brandenburg als Einlader fungieren sollte.

Persönliche Einschätzung

Positiv ist festzustellen, daß das Ost-West-Papier und dessen Aufnahme durch "Loccum" Vertreter von Kirche, Wissenschaft und Staat, die mit Entwicklungsfragen befaßt sind, zusammengeführt hat. Dies mag in Zukunft Früchte tragen. Die Akademie-Ebene erscheint dazu besser geeignet als die der Kirchenzentralen.

Realistisch muß man sich eingestehen, daß in diesem Gespräch die Fragen nahezu ganz unter den Tisch fallen, um die es uns vor allem gehen sollte: Wie ist eine Veränderung der Entwicklungsorientierung sowohl in Ost als auch in West zu befördern? Welche ethischen Grundentscheidungen liegen kapitalistischer und sozialistischer Marktwirtschaft zugrunde und welche Kritik sind wir den darauf beruhenden Entwicklungskonzepten schuldig? Insofern ist unsere Arbeit als FAK (und KED?) an diesem Thema mit Loccum I, II, ... wohl keineswegs erledigt.

Berlin, 22.12.1989

gez. Giselher Hickel

1 Anlage

Gossner Mission

EVANGELISCHE AKADEMIE LOCCUM

Teilnehmer/innen

an der Klausurtagung

OST UND WEST VOR DEN HERAUSFORDERUNGEN DURCH DIE DRITTE WELT

Möglichkeiten und Probleme kooperativer Entwicklungspolitik

am 8. und 9. Dezember 1989

Babing, Dr. Alfred, Institut für Internationale Politik und Wirtschaft der DDR (IPW), Breite Str. 11, DDR-1020 Berlin

Bindemann, Dr. Walther, Akademiedirektor, Evangelische Akademie Berlin-Brandenburg, Albrechtstr. 16, DDR-1040 Berlin

Brock, Dr. Lothar, Professor, Johann-Wolfgang-Goethe Universität, Abteilung W.B.E., Internationale Beziehungen, Robert Mayer Str. 5, 6000 Frankfurt a. M. 11

Conring, Warner, Oberkirchenrat, Kirchlicher Entwicklungsdienst, Kirchenamt der EKD, Herrenhäuser Str. 12, 3000 Hannover 21

Damm, Wilhelm, Pfarrer, Zambia-Referent, Gossner Mission, Handjery Str. 19 - 20, 1000 Berlin 41

Demele, Dr. Isolde, Hochschule für Wirtschaft und Politik Hamburg, Rappstr. 24, 2000 Hamburg 13

Dieke, Gerold, Dipl.-Kfm., Geschäftsführer 'Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) GmbH, Dag-Hammarskjöld-Weg 1, Postfach 5180, 6236 Eschborn 1

Drewes, Manfred, Regionalbeauftragter des DED in Äthiopien, c/o Deutsche Botschaft Addis Abeba - Äthiopien, Postfach 1500, 5300 Bonn 1

Fuchs, Winfried, Leiter der Unterabteilung Mittelmeerraum/Nordafrika/Naher Osten, Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Postfach 120322, 5300 Bonn 1

Graewe, Dr. Wolf Dieter, Sekretariat des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR, Auguststr. 80, DDR-1040 Berlin

Grohs, Dr. Gerhard, Professor, Institut für Ethnologie und Afrika-Studien, Johannes Gutenberg-Universität Mainz, Saarstr. 21, Postfach 3980, 6500 Mainz

Habicht-Erenler, Susanne, Studienleiterin, Evangelische Akademie Loccum, 3056 Rehburg-Loccum

Hedrich, Klaus-Jürgen, MdB/CDU, Mitglied im Entwicklungspolitischen Ausschuß, Bundeshaus, 5300 Bonn 1

Hickel, Giselher, Sekretariat des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR, Auguststr. 80, DDR-1040 Berlin

Koegelenberg, Renier, Foundation for Education Research and Development in Southern Africa, Am Mühlhain 24, 6903 Neckarsgemünd

Lefringhausen, Dr. Klaus, Gemeinsame Konferenz Kirche und Entwicklung, Evangelische Geschäftsstelle, Adenauerallee 80, 5300 Bonn 1

May, Hans, Akademiedirektor, Evangelische Akademie Loccum, 3056 Rehburg-Loccum

Möckelmann, Reiner, VLR, Auswärtiges Amt, Planungsstab, Adenauerallee 99-103, 5300 Bonn

Reinders, Jan, Stellvertr. Geschäftsführer, Evangelische Zentralstelle für Entwicklungshilfe e.V. (EZE), Mittelstr. 37, 5300 Bonn 2

Robbe, Dr. Martin, Professor, Akademie der Wissenschaften der DDR, Prenzlauer Promenade 149 - 152, DDR-1100 Berlin

Schmidt, Ulf, Karl-Marx-Universität, Sektion Afrika- und Nahostwissenschaften, Karl-Marx-Platz, DDR-7010 Leipzig

Spanger, Dr. Hans-Joachim, Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung, wissenschaftl. Mitarb., Leimenrode 29, 6000 Frankfurt 1

Tetzlaff, Dr. Rainer, Professor, Institut für Politische Wissenschaft, Von-Melle-Park 15, 2000 Hamburg 13

Thole, Dr. Günter, Professor, Institut für Internationale Beziehungen in Potsdam-Babelsberg, August-Bebel-Str. 89, DDR-1502 Potsdam

Voigt, Karsten, MdB/ Mitglied SPD-Parteivorstand, Bundeshaus, 5300 Bonn 1

Volmer, Ludger, MdB/ Die Grünen, Dritte-Welt-Politik und Weltwirtschaftsfragen, Bundeshaus, 5300 Bonn 1

Gossner Mission

Sekretariat

A 3907-Bh6_1095/89

Bund der Evangelischen Kirchen
in der Deutschen Demokratischen Republik
Auguststraße 80
Berlin, 1040

A B S P R A C H E

bezüglich des Einsatzes von Herrn Wilhelm V o l k s in Nikaragua, Mai - Oktober 1989

1. Formale Verantwortung für das Programm liegt auf DDR-Seite beim Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR, Facharbeitskreis 'Ökumenische Diakonie' (FAK).

2. Notwendige Entscheidungen über das Programm werden auf DDR-Seite in Absprache zwischen dem Facharbeitskreis und dem INKOTA-Arbeitskreis getroffen.
Für den FAK trägt der Geschäftsführer, Giselher Hickel, für den INKOTA-Arbeitskreis der Sekretär, Hans-Joachim Döring, die Verantwortung.

3. Volks sendet Anfragen, Vorschläge und Berichte jeweils an Döring oder Hickel, bei schwerwiegenden Programmentscheidungen ist das Büro für Personalaustausch bei CICARWS/ÖRK einzubeziehen.

4. Der Arbeitsauftrag für Volks umfaßt folgende Punkte:

   a) Studium der Arbeitsweise und Positionen des CAV sowie seine Stellung im kirchlichen Kontext.

   b) Mitarbeit an einer, mit der Leitung des CAV zu vereinbarenden Aktivität, z. B. Landschule Monte Fresco.
   Da eine vorherige Vereinbarung mit dem CAV diesbezüglich nicht erfolgen konnte, muß V olks in diesem Punkte sehr flexibel sein.

   c) Studium der gesellschaftlichen und politischen Situationen in Nikaragua, Sammlung und Übersetzung entsprechender Materialien, Vermittlung von Eindrücken, Einschätzungen und Analysen.

   d) Studium der kirchlichen Situation in Nikaragua und deren VErmittlung im Hinblick auf geistliche und theologische Strömungen, gesellschaftliche Bezüge und ökumenische Zusammenarbeit.

   e) Pflege und Vertiefung bestehender Kontakte zu Gruppen und Einrichtungen der Kirchen.

   f) Einschätzungen, inwieweit eine ökumenische Einrichtung in Nikaragua als ständiger Partner für bilaterale Beziehungen mit den Gliedkirchen des Bundes in Frage kommt.

   g) Pflege des Kontaktes mit CIEETS.

Gossner Mission

h) Im Blick auf zukünftige Projekte oder Kontakte personeller, materieller oder thematischer Art trifft Volks keine definitive Absprachen, sondern unterbreitet dem FAK und INKOTA Vorschläge zur Beratung.

i) Die Punkte e - h müssen sich dem von der Leitung des CAV vorgesehenen Programm unterordnen.

j) Interpretation und Information von Positionen der DDR-Kirchen gegenüber ökumenischen und interessierten Partnern in Nikaragua.

k) Volks bemüht sich um eine regelmäßige Auswertung seiner Erfahrungen in schriftlicher Form für die entsendenden Stellen im Abstand von ca. 4 Wochen.

l) Die Weitergabe und Veröffentlichungen von Analysen und Berichten innerhalb und außerhalb der DDR geschieht nur in Absprache mit dem FAK und INKOTA-Arbeitskreis.

m) Döring und Hickel verabreden einen regelmäßigen Kontakt, mindestens im Abstand von 4 Wochen,zur Beratung möglicher Maßnahmen für die Unterstützung des Programms.

n) Volks fertigt einen Gesamtbericht nach Rückkehr aus Nikaragua an. Vor dem 22. November findet eine ein- bis zweitägige Zusammenkunft zwischen Volks, Döring und Hickel statt zur Beratung dieses Berichtes.

Berlin, den 19. 4. 1989

Günther Hickel

Gossner Mission

Facharbeitskreis für Ökumenische Diakonie

zu A 3501-2785/89

Kommentare zur Tagesordnung

TOP 3 und 4: Bericht über Hickels Besuche bei nationalen Christenräten in Mocambique, Zimbabwe, Botswana und Angola

TOP 5: Frau Dr. Behl und Dr. Zippel sollen eingeladen werden

TOP 6: Filiale der "Dresdner Bank" in Dresden

TOP 7 und 8: Der schriftliche Bericht von Herrn Volks liegt noch nicht vor; eine Liste von konkreten Vorschlägen zur Weiterarbeit liegt bei.

TOP 10: Herr Roeber hat bei der Kommission für Ökumene angefragt, ob die KKL sich zu aktuellen Vorgängen in El Salvador äußern könnte. Der FAK sollte ein Votum abgeben.

TOP 11 - 13: Der FAK hat sich eine Weiterarbeit am Thema vorgenommen, nachdem die "Ost-West-"Studie abgeschlossen ist. Die TOPe 11 und 12 gehören inhaltlich dazu.

TOP 14 - 16: Ein Bericht von Hickel liegt bei.

TOP 18: Der Synodenbeschluß wurde bei der letzten Sitzung ausgegeben.

Gossner Mission

SEKRETARIAT
A 3907-2-433/89
Hi/Gm

Bei Beantwortung
bitte Aktenzeichen
angeben

BUND
DER
EVANGELISCHEN
KIRCHEN

IN DER DEUTSCHEN DEMOKRATISCHEN REPUBLIK
Steuerungsgruppe für Personalaustausch

1040 BERLIN, Auguststraße 80 · Telefon 2 88 60

den 13. 2. 1989
270. 229

7.01.A

FAK III

An die
Ökumenereferenten und Ökumenischen Einrichtungen
des Bundes Evangelischer Kirchen in der DDR

Betr.: Bewerbungen zum Dienst in ökumenischen Projekten

Sehr geehrte Damen und Herren,

unter dem Datum 21. 12. 1987 ist Ihnen ein Schreiben in gleicher Sache von uns zugegangen, dem vier Anlagen beigefügt waren:

1. Kriterien für Bewerbungen...
2. Austausch von Informationen...
3. Zur Verantwortung für die Entsendung...
4. Personalbogen für Mitarbeiterliste

Wir möchten Sie heute darauf aufmerksam machen, daß die Steuerungsgruppe für den Personalaustausch den Gedanken, eine zentrale Kartei von solchen Bewerbern anzulegen, erneut bekräftigt hat. Die Sammlung ist gegenwärtig im Entstehen. Falls Sie noch ausgefüllte Personalbogen in Ihrer Dienststelle liegen haben, die Sie dafür zur Verfügung stellen wollen, wären wir Ihnen für die Zusendung dankbar.

Mit freundlichem Gruß

Giselher Hickel

Gossner Mission

A 3907-Bh.1-96/89 FAK III

Vermerk über ein Gespräch mit Schwester Irmtraud Schäfer (z. Zt. Ilembula) am 5. 1. 1989 in Berlin

Anwesend: Schäfer, Woratz, Franke, Hickel, Koenig (kurzzeitig)

Frau S c h ä f e r ist zum Jahresurlaub in der DDR.

Bericht über ihre Arbeit

Sie ist in der Ausbildung der 87 Schwesternschülerinnen des Krankenhauses tätig, Unterricht im 1. Studienjahr, sonst praktische Anleitung auf Stationen.
Verantwortlich für Finanzen der SChule.
Mitarbeit im OP - Anästhesieabteilung.
Die Schule wird von 5 Lehrschwestern geführt - 3 aus Tanzania, 1 Schwedin und Schäfer.

Die Ausbildung geschieht nach britischen Standards, ausschließlich in Englisch. Deshalb wäre ein Praktikum in einem britischen Krankenhaus in der Vorbereitung auf eine Mitarbeit in Ilembula unumgänglich.
Schwie rigkeit: Die Schülerinnen haben nur sehr begrenzte Englisch-Kenntnisse. Das Scheitern vieler Schülerinnen bei Prüfungen hängt damit zusammen. Außerdem kollidieren die britischen Standards von Krankenpflege usw. ständig mit dem einheimischen Verständnis, nach dem Pflege und Beköstigung der Kranken Sache der Angehörigen ist.
Dieser vorgegebene Konflikt wurde zum persönlichen Konflikt für Frau Schäfer. Erst langsam findet sie sich in dem Spannungsfeld zurecht.

Weiterhin spielen Stammeskonflikte bis in die Gruppensituation der Schülerinnen hinein und beeinflussen in einer für Europäer oft undurchsichtigen Weise die Entscheidungsfindung an der Schule.

(Es scheint eine Tendenz zur Zunahme der Bedeutung von Stammesidentitäten in Gesellschaft und Kirche zu geben. Folge z.B. die Aufsplitterung der Kirche in "Stammes"-Kirchen; es gibt mehrere Süddiozösen.)

Die Frage des Angenommenseins spielt in der Reflexion von Frau Schäfer eine dominierende Rolle: als Europäerin, als Lehrerin, als Mensch.

"Wir (die Europäer) würden gern mal mit Tanzaniern reden, aber wir sind immer draußen und unter uns."

"Ich habe gedacht, ich gehe nach Tanzania wegen einer Arbeit, einer Leistung. Diese wird aber nicht gebraucht. Es geht auch ohne uns. Wichtig ist nur die Präsenz."

Die Funktion der Europäer ist offensichtlich eine Garantie der Aufrechterhaltung einer Verbindung nach Europa zur GHld- und Ersatzteilbeschaffung. Spezifisch europäische Fähigkeiten wie Planung, Leitung und Finanzier -verwaltung werden dabei gern in Anspruch genommen.

Gossner Mission

In diesem Spannungsfeld die eigene Rolle zu finden, fällt Schäfer bis heute schwer. Inzwischen hat sie den Konflikt der persönlich gänzlich anderen Motivation begriffen und ist dabei, ihn zu verarbeiten. Wichtig ist für sie dabei ein Gesprächspartner in der Reflexion. Das ist nicht das Bethlehemsstift. Aufgrund des Personalwechsels war das auch nicht der PAK.

Anstehende Entscheidungen

1. Weiterarbeit nach Ablauf des Einsatzes

Schäfer hält einen 2jährigen Einsatz für entschieden zu kurz. Ca. 10 Jahre ist optimal, 4 - 5 Jahre ist Durchschnitt.

Sie selbst lehnt eine Verlängerung ihres Aufenthaltes definitiv ab, aufgrund der Absprache mit dem Bethlehemsstift.

Der für Ilembula zuständige Bischof V u h a n l a hat im Namen seiner Kirche Schäfer gebeten, sich für die Entsendung einer Nachfolgerin einzusetzen. Kontakt dazu mit CCT hat es ihres Wissens nicht gegeben.

Wir weisen auf folgende Punkte hin:

- Eine Anforderung müßte vom CCT kommen. Ein Übergang des Projektes in die alleinige Verantwortung der Diozöse und damit eine Abtrennung von der Zusammenarbeit mit CCT/ÖRK liegt nicht im Interesse des PAK.
- Der ÖRK hat zwar vorläufig zugesagt, eine Einsatzverlängerung für Schäfer zu prüfen. Über den Einsatz einer Nachfolgerin liegt kein Votum vor. Aufgrund der Geschichte dieses Einsatzes könnte das schwierig sein.
- Auch der PAK hat darüber noch nicht beschlossen, so daß Schäfer die erbetene definitive Auskunft vor ihrem Rückflug (28. 1.) nicht erhalten kann.

Wir weisen auf die Diskrepanz in der Auffassung über die Terminabsprachen zwischen ÖRK und PAK bzw. Weber und Schäfer hin. ÖRK rechnet mit einer Einsatzzeit von 2 bzw. 3 Jahren, abzüglich der Vorbereitungsphase. Die Frage, ob sie einem solchen Aufschub der Rückkehr in die DDR um einige Monate zustimmen würde, will Schäfer bedenken und vor ihrem Rückflug beantworten.

Schäfer informiert uns über ein Gespräch mit Frau Härtel, nach dem der Einsatz im Krankenhaus Ndolage für sie nicht infrage kommt. Sie schlägt vor zu prüfen, ob Frau Härtel ihre Stelle antreten könnte.
Dieser Sachstand wäre uns völlig neu und überraschend.

2. Besuch von Frau Woratz in Ilembula

Frau Woratz hat eine Einladung von Schäfer erhalten, die sich auf staatliche Regelungen bezieht und die einen Befürwortungsvermerk des 1. Sekretärs der DDR-Botschaft in Daressalam trägt. Sie hat sich bei ihrer zuständigen VP-Stelle um eine Privatreise nach Tanzania bemüht, ist aber abgewiesen worden.

Franke bestätigt, daß er von der erwähnten staatlichen Regelung gehört habe und sich um den Wortlaut der entsprechenden Verordnung bemüht.

Gossner Mission

Davon abgesehen weisen wir auf die Schwierigkeit einer offiziellen BRD-Befürwortung durch den Bund für einen solchen Besuch hin.
Wir sagen zu, uns in dieser Frage wieder zu melden.

3. Rücktransport der Ausrüstung nach Beendigung des Einsatzes

Schäfer wird bei ihrer Rückkehr ca. 50 kg Gepäck mit sich führen, d.h. ca. 30 kg Übergepäck. Das entspricht einem Preis von ca. 800,- bis 1000,- DM (27 DM pro kg).

Bei Beantragung des Rückflugtickets werden wir versuchen, die Bezahlung der Gebühren für 30 kg Übergepäck mit zu beantragen.

Falls dies nicht gelingt, müßten wir Valuta-Mittel in entsprechender Höhe beantragen. Nur im Notfall sollten wir den ÖRK um die Übernahme bitten, da dies den vertraglichen Vereinbarungen mit dem ÖRK widerspricht.

Schäfer versucht bei der DDR-Botschaft in Daressalam zu erkunden, ob diese eine Frachtabfertigung gegebenenfalls übernehmen würde und wie hoch die Kosten wären.

Wir verabreden ein zweites Gespräch mit Schäfer für den 17.1. zwischen 12.oo und 15.oo Uhr sowie ihre Teilnahme an Sitzung der Steuerungsgruppe, 15.oo bis 16.oo Uhr.

6. 1. 1989 gez. Hickel

USB-Nr.: 4/89

Gossner Mission

Ansprechen: Andreas Müller
Nigrit - Babel - Str. 30
Leipzig 4030
„Daß ihr Leidtragenden Geduld zu Ende hat!" 2
Matthäus

zu A 3501-122/89

Facharbeitskreis "Ökumenische Diakonie"
Sitzung am 31. 1. 1989

Entwurf einer Tagesordnung

---

1. Protokoll der Sitzung vom 23. 11. 1988
1.1 Berichte zum Protokoll
1.2 Richtigsprechung
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Gespräch mit Otto Immonen, Finnland
Generalsekretär "Lutheran Coordination Service"
4. Personalprogramme
4.1 Ilembula
4.2 Liuli
4.3 Kampuchea
4.4 Nikaragua Einladung für Leute in da, Arbeit ab Apr.-Nov. beantragt
4.5 Quäker USA
4.6 Planung
5. Arbeitspapier "Wirtschaftssysteme"
6. Koordinierungsgespräch: Ökumenische Dienste
7. Konziliarer Prozeß - Gespräch zum Papier 002
8. Arbeitshilfen
8.1 ARENA-Tagung 1986 - Ausbleiben, St. Kampf
8.2 Dialogtagung Buckow ✓
8.3 Schuldenkrise → evtl. Hilfsaktion + Einladung zu Lebensmittel
9. Bericht von Steuerungsgruppe
10. Bericht aus Vietnam
11. Sonstiges
11.1 Materielle Hilfsprojekte → 30.000 M f. Nikaragua ⇒ PCR-Fonds
11.2 Nachberufung: Hölzer, B/dkw. Absage
11.3 Ökumene-Zeitschrift, e.h. Konzept. Tage bei Ökumene Kommission
11.4 ÖRK-Studiengruppe "Wirtschaftsleben"
11.5 CCPD-Netzwerk-Osteuropa
11.6 Lateinamerika-Tag
11.7 Chorin II
11.8 H. v. Beeck / ÖRK - Berlin
11.9 CWME

Gossner Mission

SEKRETARIAT
A 3900-14/88
T/Gm

Bei Beantwortung
bitte Aktenzeichen
angeben

BUND
DER
EVANGELISCHEN
KIRCHEN

IN DER DEUTSCHEN DEMOKRATISCHEN REPUBLIK
GEMEINSAME EINRICHTUNG ÖKUMENE

1040 BERLIN , den 2. 1. 1989
Auguststraße 80 · Telefon 2 88 60

An alle
am ökumenischen Mitarbeiteraustausch
interesierten Kirchen und kirchlichen Werke

Betr.: Einladung zur 2. Konsultation "Kirchen in der DDR - Partner in der Mission", Bad Saarow, 6. - 8. 3. 1989

Liebe Schwestern und Brüder,

vom 19. - 21. November 1987 fand die erste Konsultation "Kirchen in der DDR - Partner in der Mission" in Chorin statt. Die Teilnehmer der Veranstaltung haben damals dringend eine Wiederholung empfohlen. Dies scheint auch insofern sinnvoll, als inzwischen eine Reihe von Erfahrungen gewonnen wurden und weitere Diskussionen stattgefunden haben. Nach wie vor sind wir in der Anfangsphase eines ökumenischen Personalaustausches begriffen. Deshalb ist es besonders wichtig, Erfolge und Fehler zu bedenken, damit wir gemeinsam eine unseren Möglichkeiten und unserem kirchlichen wie gesellschaftlichen Umfeld entsprechende Konzeption entwickeln können.

Wir laden Sie hiermit herzlich ein, zu der zweiten Konsultation "Kirchen in der DDR - Partner in der Mission" eine/n Vertreter/in Ihrer Kirche bzw. Ihres WErkes zu entsenden.

Die Tagung findet vom 6. März, 18.oo Uhr, bis zum 8. März, 13.oo Uhr, im Hospiz "Zur Furche" in Bad Saarow statt. (Im Anschluß daran ist am 8. März von 13.3o Uhr bis 18.oo Uhr das "Koordinierungsgespräch ökumenischer Dienste" vorgesehen, das den materiellen Austausch zum Inhalt hat und zweimal jährlich durchgeführt wird.)

Die Programmplanung für die Konsultation sieht folgende Punkte vor:

1. "Mission - Gerechtigkeit - Partnerschaft" - Reaktionen nach einem Jahr: Dieses Grundsatzpapier war Hauptinhalt der ersten Konsultation. Der endgültige Text wurde etwa vor einem Jahr verschickt. Wir bitten alle Teilnehmer, darüber zu berichten, welche Reaktionen der Text in ihrem Bereich ausgelöst hat. (Falls nicht vorhanden, kann der Text im Sekretariat abgerufen werden.)

2. "Zur Überwindung der Unterentwicklung und zur Schaffung einer internationalen Wirtschaftsordnung". Dieses Dokument der Sitzung des Politischen Beratenden Ausschusses der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages vom Mai 1987 ist von grundlegender Bedeutung für das politische "neue Denken" in den sozialistischen Ländern.

- 2 -

Gossner Mission

3. Unsere Rolle als Kirchen in einem sozialistischen Land im Verhältnis zu den Kirchen in Afrika, Asien und Lateinamerika.

4. Berichte aus der Arbeit der Steuerungsgruppe für den Personalaustausch sowie über konkrete Austauschprogramme.

Die Teilnehmer werden um eine Beteiligung an den Tagungskosten von ca. 15,-- M (1/3 der Gesamtkosten), die entsendende Stelle um Übernahme der Fahrtkosten.

Wir weisen darauf hin, daß die für den 17. Januar 1989 vorgesehene Sitzung der Erweiterten Steuerungsgruppe der GEÖ für die Aussendung von Mitarbeitern in ökumenische Partnerschaftsprojekte wegen der zeitlichen Nähe mit der Tagung in Bad Saarow auf einen späteren Termin verschoben wurde. Wir nehmen an, daß alle wichtigen Fragen, die sonst am 17. Januar besprochen worden wären, im Rahmen der Tagung "Chorin II" zur Sprache kommen werden. Bei dieser Tagung könnte auch ein neuer Termin für eine nächste Erweiterte Sitzung der Steuerungsgruppe, etwa im Herbst 1989, verabredet werden.

Die Anmeldungen erbitten wir bis zum 10. Februar 1989 an das Sekretariat.

Mit freundlichem Gruß

i.V.

Tschoerner

Gossner Mission

Ökumenische Versammlung
für Gerechtigkeit, Frieden und
Bewahrung der Schöpfung
2. Vollversammlung, Magdeburg, 8.-11.Oktober

Vorlage 2/4 a

Anhang zum Textentwurf der AG 4: Leben in Solidarität

Anregungen zum solidarischem Leben mit Ausländern in der DDR für die Gemeindearbeit

1. Dokumente, die zur Weiterarbeit empfohlen werden

1. Eingabe des Kirchentages in Erfurt 1983 an die Synoden der ev. Kirchen in Thüringen und der Kirchenprovinz Sachsens zur Seelsorge an Christen aus anderen Staaten
2. Beschluß der Bundessynode der ev. Kirchen vom 22.9.87 zur Ausländerseelsorge
3. Beschluß der Synode der ev. Kirche Berlin-Brandenburg zur Problematik der in der DDR lebenden Ausländer

2. Kontaktadressen

1. Von zuständigen kirchlichen Dienststellen zur Wahrnehmung der Seelsorge an Ausländern Beauftragte:

Für die Stadt Leipzig: Pastorin Ulrike Birkner
Kieler Str. 51
L e i p z i g
7 o 2 5

Für die Stadt Berlin: Pastorin Allmut Berger
(spez. Moçambiquaner) Georgenkirchstr. 69
B e r l i n
1 o 1 7

Für die Kirchenprovinz Sachsen: Pfarrer W. Keiling
Dorfstr. 22
Z i n n a
7 2 9 1

Für die Di e Magdeburg: Pfarrer Alfons Schäfer
Goetheplatz 6 a
E l b i n g e r o d e
3 7 o 3

2. Weitere wichtige Anschriften:

Beratungs- und Koordinierungsstelle am ÖMZ:

Ökum. Mission. Zentrum: Past. Dagmar Henke
Georgenkirchstr. 70
B e r l i n
1 o 1 7

Ökumenereferat des Bundes der ev. Kirchen
Pastorin Irene König
Auguststr. 8o
B e r l i n
1 o 4 o

Leipziger Mission
Pfarrer Michael Müller
Paul-List-Str. 19
7 o 1 9

Ökumenischer Jugenddienst
Planckstr. 2o
B e r l i n
1 o 3 o

Cossner Mission
Baderseestr. 8
B e r l i n
1 1 8 o

Inkota
Georgenkirchstr. 7o
B e r l i n
1 o 1 7

Gossner Mission

3. Problemkatalog (mit Empfehlungen)

Situation bei Ankunft/Eingewöhnung - Sorgen/Probleme

vieler Ausländer:

- unmittelbare Herauslösung aus Familie und oft auch aus kommunikativerer Gesellschaft
- Gefühle der Einsamkeit und der Isolation
- oft erstmalige Konfrontation mit Rassenproblemen, d.h. "plötzlich als farbig angesehen werden ...", das bedeutet eine Situation der fortwährenden Beobachtung und des Herausfallens aus der Allgemeinheit
- oft ist Anpassung nötig, um psychisch zu überleben
- wenig Information über uns und unser Land; falsche und zu hohe Erwartungen; Enttäuschungen

vieler DDR-Bürger:

- unfreiwillige, "plötzliche" Begegnung mit anderen Kulturen, Werten, Normen
- Vorurteile aus unaufgearbeiteter politischer Vergangenheit treten hervor und werden oft als Pauschalurteile verbreitet
- wenig Informationen über Herkunftsländer, über Ziel und Zweck des Aufenthaltes von Ausländern bei uns
- kaum Möglichkeit zu direktem Kennenlernen vieler anderer Kulturen

"Apartheid ist nicht nur ein politisches System in einem afrikanischen Land; Apartheid ist eine bestimmte Art zu denken, zu fühlen und zu leben, ohne Bewußtsein von dem, was neben uns vor sich geht."

Dorothee Sölle

Empfehlungen:

- Versuche immer als erstes in dem Fremden Deine Schwester/Deinen Bruder zu sehen (so, wie in jedem anderen Menschen).
- Werde Dir bewußt, daß Du das Gastland repräsentierst.
- Sei offen im Gespräch und habe ein offenes Haus/Wohnung.
- Versuche einen Ausländer (in der Nachbarschaft z.B.) freundlich zu grüßen und warte taktvoll ab, ob der andere Kontakt sucht.
- Informiere Dich mehr über die Situation in den Herkunftsländern und betrachte das Hiersein der Ausländer im Kontext der Weltsituation!
- Beleidige nicht die Heimatgefühle unserer ausländischen Mitbürger!

Situation bei Arbeit/Ausbildung - Sorgen/Probleme

vieler Ausländer:

- meist nur kurzzeitiger Deutschunterricht
- Arbeitsnormen übersteigen z.T. die Voraussetzungen
- Arbeit z.T. in Ausländerbrigaden; Ab- und Ausgrenzungsgefahr
- Arbeitseinsatz ist auch bei Arbeitern aus der 2/3 Welt oft nicht sichtlich an den Erfordernissen und späteren Einsatzmöglichkeiten in den Herkunftsländern ausgerichtet.
- Arbeiter aus der 2/3 Welt haben nur selten/keinen Einfluß auf ihren Einsatzbereich und die Ausbildungsmöglichkeiten, Vorkenntnisse bleiben meist/fast immer unbeachtet.
- arbeitsrechtliche Unklarheiten

Wer ist verantwortlich für arbeitsrechtliche Fragen der Ausländer?
Vertritt der FDGB schon qualifiziert ihre Interessen?

vieler DDR-Bürger: (und Institutionen)

- nur geringe Fremdsprachenkenntnisse
- Mangel an spezifischem zweisprachigen Material (Wörterbücher!)
- zu schnelle Einstufung ausländischer Arbeiter als VBE
- Betrachtung ausländischer Arbeiter als "Fremdarbeiter"

Gossner Mission

"Die Solidarität hilft uns, den 'anderen' - Person, Volk oder Nation nicht als irgendein Mittel zu sehen, dessen Arbeitsfähigkeit und Körperkraft man zu niedrigen Kosten ausbeutet und den man, wenn er nicht mehr dient, zurückläßt, sondern als ein uns gleiches Wesen, eine Hilfe (Gen.2, 18-2o), als einen Mitmenschen also, der genauso wie wir am Festmahl des Lebens teilnehmen soll, zu dem alle Menschen von Gott in gleicher Weise eingeladen sind."

Papst Johannes Paul II.

Empfehlungen:

- Achte sorgfältig auf Deine Sprache; kurze und deutlich gesprochene Sätze können hilfreich sein!
- Versuche selbst, eine Fremdsprache zu lernen.
- Achte auf die gleichberechtigte Einbeziehung ausländischer Kollegen ins Brigadeleben in und außerhalb der Arbeitszeit!
- Gib Hilfestellung (Organisation) zur Teilnahme an Weiterbildungskursen außerhalb der Arbeitszeit (Deutschunterricht, Näh-, Koch-, Schreibmaschinen-, Photokurse, ...)
  Gib Deine selbsterworbenen Fähigkeiten weiter!
- Achte auf Gefühle der Überlegenheit bei Dir - daraus wachsen schnell Verachtung oder Gönnerhaftigkeit (und Du betrügst Dich selbst um das Voneinander-Lernen).

Situation im Wohnheim/Wohngebiet - Sorgen/Probleme

vieler Ausländer:

- Umstellung auf anderes Nahrungsmittelangebot
- Mangel an Spezialgeschäften für typische Nahrungsmittel (z.B. Fischgeschäfte; z.B. Gemüseläden, die über bestimmte Eßgewohnheiten informiert sind; so verwenden Moçambiquaner gern die Blätter von Blumenkohl und auch Kürbis als Gemüse)
- Wohnheimunterbringungung mit oft sehr wenig Platz und Isolierung bei großen Objekten

vieler DDR-Bürger:

- z.T. überlastete Versorgungseinrichtungen und Angst vor Versorgungsengpässen
- Wohnblocks werden plötzlich Ausländern zur Verfügung gestellt, Ärger bei den Wohnungssuchenden
- Besuche in den Wohnheimen sind nicht immer einfach: große Objekte verunsichern, Ausweiskontrollen ebenso.

"Die Gerechtigkeit einer Gesellschaft wird daran gemessen, wie sie die Machtlosen in der Gesellschaft behandelt."

Ulrich Duchrow

Empfehlungen:

- Reagiere Deinen Ärger über DDR-interne wirtschaftliche oder organisatorische und gesellschaftliche Probleme nicht auf Kosten der Ausländer ab!
- Suche Kontakt zu gesellschaftlichen Verantwortungsträgern und mit ihnen nach Wegen der Problemlösung.
- Habe keine Scheu vor Besuchen im Wohnheim und den notwendigen Formalitäten! (Gastfreundschaft wird in den meisten Herkunftsländern GRÖSSER "geschrieben" als bei uns.)
- Respektiere andere Sitten, Gebräuche, Lebenserfahrungen, Wertvorstellungen und lasse Dich auch bereichern und hinterfragen!

Situation in Freizeit/soziale Lage/Kontakte - Sorgen/Probleme

vieler Ausländer:

- Familiengründung nicht möglich oder sehr schwierig, vorhandene Familie kann nicht mitgebracht werden
- Bei Schwangerschaft muß in der Regel der Aufenthalt in der DDR abgebrochen werden, daraus resultieren viele Unterbrechungen.

vieler/einiger DDR-Bürger:

- große Schwierigkeiten (langwierige, bürokratische Prozesse) bei der Legalisierung einer Ehe mit einem/er ausländischen Partner/in
- Partnerschaft mit Ausländern stößt auf Vorurteile, oft auch Beleidigungen

Gossner Mission

vieler Ausländer:

- Aufklärung über Verhütungsmöglichkeiten ungenügend bzw. wird sie nur ungenügend verstanden
- z.T. Schwierigkeiten, mit sexuellen Problemen fertig zu werden
- Partnerschaft mit Deutschen stößt vielfach auf Vorurteile und Haß in der Umgebung
- unterschiedliche Tradition und Vorstellung vom Verhalten und den Beziehungen zwischen den Geschlechtern - schnell entstehen Mißverständnisse
- es existieren große finanzielle Unterschiede, abhängig von den Herkunftsländern und deren vertraglichen Vereinbarungen
- viele Arbeiter haben die Verpflichtung, die Familie im Heimatland zu unterstützen und möchten sich für später eine Existenzgrundlage schaffen, daraus ergeben sich finanzielle Sorgen
- Verlust der eigenen speziellen religiösen Umwelt, Unsicherheit, wie Religionsausübung bei uns erfolgen kann

vieler/einiger DDR-Bürger:

- Annäherungsversuche werden belästigend empfunden.
- ohne Kenntnisse wird Ausländern allgemein Devisenbesitz zugeschrieben, was nicht der Realität entspricht
- vielen, die persönliche Kontakte zu Ausländern haben wollen, ist die staatliche Position dazu unklar

"Die Bezeugung einer Kirche in Einheit durch die Einheit in Christus schließt jede Feindschaft, jede Diskriminierung aus rassischen, nationalen, ethnischen oder kulturellen Gründen, wegen des Geschlechts oder Alters, der Bildung oder des sozialen Standes und jede Unterdrückung wegen religiöser oder ideologischer Überzeugungen aus."

Vater Vitali Borovoy

Empfehlungen:

- Entwickle mit Phantasie die eigene Beziehung zu Ausländern am Ort!
- Bewahre feinfühlige Zurückhaltung in der Beurteilung von Menschen und Sachverhalten.
- Sei aufmerksam, wo Beratung zu sexuellen Fragen hilfreich sein könnte, und suche dann Möglichkeiten dafür.
- Besuche als Frau ein Wohnheim nur in männlicher Begleitung, Du weißt nicht, welche Norm Du sonst überschreitest.
- Versuche Ausländern in Deiner Familie ein Stück Ersatz für ihr fehlendes Zuhause anzubieten.
- Suche mit Ihnen nach Möglichkeiten, mehr von ihrer heimischen Kultur auch hier leben zu können (singen, tanzen, beten, kochen, ...)
- Suche nach Möglichkeiten der Einbeziehung in Deine Gemeinde oder in eine, die der Konfession der/des ausländischen Christin/en noch mehr entspricht.
- Starre Gottesdienstformen könnten auf Veränderungen überprüft werden und leicht verständliche Elemente und auch fremdsprachige Elemente (z.B. zweisprachige Lesungen) einbezogen werden.
- Schaukästen können zweisprachig gestaltet werden.
- Raum geben, daß die 'andere' Frömmigkeit und Glaubenspraxis gelebt und eingebracht werden kann.
- Stelle Dich bei diskriminierenden Vorfällen (Beleidigungen, Zurücksetzung z.B. beim Einkauf, Meidung z.B. in öffentlichen Verkehrsmitteln) offen auf die Seite der Ausländer!

Gebet aus Südafrika

Herr Jesus Christus, der du von einer hebräischen Mutter geboren,
aber voll Freude warst über den Glauben einer syrischen Frau
und eines römischen Soldaten, der du die Griechen, die dich suchten,
freundlich aufgenommen hast und zuließt, daß ein Afrikaner
dein Kreuz trug,
hilf uns, Menschen aller Rassen als Miterben
in dein Reich zu bringen. Amen.

Nur für innerkirchlichen Gebrauch / D 310 M ÖV 9.88 -- 29 / 250

Gossner Mission

- in Absprache mit den ökumenischen Partnern auch ausländische Mitarbeiter zum befristeten Seelsorgedienst in unser Land einzuladen und die dazu notwendigen Voraussetzungen zu schaffen,
- zu überlegen, wie eine lebendige deutsch-sowjetische Freundschaft entstehen kann, in die die bei uns lebenden Sowjetbürger, auch Armeeangehörige, eingeschlossen sind,
- ein Studienobjekt in Auftrag zu geben, in dem Möglichkeiten und Grenzen interkulturellen Zusammenlebens in der DDR untersucht werden.

5. Leben in Solidarität - ein Lernprozeß

Wir laden zu einem Leben in Solidarität mit den nahen und fernen Nächsten ein und sehen in der "Entwicklungserziehung" einen gangbaren Weg. Durch sie sollen Einsichten und Lernschritte vermittelt werden, die es ermöglichen, unsere persönliche Betroffenheit angesichts der unvorstellbaren Armut von Millionen Menschen in konkretes und verpflichtendes Handeln einmünden zu lassen.

Wir müssen erforschen und ausprobieren, was es bedeutet, ein Teil der EINEN WELT zu sein. Eines ist klar: solange uns Privilegien und Benachteiligungen, Armut und Reichtum, Chauvinismus und Rassismus, Angst und Mißtrauen gefangen halten in unserer kleinen Welt, können wir nicht vollwertige EINE-WELT-BÜRGER sein.

Anmerkungen:

(1) Tinbergen: Bericht an den Club of Rom. Reform der Internationalen Ordnung.

(2) Statistisches Jahrbuch der DDR, Berlin 1987

Material, das angefordert werden kann:

- Anregungen zu solidarischem Leben mit Ausländern in der DDR (Gemeindepapier).
- Stellungnahmen von Verantwortlichen kirchlicher Hilfsdienste zu Problemen des'Lebens in Solidarität' (Arbeitshilfe für kirchenleitende Gremien)

Nur für innerkirchlichen Gebrauch
D 310 M ÖV 10.88 - 70/3000

Gossner Mission

Fak III

Ökumenische Versammlung
für Gerechtigkeit, Frieden und
Bewahrung der Schöpfung
Magdeburg, 8. - 11. Oktober 1988 Textentwurf 002

Leben in Solidarität - eine Antwort auf weltweite Strukturen der Ungerechtigkeit

" Die Schwachen werden unterdrückt, die Armen seufzen. Darum spricht der Herr: "Jetzt stehe ich auf, dem Verachteten bringe ich Heil" (Ps 12,6).
" Denn wie der Leib eine Einheit ist, doch viele Glieder hat, alle Glieder des Leibes aber, obgleich es viele sind, einen einzigen Leib bilden: so ist es auch mit Christus. In dem einen Geist wurden wir durch die Taufe alle zu einem einzigen Leib... wenn darum e i n Glied leidet, leiden alle Glieder mit" (1 Kor 12, 12.13.26)

Wir leben in einer Welt, die durch vielfältige Strukturen der Ungerechtigkeit gekennzeichnet ist, wie z.B. Apartheid und Rassismus, Diskriminierung der Frauen, nationaler Minderheiten und ihrer Kulturen. Als Christen können wir uns mit keiner Form von Ungerechtigkeit abfinden. Wir beschränken uns in den beiden folgenden Abschnitten auf die ökonomischen Strukturen, weil sie das weltweite Unrecht vorrangig bestimmen.

1. Ungerechte Weltwirtschaftsordnung

Die Menschheit ist durch ein weltweites Wirtschafts-, Handels- und Kommunikationssystem zu einer eng verflochtenen Einheit geworden, der sich kein Land mehr entziehen kann. Innerhalb dieser einen Menschheit wirken Strukturen der Ungerechtigkeit, durch die ein kleiner Teil in Reichtum und Verschwendung lebt, ein weitaus größerer Teil aber immer ärmer wird. Schon heute leben 800 Millionen Menschen ständig am Rande ihrer Existenz. Täglich sterben Tausende von Kindern an den Folgen der Unterernährung. Und dies alles, obwohl die Nahrungsproduktion schneller zunimmt, als das Bevölkerungswachstum und die Weltwirtschaft gewaltige Produktivkräfte und erstaunliche Organisationsleistungen hervorgebracht hat.

Die Wurzeln und Triebkräfte der weltweiten Strukturen der Ungerechtigkeit liegen in dem durch kapitalistische Mechanismen geprägten internationalen Wirtschafts- und Finanzsystem. Es wird bestimmt durch die Macht des Geldes und das vorrangige Streben nach Gewinnmaximierung und neigt dazu, "Armut zu verhöhnen oder einfach zu ignorieren" (1). Die Entwicklungsländer werden benachteiligt vor allem durch eine nach wie vor kolonialwirtschaftlich geprägte internationale Arbeitsteilung, einen nicht äquivalenten Warenaustausch, eine zunehmende Schutzzollpolitik der Industrieländer und ein zu wachsender Verschuldung führendes internationales Kreditsystem. Damit wird ihnen kaum noch Spielraum gelassen für eine eigenständige, auf die Befriedigung der Grundbedürfnisse und die Entfaltung der menschlichen Gemeinschaft gerichtete Entwicklung.
Alle Anstrengungen der Völker und Staaten zur Herausbildung einer neuen internationalen Wirtschaftsordnung sind bisher erfolglos geblieben. Andererseits sind materielle und finanzielle Mittel sowie menschliche Arbeit in ungeheurem Maße für die Hochrüstung verschwendet worden.

2. Unsere Verflochtenheit

Die sozialistischen Länder haben versucht, ein alternatives Wirtschaftssystem zu entwickeln. Nicht zuletzt aufgrund ihrer ökonomischen Schwäche ist dieser Versuch für die Gestaltung des Weltwirtschaftssystems wenig wirksam geworden. Die sozialistischen Länder sind heute weithin in das bestehende System integriert und sowohl dessen Opfer als auch Nutznießer. Die DDR zählt ebensowenig wie die anderen sozialistischen Länder zu den bestimmenden Akteuren der Weltwirtschaft. Sie wickelt nur 4,3 % ihres Außenhandels mit den Entwicklungsländern ab (2).

Nach ihrem eigenen Verständnis liegt diesem Handel das "Prinzip des gegenseitigen Vorteils" zugrunde. Dabei sind vor allem langfristige Abkommen auf Regierungsebene im Blick, die die Interessen beider Seiten berücksichtigen. So wird ein Teil des Außenhandels auf der Basis der sogenannten Clearing-Abkommen (Ware gegen Ware) abgewickelt. Allgemein schließt das Verschuldung aus, weshalb es vielfach als gerechtere Form der internationalen Wirtschaftsbeziehungen angesehen wird. Doch sind solche Abkommen hinsichtlich Flexibilität und Warenspektrum eng begrenzt.

Der Handel der DDR mit Entwicklungsländern weist Merkmale auf, die für die derzeitigen ungerechten Strukturen charakteristisch sind:

- Die Preisbildung orientiert sich (auch bei Clearing-Abkommen) weitgehend an den - die Entwicklungsländer benachteiligenden - Preisen der internationalen Warenmärkte.
- Im Vordergrund stehen nicht Anliegen der Entwicklungsförderung, sondern der Rohstoffsicherung sowie der Devisenerwirtschaftung, wobei der Valutaüberschuß vor allem dem Technologieimport aus westlichen Industrieländern dient. Deshalb konzentriert sich der Handel auch auf ökonomisch fortgeschrittenere Länder (Brasilien, Indien, Irak, Iran), während der mit den am wenigsten entwickelten Ländern sehr gering ist.
- Es werden vorwiegend Rohstoffe ein- und Fertigwaren ausgeführt. Der Importanteil an Halbfabrikaten und Fertigprodukten stagniert anteilmäßig und konzentriert sich auf wenige Länder, z.B. Indien und Ägypten.

Der wichtigste Beitrag der DDR zur Entwicklungshilfe ist die nichtkommerzielle Ausbildung in der DDR und die Entsendung von Experten. Die Ausbildung in der DDR entspricht aber zu wenig den wirklichen gesellschaftlichen und ökonomischen Erfordernissen und Zielen in den jeweiligen Ländern.

Betroffen stellen wir fest:
Auch wir in der DDR ziehen Nutzen aus der weltweiten Benachteiligung der Entwicklungsländer.

3. Leben in Solidarität mit den Menschen in der 2/3 - Welt

Solidarität ist ebenso wie Gerechtigkeit ein Beziehungsbegriff. Solidarität kennzeichnet nicht eine ungleiche Beziehung zwischen Hilfesuchenden und überlegenen Helfern, sondern eine partnerschaftliche Beziehung, in der beide an den Kämpfen und Hoffnungen des jeweils anderen teilnehmen, ein Füreinander-Dasein und Miteinander-Teilen.

Die biblische Entsprechung für "solidarisch leben" ist: den anderen Nächste werden (Lk 10,3b), mit ihnen leiden und sich mit ihnen freuen (1 Kor 12,26 und Röm 12,15). Zwischen dem täglichen Brot für alle und dem Brot der Eucharistie, das für alle da ist, besteht eine enge Verbindung.

3.1. Handlungsorientierungen

- Auch wir Christen in der DDR stehen in der weltweiten Verantwortungsgemeinschaft für unser gemeinsames Haus Erde. Wir wollen den Horizont unseres Wissens und Gewissens erweitern, um als Mitbetroffene an dieser Verantwortungsgemeinschaft teilzunehmen. Wir nehmen uns vor, -gemeinsam mit anderen- Wege zu einer gerechteren Partnerschaft zwischen wirtschaftlich, sozial und kulturell unterschiedlich entwickelten Ländern zu suchen.
- Wir wollen unsere Regierung in ihrem Bemühen um mehr soziale und ökonomische Gerechtigkeit ernst nehmen und unterstützen. Dies schließt auch die Art der Beziehungen zu Ländern der 2/3-Welt und die Integration der Ausländer in der DDR ein.

Die Zeit von 1933 - 1945 hat erschreckend gezeigt, wie Rassismus das Denken und Handeln des deutschen Volkes durchdringen konnte. Heute ist es z.B. das Apartheidregime in Südafrika, das grausamsten Rassismus demonstriert und uns zum klaren Bekenntnis dagegen herausfordert. Unsere Kirchen wie auch unser Staat verurteilen Rassismus und Apartheid auf das schärfste. Trotzdem zeigen sich im zwischenmenschlichen Bereich immer wieder rassistische Verhaltensweisen. In den letzten Jahren ist zu der Zahl der Bürger anderer Staaten, die zu Studien, Ausbildung und Berufstätigkeit bei uns leben, eine noch anwachsende Zahl von Arbeitern und Auszubildenden aus asiatischen und afrikanischen Ländern hinzugekommen. In der Bevölkerung sind ausländerfeindliche Verhaltensweisen zu beobachten. Politische und rassistische Vorurteile verbreiten sich als Pauschalurteile und erschweren das Leben der Ausländer und die Beziehungen zu ihnen. Dies ist in unserer Gesellschaft noch nicht öffentlich benannt worden. In christlichen Gemeinden wächst zwar die Sensibilität dafür, aber nicht in gleichem Maße die Bereitschaft, Hintergründe bei sich selbst aufzudecken und auszuräumen. Die Situation der Ausländer bei uns wird noch nicht als Herausforderung an unseren Glauben verstanden. Wir sind überall gefragt, inwieweit die alltägliche Lebenssituation der Ausländer einer wirklichen Mitbürgerschaft entspricht. In der Bibel wird verflucht, wer das Recht von Fremdlingen beugt (Dtn 27,19), wir werden aufgefordert, Fremdlinge gastlich in unserem Haus aufzunehmen: in ihnen nehmen wir Jesus auf (Mt 25,35).

Deshalb bittet die Ökumenische Versammlung

4.1. die Christen unseres Landes,

- sich Ausländern gegenüber mehr zu öffnen und Kontakte zu suchen,
- ihr Hiersein im Kontext der Weltsituation verstehen zu lernen,
- zu lernen, eigene Vorurteile zuzugeben und eigene Wertvorstellungen anfragen zu lassen,
- offen zu werden für "fremde" Lebens- und Glaubenserfahrungen,
- bei Diskriminierung von Ausländern sich offen auf ihre Seite zu stellen;

4.2. Die Gruppen und Gemeinden unseres Landes,

- den Gemeindealltag gastfreundlich zu gestalten, so daß Gemeinschaft unter und mit Ausländern möglich wird,
- Kontakt zu den gesellschaftlichen Verantwortungsträgern am Ort zu suchen, um in Zusammenarbeit mit ihnen Ausländer besser in unsere Gesellschaft integrieren und die Bevölkerung besser darauf vorbereiten zu können,
- finanzielle Mittel (evt. auch aus dem 2 %-Appell) für Ausländerarbeit zur Verfügung zu stellen;

4.3. die kirchenleitenden Gremien,

- Gespräche und Vereinbarungen mit staatlichen Stellen anzustreben, die die Gewährleistung freier Religionsausübung für Ausländer betreffen,
- den Anstoß zu Überlegungen zu geben, unter welchen Bedingungen allen Ausländern die Möglichkeit zur Familiengründung und der Geburt von Kindern ohne vorzeitigen Abbruch des Aufenthaltes in unserem Land (häufige Ursache für Schwangerschaftsabbruch) eingeräumt werden könnte,
- gegenüber staatlichen Vertretern deutlich zu machen, daß bei Verträgen mit Arbeitern und Auszubildenden aus der 2/3-Welt Vorkenntnisse, individuelle Qualifizierungsmöglichkeit und spätere Einsatzmöglichkeiten stärker beachtet werden müssen,
- für Ausländerarbeit Mitarbeiter zu beauftragen und zuzurüsten und den Informations- und Erfahrungsaustausch zu fördern,

Gossner Mission

- Langfristig sind strukturelle Veränderungen der Weltwirtschaft und entsprechende in der Binnenwirtschaft überlebensnotwendig. Darum müssen wir die Zusammenhänge kennen und uns politisch für solche Veränderungen einsetzen.
  In akuten Notsituationen bleiben schnelle Hilfsaktionen notwendig.

- Wir meinen, daß sich unser Lebensstandard nicht zu Lasten der Solidarität mit der 2/3-Welt erhöhen darf. Daraus folgt, daß wir die Orientierung am westlichen Konsum aufgeben.

3.2. Praktische Schritte

Die Ökumenische Versammlung empfiehlt

3.2.1. den Christen unseres Landes

- selbst Initiativen zu entwickeln, um sich besser über die Situation in der 2/3-Welt zu informieren und Kontakte zu Menschen in der 2/3-Welt zu knüpfen,
- einen angemessenen Teil ihres Einkommens regelmäßig für die 2/3-Welt zur Verfügung zu stellen,
- Vorschläge und Initiativen zu unterstützen, die wirklich geeignet sind, Abrüstung, Entspannung und weltweite Kooperation zu fördern,
- den eigenen Lebensstandard und Lebensstil kritisch zu prüfen sowie bewußt und beispielhaft Einschränkungen auf sich zu nehmen,
- festzuhalten am Gebet, das uns den Blick schärft und uns Kraft zu veränderndem Handeln gibt;

3.2.2. den Gruppen, Gemeinden, Regionen unserer Kirchen und kirchlichen Gemeinschaften

- eine "Alphabetisierung in Wirtschaftsfragen" in unseren Gemeinden zu fördern, weltweite Ungerechtigkeit öffentlich zu diskutieren und so eine Bewußtseinsbildung voranzubringen,
- Informationszentren zu den Problemen der 2/3-Welt zu schaffen, um Einsicht in Zusammenhänge zu vermitteln, Verantwortungsbewußtsein und Bereitschaft zum Teilen zu wecken und Anregungen für Gemeindeseminare zu geben oder sie in Verbindung mit den Zentren durchzuführen,
- daß die christlichen Gemeinden regelmäßig und verbindlich Abgaben für eine der verschiedenen Formen der Partnerschaft mit der 2/3-Welt zur Verfügung stellen (z.B. 2 % des Haushaltes bzw. eine 5 %ige Investitionsabgabe),
- daß immer mehr Gemeinden und Kirchenkreise eine lebendige Beziehung zu einer Gemeinde oder Kirchenregion in der 2/3-Welt herstellen. Es sollen dauerhafte Partnerschaften entstehen. Intensiver geistiger Austausch soll die Gemeinden befähigen, über den nötigen Austausch zu entscheiden. Ähnliche Beziehungen sollten auch zu Gemeinden in europäischen sozialistischen Ländern entwickelt werden;

3.2.3. den kirchenleitenden Gremien, weltweit einzutreten für

- die Ablehnung aller Maßnahmen, die eine eigenständige Entwicklung der Völker der Zwei-Drittel-Welt hindern,
- die Entwicklung eines internationalen Rechts und der entsprechenden Institutionen bzw. deren Stärkung (UNO), die Entscheidungen in den politischen und wirtschaftlichen Beziehungen im Sinne von mehr Gerechtigkeit herbeiführen können,
- sofortige Maßnahmen zur Rettung und Bewahrung der Ökosphäre in der 2/3-Welt, einschließlich des Mittragens von Lasten,
- eine Ächtung des internationalen Waffenhandels,
- die Realisierung des Fonds "Abrüstung für Entwicklung".

3.2.4. Die Ökumenische Versammlung begrüßt die erklärte Bereitschaft unserer Regierung,

zur Gestaltung einer neuen internationalen Wirtschaftsordnung beizutragen. In diesem Sinne fordert sie unsere Kirchen und kirchlichen Gemeinschaften auf, in Gesprächen mit der Regierung unseres Landes sich einzusetzen für

- verstärkte Wirtschaftsbeziehungen zu den am wenigsten entwickelten Ländern,
- einen erweiterten Import von Halbfabrikaten und Fertigprodukten aus Entwicklungsländern,
- stärkere Ausrichtung der eigenen Exportstruktur auf die spezifischen Bedürfnisse der Entwicklungsländer,
- Beitritt zu allen internationalen Organisationen und Abkommen, die mehr Gerechtigkeit für Entwicklungsländer erwarten lassen (z.B. internationale Rohstoff-Abkommen).

Die Ökumenische Versammlung bittet unsere kirchenleitenden Gremien, sich darüberhinaus einzusetzen, daß

- die Außenwirtschaftsbeziehungen der DDR durchsichtig gemacht und öffentlich diskutiert werden,
- die Möglichkeiten der Kirchen und anderer nichtstaatlicher Organisationen für Hilfsprogramme und Kontakte erweitert werden (z.B. durch die Veränderung von Zollbestimmungen) und unsere Unterstützung nicht an staatlichen Überplanbeständen, sondern am Bedarf der Menschen in den Entwicklungsländern orientiert wird,
- die Möglichkeiten von Arbeitseinsätzen von Christen aus unserem Land in der 2/3-Welt vergrößert werden.

3.2.5. Die Ökumenische Versammlung empfiehlt den kirchenleitenden Gremien,

- eine gemeinsame Studienarbeit zur Thematik "christlicher Glaube und Wirtschaft" zu beginnen,
- eine ökumenische Arbeitsstelle "Gerechtigkeit mit der 2/3-Welt" einzurichten, die sich sachkundig macht und Kirchenleitungen, Hilfswerke und Gemeinden berät, Projekthilfen erarbeitet und die kirchenleitenden Gremien in die Lage versetzt, zu konkreten, aktuellen Fragen der internationalen Wirtschaft Stellung zu nehmen sowie gegenüber staatlichen Stellen sachkundig zu reagieren,
- daß die Kirchen und kirchlichen Gemeinschaften unseres Landes mit ihren Werken und Hilfsdiensten in eine verbindliche Kooperation eintreten, um sich über ihre Kriterien und Prioritäten auszutauschen, im Sinne wirksameren Strategie des Teilens. Dem könnte die Einrichtung eines von den Kirchen und kirchlichen Gemeinschaften und deren Hilfsorganisationen besetzten Forums dienen,
- über die Verwendung der Spendengelder besser zu informieren,
- die sprachliche, fachliche und bewußtseinsmäßige Vorbereitung von Kandidaten für den Einsatz in der 2/3-Welt verstärkt zu fördern,
- daß sie die Abhängigkeit von Valutamitteln schrittweise reduzieren.

4. Solidarisch leben mit Ausländern bei uns

Zum christlichen Lebenszeugnis gehört die Annahme jedes Menschen als Ebenbild und Kind Gottes. Das muß in unserem Verhältnis zu Ausländern deutlich werden, in dem zugleich unser Verhältnis zur weltweiten Menschengemeinschaft konkret wird. Deshalb begrüßen wir das Zusammenleben mit Ausländern in unserem Land als uns alle bereichernde Öffnung unserer Gesellschaft. Es fordert unseren Einsatz für eine solche Lebensatmosphäre für Ausländer, die jedem eine wirkliche Mitbürgerschaft auf Zeit ermöglicht, ohne seine eigene Identität verleugnen zu müssen.

Gossner Mission

2 Fragen an, die typische Gefahren der Region offenbar
zu machen (z.B. Lepra oder Kindersterblichkeit,

Es gibt die Gefahr gut gute, wo plötzl. wieder was
wo ein Opfer bringt!

Kann ich so klein Kind zurücklassen oder
ohne Medizin?

= Zusammenfügt Leidende, Kämpfende Menschen

Gossner Mission

FAK Ök

Friederike Schulze

1190 Berlin, 9.1. 1989
Hainstraße 54

Bemerkungen zum Textentwurf oo2 der Ökumenischen Versammlung

1. Der Entwurf sollte zu zwei oder drei Texten umgearbeitet werden, um die unterschiedlichen Themen: 1. Strukturen der Ungerechtigkeit, 2. Leben in Solidarität 3. Leben mit Ausländern, stärker zu akzentuieren und gründlicher darstellen zu können.

2. Das Verhältnis von Nahrungsmittelproduktion und Bevölkerungswachstum sollte präziser dargestellt werden. Offenbar ist der Satz antimalthusianisch gemeint; besser wäre eine Aufschlüsselung: Steigerung der Nahrungsmittelproduktion - Bevölkerungswachstum - Pro-Kopf-Verbrauch je nach Ländern, um die Absurdität der Ungerechtigkeit anschaulich zu machen.

3. Unter 2.: Unsere Verflochtenheit muß genauer dargestellt werden, wie die DDR und andere soz. Staaten in die Weltwirtschaft verflochten sind:
- In den soz. Staaten ist ein alternatives Wirtschaftssystem entwickelt worden, das zwar die Weltwirtschaft nicht bestimmt und für einen Teil der Menschen in den EL nicht attraktiv ist, das es aber immerhin und trotz Ausgangsbedingungen, die teilweise mit denen heutiger EL zu vergleichen sind (zerstörte oder nicht vorhandenen Industrien, Boykottmaßnahmen, brain-drain) geschafft hat, Grundbedürfnisse von Menschen wie Nahrung, Schulbildung, Krankenversorgung zu befriedigen, das ein System sozialer Sicherheit geschaffen, Industrien aufgebaut, die Landwirtschaft entwickelt hat. Für viele Menschen, gerade auch in den EL, bleibt dieses Wirtschaftssystem (incl. RGW als regionaler Zusammenschluß) ein wichtiges Modell, das dem kapitalistisch geprägten Weltwirtschaftssystem eigene Mechanismen entgegensetzt, aus dessen Fehlern zu lernen ist, das schöpferisch in die je eigene Situation umgesetzt werden muß und vielfach nicht umgesetzt werden kann.
- Die soz. Staaten sind Opfer des herrschenden Weltwirtschaftssystem. Es sollte gesagt werden, worin das Opfersein besteht: Sie sind von Kreditbedingungen und Wechselkursen abhängig, Boykottmaßnahmen und Protektionismus, brain-drain und ungünstigen terms of trade ausgesetzt.
- Essollte gesagt werden, in welche Ausbeutungsmechanismen die soz. Staaten nicht verflochten sind (von denen durchaus auch der "kleine Mann" und die "kleine Frau" in den kap. Staaten profitiert): In die soz. Staaten gehen keine Profite multinationaler Konzerne, kein Fluchtkapital, kein Kapitalexport aus den EL, keine Wucherzinsen.
- Es sollte deutlicher gemacht werden, daß politische und ökonomische Schritte unternommen wurden bzw. unternommen werden, die strukturverändernd wirken sollen: Unterstützung der Forderung nach einer NIWO, Beitritt der SU zum Rohstofffonds, Clearing-Abkommen, Kreditrückzahlungen durch Warenexporte. Auch die Unterstützung des staatlichen Sektors in Industrie und Landwirtschaft wirkt strukturverändernd, allerdings wird jetzt auch anerkannt, daß ein nationaler Kapitalismus und vorsozialistische Schritte der Entwicklung und der Selbständigkeit dienen und daher unterstützt werden müssen.

Eine präzise Darstellung der Position sozialistischer Länder innerhalb des herrschenden Weltwirtschaftssystem ist deshalb wichtig, weil das Papier einen Beitrag zur Meinungsbildung in den Gemeinden

Gossner Mission

innerhalb der DDR (wie in 3.1., 3.2.2. gefordert) dienen kann, aber natürlich auch einen sachgerechten Beitrag zu den Diskussionen des euroäpischen und weltweiten konziliaren Prozesses liefern muß.

4. Im Text fehlt eine Analyse der Politik und Ökonomie der EL, es fehlt auch eine Beschreibung von "Entwicklungsstrategien". Beides ist aber wichtig, um staatliche und kirchliche Politik und Praxis beurteilen zu können, zu erkennen, was wünschenswert und machbar ist, Kriterien für eigene Aktionen zu gewinnen.

5. Im Text fehlt auch eine Beschreibung der Position der Betroffenen selbst, wie sie in vielen ökumenischen Papieren zum Ausdruck kommt. Leben in Solidarität setzt aber voraus, daß der Partner gehört, seine Meinung ernst genommen, evtl. mit ihm gestritten wird. Auf dem Hintergrund ökumenischer Äußerungen wäre deutlich zu machen, daß die von Hunger und Ungerechtigkeit Betroffenen nicht Objekte von Hilfsmaßnahmen sein wollen und sein dürfen, sondern Selbständigkeit und Gerechtigkeit Ziel eines weltweiten Kampfes gegen Elend und Ungerechtigkeit sind.
Von diesen Kriterien her sollten die vielen praktischen Vorschläge überprüft werden.

Zwei Äußerungen von Besuchern aus dem Südlichen Afrika:

"Wir wollen von Euch überhaupt nichts, kein Geld, keine Geschenke, Wir wollen nur eins: Macht Euren Sozialismus nicht kaputt, denn dann nehmt Ihr uns die Hoffnung!"

"Unterstützt keine Projekte, die uns abhängig machen von Eurer Produktion, Eurer Technik, Euren Ersatzteilen. Wir brauchen Menschen, die bereit sind, uns kennenzulernen, zu hören, welche Probleme und Hoffnungen wir haben. Wir brauchen Menschen, die uns sagen, welche Probleme sie haben und wie sie ihre Probleme Lösen."

Gossner Mission

FAK III

zu A 3501-1-1430/88 Anlage 1

Abschrift: ÖMZ/BMG - AK 'Indien - Jan 1988

"BEOBACHTUNG UND GEDANKEN"

von Generalsuperintendent Suresh Toppo
(Evangelisch-Lutherische Goßner-Kirche in Indien) während seines Studienaufenthaltes in der DDR vom April 1987 bis Januar 1988
- aus Nachschriften angefertigt von Klaus Roeber (ÖMZ) -

Suresh Toppo:

(1) Ihr fragt: welche Entwicklungshilfe können wir Indien geben? Ich muß euch sagen: Wir sind entwickelt, wir helfen uns selbst. Ich bin nicht gekommen, um Entwicklungshilfe zu holen, sondern um Brüder und SChwestern zu finden.

(2) Als ich hierher kam bemerkte ich, daß ihr sehr kurze Predigten haltet. Ich dachte: Was sind das hier doch für gute Gemeinden, daß die Pastoren nur 20 Minuten predigen müssen. Jetzt aber weiß ich, daß sie nur 20 Minuten predigen, weil die Leute hier keine Zeit haben zum Zuhören.

(3) Die Menschen haben hier die Zeit verloren und darum haben sie ihre Kultur verloren. Alle Menschen auf der Erde haben 24 Stunden Zeit, aber sie verlieren die Zeit und können daher nicht mit dem Tag, mit Monaten und Jahren umgehen. An die Stelle der Kultur, in der Menschen miteinander leben, ist die Zivilisation getreten. Die Menschen leben aneinander vorbei.

(4) Welche Theologie entsteht in der Zivilisation ohne Kultur? Es entsteht eine Theologie von dem, was man haben möchte, weil man Kultur haben möchte. Ihr hattet eine Kultur mit alten Kirchen und Kunstwerken. Eure Theologie richtet sich auf die Vergangenheit, die ihr wieder haben möchtet. Ihr kommt aus den Kirchen nicht heraus mit eurem Denken und mit euren Predigten. Darum kommen auch keine neuen Leute und die Jugend kommt auch nicht. Die Alten sind da.

(5) Ihr geht gut in der Kirche mit den alten Leuten um. In der Gesellschaft geht ihr nicht gut mit den Alten um. Diese Probleme sind bei uns erst am Anfang. Ich habe bei euch gesehen, daß die alten Pastoren eine gute Arbeit machen, auch wenn sie im Ruhestand sind. Ich werde in Indien auch anregen, daß die alten Pastoren eine Aufgabe bekommen. Alte Pastoren können mehr, wenn sie gute Bedingungen haben, als ich bisher dachte.

(6) Die Arbeit, die ihr mit den BEhinderten macht, ist gut. Ich habe gelernt, daß behinderte Menschen zu fördern sind und daß sie nicht stumpf bleiben, wenn man sich um sie richtig kümmert. Man kann ihnen wirklich christlich helfen, daß sie auch würdige Menschen werden und daß sie nicht verkommen.

Gossner Mission

(7) Ich sehe bei euch immer wieder, daß ein gutes Gemeindeleben von einem guten Pastor abhängig ist. Das ist in der Goßner-Kirche nicht so. Bei uns herrscht mehr Demokratie. Die Gemeindeglieder erziehen ihre Pastoren. Sie üben Kritik und beschweren sich bei der Kirchenleitung, wenn der Pastor zu wenig Besuche macht. Wenn es in der Gemeinde Geschäftsleute gibt, verwalten sie das Geld und die Handwerker kümmern sich um die Gebäude.

(8) Ein Gebäude mit Turm und Glocken ist nicht Kirche. Die Kirche ist das Gemeindeleben. Deshalb gehen die Ausländer bei euch auch nicht in die Kirche und sie geben der Propaganda recht, die sagt: In der DDR gibt es keine Kirche. Wir fühlen uns fremd in euren Kirchen und die Kirche bleibt den Ausländern fremd.

(9) Eine christliche Kultur im Widerspruch zur Zivilisation drückt sich in einer Zeiteinteilung aus. Normal ist, daß ihr am Sonntag eine Stunde Gottesdienst habt und sechs Stunden Zeit zum Essen.

(10) Als ich zu euch kam, da war das für mich wie ein Schritt ins Leere. Es war ein kaltes Klima das ganze Jahr über und ich erkannte viel später, daß ihr nicht kalt und nicht leer seid, sondern ihr seid von eurem Klima sehr abhängig. Wir müssen in der Beobachtung und Einschätzung der Menschen nicht nur nach Glauben, Beruf und Familie fragen, sondern auch danach fragen, aus welchem Klima sie kommen.

(11) Ich habe mühsam euer Leben kennengelernt, in kleinen Schritten. Eure Sprache habe ich wenig gelernt, aber ich verstehe euch. Ich habe Freunde gefunden. Das war das Wichtigste. Als mich meine Kirchenleitung zu euch geschickt hat, habe ich gefragt, was ich denn bei euch lernen soll. Ich war 12 Jahre Pastor und 9 Jahre Generalsuperintendent. Ich habe schon viele Erfahrungen. Der Präsident meiner Kirche hat gesagt: Lerne Menschen kennen und gewinne Freunde für die Goßner-Kirche. Ich habe nicht nur Freunde kennengelernt, sondern auch die Orte, wo die Väter unserer Kirche, die Missionare herkommen. Diese Orte wollte ich kennenlernen und ich habe einige davon besucht.

(12) In den Dörfern habe ich Menschen kennengelernt, die genau so leben und denken wie in den Städten. Der Unterschied zwischen Stadt und Land ist nicht so groß wie in Indien. Ihr habt eine äußerliche Einigkeit in eurem Land. Die innere Uneinigkeit und Unzufriedenheit ist aber groß. Besonders groß ist die Kluft zwischen Erwachsenen und Jugendlichen. Die Menschen haben hier Angst voreinander.

(13) Eure Fragen nach der Weltmission und das Verlangen nach anderen Ländern ist immer wieder zu hören. Warum kümmert ihr euch so viel um Weltmission? Wir sind in Indien selber bessere Missionare und Evangelisten als ihr es bei uns sein könntet. Kümmert euch vor allem um eure Kinder und Jugend und betet für sie. Euer geringer Kirchenbesuch muß euch Gedanken geben zur Mission im eigenen Land. Ich möchte aus meinen Erfahrungen Anregungen geben.

Gossner Mission

In Ranchi machen wir einen Wettbewerb zwischen Gemeinden, wer die bessere Jugendarbeit hat. In meiner Nachbarschaft leben Hindus. Wir sind gute Nachbarn, weil ich kein Rindfleisch esse.

(14) Ihr fragt wenig nach unseren geistlichen und spirituellen Kräften. Meist wollt ihr etwas wissen von den heiligen Kühen und vom Essen. Was ich davon erzähle, nützt euch wenig. Darüber könntet ihr auch nachlesen. Nach dem, was ihr lernen könnt und wirklich braucht, fragen nur wenige.

(15) Mir ist aufgefallen, daß ihr eine gute Ordnung habt in eurer Verwaltung. Kirchliche Ordnungsämter stehen an vielen Orten. Ihr kümmert euch um das Äußere. Aber um das Innere, um die Menschen, kümmert ihr euch zu wenig.

(16) Eure Ältestenzusammenkünfte sind sehr intensiv. Ihr müßtet sie öfter so zusammenbringen. Sie sagen auch gute und richtige Beobachtungen zur Kirche und zum Gemeindeleben und zur Gesellschaft. Wir machen das in Indien auch. Wir holen sie öfter zusammen, jeden Monat.

(17) Für die Ausbildung von Kirchenältesten und Gemeindehelfern brauchen wir eure Hilfe. Bibelunterricht, eure Geschichte, Entwicklungen und Veränderungen möchten wir von euch selber kennenlernen. Auch möchten wir wissen, was ihr mit den alten Menschen tut, damit sie sich wohlfühlen und es ihnen besser geht.

(18) Dafür wäre ein Studienprogramm in unserer Kirche nützlich mit eurer Beteiligung. Solche Aufgaben müssen wir in das Programm der Partnerschaft unserer Kirche aufnehmen.

(19) Wenn ihr nach dem Befreiungskampf unseres Volkes und der Völker Asiens fragt, so kann ich sagen: Es gibt Befreiungskämpfer, die können gut reden, wie Aaron. Zu Mose, aber, der der wirksame Befreier wurde, sagte Gott sehr einfach: Brich auf, gehe los! Weil das klar ist, habe ich mich nicht so sehr für eure Befreiungsgeschichte der Bauern und der Arbeiter interessiert. Viel schwerer ist, daß Menschen frei werden zur Mission und Evangelisation. Darum wollte ich mehr wissen von eurer Missionsgeschichte, als von der politischen Geschichte. Natürlich interessierte mich besonders die Geschichte der Goßner-Mission. Davon wissen bei euch nur sehr wenige Bescheid. Wir wissen in Indien auch wenig davon. Wir können da miteinander in der Zukunft lernen und mitteilen, was wir herausbekommen.

(20) Von den Auswirkungen unserer Predigten erwarten wir sehr viel und eigentlich alles. Da gewinnen die Menschen ein soziales Denken. Wenn sie es begriffen haben, ändern sie, was ihnen nicht gefällt. Aber wir machen keinen Kampf daraus. Beteiligung an sozialer Gestaltung predigen wir, aber wir streiten nicht.

(21) In den Gemeinden sammeln wir nicht Geld für ökumenische Besucher und Gäste. Gäste sollen wissen, daß Geld für sie da ist und daß es uns keine Mühe macht, wenn sie bei uns leben. Alle wissen, daß dafür Geld nötig ist und daß auch ökumenische Besucher nötig sind. Sie sollen euch nicht GEld bringen, weil Geld eine andere Macht ist als Glauben. Das Ergebnis einer Geldsammlung ist nicht so wichtig. Die Hauptsache ist, daß wir uns einüben und das Teilen lernen. Ökumenische Besucher sollen unseren Glauben stärken und

Gossner Mission

auch ich wollte bei euch sein, um dies zu tun. Viele wissen in der Goßner-Kirche, daß in dem Land, aus dem die Glaubensväter kamen, die Kinder jetzt diese Hilfe brauchen.

Die Gedanken zur Kirche und Gesellschaft, Gemeindeleben und Mission, Evangelisation und Kultur äußerte Suresh bei Predigten und in GEsprächen mit Gemeindegliedern, bei Gesprächen nach seinen Diensten in DDR-Gemeinden, auf der Heimfahrt und in Reflexionen über seinen Aufenthalt als Gast der Evangelischen Kirche in Berlin-Brandenburg.

Das gesprochene Wort lag ihm trotz aller Sprachschwierigkeiten näher als die Schriftform. Er suchte Kommunitation direkt und brauchte sie unmittelbar. Die Vermittlung durch Bilder und anschauliche Gegenstände lag ihm weniger als die Auslegung biblischer Texte. Diese vertonte er auch und sang sie den Gemeinden vor. Er folgte damit einem Brauch unter den Goßner-Christen in Chotanagpur und Assam.

(Die Gesprächsnotizen sind unvollständig und bedürfen der Ergänzung durch Schwestern und Brüder, die seine Gastgeber und BEgleiter in den 10 Monaten seines Aufenthaltes waren.)

gez. KLaus Roeber , ÖMZ

Gossner Mission

Z.d.A. FAK III

Vorlage zur Sitzung des FAK für Ökumenische Diakonie, 11./12. 5. 1989

TOP 12: Arbeitshilfe "Namibia"

Reihe "Information zum Programm zur BEkämpfung des Rassismus", Nr. 18,

Titel: "Namibia - Unabhängigkeitsprozeß"

Adler
Kuhl
Schütz

Inhalt:

1. Einleitung (noch zu erstellen)
2. Namibia: Chronologie der Kolonisation
3. Deutsche Mission in Süd-West-Afrika (noch zu suchen)
4. Die Kirchen in Namibia
5. Der geschichtliche Hintergrund für die Resolution Nr. 435
6. Die SWAPO: Von der Arbeiterorganisation zur Befreiungsbewegung
7. Das Washingtoner Hearing des ÖRK
8. Das 14-Punkte-Abkommen von New York
9. Die Erklärung des ZA in Hannover, August 1988
10. Erklärung und Mahnschreiben des CCN, Januar 1989
11. ÖRK-Sonderaufruf und Beobachtergruppe
12. ÖRK-Erklärung vom 7. 4. 1989
13. Brief der KKL

(Die Punkte 2., 4. - 7. sind der Sondernummer der PCR-Information "Unabhängigkeit" zu entnehmen)

2 ÖRK - Teams in Namibia
1. einmonatl. persons
2. 30 members of the UN and other Nationalities for the Beobachtung, 100 live here in Namibia kontrolle bzw. Überwachung (= 10 Provinzen) of the Wahlen

ab Juni '89

Ges. ist Kirchlich engagiert:

Gossner Mission

FAK III

zu A 3501-2167/89

E n t w u r f der Tagesordnung für die Sitzung des Facharbeitskreises für Ökumenische Diakonie am 27. 9. 1989

---

1. Protokoll der Sitzung vom 11./12. 5. 1989
2. Feststellung der Tagesordnung
3. FAK / KED-Diskussionspapier
4. Multiplikatorenseminar 10. - 12. 11. 1989
5. Informationstag zum Südlichen Afrika
6. Informationstag zu Lateinamerika
7. Berichte
   7.1. Besuch beim ÖRK
   7.2. CCPD - Kommissionssitzung
   7.3. Zentralausschuß ÖRK
8. CCPD-Netzwerk
9. Alphabetisierung in Wirtschaftsfragen
10. Konsultation "Bedürfnisse und Wertmaßstäbe in ihrer Bedeutung für internationale Gerechtigkeit"
11. Arbeitshilfe "Namibia"
12. Vietnamhilfe
13. Personalprogramme
    (Weber / Künanz; Chimtembo; Semmling; Volks)
14. Verschiedenes
    1. Rmf zu „Bfw"
    2. Info zur Partn.-Reise
    3. Delegierte Ökumene
    4. Kirche + Ges.
    5. Ökumene
    6. Rüstungsexport
    7. Namibia
    8.

Gossner Mission

E n t w u r f

Multiplikatorenseminar des Facharbeitskreises Ökumenische Diakonie

"Gerechtigkeit intern und international"

Gussow, Kreis Königs Wusterhausen, 10. - 12. November 1989 → 4.7/Mai '90

Freitag, 10. 11.

ab 16.oo Uhr	Anreise
18.oo Uhr	Abendessen
19.3o Uhr	Eröffnung, Kennenlernen, Einführung
	1. Impuls: Ökumenische Versammlung in der DDR (Dokumente 1, 2 u. 3) und Europäische Ökumenische Versammlung in Basel (Abschlußdokument)
21.oo Uhr	Abendgebet

Sonnabend, 11. 11.

9.3o Uhr	Andacht
10.oo Uhr	2. Impuls: "Ost und West - herausgefordert" FAK/EKD-Studie
12.oo Uhr	Mittagspause
14.oo Uhr	Arbeitsgruppen: Was finden wir vor? Woran halten wir fest? Was wollen wir verändern?
18.oo Uhr	Abendessen
19.3o Uhr	(Dialog oder) Mocambique Herrbruck

Sonntag, 12. 11.

9.3o Uhr	Biblische Reflexion und Gespräch Bindemann
12.oo Uhr	Mittagspause
13.oo Uhr	Arbeitsgruppen: "Akte des Glaubensgehorsams"
14.3o Uhr	Zusammenfassung und Abschluß

Gossner Mission

E n t w u r f

Einladung zu einem Multiplikatorenseminar des Facharbeitskreises Ökumenische Diakonie "Gerechtigkeit intern und international"
Gussow, Kreis Königs Wusterhausen, 10. - 12. November 1989

Sehr geehrte Damen und Herren!
Liebe Freundinnen und Freunde!

Der FAcharbeitskreis für Ökumenische Diakonie konzentriert sich in seiner Arbeit auf die GErechtigkeitsfrage und fühlt sich deshalb mitverantwortlich für die Weiterführung des konziliaren Prozesses in unseren Gemeinden, besonders für diesen Themenbereich.

"Gerechtigkeit intern und international"
ist der Titel eines Seminars, das wir für GEmeindeglieder und Mitarbeiter anbieten, die mit ihren Gemeinden und Gruppen daran weiterarbeiten wollen. Dabei wollen wir die entsprechenden Passagen der Texte der Ökumenischen Versammlung sowie des Schlußdokuments der Europäischen Ökumenischen Versammlung studieren. Gleichzeitig möchten wir eine Arbeitshilfe vorstellen, die in Zusammenarbeit mit der Kammer für Kirchenlichen Entwicklungsdienst der EKD entstanden ist: "Ost und West herausgefordert zu mehr Gerechtigkeit in der Weltwirtschaft".

Tagungsort ist das Landheim der Berliner Stadtmission, Prieroser Str. 6, Gussow, 1601, im Kreis Königs Wusterhausen.

Termin ist das Wochenende 10. - 12. November 1989,
Beginn am 10. 11., 18.oo Uhr, Abschluß 12. 11., 16.oo Uhr.

Anmeldungen erbitten wir bis zum 31. 10. 1989 an das

Sekretariat des Bundes der Evangelischen Kirchen
FAK Ökumenische Diakonie
Auguststraße 80, Berlin, 1040

Vor Beginn der Tagung erhalten Sie eine Bestätigung mit weiteren Einzelheiten.

Wir bitten Sie, die Einladung an Interessenten weiterzugeben.

Mit freundlichem Gruß

gez. Elisabeth Adler
Vorsitzende

Giselher Hickel
Geschäftsführer

Gossner Mission

5. Tagung der V. Synode
des Bundes der Ev. Kirchen in der DDR
15. - 19. 9. 1989 in Eisenach

V o r l a g e - Nr. 21

Vorlage des Tagungsausschusses zum Bericht der Kommission für Ökumene

Die Synode wolle beschließen:

Die Synode hat den Bericht der Kommission für Ökumene mit Dank entgegengenommen. Sie ist sich bewußt, daß gemeinsame Arbeit an ökumenischen Fragestellungen und praktischen Herausforderungen immer wieder die Gemeinschaft im Bund gestärkt hat. Auch in Zukunft muß das ökumenische Engagement als gemeinsames Anliegen der Gliedkirchen erhalten bleiben.

Die Synode begrüßt, daß vielfältige Formen ökumenischer Zusammenarbeit am Ort gewachsen sind, daß sich partnerschaftliche Beziehungen zu Kirchen und Gemeinden außerhalb der DDR vertieft haben und daß sich viele Gemeindeglieder an unterschiedlichen Projekten beteiligen. Viele erwarten, daß solche Möglichkeiten erweitert und auf allen Ebenen wahrgenommen werden können.
Da es Grenzen der Belastbarkeit gibt, ist in jedem Falle zu prüfen und zu entscheiden, wo Schwerpunkte liegen und wie materielle und personelle Möglichkeiten sinnvoll eingesetzt werden sollen.

Der Bericht der Kommission für Ökumene zeigt, daß es in der ökumenischen Arbeit des Bundes eine Reihe von Aufgaben im Bereich des theologischen Dialogs und der Beziehungen zu anderen Kirchen gibt, deren kontinuierliche Weiterführung die Synode für wichtig hält. Gleichzeitig hält sie es für nötig, für die nächste Zeit besondere Schwerpunkte zu setzen. Für die Kirchen zeichnen sich die Themen des Konziliaren Prozesses "Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung" als Leitlinie ihrer Arbeit für die kommenden Jahre ab. Die Synode empfiehlt, daß die Kommission für Ökumene sich dem Thema "Gerechtigkeit" zuwendet, indem sie den Gedanken des "Ökumenischen Miteinander-Teilens" umzusetzen versucht.

Die Kommission soll herausarbeiten, welches die besondere Rolle der Gemeinden und Kirchen in der DDR in diesem Prozeß des Miteinanderteilens ist. Dazu gehört die Überlegung, was sie einbringen können und was sie von anderen erwarten. Das erfordert Sensibilität dafür, daß wir stets Gebende und Empfangende zugleich sind.

Die Synode ermutigt die Kommission, folgenden Aufgaben besondere Aufmerksamkeit zu widmen:

- Austausch mit Kirchen in Afrika, Asien und Lateinamerika
- Beteiligung der Gemeinden am 2-%-Appell
- Zusammenarbeit mit Kirchen in Osteuropa
- Einüben des Zusammenlebens mit Ausländern in der DDR.

Ziel der ökumenischen Arbeit ist die Stärkung des ökumenischen Bewußtseins in den Gemeinden. Alle ökumenischen Strukturen müssen sich daran messen lassen, inwieweit sie solches Bewußtsein und Handeln in der Gemeinde fördern.

Gossner Mission

5. Tagung der V. Synode
des Bundes der Evangelischen Kirchen
in der DDR

15. - 19. September 1989, Eisenach

V o r l a g e - Nr. 4

B e r i c h t

der 6. Kommission für Ökumene

"Auf dem Weg zu größerer Gemeinschaft"

vor der 5. Tagung der V. Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR in Eisenach

Vorbemerkung

1978 erarbeitete die 2. Kommission für Ökumene eine Studie, die sie der 2. Tagung der III. Synode des Bundes vorlegte. Die wachsenden Beziehungen und Aufgaben des Bundes und seiner Gliedkirchen erforderten sowohl eine strukturelle Ordnung wie konzeptionelle Überlegungen. Diese Studie stellt "Grundprobleme der ökumenischen Arbeit des Bundes und seiner Gliedkirchen" dar. Unter diesem Titel wurde eine Auswahl der Studie veröffentlicht in "Kirche als Lerngemeinschaft", Dokumente aus der Arbeit des Bundes, Berlin 1981.

Die 6. Kommission für Ökumene stellt ihren Bericht unter den Leitgedanken "Auf dem Weg zu größerer Gemeinschaft". Damit wird die Hoffnung angesprochen, die hinter aller ökumenischer Arbeit steht und die auch die Arbeitsschwerpunkte der Kommission und der ihr zugeordneten Facharbeitskreise bestimmte.

Teil 1 beschreibt das Zueinander der ökumenischen Strukturen innerhalb der Kirchen der DDR.
Teil 2 geht vor allem auf Arbeiten des Facharbeitskreises "Faith-and-Order- und Catholicafragen" und des Facharbeitskreises "Orthodoxiefragen" ein.
Teil 3 beschreibt unter dem Stichwort "Mission - Gerechtigkeit - Partnerschaft" die Ansätze, die im besonderen vom Facharbeitskreis "Ökumenische Diakonie" vorangetrieben werden.
Teil 4 schließlich zeigt das Geflecht der Beziehungen zu ökumenischen Partnern und anhand von Beispielen, wie der Inhalt einer Beziehung ihre Gestaltung prägt.
Dieser schriftliche Bericht wird mündlich erläutert und ergänzt durch den Vorsitzenden der Kommission für Ökumene.

1. Das Netz ökumenischer Strukturen

1.1. Von Beginn an war die ökumenische Dimension in der Arbeit des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR präsent. Die ökumenische Tätigkeit des Bundes, vor allem im internationalen Bereich, wuchs ständig.
"Der Bund der Evangelischen Kirchen in der Deutschen Demokratischen Republik steht mit seinen Gliedkirchen in der weltweiten ökumenischen Gemeinschaft des Zeugnisses und Dienstes." (Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen 1974)

Gossner Mission

1.2. Die Bundessynode 1978 mahnte Selbstbeschränkung und Profilierung der ökumenischen Beziehungen an und hob für die ökumenische Arbeit folgende Gesichtspunkte hervor:

"- Umfassende Teilhabe der Gemeinden am ökumenischen Geschehen.
- Erhaltung der Vielfalt der Arbeit unter Berücksichtigung hoher Qualität und vertretbarer Quantität.
- Durchsichtige Gestaltung ökumenischer Beziehungen im Blick auf die Zuständigkeiten und Effektivität.
- Wahrnehmung ökumenischer Beziehungen sowohl durch spezialisierte Mitarbeiter in ökumenischen Gremien, als auch durch eine Vielzahl von Multiplikatoren auf allen Ebenen ökumenischer Kontakte."

Diese Akzentuierung gilt bis heute für die ökumenische Tätigkeit des Bundes - und im Grunde für die gesamte ökumenische Arbeit der evangelischen Kirchen in der DDR. Diese vollzieht sich in einem - zumindest für den Außenstehenden - verwirrenden Geflecht ökumenischer Strukturen.

1.3.1. Träger ökumenischer Arbeit sind zunächst die Gliedkirchen, die ihre eigenen ökumenischen Arbeitsinstrumente und Beziehungen haben. Sie gehören dem Ökumenischen Rat der Kirchen (ÖRK), der Konferenz Europäischer Kirchen (KEK) und zum Teil dem Lutherischen Weltbund (LWB) an. (Der Reformierte Generalkonvent ist Mitglied des Reformierten Weltbundes - RWB).

1.3.2. Die fünf Gliedkirchen der EKU sind in deren ökumenische Arbeit einbezogen, die sich besonders auf die Frage der Kirchenunion/Verbindung zu unierten Kirchen bzw. die Frage der Integration von Kirche und Mission/Partnerschaft zu Kirchen in Übersee konzentriert (Ökumenischer Ausschuß, Missionsausschuß).
Als Mittelstelle zwischen dem LWB und seinen vier Mitgliedskirchen in der DDR fungiert das Nationalkomitee des LWB in der DDR (NK-LWB), über das auch Kontakte zu lutherischen Kirchen anderer Länder laufen. Es arbeiten drei Ausschüsse (Studien, Kirchliche Zusammenarbeit, Lutherischer Weltdienst).

1.3.3. Der Bund vertritt seine Gliedkirchen gegenüber dem ÖRK und der KEK. Diese Aufgabe wie auch alle offiziellen ökumenischen Beziehungen, die den Bund als Ganzes betreffen, nimmt die Konferenz der Kirchenleitungen wahr.
Die Kommission für Ökumene dient als Beratungsorgan mit folgenden Aufgaben:

"- Allgemeine Fragen der Verbindung zum ÖRK und zur KEK (in Zusammenarbeit mit der AGCK);
- Bearbeitung von Sachfragen, die sich aus der Verbindung zum ÖRK und zur KEK ergeben;
- Begleitung von Mitgliedern in Gremien des ÖRK und der KEK;
- Behandlung von konzeptionellen Fragen im Blick auf bilaterale ökumenische Beziehungen (in Zusammenarbeit mit der Gemeinsamen Einrichtung Ökumene);
- Vorbereitung und Nacharbeit von ökumenischen Ereignissen;
- Umsetzung der Ergebnisse ökumenischer Arbeit auf die Gemeindeebene und Aufnahme von Impulsen aus der Gemeinde;
- Verbindung zur ökumenischen Arbeit innerhalb der DDR (AGCK, Ökumene-Kommission der Berliner Bischofskonferenz, bilaterale Kontakte zu den Evangelischen Freikirchen in der DDR) und zur ökumenisch-missionarischen Arbeit in der DDR."

Gossner Mission

Der Kommission sind drei Facharbeitskreise (FAK) zugeordnet (Glaube und Kirchenverfassung/Catholica, Orthodoxie, Ökumenische Diakonie).

Die ökumenische Dimension spielt auch in den Arbeitsbereichen aller anderen Kommissionen und Ausschüsse eine wichtige Rolle.
Die ökumenischen Kontakte der Jugendarbeit liegen beim Ökumenischen Jugenddienst (ÖJD). Ökumenische Studienarbeit geschieht in der Theologischen Studienabteilung (ThSA).
Für die Beziehungen zur Römisch-Katholischen Kirche (RKK) besteht mit der gemeinsamen Konsultativgruppe ein ständiges Kommunikationsorgan.

1.3.4. EKU, NK-LWB und Bund bemühen sich um gegenseitige Information und Kooperation in ökumenischen Angelegenheiten, inclusive konzeptionellen Fragen, in der Gemeinsamen Einrichtung Ökumene (GEÖ), die ihre Aufgaben durch den Koordinierungsausschuß (KA) und die Referentenberatung (RB) wahrnimmt. Die Stipendiatengruppe (StipG) und die Steuerungsgruppe für die Entsendung ökumenischer Mitarbeiter (StG) arbeiten auf GEÖ-Ebene.
(Weitergehende Überlegungen zur Struktur der ökumenischen Arbeit wurden in der Vergangenheit angestellt, blieben aber - wie die VEK - "auf der Strecke".)

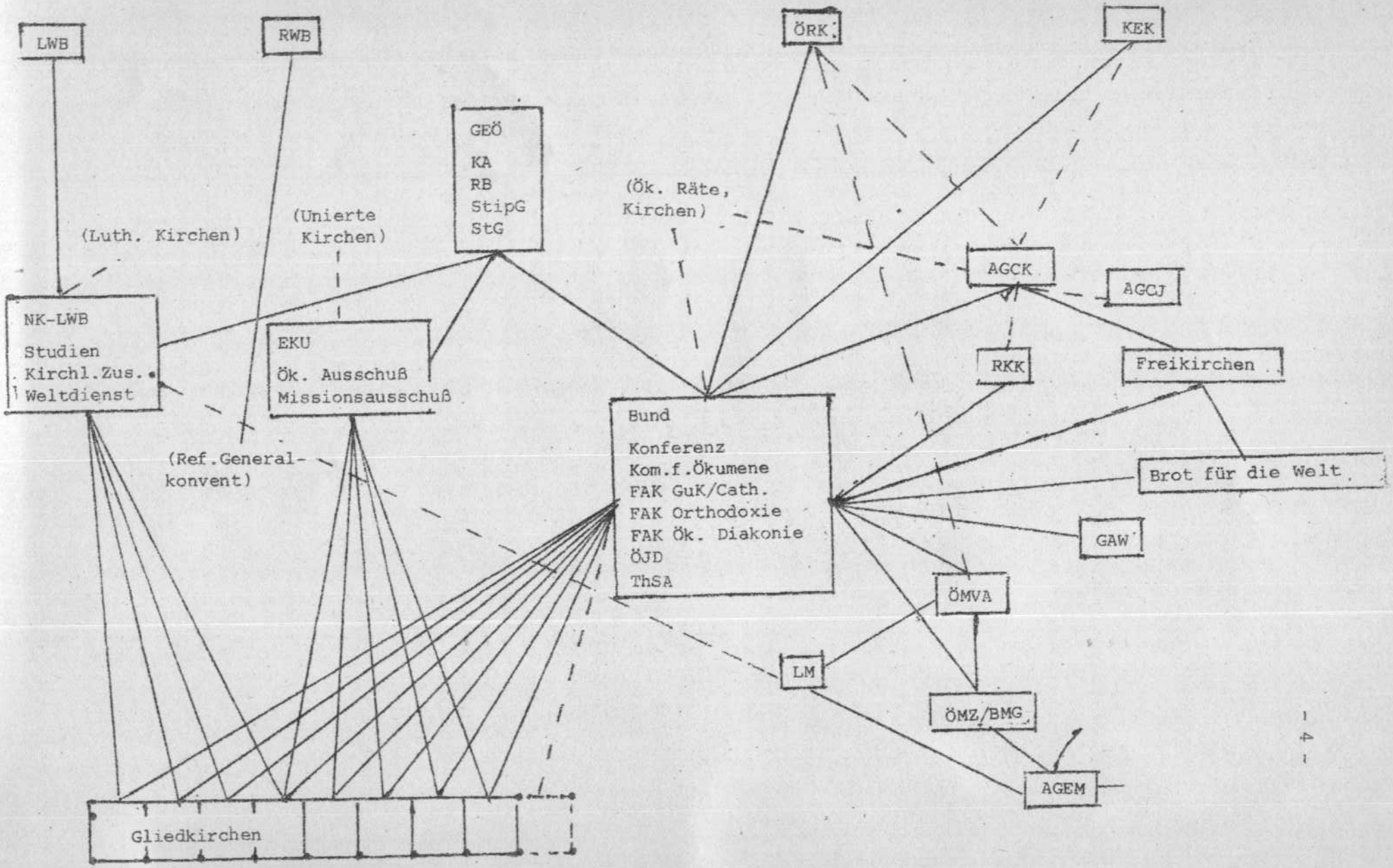
1.3.5. Der ökumenischen Zusammenarbeit in der DDR dient die Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen in der DDR, deren Mitglied der Bund ist und in deren Mitgliederkonferenz jede Gliedkirche einen Vertreter entsendet. Die AGCK wird beim ÖRK als "Angegliederter Rat" geführt, begleitet und koordiniert die Beziehungen zur KEK und unterhält Kontakte zu Ökumenischen Räten anderer Länder.

1.3.6. Der Kooperation und Intensivierung der ökumenisch-missionarischen Arbeit des Bundes und entsprechender Einrichtungen in der DDR dient der Ökumenisch-Missionarische Verbindungsausschuß (ÖMVA), dem auch Vertreter der Freikirchen angehören. Er unterhält Arbeitskontakte zur Kommission für Weltmission und Evangelisation des ÖRK.
Das Ökumenisch-Missionarische Zentrum/Berliner Missionsgesellschaft (ÖMZ/BMG), ein Werk des Bundes, und die Leipziger Mission (LM), mit Bezug zum NK-LWB, arbeiten schwerpunktmäßig für jeweils verschiedene Gliedkirchen. Beide Institutionen sind mit anderen missionarischen Aktivitäten in der Arbeitgemeinschaft Evangelischer Missionen (AGEM) zusammengeschlossen.

1.3.7. Die Beschreibung des Strukturgeflechts ließe sich unschwer fortsetzen, z.B. Arbeitsgemeinschaft Christlicher Jugend (AGCJ), Verteilerkreis "Brot für die Welt", Gustav-Adolf-Werk (GAW), Konfessionskundliches Arbeits- und Forschungswerk, Weltgebetstags-Komitee usw. Ebenfalls müßten die vielfältigen ökumenischen Bezüge einzelner Arbeitsbereiche genannt werden (Diakonie!).

1.4. Im Rahmen dieses komplizierten Geflechts ökumenischer Strukturen mit ihren jeweiligen Anliegen ist die ökumenische Tätigkeit des Bundes mit ihren inhaltlichen Schwerpunkten und auch die Arbeit der Kommission für Ökumene zu sehen.

Gossner Mission


LWB
RWB
ÖRK
KEK
GEÖ
KA
RB
StipG
StG
(Ök. Räte, Kirchen)
(Luth. Kirchen)
(Unierte Kirchen)
AGCK
AGCJ
NK-LWB
Studien
Kirchl.Zus.
Weltdienst
EKU
Ök. Ausschuß
Missionsausschuß
RKK
Freikirchen
Bund
Konferenz
Kom.f.Ökumene
FAK GuK/Cath.
FAK Orthodoxie
FAK Ök. Diakonie
ÖJD
ThSA
Brot für die Welt
(Ref.General-konvent)
GAW
ÖMVA
LM
ÖMZ/BMG
AGEM
Gliedkirchen
Ev. Brüder-Unität

2. Gemeinschaft mit anderen Kirchen

In den Bemühungen um Gemeinschaft können unsere Kirchen nicht mehr "hinter Lima zurück". Auch dort, wo in bilateralen Gesprächen die Dokumente der Kommission für Glauben und Kirchenverfassung von 1982 nicht im Mittelpunkt stehen, wird das Gesprächsklima vom Geist und Inhalt der Konvergenzerklärung von Lima mitbestimmt.

Die Ökumenische Kommission hat in der Rezeption und Nacharbeit der Lima-Dokumente - einer Anregung der Delegierten der VI. Vollversammlung des ÖRK folgend - schwerpunktmäßig die Frage der eucharistischen Gastgemeinschaft aufgegriffen. Diese spielt in unterschiedlicher Weise in allen Bemühungen um Kirchengemeinschaft eine Rolle.

2.1. In den Lehrgesprächen mit der Russischen Orthodoxen Kirche, die seit 1974 laufen, und der Bulgarischen Orthodoxen Kirche, beginnend 1978, zeigt sich, daß das unterschiedliche Amtsverständnis Haupthindernis für ein gegenseitiges Näherkommen ist. Dabei wurde von unserer Seite die Differenzierung der Lima-Aussagen im Blick auf die apostolische Sukzession in das Gespräch mit der Bulgarischen Orthodoxen Kirche eingebracht: Die Sukzession von Verkündigung des Evangeliums und der Sakramentsverwaltung, in der auch die evangelischen Kirchen stehen, und die Sukzession der bischöflichen Handauflegung.
Trotzdem ist absehbar, daß noch ein langer Prozeß nötig sein wird, bevor derartige Aussagen wirklich akzeptiert werden können.

2.2. In den Kontakten mit der Römisch-Katholischen Kirche ist die unterschiedliche Auffassung vom Amt der Kirche ebenfalls das Haupthindernis für ein Vorankommen auf dem Weg zu größerer Gemeinschaft. Die Kommission für Ökumene steht in ständigem Gespräch mit der Ökumene-Kommission der Berliner Bischofskonferenz der Römisch-Katholischen Kirche. Das hat inzwischen nicht nur zu einem besseren Verstehen beider Seiten, sondern auch zu ersten greifbaren Ergebnissen geführt. Ein Faltblatt "Informationen über die konfessionsverschiedene Ehe" steht kurz vor seiner Fertigstellung. In diesem Zusammenhang wurde auch die Frage der eucharistischen Gastbereitschaft erneut angesprochen. Dabei wurde jedoch deutlich, daß gerade in dieser Frage wesentliche Unterschiede bestehen. Sie hängen mit dem Verständnis des Amtes und damit auch mit dem Verständnis des Abendmahls zusammen. Die Römisch-Katholische Kirche kann, wie auch die orthodoxen Kirchen, das Abendmahl nur als Zeichen bereits vorhandener Einheit der Kirche, also als Endpunkt, ansehen, während die evangelischen Kirchen wie auch die anglikanischen Kirchen die gemeinsame Feier und Zulassung von Gliedern anderer Kirchen als Zeichen der Versöhnung Christi auf dem Weg zur Einheit verstehen können.

In diesem Zusammenhang wäre auch zu erwähnen, daß der Facharbeitskreis "Faith-and-Order- und Catholicafragen" an einem Votum zu dem Ergebnis der gemeinsamen Ökumenischen Kommission der Evangelischen Kirche in Deutschland und der Römisch-Katholischen Kirche zu den Lehrverurteilungen des 16. Jahrhunderts arbeitet. Möglicherweise ergeben sich in der Zukunft auch von der Aufarbeitung dieser historischen Fragestellungen kleine vorwärtsweisende Schritte im theologischen Gespräch mit der Römisch-Katholischen Kirche.

Gossner Mission

In einigen praktischen Fragen des Miteinanders gibt es Fortschritte, die ermutigen. So begleiteten die beiden Kommissionen auch gemeinsam den Vorbereitungsprozeß der im Herbst 1988 in Erfurt tagenden "4. Europäischen Ökumenischen Begegnung" zwischen der Konferenz Europäischer Kirchen und dem Rat der Europäischen Bischofskonferenzen, zu dem der Bund der Evangelischen Kirchen die Einladung ausgesprochen hatte.

In den Begegnungen der beiden Kommissionen spielte auch der konziliare Prozeß für "Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung" in der DDR eine wichtige Rolle. Dieser Prozeß hat die Gliedkirchen des Bundes, die Römisch-Katholische Kirche und die Freikirchen im praktischen Miteinander so stark zusammengefügt, daß die Ökumenische Kommission die Hoffnung hat, daß sich diese praktisch erprobte Zusammenarbeit auch weiterhin für ein engeres Miteinander der Kirchen auswirkt.

2.3. Seit 1983 arbeitete eine gemeinsame Kommission für theologische Gespräche zwischen dem Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR und der Evangelisch-methodistischen Kirche in der DDR. Anstoß dafür war neben ökumenischen Impulsen eine lange Praxis der Begegnung und Zusammenarbeit zwischen Gemeinden der Gliedkirchen und der Evangelisch-methodistischen Kirche vor Ort. Im Bereich der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Sachsens führte das enge Zusammenleben z.B. bereits 1972 zu einer gemeinsamen Vereinbarung.

Die gemeinsame Kommission empfahl im November 1985 den Kirchen die Erklärung der vollen Kanzel- und Abendmahlsgemeinschaft. Bis 1988 stimmten dem alle Gliedkirchen des Bundes zu. Im Januar 1990 soll diese Erklärung in Zwickau und in Berlin in festlichen Abendmahlsgottesdiensten von den Kirchen gefeiert werden.

Diese Erklärung beinhaltet die erste volle Kirchengemeinschaft zwischen den Gliedkirchen des Bundes und einer der Freikirchen in der DDR.

2.4. Erfreulich ist, daß es im Blick auf die Beziehungen zur Alt-Katholischen Kirche eine Annäherung gegeben hat. Aufgrund des Gesprächsergebnisses zwischen dem Gemeindeverband der Alt-Katholischen Kirche in der DDR und dem Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR hatte die Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen 1986 den Gliedkirchen empfohlen, eine Einladung zur gastweisen Teilnahme am Abendmahl an die Gemeindeglieder des Gemeindeverbandes auszusprechen, ohne daß damit die Zugehörigkeit der Glieder der Alt-Katholischen Kirche zu ihren eigenen Gemeinden infrage gestellt wird. (Eucharistische Gastbereitschaft) Im Januar 1988 konnte die Konferenz feststellen, daß alle Gliedkirchen des Bundes dieser Empfehlung gefolgt sind. Die Konferenz hat in ihrem Beschluß zu dieser Feststellung ausdrücklich auf die Lima-Dokumente hingewiesen: "Die Konferenz ist dankbar für diese Einmütigkeit. Sie sieht darin einen ersten Schritt zu größerer Gemeinschaft, wie die auch in der Konvergenzerklärung des Ökumenischen Rates der Kirchen zu 'Taufe, Eucharistie und Amt' angestrebt wird. Die Konferenz hofft, daß durch eine solche Einladung auch der konkreten pastoralen Situation in verantwortlicher Weise Rechnung getragen werden kann."

2.5. Die Gespräche mit dem Bund Evangelisch-Freikirchlicher Gemeinden in der DDR kamen auf Anregung des Bundes der Evangelischen Kirchen anläßlich des Jubiläums der Confessio Augustana (1988) zustande. In diesem Fall war die in dieser Bekenntnisschrift der lutherischen Kirchen angesprochene Verwerfung der "Wiedertäufer" der Hauptgegenstand des Dialogs.

Gossner Mission

Die eigentlichen theologischen Konflikte konnten zwar nicht gelöst werden, dennoch wurde die Bitte um Vergebung für schuldhaftes Handeln gegenüber den Täufern in der Kirchengeschichte von seiten des Bundes der Evangelischen Kirchen und der Wunsch nach brüderlichem Miteinander von beiden Seiten ausgesprochen.

2.6. Die Differenzierung im Blick auf die apostolische Sukzession (siehe 2.1.) half bei den theologischen Gesprächen mit der Kirche von England. Während der Gedenkfeiern im Lutherjahr 1983 schlug der Erzbischof von Canterbury vor, die Beziehungen zwischen der Kirche von England und den deutschen evangelischen Kirchen enger zu gestalten. Diese Initiative wurde vom Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland und der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen aufgegriffen, so daß ab 1985 die Arbeiten für die "gemeinsame Feststellung" begannen, die 1988 in Meißen unter dem Titel "Auf dem Weg zu sichtbarer Einheit" beschlossen wurden. Alle beteiligten Kirchen sind gebeten, der in diesem Text enthaltenen Erklärung gegenseitiger Anerkennung zuzustimmen. Damit wäre ökumenisch ein wirklich vorwärtsweisender Schritt getan, denn damit wird ausgesprochen: "Wir erkennen unsere Kirchen gegenseitig als Kirchen an, die zu der Einen, Heiligen, Katholischen und Apostolischen Kirche Jesu Christi gehören und an der apostolischen Sendung des ganzen Volkes Gottes wahrhaftig teilhaben; ..." (§ 17, A (1) der gemeinsamen Feststellung)
Dies schließt die Anerkennung der authentischen Predigt des Wortes Gottes, der rechten Verwaltung der Sakramente und der ordinierten Ämter als "von Gott gegeben und als Werkzeuge seiner Gnade" ein.

Als nächster Schritt wird empfohlen, die angebotene eucharistische Gastfreundschaft anzunehmen, um damit die miteinander bestehende Einheit in dem einen Leibe Christi zum Ausdruck zu bringen. Außerdem sollen die ordinierten Geistlichen der Kirchen das Herrenmahl in einer Weise feiern, die verdeutlicht, daß es um mehr geht als um gegenseitige eucharistische Gastfreundschaft, auch wenn die volle Austauschbarkeit der Geistlichen noch nicht erreicht ist. "Solche eucharistische Gemeinschaft läßt die Gegenwart zweier oder mehrerer Kirchen erkennen, die ihre Einheit im Glauben und in der Taufe zum Ausdruck bringen und glaubhaft machen, daß wir auch weiterhin darum bemüht sind, die Einheit der Einen, Heiligen, Katholischen, Apostolischen Kirche sichtbar zu machen und daß wir in solcher eurcharistischen Gemeinschaft mit dem Einen Herrn Jesus Christus einander auf dem Weg zu diesem Ziel stärken und ermutigen; ..." (B (6))

3. Mission - Gerechtigkeit - Partnerschaft

Ökumene hat es mit Prozessen der Bewußtseinsbildung zu tun, die langfristig sind. Ein Beispiel dafür ist der 2-%-Appell des ÖRK. 1968 erging er an die Kirchen. 1988 hatten alle Gliedkirchen des Bundes das Verfahren ihrer Zustimmung abgeschlossen. Die Verwirklichung in den Gemeinden wird noch einige Jahre in Anspruch nehmen.

Es ist wichtig, daß wir diese Verzögerung nicht nur als ein bürokratisches Problem begreifen. Nichts wäre gewonnen, wenn unsere Synoden und Gemeindekirchenräte eine formale Entscheidung träfen, ohne die neue Qualität dieses Beschlusses zu begreifen und zu akzeptieren. Die Beteiligung am 2-%-Appell besagt, daß der Einsatz von finanziellen Mitteln für mehr Gerechtigkeit unter den Völkern der Normalfall ist. Er gehört in unsere Haushaltspläne wie die Erhaltung unserer Gebäude, wie Gehälter und Katechetik. Noch mehr gehört dieser Einsatz aber in unser Gemeindeleben, in

Gossner Mission

die Gottesdienste und Bibelstunden, in die persönliche Andacht und das Gebet eines jeden Gemeindegliedes. Wir anerkennen damit, daß die materiell armen Kirchen und Völker nicht nur nach unserem Gutdünken ausgeteilte Spenden brauchen, sondern ein Recht haben auf einen Anteil an unserem Reichtum, ganz gleich, wie hoch das Maß an Mitteln und Möglichkeiten, über das wir verfügen, uns erscheinen mag.

Der FAK für Ökumenische Diakonie hat kürzlich noch einmal eine Interpretationshilfe für den 2-%-Appell in Form einer Arbeitshilfe herausgegeben. Es gibt keinen Mangel an Projekten, für die diese Mittel einsetzbar sind. Verbesserungswürdig ist die Information über solche Vorhaben. Es sollte in Zukunft zu einer umfassenden Liste über aktuelle Programme des ökumenischen Teilens kommen. So lautet auch ein Vorschlag der Ökumenischen Versammlung. Gegenwärtig ist dies angesichts der Vielzahl und der Unterschiedlichkeit der Träger in der Tat noch ein strukturelles Problem.

Neben der Diskussion um den 2-%-Appell ist seit mehreren Jahren ein Prozeß des Nachdenkens über unsere Beteiligung an Programmen des Personalaustausches abgelaufen. Dafür gab es zwei Ansätze: Der eine ging davon aus, daß nach einer von außen auferlegten Unterbrechnung die Missionstätigkeit der ehemaligen Missionsgesellschaften wieder aufzunehmen sei, wenn auch unter Berücksichtigung der inzwischen neu gewonnenen Erkenntnisse. Dazu gehört z.B. die Einsicht in das eurozentrische Denken der Mission mit seiner zerstörerischen Wirkung auf die Kultur und die soziale Identität der "bekehrten" Völker, die Schuld der Begünstigung todbringender Kolonialstrukturen und der Rassismus des christlichen Überlegenheitsgefühls.

Der andere Ansatz ging von der Verpflichtung unserer Kirchen aus, an den Bemühungen der Kirchen um eine Entwicklung zu mehr ökonomischer und sozialer Gerechtigkeit für die unterdrückten und ausgebeuteten Völker dieser Welt teilzunehmen. Ein Verständigungspapier der Gemeinsamen Einrichtung Ökumene (Mission - Gerechtigkeit - Partnerschaft) von 1987 stellt beide Ansätze gleichberechtigt dar und leitet daraus einige wichtige Konsequenzen ab: (a) Personalaustausch ist ein Spezialfeld ökumenischer Beziehungen und muß in deren Gesamtrahmen gesehen werden. (b) Weil es nicht um ein Austeilen von Mitteln und Fähigkeiten geht, die wir besitzen und über die wir verfügen könnten, sondern um ein Teilen dessen, was Gott uns verliehen hat, müssen wir nicht nur lernen zu geben, sondern auch zu empfangen. (c) Mitarbeit an der Mission Gottes und an der Verwirklichung seiner Gerechtigkeit ist die Sache der Gemeinde vor Ort. Der Einsatz in einer Partnerkirche erwächst aus dem Engagement in der eigenen Gemeinde.

Die ersten Aussendungen von Mitarbeitern nach Afrika und Asien haben eine Fülle von Erwartungen und Hoffnungen geweckt, denen die relativ geringe Zahl der derzeitig laufenden Programme des Personalaustausches nur ungenügend entsprechen. Dafür gibt es einige äußere Gründe: angesichts des hohen Aufwandes an Zeit, Geld und Arbeitskraft, der für die Vorbereitung und Begleitung derartiger Programme nötig ist, sind die dafür bereitgestellten institutionellen Kapazitäten gering. So ist es erst im Sommer diesen Jahres gelungen, einen ersten Vorbereitungskurs für den Personalaustausch zu beginnen.
Es gibt aber auch innere Gründe. Die Erwartungen waren zu einem großen Teil darauf gerichtet, daß wir mit unserer Arbeitskraft und unserm Wissen denen Unterstützung anbieten, die darauf angewiesen sind.

Gossner Mission

Dieser traditionelle Entwicklungshilfeansatz spielt zwar nach wie vor eine wesentliche Rolle, doch viele der beteiligten Partner in den Kirchen, Missionsgesellschaften und ökumenischen Gremien sind sich dessen bewußt, daß er sein Ziel selten erreicht. Die projektorientierte Entwicklungsarbeit schafft in aller Regel Inseln einer westlichen Lebens- und Denkweise in Ländern der Dritten Welt, die nicht aus dem Denken und Empfinden der Betroffenen entstanden und deshalb meistens nicht überlebensfähig sind, wenn sich die europäischen Partner zurückziehen. Personalentsendungen stellen häufig in erster Linie den Anschluß her zu den Zulieferkanälen von Hilfsgütern und Ausrüstungen, weil reiche Kirchen erfahrungsgemäß lieber solche Krankenhäuser oder andere Einrichtungen unterstützen, in denen ihre Mitarbeiter tätig sind. Deshalb akzeptieren die Armen diese, um jenes zu erhalten. "Hilfe zur Selbsthilfe" ist eine Illusion, solange sie ein pädagogisch-ökonomisches Konzept im Rahmen einer ungerechten Gesamtstruktur darstellt, die sie nicht antastet.

Als Partner aus einem wirtschaftlich wenig flexiblen Land mit nichtkonvertierbarer Währung können wir eine derartige projektorientierte kirchliche Entwicklungsarbeit nur in sehr begrenztem Maß mitmachen - fast möchte man sagen: zum Glück. Das gibt uns die Chance, intensiv an der Suche nach alternativen Beziehungen teilzunehmen. Gesucht werden Partner in einem gemeinsamen Kampf gegen die Mechnismen des mörderischen Weltwirtschafts- und Finanzsystems, Partner, die Erfahrungen in diesem Kampf vermitteln können und zu gemeinsamen Lernprozessen bereit sind. Gesucht werden Schwestern und Brüder, die bereit sind, nach der Rolle zu suchen, die Kirche in diesen Kämpfen spielt. Eine solche Partnerschaft muß wachsen. Sie ist nicht eine Frage der rein technischen und organisatorischen Machbarkeit.

Das spiegelt sich auch in dem wider, was bisher erreicht wurde. Tansania, mit dessen lutherischer Kirche es intensive Kontakte gibt, die aus früherer Missionstätigkeit erwachsen sind, rangiert an der Spitze. Die Programme sind in ihrem Profil traditionell bestimmt und fast ausschließlich im Gesundheitswesen angesiedelt. Das trifft auch für das Projekt des FAK mit dem St. Annen-Hospital in Liuli zu, für das der Christenrat in Tansania der Partner ist.

Der Ursprung von Beziehungen ist ein wesentlicher Faktor für ihre Gestaltung, aber nicht allein entscheidend. Das Programm der Partnerschaft mit der Gossner-Kirche in Indien knüpft zwar ebenfalls an traditionsreiche Missionsbeziehungen an, materielle Aspekte traten aber von vornherein in den Hintergrund.

Der ganzheitliche Charakter eines Entwicklungsprogramms ist am Nalianda-Projekt der Gossner-Mission erkennbar, bei dem gleichsam alle Aspekte des ländlichen Lebens in die Zusammenarbeit einbezogen sind.
Bemerkenswert ist in dieser Hinsicht auch unsere Zusammenarbeit mit Mocambique. Sie ist aus dem Engagement unserer Kirchen für das "Programm zur Bekämpfung des Rassismus" des Ökumenischen Rates der Kirchen erwachsen, dessen Besonderheit die Unterstützung von Organisationen rassisch Unterdrückter in ihrem Kampf um die Eingrenzung der Macht der meist weißen Herrschaftseliten ist. Unsere Kirchen setzten sich besonders für die Unterstützung der FRELIMO in Mocambique ein. Durch Vermittlung des ÖRK kam nach der Befreiung von der portugiesischen Kolonialherrschaft der Kontakt mit dem Nationalen Christenrat zustande. Er wird gegenwärtig vor allem auf drei Ebenen gepflegt. Im Austausch von Delegationen; in materieller Hilfe angesichts des im Land herrschenden Krieges; und in der

Gossner Mission

Einbeziehung mocambiquanischer Christen, die aufgrund der staatlichen Beziehungen zwischen unseren Ländern als Arbeiter, Lehrlinge und Studenten in der DDR sind. Obwohl dieser letzte Punkt weit über den Arbeitsbereich der Ökumene hinausreicht, versuchen wir, die Chance zu ökumenischen Kontakten, die diese Anwesenheit mit sich bringt, zu nutzen.

Darin eingebettet ist das erste Programm des Personalaustausches mit dem Christenrat von Mocambique (CCM) angelaufen. Der Ökumenische Jugenddienst hat einen Mitarbeiter der Jugendabteilung des CCM für zwei Jahre zu Gast. Die Einladung eines Pfarrers aus Mocambique für die Seelsorgetätigkeit an in der DDR lebenden Mocambiquanern ist ausgesprochen worden. Pastor Uilissone ist mit seiner Familie zwar als Stipendiat in die DDR gekommen, doch hat sein Aufenthalt inzwischen teilweise den Charakter eines Programms des Personalaustausches angenommen.

Im Falle von Nikaragua sind wir in einer Phase des gegenseitigen Kennenlernens. Dem dient vornehmlich auch der erste längere Aufenthalt eines Vertreters unserer Kirchen in Nikaragua, der aus dem Bereich der INKOTA-Arbeit kommt.

Impulse und die Möglichkeiten zur Reflexion solcher Programme bietet vor allem unsere Zusammenarbeit mit den verschiedenen Abteilungen des ÖRK, darunter insbesondere der Kommission für Zwischenkirchliche Hilfe, Flüchtlings- und Weltdienst (CICARWS), dem Programm zur Bekämpfung des Rassismus (PCR) und der Kommission der Kirchen zur Teilnahme an der Entwicklung (CCPD).
1986 und 1988 hat jeweils eine Konsultation von CCPD in der DDR stattgefunden, für die der Facharbeitskreis für Ökumenische Diakonie die Vorbereitungen getroffen hat. Im ökumenischen Gespräch der letzten Jahre sind unseren europäischen Kirchen die Augen immer mehr dafür geöffnet worden, daß sie nicht mehr im Zentrum des theologischen und kirchlichen Lebens stehen. Gottes besondere Liebe und Fürsorge für die Armen erfordert von denen, die in der Nachfolge Jesu stehen, das Engagement für mehr Gerechtigkeit in der Dritten Welt in Wort und Tat. Unsere Kontakte mit Kirchen in der Dritten Welt sind deshalb nicht ein Luxus - ein zumal besonders teurer Luxus - und nicht eine exotische Beigabe zum sonst trockenen Kirchenalltag. Es geht vielmehr darum, daß wir an Gottes Heilshandeln in unserer Welt Anteil nehmen und daß wir nicht ungehorsam werden, indem wir abseits stehen. Eine solche Anteilnahme vollzieht sich allerdings auch in einer intensiven inhaltlichen Auseinandersetzung mit den Themen, die die Kirchen in der Dritten Welt bewegen. In diesem Zusammenhang ist gegenwärtig die Frage der Gestaltung gerechter ökonomischer Strukturen besonders wichtig. Dies wurde auch von den Teilnehmern der Ökumenischen Versammlung in der DDR deutlich empfunden.

Der Facharbeitskreis für Ökumenische Diakonie hat zu dieser Frage in den vergangenen Jahren intensiv an einer Studie gemeinsam mit der Kammer für Kirchlichen Entwicklungsdienst der EKD gearbeitet, die den Titel "Anspruch und Wirklichkeit der bestehenden Wirtschaftssysteme in Ost und West" trägt und die kürzlich zur Diskussion freigegeben wurde. Er wird an dieser Thematik auch in Zukunft intensiv weiterarbeiten.

4. Das Geflecht der Beziehungen

Die eingangs erwähnte Studie der 2. Ökumenischen Kommission formulierte in ihrer Problemanzeige: "Wir brauchen eine zielgerichtete koordinierte ökumenische Arbeit. Nach welchen Kriterien sind Prioritäten zu setzen?

Gossner Mission

Wie können zweiseitige Beziehungen zu anderen Kirchen vertieft werden und zu welchen? ..." Diese Fragen sind heute ebenso berechtigt wie damals. Absprachen und Auswahl sind unabdingbar. Deshalb hat sich die Ökumenische Kommission auf fast all ihren Sitzungen mit Teilaspekten dieser Fragen befaßt.

Dennoch ist festzuhalten, daß das Geflecht der ökumenischen Beziehungen keine strategische Reißbrettarbeit sein kann, denn Beziehungen sind etwas Lebendiges. Sie entstehen zwischen unterschiedlichen Partnern und nicht immer kann auf einen Wunsch reagiert werden; Beziehungen wachsen und werden mitunter auch wieder loser. Ist bereits der Partner "Bund und seine Gliedkirchen" keine einheitliche Größe, sondern eingebunden in ein Netz von Strukturen und Beziehungen innerhalb der DDR (vgl. Punkt 1), so sind es die jeweiligen ökumenischen Partner oft in noch stärkerem Maße. Eine Darstellung der Beziehungen entzieht sich daher einer Systematik, so sehr sie wünschenswert wäre. Dies ist auch deshalb kaum möglich, da der Ausdruck "Beziehung" verschieden definiert wird, z.B. als

- Partnerbeziehung einer Kirche, die auf einem offiziellen Kirchenleitungsbeschluß beruht, oder
- als bilaterale Verbindung, die zwischen Gemeinden entstanden ist,
- als Arbeitsbeziehung von kirchlichen Werken oder
- als Arbeitskontakte, die für einen bestimmten Bereich kirchlichen Handelns aufgenommen wurde.

Darum kann nur beschrieben werden, welche Inhalte einzelne Beziehungen haben, wie diese Inhalte die Gestaltung bestimmen und wie die Beziehungen wirksam werden. Die Anlage zählt zwar alphabetisch auf, wohin Beziehungen bestehen, doch über Intensität und Umfang kann man daraus kaum etwas erkennen. Die Kommission hat deshalb beschlossen, einige der Beziehungen als "Fallbeispiele" zu benennen, an denen etwas von der Vielfalt verdeutlicht werden kann.

4.1. Russische Orthodoxe Kirche

Nach Gründung des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR kam es Anfang der 70er Jahre zu einem offiziellen Delegationsaustausch zwischen der Russischen Orthodoxen Kirche und dem Bund. Dabei wurden theologische Gespräche verabredet, die 1974 in Sagorsk begannen und bis heute fortgeführt wurden.
Die Themen waren:

I	1974	Sagorsk	"Die Verkündigung des Evangeliums durch Predigt und Leben der Kirche in einer vom Sozialismus bestimmten gesellschaftlichen Situation"
II	1976	Erfurt	"Das Reich Gottes als gegenwärtige und zukünftige Wirklichkeit"
III	1978	Kiew	"Die heiligende Wirkung der Gnade Gottes in der Kirche und durch die Kirche"
IV	1981	Güstrow	"Nachfolge Christi im Leben des Christen"
V	1984	Sagorsk	"Die Bedeutung der Lima-Texte, besonders im Blick auf die Amtsfrage"
VI	1987	Wittenberg	"Gottes Volk und Völkerwelt im Lichte der Taufe"

Diese theologischen Gespräche bilden den tragenden Grund der Beziehungen; an ihnen sind allerdings nur wenige Vertreter beider Kirchen direkt beteiligt, die über ein hohes Maß an Sachkenntnis verfügen müssen, und die Umsetzung der Ergebnisse dieser Dialoge sind für die Gemeinden kaum unmittelbar möglich. Deshalb wird der neugebildete Facharbeitskreis

Gossner Mission

"Orthodoxiefragen" sich im besonderen der Auswertung dieser Dialoge annehmen, und er wird ebenso die Theologengruppe, die diese Dialoge mit der Russischen Orthodoxen Kirche führt, fachlich begleiten. Da die theologischen Diskussionen aber immer in das gottesdienstliche Leben beider Kirchen eingebettet sind, wird auch viel von dem geistlichen Reichtum vermittelt. Sicher hat dies dazu beigetragen, daß in den Gemeinden ein vertieftes Verständnis gewachsen ist und der Wunsch nach Gemeindebeziehungen verstärkt geäußert wird.

Das Jahr 1988 mit den vielfältigen Veranstaltungen zum Millennium der Taufe Rußlands ist in den Gemeinden auf großes Interesse gestoßen. Materialien, die von einer ad-hoc-Gruppe erarbeitet wurden, und zwei Ausstellungen wurden von den Gemeinden stark angefordert. Das Jubiläum bot "die Möglichkeit, uns und unsere Gemeinden mit Leben und Dienst der Russischen Orthodoxen Kirche und der anderen christlichen Kirchen in der Sowjetunion, mit ihrer Geschichte und ihrer Frömmigkeit vertraut zu machen. Unser Bemühen um ein tieferes Verständnis wird nur mit der Bitte um Vergebung, der eigenen Vergebungsbereitschaft und mit dem Dank für die inzwischen gewachsene Gemeinschaft verbunden sein können." (aus dem Brief von Landesbischof Dr. Leich vom 6. März 1987)

(In der Beziehung zur Bulgarischen Orthodoxen Kirche sind ebenfalls die theologischen Gespräche Hauptinhalt.)

4.2. Schweizerischer Evangelischer Kirchenbund

Zwar gibt es mit den schweizerischen Kirchen auch ökumenische Begegnungen allgemeiner Art, jedoch wurde ab 1979 ein klar umschriebenes Austauschprogramm im Bereich kirchlicher Erwachsenenbildung mit dem Schweizerischen Evangelischen Kirchenbund beschlossen. Jährlich nehmen bis zu 12 Mitarbeiter von jeder Seite an Programmen der Erwachsenenbildung teil. Sowohl der Schweizerische Evangelische Kirchenbund wie der Bund der Evangelischen Kirchen senden einander jährlich eine Liste von Kursangeboten, aus denen eine kleine Arbeitsgruppe geeignete Thematiken aussucht; die Nominierung der Teilnehmer liegt in der Regel in der DDR bei den Gliedkirchen. Eingebettet sind die Kurse jeweils in kurze Aufenthalte bei den Gastgebern, um vor Ort zu erfahren, wie Zeugnis und Gestalt christlicher Gemeinde auf den jeweils unterschiedlichen gesellschaftlichen und kulturellen Kontext ihres Landes bezogen ist (eine für 1990 geplante Studientagung wird das bisherige Austauschprogramm unter diesem Gesichtspunkt auszuwerten versuchen). Da Mitarbeiter aus allen kirchlichen Bereichen beteiligt sind, ergeben sich durch dieses Programm eine Fülle von Impulsen, die über Mitarbeiterkonvente oder auch direkt den Gemeinden zugute kommen.

4.3. Polnischer Ökumenischer Rat

Im Gegensatz zu Punkt 2 gibt es in den Beziehungen zum Polnischen Ökumenischen Rat eine Vielfalt von Kontakten und Arbeitsformen, bestimmt durch die Nachbarschaft, die leidvolle Geschichte, aber auch durch die ökumenische Situation in Polen.

Ein Kontaktausschuß mit je vier Mitgliedern trifft sich jährlich einmal in der VR Polen und einmal in der DDR. Bei diesen Begegnungen werden grundsätzliche Absprachen getroffen, wird intensiv über die jeweilige Situation berichtet und beraten und werden gemeinsame Vorhaben geplant.

Gossner Mission

- Regelmäßig geplant und durchgeführt werden z.B. zwei Erholungsfreizeiten für Kinder aus Polen bei uns und eine Freizeit für Kinder, die nach Polen fahren.
- Alle Begegnungen machen die Notwendigkeit von Sprachkenntnissen deutlich. Daher wird überlegt, wie neben Deutsch-Kursen in der DDR auch Kurse für die polnische Sprache in Polen ermöglicht werden können.
- In engem Zusammenwirken mit dem Polnischen Ökumenischen Rat haben sich die evangelischen Kirchen in der DDR an der Ausstattung des Gesundheitszentrums des Kindes in Warschau beteiligt. Ein wichtiges, vielfach bewährtes und anerkanntes Bindeglied zwischen dem "Kinderkrankenhaus" und den Gemeinden in der DDR sind die Arbeitseinsätze, die seit 1977 jährlich im Sommer stattfinden (1989 gab es vier solcher zweiwöchiger Einsätze). Diese Einsätze sind dort eine willkommene Hilfe, sie ermöglichen aber auch Begegnungen mit Menschen und Kirchen, mit Schuld der Vergangenheit und mit der bleibenden Aufgabe der Versöhnung.
- Seit Jahren besteht ein Arbeitskreis Polen beim Ökumenisch-Missionarischen Zentrum, der Studienarbeit mit Aktionsfeldern verbindet. Die Mitglieder des Arbeitskreises suchten unter dem Leitgedanken der Versöhnung von Anfang an auch stark Kontakt zur Römisch-Katholischen Kirche bzw. zu katholischen Gemeinden und zu gesellschaftlichen Gruppierungen.

Es ist deutlich, daß all diese Beziehungen dem immer besseren Verstehen der einzelnen Christen und Gemeinden dienen sollen. Darum heißt es im Kommuniqué der diesjährigen Sitzung des Kontaktausschusses: "Ausführlich wird über die Kontakte auf der Gemeindeebene beraten. Es wurde beschlossen, daß die Kirchen beider Länder alles tun werden, um die Beziehungen zwischen Kirchen und Gemeindegliedern beider Länder zu verbessern und zu intensivieren. Mangel an zwischenmenschlichen Kontakten könnte zur Entfremdung zwischen Polen und der DDR führen."
Bei einigen vorhandenen bilateralen Beziehungen von Gliedkirchen des Bundes zu Mitgliedskirchen des Polnischen Ökumenischen Rates erweist sich, wie wichtig solche direkten Kontakte sind.

4.4. Kirche von Schweden

Die Beziehungen zur Kirche von Schweden werden fast ausschließlich von Gliedkirchen wahrgenommen. Die Aufgabe der Bundesgremien besteht hierbei vorrangig in der Vermittlung und in der Zuordnung von Diözesen der Kirche von Schweden zu Gliedkirchen des Bundes, soweit diese Beziehungen nicht schon vor Gründung des Bundes bestanden. Außerdem werden größere Vorhaben und gelegentlich auch Delegationsplanungen koordiniert. Einige Landeskirchen haben ihrerseits einzelne Kirchenbezirke mit der Wahrnehmung der Beziehungen beauftragt. Durch gegenseitige Delegationsbesuche wird eine wirkliche Anteilnahme an dem möglich, was die Partner bewegt, und an dem, was in den verschiedenen kirchlichen Arbeitsgebieten getan wird, z.B. Katechetik, Ausbildung, Gemeindediakonie u.v.a.m.

Für die Intensität der Partnerschaft zur Kirche von Schweden hat sich diese Form der Beziehung als fruchtbar erwiesen.
(Ähnlich gestalten sich die Beziehungen zu den Kirchen in Norwegen und Finnland.)

4.5. Kirchen in den Niederlanden

Noch stärker ist der unmittelbare Gemeindebezug in den Beziehungen zu den Kirchen in den Niederlanden. Durch starkes Engagement der Niederländer sind in allen Gliedkirchen Gemeindepartnerschaften entstanden.

Gossner Mission

Ursprünglich war die Wahrnehmung der Beziehungen zur Hervormde Kerk und zu den Gereformeerden Kerken an eine Gliedkirche (KPS) delegiert worden, doch sind inzwischen die Beziehungen auch zu allen anderen Gliedkirchen so intensiv geworden, daß sich diese Delegierung als nicht mehr sinnvoll erwiesen hat.

Es besteht eine Arbeitsgruppe "Gemeindekontakte zu den Niederlanden", zu der Vertreter aller Gliedkirchen gehören, und die versucht, Aktivitäten zu koordinieren, Erfahrungen auszutauschen, den Gemeinden Anregungen zu geben und verantwortlich Konsultationen zu Fragen des Gemeindeaufbaues mit zu tragen.
Diese Arbeitsgruppe hat die Chance solcher Partnerschaften folgendermaßen beschrieben:
"Eine von der deutschen Nachkriegsgeschichte unbelastete Partnerschaft mit einem westeuropäischen Land führt zu einer Horizonterweiterung in den Gemeinden und dient damit auch der Entspannung des Ost-West-Verhältnisses aus persönlichem Erleben heraus.
In den niederländischen Gemeinden begegnen uns Christen, die sich als besonders offen und partnerschaftlich erweisen, weil die Niederländer im Verlauf ihrer Geschichte immer wieder gezwungen waren, sich mit Neuem und Fremdem auseinanderzusetzen.
Erfahrungen, die niederländische Christen im Prozeß der Säkularisierung und Christen in der DDR als Kirche im Sozialismus gewonnen haben, machen diese Gemeindepartnerschaften besonders interessant und hilfreich."

Ein anderer Abschnitt spiegelt die Erfahrungen der Gemeindepartnerschaften wieder:
"Fehlen ökumenische Offenheit und Lernbereitschaft, sind den Gemeindepartnerschaften von vornherein enge Grenzen gesetzt, da der Partner für die eigene Position vereinnahmt oder - falls dies fehlschlägt - abgelehnt werden wird. Gemeindepartnerschaften auf rein emotionaler Basis bringen zwar die persönliche Existenz ins Spiel, verlieren aber an Sachsubstanz und werden auf die Dauer für beide Partner uninteressant. Gemeindepartnerschaften auf rein sachlicher intellektueller Ebene können zwar eine gesamte Sachproblematik im Blick haben, verlieren aber an persönlicher Nähe und damit an existentiellem Bezug."

Neben diesen Gemeindebeziehungen verbindet den Bund der Evangelischen Kirchen und den Raad van Kerken eine intensive Sacharbeit. Der Ausschuß "Kirche und Gesellschaft" hat mit niederländischen Vertretern fünf Konsultationen zur Thematik der Boston-Konferenz ("Glaube, Wissenschaft und die Zukunft") durchgeführt. Danach gab es gemeinsame Konsultationen zu Fragen der Friedensverantwortung.

Diese beiden Themenstränge wurden zu einer Konsultation über Fragen des konziliaren Prozesses zusammengeführt.

4.6. Nationalrat der Kirchen Christi in den USA

Ähnliche Fragestellungen bestimmen die Beziehungen zu dem NCCC/USA, denn auch hier steht der Friedensdialog im Vordergrund. Angesichts der Eskalation des Wettrüstens wandte sich der Bund der Evangelischen Kirchen 1977 an den NCCC/USA mit der Bitte, einen Dialog über Fragen des Rüstungsstops zu beginnen. Man wollte mit kompetenten Gesprächspartnern untersuchen, wie die Kirchen in Ost und West zusammenarbeiten können, um die Abrüstung zu fördern und zu gemeinsamen Aktionen für den Frieden zu kommen.

Gossner Mission

Zu dem 5. Dialog dieser Art trafen sich im Mai d.J. Vertreter des NCCC, des Bundes der Evangelischen Kirchen und der AGCK in Erfurt. Die Teilnehmer waren sich darin einig, daß der "konziliare Prozeß" sich nicht in einem Konsultationsprozeß der Kirchen erschöpfen darf. Er müßte zu dem Ergebnis führen, einen gemeinsamen Weg aus der weltweiten Gefahr für alle Kirchen verbindlich zu beschreiben. Hierzu ist ein weiterführendes Gespräch zwischen den Kirchen der beiden Länder sinnvoll, fruchtbar und wünschenswert. Als speziell kirchliche Aufgabe betrachten die Delegationsteilnehmer die Überwindung von bisherigen ideologischen Feindbildern in den beiden Staaten.

In den Austausch mit dem NCCC/USA können nur wenige unmittelbar einbezogen werden. Um dennoch eine ständige persönliche Beziehung zu halten, hat der NCCC im Verlauf der letzten 12 Jahre dreimal ökumenische Mitarbeiter für einen längeren Zeitraum zu einem Dienst in der DDR freigestellt. Zu den Aufgaben gehört, "Information und Interpretation wichtiger Entwicklungen in Kirche und Gesellschaft beider Länder zu vermitteln, insbesondere die Vermittlung von den Anliegen Frieden, Abrüstung, Entmilitarisierung, Welthunger und Rassismus, und bei der Durchführung von Besuchen und Konsultationen zwischen DDR-Kirchen und USA-Kirchen mitzuhelfen". Vor allem aber "Kontakte und Beziehungen zwischen den Gliedkirchen des NCCC und den Gliedkirchen des Bundes zu pflegen und weiter aufzubauen". Dies Projekt wird von der Gemeinsamen Einrichtung Ökumene getragen und wird in diesem Jahr gründlich auszuwerten sein, wenn der Entsendungszeitraum für das Ehepaar Johns-Boehme zuende geht. Beide Seiten werden überlegen, ob diese Art des Austausches den jetzigen Möglichkeiten Rechnung trägt, ob sich eventuell Voraussetzungen und Erwartungen der Partner geändert haben oder ob andere Schwerpunkte gesetzt werden sollten. Eine Entscheidung, in welcher Form dieses Austauschprogramm fortgesetzt wird, ist sicher erst im kommenden Jahr zu erwarten, vor allem, da der NCCC/USA selbst sich in einer Phase der Unstrukturierung befindet.

Gossner Mission

Gossner Mission

Anlage zur Vorlage-Nr. 4

Land	Bund	Gliedkirchen	EKU/NK	Ev. Brüder-Unität (BU), Distrikt Herrnhut
AFRIKA				
Athiopien			NK: Mekane Yesu Kirche	
Botswana	ÖMZ: Luth. Kirche			
Mocambique	Nationaler Christenrat AG Mocambique			
Südafrika/ Swaziland	ÖMZ: AK "Südliches Afrika"	Berlin-Brandenburg (EKU) Greifswald (EKU)	EKU: VELCSA FEKCSA	Moravian Church in Southern Africa
Tansania	Christenrat von Tansania ÖMZ: AK "Tansania"	Görlitz (EKU) KPS (EKU) Greifswald (NK) Mecklenburg (NK) Sachsen (NK) Thüringen (NK)	EKU: ELCT NK: ELCT/ AK Tansania	Moravian Churches in Southern, South West and Western Tansania u. Rukwa Province
Zaire				Kirche Jesu Christi auf Erden durch den Propheten Simon Kimbangu (Kimbanguistenkirche)
ASIEN				
China	Chinesischer Christenrat (Delegationsaustausch)			
Indien	ÖMZ. AK "Indien"	Berlin-Brandenburg (EKU) - Gossner-Kirche	EKU: Gossner-Kirche Kirche von Südindien Kirche von Nordindien NK: Tamilenkirche	

Land	Bund	Gliedkirchen	EKU/NK	BU
Japan	Nationaler Christenrat ÖMZ: AK "Indien"		EKU: Kyodon NK: Ev.-Luth. Kirche	
Vietnam	Ev. Kirche in Vietnam			
EUROPA				
Belgien		Berlin-Brandenburg (EKU) - Vereinigte Kirche in Belgien	EKU: Vereinigte Kirche	
Bulgarien	Bulgarische Orthodoxe Kirche			
CSSR	Ökumenischer Rat ÖMZ: AK "CSSR"	Anhalt - Hussitische Kirche Berlin-Brandenburg (EKU) und Görlitz (EKU) - Kirche der Böhmischen Brüder Thüringen - Ev. Kirche A.B. in der Slowakei	EKU: Ev. Kirche der Böhmischen Brüder NK: Ev. Kirche A.B. in der Slowakei Schlesische Kirche A.B.	Jednota Bratrská
Dänemark	Ev.-Luth. Volkskirche			
Finnland	Ev.-Luth. Kirche	Greifswald - Diözesen Sachsen - Diözesen Thüringen - Diözesen		
Frankreich	Französischer Protestantischer Kirchenbund AG "Frankreich"	Thüringen (Bund) - Ev.-Luth. Kirche - Inspection Montbéliard Görlitz - Luth. und reform-Kirche in Elsaß-Lothringen		
Großbritannien	Britischer Kirchenrat Kirche von England	Sachsen - Diözesen Thüringen - Diözesen	EKU: United Reformed Church Kirche von Schottland	Moravian Church in Great Britain and Ireland
Italien		KPS (Bund) - Waldenserkirche		
Niederlande	Raad van Kerken Gereformeerde Kerken Hervormde Kerk AG "Gemeindekontakte"	alle Gliedkirchen		

Gossner Mission

Land	Bund	Gliedkirchen	EKU/NK	BU
Norwegen	Norwegische Kirche	Berlin-Brandenburg - Diözesen KPS - Diözesen Sachsen - Diözesen		
Österreich	Ev. Kirche A. und H.B.	Thüringen (Bund)		
Polen	Polnischer Ökumenischer Rat ÖMZ: AK "Polen"	Görlitz - Ev. Kirche A.B. und Reformierte Kirche Greifswald - " KPS - Polnische Orthodoxe Kirche	EKU: Ev. Kirche A.B.und Reformierte Kirche NK: Ev. Kirche A.B.	
Rumänien	Rumänische Orthodoxe Kirche	Thüringen - Ev.Kirche A.B.	NK: Ev. Kirche A.B. Synodalpresbyterianische Kirche	
Schweden	Ev.-Luth. Kirche	Berlin-Brandenburg - Diözesen Greifswald - Diözesen KPS - Diözesen Mecklenburg - Diözesen Sachsen - Diözesen Thüringen - Diözesen		
Schweiz	Schweizerischer Evangelischer Kirchenbund	Görlitz - Kantonalkirchen Sachsen - Kantonalkirchen Thüringen - Kantonalkirchen		
Sowjetunion	Russische Orthodoxe Kirche Armenische Apostolische Kirche		NK: Ev.-Luth. Kirche in Estland Ev.-Luth. Kirche in Litauen Ev.-Luth. Kirche in Lettland Deutsche ev.-luth. Kirche in der UdSSR	
Ungarn	Ungarischer Ökumenischer Rat ÖMZ: AK "Ungarn"	Thüringen - Luth. Kirche	EKU: Reformierte Kirche NK: Luth. Kirche Ungarns	

Land	Bund	Gliedkirchen	EKU/NK	BU
MITTLERER OSTEN				
Ägypten	ÖMZ: AK "Mittlerer Osten" ÖMZ: Protestantische Nil-synode			
Jordanien	ÖMZ: Ev.-Luth. Kirche von Jordanien			
NORDAMERIKA				
Kanada			EKU: United Church	
USA	Nationalrat der Kirchen Christi in den USA		EKU: UCC (Kirchengemeinschaft) Presbyt. Kirche Disciples of Christ NK: Ev.-Luth. Kirche von Amerika	
KARIBIK UND MITTELAMERIKA				
Kuba	Ökumenischer Rat von Kuba ÖMZ: AK "Lateinamerika"			
Nicaragua	Einzelprojekte über CEPAD und mit CAV			Iglesia Morava
SÜDAMERIKA				
Argentinien			EKU: Ev. Kirche am La Plata	
Brasilien			EKU und NK: Ev. Kirche luth. Bekenntnisses	
Suriname				Ev. Broedergemeente
PAZIFIK				
Papua-Neuguinea			NK	

Gossner Mission

5. Tagung der V. Synode des
Bundes der Ev. Kirchen in der DDR
15. bis 19. September 1989
in Eisenach

V o r l a g e - Nr. 16

Einführungsvortrag zum Bericht der 6. Kommission für Ökumene
"Auf dem Weg zu größerer Gemeinschaft"

1. Auf dem Weg zu größerer Gemeinschaft im Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR

Die Ökumene und der Bund gehören von Anfang an zusammen. Die Ökumenische Kommission war eine der ersten Kommissionen, die gebildet wurden. Eine gemeinsame ökumenische Arbeit der Gliedkirchen zu erreichen, war frühzeitig eine Zielstellung des Bundes. Das belegen die Beschlüsse der Konferenz und der Synode über die ökumenische Arbeit von 1970, 1974 und 1978. Und ökumenische Projekte und Initiativen haben immer wieder zum Wachsen der Gemeinschaft im Bund beigetragen, wie z.B. die Leuenberger Konkordie, das Antirassismusprogramm. Dies hat sich in den letzten Jahren fortgesetzt. Die gemeinsame Stellungnahme zu den Konvergenzdokumenten über Taufe, Eucharistie und Amt (sog. Lima-Papiere) ist ein Beispiel dafür. Nicht zu unterschätzen ist auch, daß mit der Ausarbeitung "Mission-Gerechtigkeit-Partnerschaft" so etwas wie eine gemeinsame missionstheologische Plattform gefunden wurde, obwohl zunächst in den drei gliedkichlichen Zusammenschlüssen unterschiedliche Anfänge und Ansätze da waren. Auch im organisatorischen Bereich ist die integrative Funktion des Bundes an einigen Stellen gewachsen. Die Übernahme der Orthodoxie-Arbeit durch den Bund und die Fusion der Berliner Mission und des Ökumenisch-Missionarischen Zentrums zu einem Werk des Bundes können dafür stehen.

Freilich ist das nur die eine Seite der Medaille. Das enorme Anwachsen der ökumenischen Arbeit unserer Kirchen in den letzten Jahrzehnten hat auch dazu geführt, daß es heute eine vielfältige Trägerschaft dieser Arbeit gibt, sowohl innerhalb als auch außerhalb des Bundes. Wir haben das im ersten Teil des Berichtes darzustellen versucht. Es muß dabei noch daraufhingewiesen werden, daß die Rolle der Gliedkirchen als Träger eige-

Gossner Mission

ner ökumenischer Arbeit in manchen Bereichen, z.B. bei den bilateralen Beziehungen, eher zu- als abgenommen hat. Solche Vielfalt mag man durchaus als Zeichen für die Lebendigkeit der ökumenischen Arbeit werten. Ökumene und Zentralismus würden wohl nicht gut zusammenpassen. Wenn Ökumene Dimension des Lebens und Arbeitens der Kirchen sein soll, muß sie von vielen vorangebracht werden. Dennoch drängt sich immer wieder auch der Eindruck auf, daß wir unsere Kräfte verzetteln, und das bei einem noch kaum aufgehaltenen allgemeinen Minorisierungsprozeß in unseren Kirchen.

Es bestehen auch manche Unsicherheiten im Blick auf eine effektive Nutzung des vielfältigen ökumenischen Instrumentariums. Welche Rolle soll z.B. das Ökumenisch-Missionarische Zentrum Berliner Missionsgesellschaft - ein Werk des Bundes - für die ökumenische Arbeit des Bundes spielen? Eine andere Beobachtung: Es wird viel Zeit und Kraft für Koordinierungsarbeit aufgewandt, aber vielleicht in zuviel Gremien? Es gibt keine Kommission und keinen Ausschuß, die oder der wirklich in der Lage wäre, die gesamte ökumenische Arbeit unserer Kirchen mit Kompetenz zu überblicken. Aber das muß es vielleicht auch nicht geben.

Es gehört sicher zu den erfreulichen Entwicklungen der letzten Jahre, daß die Bedeutung der Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen für die Ökumene in der DDR zugenommen hat. Im Zusammenhang mit der Ökumenischen Versammlung in der DDR ist das besonders deutlich geworden. Es besteht aber immer wieder auch Unsicherheit darüber, welches Gewicht und welche Funktion die AGCK für unsere ökumenische Arbeit hat, und welche konkreten Aufgaben sie aus der Sicht des Bundes wahrnehmen sollte.

2. Auf dem Weg zu umfassenderer Kirchengemeinschaft

Die ökumenische Arbeit ist thematisch außerordentlich vielfältig. Mission und Evangelisation, gesellschaftliche Verantwortung, Spiritualität und Gemeindearbeit, Frauen, Jugend, Ausländer und - die Fragen der Einheit der Kirchen.

Gossner Mission

Es geht uns wohl wie dem Ökumenischen Rat der Kirchen: Bei der Fülle der Aufgaben müssen wir uns von Zeit zu Zeit ausdrücklich bewußt machen: Das Streben nach sichtbarer Einheit der Kirchen gehört zu den zentralen Aufgaben und grundlegenden Motivationen für die ökumenische Bewegung und damit für unsere ökumenische Arbeit. Welche Vision haben wir von dieser Einheit und welche Wege sehen wir dahin?

Die konkreten Schritte,die wir in den letzten Jahren gegangen sind, lassen sich alle dem Modell der Kirchengemeinschaft zuordnen. Das meint eine Gemeinschaft von selbständigen Kirchen, die miteinander Kanzel- und Sakramentsgemeinschaft haben. Die Gemeinsamkeit im Verständnis und in der Verkündigung des Evangeliums von der rechtfertigenden und befreienden Gnade Gottes ist heute zwischen den Konfessionen in erheblichem Maße erreicht bzw. festgestellt. Davon kann sich jeder überzeugen, der Gottesdienste anderer Kirchen besucht. Aber auch viele Dialogergebnisse zeugen davon. Gerade sie zeigen aber auch, daß die Fortschritte zum gemeinsamen Verstehen und Feiern der Sakramente wesentlich kleiner sind.

Die Konvergenzerklärungen zu Taufe, Eucharistie und Amt sind von unseren Kirchen in mancher Hinsicht als Durchbruch oder wenigstens als Hoffnungszeichen verstanden und angenommen worden. Sie haben auch gezeigt, daß wir die Einheit nur gemeinsam in einem tieferen Verständnis und einer erneuerten Praxis finden werden, daß wir sie da aber auch finden können! Die Auswertung der Rezeption von Lima durch die Kirchen im ÖRK ist noch nicht abgeschlossen. Wir sollten uns bereit halten, diesen Prozeß wieder mit Engagement zu begleiten, sobald hierfür wieder sinnvolle Möglichkeiten und Aufgaben bestehen.

Wir haben in unserem Bericht auf die konkreten Schritte verwiesen, die wir mit anderen Kirchen auf Kirchengemeinschaft zugegangen sind oder mit denen wir uns zur Zeit auf dem Wege befinden. Es wird nun freilich darauf ankommen, wie wir z.B. die erklärte Kanzel- und Abendmahlsgemeinschaft mit der Ev.-Methodistischen Kirche mit lebendiger Gemeinschaft in der Verkündigung, im Feiern des Abendmahls und in der Ausrichtung unseres Dienstes erfüllen.

Gossner Mission

Oder gilt nach wie vor die vor 10 Jahren gemachte Beobachtung, daß die Kirche im fernen Afrika oder der Methodist Emilio Castro interessanter für uns sind als die kleine Gemeinde in der Nachbarschaft, mit der wir nun in voller Kirchengemeinschaft stehen?

Es hat die Ökumenische Kommission und den Facharbeitskreis Faith and Order und Catholicafragen in den vergangenen Jahren, gerade in Auswertung von Lima, immer wieder beschäftigt, daß mit unserem größten ökumenischen Partner in der DDR, der römisch-katholischen Kirche, die Kirchengemeinschaft viel weniger entwickelt ist. Wir haben ermutigende Erfahrungen gemacht, etwa bei der selbstverständlichen gegenseitigen Anerkennung der Taufe oder im sensiblen Hören aufeinander bei der Erarbeitung des Informationsblattes über die konfessionsverschiedene Ehe. Wir haben aber auch die schmerzliche Erfahrung gemacht, daß uns selbst verständnisbereite und aufgeschlossene Gesprächspartner gebeten haben, an das Thema der eucharistischen Gastbereitschaft nicht zu rühren. Gerade in diesem Herzstück des Glaubens und des Gottesdienstes sollen wir weiter unverändert getrennt bleiben? Und ist das den Christen in konfessionsverschiedenen Ehen gegenüber seelsorgerlich überhaupt noch verantwortbar?

Es wird für uns als evangelischen Kirchen darauf ankommen, daß wir erkennen, wo wir uns in unseren Kirchen erneuern lassen müssen, um den Skandal der Trennung im Abendmahl zu überwinden. Die Gespräche mit Kirchen der anglikanischen Gemeinschaft signalisieren, daß die von unseren Kirchen in der Rezeption der Lima-Texte vorsichtig angedeutete Bereitschaft, die Übernahme des Zeichens der bischöflichen Sukzession unter bestimmten Voraussetzungen zu erwägen, demnächst von uns weiter bedacht werden müßte.

Im Blick auf unseren katholischen Partner dürfte vielleicht noch wichtiger sein, daß wir unsere sakramentale Praxis verantwortlich bedenken und gestalten, uns in ihr erneuern lassen und die in ihr bestehende gemeinsame Tradition nicht schwächen sondern stärken. Ich werde nie den doppelten Schmerz bei dem ökumenischen Gottesdienst in Dresden bei der 1. Ökumenischen Versammlung im Februar 1988 vergessen: Auf den Auszug der katho-

Gossner Mission

lischen Teilnehmer nach der Predigt zu einer getrennten Eucharistiefeier folgte eine Abendmahlsliturgie nach dem Mindestprogramm einer evangelischen Agende. Als ob es Lima nicht gegeben hätte. Hier hätte sich ein katholischer Christ nicht wohlfühlen können. Es geht dabei nicht um irgendeine ökumenische Rücksichtnahme sondern darum, die Katholisität der Kirche im Sinne des Glaubensbekenntnisses spürbar werden zu lassen.

3. Auf dem Weg zu größerer Gemeinschaft in der Verantwortung für die eine Welt

Verantwortung der Kirche im gesellschaftlichen Bereich ist schon von der Sache her ökumenisch, weil sie die ganze Menschheit, die eine Welt in den Blick nehmen muß und weil sie eine gemeinsame Verantwortung der Kirchen ist. Beide Aspekte haben wir bisher vor allem in der Gemeinschaft des ÖRK und der Konferenz Europäischer Kirchen erfahren und wahrgenommen, aber auch durch bilaterale Gesprächsrunden, wie mit dem Raad van Kerken in Nederland oder dem NCC/USA. Aber das konkrete Friedenszeugnis unserer Kirchen, das Engagement für Gerechtigkeit oder in Umweltfragen war doch immer unser Engagement, das der Kirchen des Bundes, und geschah nicht in direkter ökumenischer Zusammenarbeit, auch wenn es sich in den ökumenischen Rahmen einordnete. Lediglich "Brot für die Welt" geschieht von Beginn an in ökumenischer Gemeinschaft. Welcher Durchbruch hier mit der Ökumenischen Versammlung in der DDR erzielt sein könnte, ist uns wohl kaum wirklich schon bewußt geworden. Die trotz aller Vorbehalte erstaunliche Resonanz, die dieser Prozeß innerhalb und außerhalb unserer Kirchen findet, hängt eben damit zusammen, daß hier zum ersten Mal alle Kirchen in der DDR gemeinsam gesprochen haben. Daß sich auch die katholische Kirche voll in diesen Prozeß eingebracht hat, gibt unserer gemeinsamen Verantwortung eine neue Qualität.
Es ist ein Anliegen der Ökumenischen Kommission, daß diese neue Gemeinsamkeit mit Sorgfalt und Konsequenz bewahrt und weitergeführt wird. Die Empfehlungen der Ökumenischen Versammlung geben dazu viele Anregungen.

Gossner Mission

In ein neues Stadium ökumenischer Verantwortung sind die Kirchen des Bundes in den letzten Jahren auch durch die ersten Entsendungen im Rahmen des ökumenischen Austauschs von Mitarbeitern getreten. Auch wenn die Projekte im einzelnen sehr unterschiedlich sind, es sind Schritte zu einem umfassenderen ökumenischen Miteinanderteilen der Gaben und Möglichkeiten, die unsere Kirchen haben. Daß dies im zeitlichen und sachlichen Zusammenhang mit den Bemühungen um den 2% - Appell in unseren Kirchen geschieht, ist für die Bewußtseinsbildung in unseren Kirchen wichtig. Dieser Zusammenhang darf nicht verloren gehen, wenn wir nicht wieder in alte paternalistische Mentalität und Geberhaltung verfallen wollen.

Was wir als Kirchen in der DDR sowohl in den konkreten Diensten als auch in der ganzen Diskussion um Gerechtigkeit, Entwicklung, Solidarität Spezifisches einbringen können, ist eine immer wieder gestellte, aber noch kaum schlüssig beantwortete Frage. Diejenigen, die mit diesen Dingen näher befaßt sind, empfinden sich gegenwärtig mehr und mehr als Lernende und Suchende. Eine Auswertung unserer Initiativen unter dieser Fragestellung wird in Zukunft wichtig sein. Und ebenso sollten wir uns bemühen, auch im personellen Bereich zu einem wirklichen Austausch der Gaben zu kommen und keine neuen Einbahnstraßen zu bauen.

4. Unterwegs in einer vielfältigen Gemeinschaft mit anderen Kirchen

Wozu brauchen wir eigentlich so viele unterschiedliche bilaterale Beziehungen? Diese Frage werden sicher viele stellen, wenn sie den vierten Teil unseres Berichtes lesen. Auch die Ökumenische Kommission stellt sie sich immer wieder.
Es sind wohl im wesentlichen drei Hauptgründe, die für die Vielfalt der bilateralen Beziehungen sprechen: Sie hängen alle drei ursächlich damit zusammen, daß Kirche nun einmal in ihrem Wesen Ortsgemeinde ist, das heißt: lebt und handelt in konreter örtlicher Gestalt. Diese konkrete Gestalt von Kirche wird aber nicht in ökumenischen Organisationen oder Versammlungen erfahren, sondern in der Begegnung mit lebendigen lokalen oder regionalen Kirchen.

Gossner Mission

Nur in der Beziehung von Kirche zu Kirche - und das ist der eine Grund - können wir als ein Glied der Weltchristenheit mit anderen Gliedern wirklich kommunizieren und uns so auch in vollgültiger Weise als Glieder am Leib Christi erfahren. Hier muß die Gemeinschaft in Wort und Sakrament konkret werden.Hier begegnen uns aber auch Situationen konkreter Weltverantwortung, die uns zur Solidarität herausfordern.

Im Leib Christi soll es zu einem großen Miteinanderteilen der Gaben und Dienste kommen. Der ÖRK hat große Verdienste darin, gerade hierauf immer wieder den Nachdruck zu legen und diesen Austausch zu fördern. Er setzt Akzente, er hält sich mit Recht aber zurück in allem, was zu sehr zu zentraler Planung und Leitung führen würde. Ökumenisches Miteinanderteilen braucht vielmehr ein vielfältig geknüpftes Netzwerk der Kirchen. Das ist der zweite Grund. Dazu gehört auch, daß uns immer wieder auch gezielte Fragen und Wünsche nach Partnerschaft von anderen Kirchen erreichen. Der dritte Grund liegt schließlich darin, daß es gerade die bilateralen Beziehungen sind, die den Gemeinden in breitem Maße eine lebendige Beteiligung an der ökumenischen Gemeinschaft ermöglichen. Das Netz von Partnerbeziehungen und Kontakten von Gemeinde zu Gemeinde ist im letzten Jahrzehnt gerade durch die Entwicklung der Beziehungen zu Kirchen in vielen Teilen der Welt gewachsen. Eine solche vielfältige Einbeziehung der Gemeinden kann nur in einer Vielzahl von Initiativen gelingen.
Natürlich kann und muß man nun auch fragen, ob es denn wirklich so viele unterschiedliche Beziehungen sein müssen. Und es muß vor allem immer wieder gefragt werden, wo sich sinnvollerweise unsere Kirchen als ganze engagieren müssen.Hier wird sowohl dem Partner als auch den Gemeinden eher durch eine Konzentration geholfen, die eine Vertiefung der Beziehungen fördert, als durch das Anfangen immer neuer Beziehungen, die dann über oberflächliche Begegnungen nicht hinauskommen.

Gossner Mission

5. Auf dem Weg zu ökumenisch lebenden und handelnden Gemeinden

Wohin sind wir mit unserer ökumenischen Arbeit unterwegs? Etwas von den großen Zielen der ökumenischen Bewegung sollte mit den drei Bereichen der ökumenischen Arbeit, die die Schwerpunkte unseres Berichtes bilden, angedeutet werden: die volle und lebendige Gemeinschaft der Kirchen im Gottesdienst, im missionarischen Zeugnis und im Dienst für die Welt. Es geht dabei heute in erster Linie nicht darum, Modelle der Einheit und der Zusammenarbeit im großen zu entwickeln und anzustreben. Ziel unserer ökumenischen Arbeit muß vielmehr sein, so viel wie möglich in den Gemeinden ökumenisch bewußt zu leben und zu handeln. Sie muß dazu helfen, daß es für jede Gemeinde erfahrbar wird, daß sie ein Teil der einen, heiligen katholischen und apostolischen Kirche ist, daß sie etwas vom Reichtum der Weltchristenheit und von der Verantwortung für die eine Welt wahrnehmen kann.

Dazu wäre es ideal, wenn jede Gemeinde regelmäßig wenigstens ein konkretes Erfahrungsfeld von Ökumene hätte, eine Partnerbeziehung, die Zusammenarbeit am Ort, eine Beteiligung an einem Projekt des Miteinanderteilens, die Beschäftigung mit ökumenischen Themen (z.B. aus dem konziliaren Prozeß), regelmäßige ökumenische Fürbitte oder was sonst den konkreten Möglichkeiten einer Gemeinde entspricht.

Unsere ökumenische Arbeit muß sich daran messen lassen, wie weit sie solche ökumenische Partizipation der Gemeinden ermöglicht und fördert. Dies muß zwangsläufig in der ökumenischen Arbeit des Bundes besonders sorgfältig beachtet werden, da hier von der Struktur her die Gefahr der Basisferne immer wieder besteht. Theologische Arbeit, Fachgespräche und eine qualifizierte Mitarbeit in ökumenischen Organisationen sind dazu durchaus wichtig, ja unverzichtbar. Aber auch sie müssen immer wieder dahingehend überprüft werden, wie weit sie der Ermöglichung und Förderung ökumenischer Existenz in den Gemeinden dienen. Die Kommission für Ökumene möchte mit ihren Facharbeitskreisen dazu beitragen, daß unsere Kirchen in diesem Sinne auf dem Weg zu größerer Gemeinschaft weitergehen.

Gossner Mission

5. Tagung der V. Synode
des Bundes der Evangelischen Kirchen
in der DDR

15. - 19. September 1989, Eisenach

Korrekturblatt zur **Vorlage - Nr. 4**

Die Kommission für Ökumene bittet um folgende Korrekturen im Bericht:

Seite 4

Da Freikirchen im ÖMVA vertreten sind, ist zwischen den beiden Kästen ÖMVA und Freikirchen eine Verbindungslinie zu ziehen.

Seite 5

8. Zeile von oben statt "Gastgemeinschaft" "Gastbereitschaft"

Seite 8. 2. Absatz

Neben der Diskussion um den 2-%-Appell ist seit mehreren Jahren ein Prozeß des Nachdenkens über unsere Beteiligung an Programmen des Personalaustausches im Gang. Dafür gab es zwei Ansätze: Der eine Ansatz ging davon aus, daß sich die Kirchen nach einer von außen auferlegten Unterbrechung mit einem erneuerten Missionsverständnis wieder an der weltweiten Mission beteiligen. Dazu gehört z.B. ein ganzheitliches Verständnis von Mission, das den Einsatz für soziale Gerechtigkeit einschließt und Mission als gemeinsame Aufgabe der Kirchen und jedes einzelnen Christen begreift. Dazu gehört gleichzeitig der Abschied von einem eurozentrischen Denken, das die Kultur und soziale Identität ganzer Völker zerstört hat, die Absage an einen im christlichen Überlegenheitsgefühl wurzelnden Rassismus und das Bekenntnis der Schuld der Begünstigung todbringender Kolonialstrukturen.

Seite 17 und 18

Jeweils Thüringen in der Spalte der gliedkirchlichen Beziehungen bei Großbritannien und Schweiz streichen.

Gossner Mission

zu A 3501-2-632/89

Aufruf

Vor zehn Jahren war der Kampf des nikaraguanischen Volkes gegen eine der brutalsten Diktaturen von Mittelamerika, die des Somoza-Clan, auf dem Höhepunkt. Die wirtschaftliche Ausbeutung konnte von der Regierungsclique nur mit scharfer politischer und militärischer Repression aufrechterhalten werden. In der Sandinistischen Befreiungsfront kämpften seit 1961 auch Christen für eine radikale Veränderung.

Am 19. Juli 1979, vor zehn Jahren, war der Tag der Freiheit endlich gekommen. In den Liedern und Gedichten, wie wir sie unter anderem von Ernesto Cardinale kennen, sowie in den berühmt gewordenen Malereien der Bauern-Künstler erscheint dieser Tag wie ein großes Freuden- und Osterfest des Volkes.

Seitdem verteidigten die Menschen von Nikaragua zäh und entschlossen den Sieg dieses Tages und das Gefühl, Auferstehung erlebt zu haben. Trotz anhaltender wirtschaftlicher Not und militärischer Bedrohung durch die "Contras" lebt das neugewonnene Bewußtsein, über das eigene Schicksal selbst zu entscheiden und nicht mehr Sklave einer Gewaltherrschaft zu sein.

Ein schwerer Rückschlag für die Wirtschaft und die gesamte Entwicklung des Landes war die Wirbelsturmkatastrophe vom Oktober 1988. Die SChäden sind so gewaltig, daß mehr als die Hälfte der in den vergangenen 9 1/2 Jahren in der Atlantikregion geleisteten Aufbauarbeit zunichte gemacht worden ist. Obdachlosigkeit und akute Bedrohung des Lebens ist erneut die Wirklichkeit vor allem für die an der Ostküste lebenden Ureinwohner des Landes. Aber nicht nur das Leben von Menschen, auch das ökologische Gleichgewicht ist in weiten Landesteilen langfristig gestört.

Am 4. Februar 1989 sind auf Einladung des Facharbeitskreises für Ökumenische Diakonie des Bundes der Evangelischen Kirchen 36 Vertreter von Gruppen und Gemeinden aus der DDR, die sich intensiv mit Lateinamerika beschäftigen, zu einem Treffen zusammengekommen und haben im Ergebnis ihres Austausches und gemeinsamer Überlegungen folgendes beschlossen:

Anläßlich des 10. Jahrestages der Befreiung Nikaraguas und angesichts der langfristigen schweren Folgen der Wirbelsturmkatastrophe fordern wir die Gemeinden aller unserer Kirchen in der DDR zu einer besonderen Aktion der Nächstenliebe und Solidarität mit den Menschen dieses zentralamerikanischen Landes auf. Wir schlagen vor, besonders in der Osterzeit und in den Tagen

Gossner Mission

um den 19. Juli in Gottesdiensten und Gemeindeveranstaltungen die Erfahrungen von Christen in Nikaragua zu bedenken und Fürbitte für die Einwohner des Landes zu halten.

Wir regen an, daß sich Christen in unserem Land, gemeinsam mit anderen gesellschaftlichen Kräften der DDR, für die Wiederherstellung der Infrastruktur in der Atlantikregion engagieren. Wir wissen aufgrund vielfältiger Kontakte, daß ein solcher Beitrag von Christen in der DDR für die christlichen Gemeinden in Nikaragua in ihrem gesellschaftlichen Engagement eine wichtige Ermutigung und Unterstützung wäre. Das Solidaritätskomitee der DDR unterstützt die Regierung Nikaraguas beim Wiederaufbau und plant den Bau von 400 Häusern in der Stadt El Rama sowie die Einrichtung einer Trinkwasserversorgung für die Stadt und die Wiederherstellung einer zerstörten Brücke bei El Rama, an der Straße, die für die Verbindung zwischen der Ost- und West-region entscheidende Bedeutung hat. Die Kosten für eines der einfachen Wohnhäuser betragen ca. 10.000,- M. Die Finanzierung von 10 der 400 Häuser sollte durch unsere Gemeinden möglich sein.

Viele der von uns vertretenen Gruppen haben eigene Vorhaben und Pläne, für die ebenfalls Spenden gebraucht werden. Diese gemeinsame Aktion soll nicht die Einzelaktionen beeinträchtigen. Wir hoffen vielmehr, daß wir mit diesem Impuls Gemeinden und einzelne Gemeindemitglieder zu einer einmaligen Anstrengung anregen können, die bisher nicht an Projekten für Lateinamerika beteiligt gewesen sind.

Alle der unten angegebenen Gruppen sind bereit, Informationen und Gesprächsanregungen für Gemeindeveranstaltungen zur Verfügung zu stellen. Die Adressen können im Sekretariat des Bundes, Facharbeitskreis für Ökumenische Diakonie (Auguststr. 80, Berlin, 1040), erfragt werden. Als Konten für Spendeneinzahlungen stehen zur Verfügung:

Gossner-Mission	Postscheckamt Berlin	7199 - 58 - 4408 Cod.: 182
BANK:	Berliner Stadtkontor	6691 - 16 - 296 Cod.: 182
INKOTA	Postscheckamt Berlin	7199 - 58 - 13423 Cod.: 249 - 04
Ökum.-Missionarisches Zentrum	Postscheckamt Berlin	8199-54-14077 Cod.: 07062

Als gemeinsames Kennwort ist bei der Überweisung anzugeben:

"19. Juli - EL RAMA"

Gossner Mission

Aktion Lepradorf Dresden
Arbeitskreis "el camino" Jena
Arbeitskreis "Hoffnung für Mocambique"
Arbeitskreis Lateinamerika der Gossner-Mission
Brasiliengruppe Karl-Marx-Stadt
CABANA - Treffpunkt für Aus- und Inländer Berlin
CFK-Gruppe Kapellendorf
Herrnhuter Brüdergemeine
Initiativgruppe "Hoffnung Nikaragua" Leipzig
INKOTA-Koordinierungskreis
Lateinamerika-Arbeitsgruppe des Ökumenischen Jugenddienstes
Leipziger Mission
Nikaragua-Arbeitsgruppe 19. Juli Berlin
Ökumenisch-Missionarisches Zentrum
"tierra unida" Potsdam

USB-Nr. 100/89

Gossner Mission

Anlage 1

zur Vorlage des
FAK für "Ökumenische Diakonie"

BUND
DER
EVANGELISCHEN
KIRCHEN
IN DER DEUTSCHEN DEMOKRATISCHEN REPUBLIK

1040 BERLIN
Auguststraße 80, Telefon 2 88 [illegible]

An den
Christenrat in Namibia
z. Hd. Generalsekretär Dr. Abisai Shejavali

Liebe Brüder und Schwestern!

1 "Wir bitten Gott, unseren Vater, und Jesus Christus, den Herrn, Euch Gnade und Frieden zu schenken" (II. Kor. 1,2)

2 Mit Bewegung und Anteilnahme sind wir Zeugen des Beginns des Unabhängigkeitsprozesses Namibias geworden.

3 Wir wissen, welch hohen Preis Ihr Volk und die Befreiungsorganisation Namibias (SWAPO) zu zahlen hatte, bevor es zu diesem ersten Schritt auf dem Weg zu einem Leben in Freiheit und Würde kommen konnte. Stellvertretend für die vielen, die Familie und Existenzgrundlage verloren oder ihr Leben hingeben mußten, gedenken wir am 4. Mai, dem Jahrestag des Massakers von Kassinga, der Opfer Ihres Kampfes.

4 Wir sind uns dessen bewußt, daß die hundertjährige Geschichte der Unterwerfung Namibias durch die Kolonialpolitik des deutschen Kaiserreiches eingeleitet wurde. Unmenschliche Grausamkeiten sind im Namen unseres Volkes an Ihren Vorfahren verübt worden.

5 Sorge und Unruhe erfüllen uns im Blick auf den schweren Weg, den Ihr Volk noch vor sich hat. Wir verurteilen entschieden alle Versuche, den Unabhängigkeitsprozeß zu stören und zu hintertreiben, auf die Sie in Ihrer Erklärung vom Januar 1989 hingewiesen haben.

6 Wir wissen, daß viel davon abhängen wird, daß die Weltöffentlichkeit über die strikte Einhaltung der UNO-Resolution 435 wacht und die Weltorganisation in ihrer Funktion unterstützt, faire Wahlen und einen friedlichen Übergang zu politischer Unabhängigkeit zu garantieren.

7 In diesem Zusammenhang unterstützen wir nachdrücklich die Entscheidung des Ökumenischen Rates der Kirchen, ein ökumenisches Beobachterteam während des Prozesses der Verwirklichung der Resolution 435 nach Namibia zu entsenden.

8 Deshalb versichern wir dem Namibischen Rat der Kirchen unserer wachen Anteilnahme an dem aktuellen Geschehen in Namibia. Wir bitten unsere Gemeinden um die unermüdliche Fürbitte für Ihr Volk und für die Kirchen in Ihrem Lande.

Sammelruf: 2 88 60 Bank: BSK 6651-37-102 PSchA: Berlin 7199-53-122 024 Betriebsnummer: 9000 300 1

Gossner Mission

9. Gott schenke Ihnen die Gabe des Heiligen Geistes, der Sie erkennen läßt, welches Ihre Aufgaben in dem gegenwärtigen Prozeß sind. Er helfe uns und der ganzen ökumenischen Gemeinschaft, Ihren Kampf durch unsere Gebete, Worte und Taten mitzutragen.

Bischof Dr. Leich
Vorsitzender des Vorstandes der
Konferenz der Kirchenleitungen

Oberkirchenrat Ziegler
Leiter des Sekretariats

Gossner Mission

Entwurf der Tagesordnung für die Sitzung des Facharbeitskreises für Ökumenische Diakonie, 11./12. Mai 1989

I. Formalia

1. Protokoll der Sitzung am 31. 1. 1989

1.1. Berichte zum Protokoll

1.2. Richtigsprechung

2. Feststellung der Tagesordnung

II. Inhaltliche Arbeit

3. Konzeptionsfragen zum Personalaustausch

4. Konziliarer Prozeß

5. Schuldenkrise

6. Die Gerechtigkeitsfrage in der aktuellen Diskussion

III. Laufende Geschäfte

7. Nachberufungen in den FAK

7.1. Brot für die Welt

7.2. Ökumenischer Jugenddienst

8. Personalaustausch-Programme

8.1. Überblick

8.2. Personalentscheidung für Nachfolge Dr. Weber

9. Arbeitspapier "Wirtschaftssysteme"

10. Koordinierung Ökumenischer Dienste

11. Informationstage

11.1. Bericht zum Informationstag LA

11.2. Planung Informationstag SA

12. Arbeitshilfe "Namibia"

13. Materielle Hilfen für Vietnam

14. CCPD- Netzwerk

14.1. Bericht über Besuch in Schweden

14.2. Westeuropatagung September 1989

14.3. Osteuropa-Konsultation

14.4. Arbeitshilfe

15. Bericht aus der Arbeit der Steuerungsgruppe für den Personalaustausch

16. Verschiedenes

16.1. Termine

16.2. Delegierung Grundkurs

16.3. Bericht Bundessynode

b.w.

Gossner Mission

Kommentare zur Tagesordnung

TOP 3: Bei der letzten Sitzung wurde ausgeteilt: "Vermerk über ein Gespräch mit Schwester Irmtraud Schäfer am 5.1.1989". Daraus ist der 1. Teil, "Bericht über ihre Arbeit" für dieses Gespräch von Belang.

TOP 4: Das Papier der ökumenischen Versammlung "Leben in Solidarität" liegt bei.

TOP 5: Arbeitshilfe "Lösung der Verschuldungskrise - auf wessen Kosten?" der ThSA liegt vor, allerdings nur zum Ausleihen. Das Arbeitspapier des LWB liegt in einem Exemplar vor.
Nach TOP 8.3. der letzten Sitzung geht es um Überlegungen für ein Seminar.

TOP 6: Es sollte Platz in der Tagesordnung sein zum Austausch über die aktuelle Diskussion der Formel "Kirche im Sozialismus". Diese hat entscheidende Konsequenzen für ein Selbstverständnis unserer Kirche als "Kirche in Solidarität mit den Armen".

TOP 9: Die vorläufig endgültige Textfassung, über die jetzt eine Beschlußfassung durch die KKL erfolgen muß, liegt bei.

TOP 10: Zur Weiterarbeit an den Ergebnissen von El Escorial sollte der FAK eine Vorlage für den Koordinierungsausschuß der GEÖ erstellen.

TOP 11.1.: Zwei Arbeitsergebnisse liegen bei.

TOP 11.2.: Frau SChulze ist um Vorschlag gebeten.

TOP 12.: Text eines Briefes an CCN liegt bei.

TOP 13: Frau Koenig ist um Vorschlag gebeten

TOP 14.1.: Herr Dünnhaupt ist um Bericht gebeten.

Gossner Mission

Ökumenische Versammlung
für Gerechtigkeit, Frieden
und Bewahrung der Schöpfung
3. Vollversammlung
Dresden, 26. bis 30. April 1989

122
3
1

Vorlage 46/ 2.1.
(Nicht zur Veröffentlichung, nur zur Information)
Sperrfrist bis 30. 4. 1989 20.00 Uhr

Leben in Solidarität - eine Antwort auf weltweite Strukturen der Ungerechtigkeit

"Die Schwachen werden unterdrückt, die Armen seufzen. Darum spricht der Herr: Jetzt stehe ich auf, dem Verachteten bringe ich Heil" (Ps 12, 6).

Wir leben in einer Welt, die durch vielfältige Strukturen der Ungerechtigkeit gekennzeichnet ist, wie z. B. Apartheid und Rassismus, ökonomische Unterdrückung, Diskriminierung der Frauen, nationaler Minderheiten und ihrer Kulturen. Als Christen können wir uns mit keiner Form von Ungerechtigkeit abfinden. Ungerechtigkeit hat mannigfaltige Wurzeln und Ursachen. Wir beschränken uns in den beiden folgenden Abschnitten auf die ökonomischen Strukturen, weil sie das weltweite Unrecht vorrangig bestimmen.

1. Ungerechte Weltwirtschaftsordnung

Die Menschheit ist durch ein weltweites Wirtschafts-, Handels- und Kommunikationssystem zu einer eng verflochtenen Einheit geworden, der sich kein Land mehr entziehen kann. Innerhalb dieser einen Menschheit wirken Strukturen der Ungerechtigkeit, durch die ein kleiner Teil der Menschheit in der Lage ist, seine ständig steigenden materiellen Bedürfnisse zu befriedigen und in Reichtum und Verschwendung zu leben, während ein weitaus größerer Teil der Weltbevölkerung immer ärmer wird. Schon heute leben 800 Millionen Menschen ständig am Rande ihrer Existenz. Täglich sterben Tausende von Kindern an den Folgen der Unterernährung. Und dies alles, obwohl die Nahrungsproduktion schneller zunimmt, als die Bevölkerung wächst (Ausnahme: Afrika) und die Weltwirtschaft gewaltige Produktivkräfte und Organisationsleistungen hervorgebracht hat.

Wesentliche Wurzeln und Triebkräfte der weltweiten Strukturen der Ungerechtigkeit liegen in dem durch kapitalistische, d. h. einseitig marktwirtschaftliche Mechanismen geprägten internationalen Wirtschafts- und Finanzsystem. Es wird bestimmt durch die Sucht nach immer mehr materiellem Wohlstand, die Macht des Geldes und das vorrangige Streben nach Gewinnmaximierung und neigt dazu, "Armut zu verhöhnen oder einfach zu ignorieren" (1). Die Entwicklungsländer werden benachteiligt vor allem durch eine nach wie vor kolonialwirtschaftlich geprägte internationale Arbeitsteilung, einen nicht äquivalenten Warenaustausch, eine zunehmende Schutzzollpolitik der Industrieländer und ein zu wachsender Verschuldung führendes internationales Kreditsystem. Damit wird ihnen kaum noch Spielraum gelassen für eine eigenständige, auf die Befriedigung der Grundbedürfnisse und die Entfaltung der menschlichen Gemeinschaft gerichtete Entwicklung.

Auf Initiative der Entwicklungsländer hat sich die UNO schon 1974 für eine Neue Internationale Wirtschaftsordnung eingesetzt. Alle Anstrengungen zu ihrer Verwirklichung sind bisher

erfolglos geblieben. Die Umgestaltung der internationalen Wirtschaftsbeziehungen ist aber eine unerläßliche Voraussetzung für die Überwindung von Abhängigkeit, Unterentwicklung und Verelendung. In diesem Zusammenhang kommt auch der umfassenden Abrüstung große Bedeutung zu, durch die u. a. beträchtliche Mittel für Entwicklung frei werden können.

2. Unsere Verflochtenheit

Die sozialistischen Länder haben versucht, ein alternatives Wirtschaftssystem zu entwickeln. Nicht zuletzt auf Grund ihrer ökonomischen Schwäche haben sie auf die Gestaltung des Weltwirtschaftssystems wenig Einfluß nehmen können. Die sozialistischen Länder sind heute weithin in dieses System integriert. Sie zählen nicht zu den bestimmenden Akteuren und sind sowohl dessen Opfer als auch Nutznießer. Das gilt auch für die DDR. Sie ist an wichtigen Mechanismen, durch die die Entwicklungsländer geschädigt werden, kaum beteiligt (vor allem Profittransfer aus Direktinvestitionen, Hochzinspolitik, Abzug von Fachkräften). Der Außenhandel der DDR mit den Entwicklungsländern zeigt jedoch insgesamt eine abnehmende Tendenz. Im Jahre 1987 wurden insgesamt nur 3,8% des gesamten Außenhandels mit Entwicklungsländern abgewickelt (2). Nach dem Verständnis der DDR liegt diesem Handel das "Prinzip des gegenseitigen Vorteils" zugrunde, wobei vor allem langfristige Abkommen auf Regierungsebene im Blick sind. So wird ein Teil des Außenhandels auf der Basis der sogenannten Clearing-Abkommen (Verrechnung Ware gegen Ware) abgewickelt. Damit wird auch die Absicht verbunden, Verschuldung auszuschließen, weshalb es vielfach als gerechtere Form der internationalen Wirtschaftsbeziehungen gesehen wird. Doch sind solche Abkommen hinsichtlich Flexibilität und Warenspektrum eng begrenzt.

Der Handel der DDR mit Entwicklungsländern weist Merkmale auf, die für die derzeitigen ungerechten Strukturen charakteristisch sind:

- Die Preisbildung orientiert sich (auch bei Clearing-Abkommen) weitgehend an den - die Entwicklungsländer benachteiligenden - Preisen der internationalen Warenmärkte.
- Im Vordergrund stehen nicht Anliegen der Entwicklungsförderung, sondern der Rohstoffsicherung sowie der Devisenerwirtschaftung, wobei der Valutaüberschuß vor allem dem Technologieimport aus westlichen Industrieländern dient. Deshalb konzentriert sich der Handel auch auf ökonomisch fortgeschrittenere Länder (Brasilien, Indien, Irak, Iran), während der mit den am wenigsten entwickelten Ländern sehr gering ist.
- Es werden vorwiegend Rohstoffe ein- und Fertigwaren ausgeführt. Der Importanteil an Halbfabrikaten und Fertigprodukten stagniert anteilmäßig und konzentriert sich auf wenige Länder, z. B. Indien und Ägypten.

Der wichtigste Beitrag der DDR zur Entwicklungshilfe ist die nichtkommerzielle Ausbildung in der DDR und die Entsendung von Experten. Die Ausbildung in der DDR entspricht

Gossner Mission

aber oft zu wenig den wirklichen gesellschaftlichen, ökonomischen und kulturellen Gegebenheiten und Zielen in den jeweiligen Ländern und ist häufig zu stark ideologisch ausgerichtet.

Betroffen müssen wir feststellen: Auch wir in der DDR ziehen Nutzen aus der weltweiten Benachteiligung der Entwicklungsländer.

3. Leben in Solidarität mit den Menschen in der Zwei-Drittel-Welt (3)

Jesus verkündete den Unterdrückten Befreiung und den Benachteiligten Gerechtigkeit. Wenn wir seine Verheißung eines Friedens in Gerechtigkeit hören, werden das Elend so vieler Menschen in der Zwei-Drittel-Welt und die Bedingungen, die es verursachen, für uns zu einer Herausforderung zum solidarischen Leben und Handeln. Wie können wir uns an die Seite derer stellen, die Unrecht leiden und mit ihnen zusammen für mehr Gerechtigkeit eintreten? Wir wollen Christen und Kirchen zu einem Leben in Solidarität einladen.

Solidarisch leben bedeutet "Bereitschaft, sich im Sinne des Evangeliums für den anderen 'zu verlieren', anstatt ihn auszubeuten, und ihm zu dienen, anstatt ihn um des eigenen Vorteils willen zu unterdrücken." (4) Solidarität meint nicht eine einseitige Beziehung von Helfern zu Hilfebedürftigen, sondern eine partnerschaftliche Beziehung, in der beide an den Kämpfen und Hoffnungen des anderen teilnehmen, ein Füreinanderdasein und Miteinanderteilen materieller, kultureller und geistlicher Gaben.

Die biblische Entsprechung für solidarisch leben heißt: den anderen Nächste werden (Lk 10, 3 b), mit ihnen leiden und sich mit ihnen freuen (Röm 12, 15). Das Teilen des eucharistischen Brotes fordert uns heraus, auch das tägliche Brot zu teilen.

3.1. Handlungsorientierungen

- Auch wir Christen in der DDR stehen in der weltweiten Verantwortungsgemeinschaft für unsere gemeinsame Erde. Solidarisch leben wir konkret an dem Ort, wo wir leben. Aber diese Konkretion muß als Teil weltweiten solidarischen Handelns verstanden werden. Wir wollen gemeinsam mit anderen Wege zu einer gerechteren Partnerschaft zwischen wirtschaftlich, sozial und kulturell unterschiedlich entwickelten Ländern suchen.

Wir wollen den Horizont unseres Wissen und Gewissens erweitern, um die fernen Nächsten in unser Denken und Handeln einzubeziehen.

- Wir meinen, daß wir unseren Lebensstandard nicht auf Kosten der Zwei-Drittel-Welt erhöhen dürfen. Daraus folgt, daß wir die Orientierung auf immer bessere Befriedigung der ständig wachsenden materiellen Bedürfniese und am westlichen Wohlstand aufgeben. Wir wollen beginnen, bewußter und einfacher zu leben - auch in unseren Kirchen.

- Die wirtschaftliche Ungerechtigkeit ist ohne strukturelle Veränderungen in der Weltwirtschaft und in den Binnenwirtschaften nicht zu beseitigen. Strukturelle Veränderungen im Sinn der Neuen Internationalen Wirtschaftsordnung sind unumgänglich und dringend erforderlich, um bessere Rahmenbedingungen für die Beteiligung der Entwicklungsländer an der Weltwirtschaft zu schaffen, und in Richtung auf eine Demokratisierung, höherer Effektivität und gerechtere Verteilung in den einzelnen Ländern. Wir wollen uns für solche strukturellen Veränderungen einsetzen.

- Wir wollen die Regierung der DDR in ihrem Bemühen um mehr soziale und ökonomische Gerechtigkeit beim Wort nehmen und unterstützen. In der Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik, wie sie in der DDR versucht wird, kommt die auch uns wesentliche Forderung zum Ausdruck, daß soziale Gerechtigkeit ein wichtiges Kriterium ökonomischer Prozesse ist. Wir wollen uns dafür einsetzen, daß dies auch international zur Geltung kommt.

3.2. Horizonterweiterung und solidarisches Handeln

Die Ökumenische Versammlung fordert dazu auf, der Gerechtigkeitsfrage erhöhte Aufmerksamkeit zu widmen und empfiehlt

3.2.1. den Christen unseres Landes

- selbst Initiativen zu entwickeln, um sich besser über die Situation in der Zwei-Drittel-Welt zu informieren, Kontakte zu Menschen in der Zwei-Drittel-Welt zu knüpfen sowie Erfahrungen darüber auszutauschen;

- den eigenen Lebensstandard und Lebensstil kritisch überprüfen, sowie bewußt und beispielhaft Einschränkungen auf sich zu nehmen, z. B. beim Fleischkonsum;

- einen deutlich spürbaren Teil ihres Einkommens regelmäßig für Entwicklungsförderung und Nothilfe in der Zwei-Drittel-Welt zur Verfügung zu stellen;

3.2.2. den Gruppen, Gemeinden, Regionen unserer Kirchen und kirchlicher Gemeinschaften

- eine Alphabetisierung in Wirtschaftsfragen in Gemeinden zu fördern, weltweite Ungerechtigkeit öffentlich zu diskutieren, Christen zu befähigen, in ihrem gesellschaftlichen Umfeld das Gespräch zu diesen Fragen zu führen und so den dringend notwendigen Bewußtseinswandel voranzubringen;

- örtliche oder regionale ökumenische Informationsstellen zu den Problemen der Zwei-Drittel-Welt zu schaffen oder vorhandene besser zu nutzen. Diese sollten Einsicht in Zusammenhänge vermitteln, Verantwortungsbewußtsein und Bereitschaft zum Teilen wecken sowie Anregungen für Gemeindeseminare geben oder zu solchen einladen. Sie bieten sich auch an als Stätten der Begegnung mit den in der DDR lebenden Ausländern. Die kirchenleitenden Gremien werden gebeten, solche von der Basis ausgehenden Aktivitäten zu unterstützen.

- daß die Gemeinden regelmäßig und verbindlich einen

Gossner Mission

bestimmten Beitrag für eine der verschiedenen Formen der Partnerschaft mit der Zwei-Drittel-Welt zur Verfügung stellen (z. B. 2% des Haushaltes bzw. eine 5 %ige Investitionsabgabe);

- daß immer mehr Gemeinden, Kirchenkreise und kirchliche Werke eine lebendige Beziehung zu einer Gemeinde oder Kirchenregion in der Zwei-Drittel-Welt herstellen. Aus einer solchen Beziehung kann eine Partnerschaft gegenseitigen Gebens und Nehmens entstehen. Ähnliche Beziehungen sollten auch zu Gemeinden in europäischen sozialistischen Ländern gefördert werden.

3.2.3. den kirchenleitenden Gremien

- die Verflochtenheit der Kirchen in die ungerechten weltweiten Strukturen in Geschichte und Gegenwart zu analysieren und Veränderungen einzuleiten;

- eine gemeinsame Studienarbeit zur Thematik "Christlicher Glaube und Wirtschaft" in Auftrag zu geben;

- die Herausgabe einer kirchlichen Zeitschrift über die Zwei-Drittel-Welt und eine qualitativ und quantitativ verbesserte Information über Probleme der Entwicklungsländer in den vorhandenen Kirchenzeitungen, kirchlichen Sendungen und Informationsdiensten;

- in der Ausbildung kirchlicher Mitarbeiter die Beschäftigung mit Theologien aus Asien, Afrika und Lateinamerika zu intensivieren;

- die Abhängigkeit von Valutamitteln schrittweise zu reduzieren und das Gespräch mit westeuropäischen Prioritäten im Sinne einer vorrangigen Option für die Armen verstärkt zu führen;

- die Arbeit der Einrichtungen und Werke, die sich mit Fragen der Zwei-Drittel-Welt befassen, zu fördern, und sich für ihre verstärkte ökumenische Zusammenarbeit einzusetzen. Vorrangige Aufgaben sind dabei, die Prinzipien ökumenischen Miteinander-Teilens zu bedenken, Kirchenleitungen, Hilfswerke und Gemeinden in diesen Fragen zu beraten und Sachinformationen zu konkreten, aktuellen Fragen der internationalen Wirtschaft bereitzustellen;

- daß die Kirchen und kirchlichen Gemeinschaften unseres Landes - einschließlich ihrer Werke und Hilfsdienste - in eine verbindlichere Kooperation eintreten, um sich über Kriterien und Prioritäten auszutauschen im Sinne wirksamerer Strategien des Teilens. In Anknüpfung an schon praktizierte Koordinierungsgespräche sollte ein wirklich ökumenisches Forum angestrebt werden;

- daß Kontakte mit ökumenischen Partnern in den betroffenen Ländern hergestellt bzw. ausgebaut werden, um über Projekte und die Verwendung von Spendengeldern Absprachen zu treffen;

- über die Verwendung der Spendengelder die Gemeinden umfassend zu informieren;

+ Partnerkirchen über

- die bewußtseinsbildende, fachliche und sprachliche Vorbereitung von Kandidaten für den möglichen Einsatz in der Zwei-Drittel-Welt langfristig zu fördern;

3.2.4. den kirchenleitenden Gremien, sich bei der Regierung der DDR einzusetzen, daß

- die Außenwirtschaftsbeziehungen der DDR durchsichtig gemacht und nach umfassender Information in den Medien öffentlich diskutiert werden, um bewußtseinsbildend die erforderlichen Umstrukturierungen der Wirtschaft und Änderungen unserer Lebensweise vorzubereiten;

- die Möglichkeiten der Kirchen und anderer nichtstaatlicher Organisationen für Projekte und Programme in der Zwei-Drittel-Welt erweitert werden; z. B. durch Bereitstellung erforderlicher Kontingente in der staatlichen Planung, durch Orientierung an den Bedürfnissen der Armen in den Entwicklungsländern statt an den Überplanbeständen in der eigenen Wirtschaft und durch dem Anliegen der Solidarität entsprechende Versandbestimmungen.

- die Möglichkeiten von ökumenischen Besuchs-, Studien- und Arbeitsaufenthalten von Christen aus unserem Land in der Zwei-Drittel-Welt und umgekehrt erweitert werden.

3. 3. Strukturelle Veränderungen

3.3.1. In Anerkennung der erklärten Bereitschaft der Regierung der DDR,

zur Gestaltung einer Neuen Internationalen Wirtschaftsordnung beizutragen, fordert die Ökumenische Versammlung die Kirchen und kirchlichen Gemeinschaften auf, in Gesprächen mit der Regierung unseres Landes sich einzusetzen für

- verstärkte Wirtschaftsbeziehungen zu den am wenigsten entwickelten Ländern;

- einen erweiterten Import von Halbfabrikaten und Fertigprodukten aus Entwicklungsländern und den Aufbau entsprechender Produktionsstätten in und mit diesen Ländern;

- stärkere Ausrichtung der eigenen Exportstruktur auf die spezifischen Bedürfnisse der Entwicklungsländer;

- Beitritt zu internationalen Organisationen und Abkommen, die mehr Gerechtigkeit für Entwicklungsländer erwarten lassen (z. B. "Gemeinsamer Rohstoffonds" zur Stabilisierung der Rohstoffpreise).

- Verwendung von durch Abrüstung freiwerdenden Mitteln aus dem Staatshaushalt vorrangig zugunsten der am wenigsten entwickelten Länder.

3.3.2. Die Ökumenische Versammlung empfiehlt den Kirchen und kirchlichen Gemeinschaften einzutreten für

- die Ablehnung aller Maßnahmen, die eine eigenständige Entwicklung der Völker der Zwei-Drittel-Welt behindern, wie dies durch Transnationale Konzerne, Banken, den Internatio-

Gossner Mission

nalen Währungsfonds sowie mit Projekten geschieht, die in finanzielle bzw. technische oder technologische Abhängigkeit von Industrieländern führen;

- eine Handels-, Preis- und Kreditpolitik, die in stärkerem Maße den Vorteil der Zwei-Drittel-Welt berücksichtigt;

- die Entwicklung eines internationalen Rechts und der entsprechenden Institutionen bzw. deren Stärkung (UNO), die Entscheidungen in den politischen und wirtschaftlichen Beziehungen im Sinne von mehr Gerechtigkeit herbeiführen können;

- sofortige Maßnahmen zu einer an den Möglichkeiten und Bedürfnissen der Armen orientierten Lösung der Schuldenfrage, einschl. eines Schuldenerlasses für die am wenigsten entwickelten Länder;

- sofortige Maßnahmen zur Rettung und Bewahrung der Ökosphäre auch in der Zwei-Drittel-Welt, einschl. der Solidarisierung mit Boykottbewegungen, des Mittragens von Lasten und der Kooperation bei der Suche nach umweltverträglichen Technologien zur Energiegewinnung. Das schließt verbindliche Abkommen ein, wie sie die Brundtland-Kommission (5) forderte;

- den konsequenten Abbau des internationalen Waffenhandels und der militärischen Einflußnahme auf die Länder der Zwei-Drittel-Welt, beginnend mit der Offenlegung derartiger Aktivitäten und der Schaffung internationaler Kontrollorgane;

- die Realisierung des Fonds "Abrüstung für Entwicklung" (UNO-Konferenz 1987).

4. Leben in Solidarität - ein Lernprozeß

Wir sind uns klar darüber, daß die Verwirklichung vieler der hier unterbreiteten Anregungen und Vorschläge Veränderungen nicht nur in der Wirtschaftspolitik, sondern auch im Lebensstil und Konsumverhalten der Bevölkerung erfordern. Wir sind mit den Vorschlägen nur in dem Maße glaubwürdig, in dem wir selbst bereit sind, die heute gebotene Umkehr zu praktizieren.

Wollen wir der Verantwortung gegenüber der Menschheit und dem Auftrag Gottes gerecht werden, müssen wir unseren Anteil an Privilegien, verstecktem Rassismus und der Resignation angesichts von Mechanismen der Ungerechtigkeit bekennen. (vgl. 1 - Grundlegung 1.3.2.)

Wir laden zu einem Leben in Solidarität mit den nahen und fernen Nächsten ein und sehen in Gemeinden und Gruppen Lerngemeinschaften und Orte der Bewußtseinsbildung. Das Ausmaß von Ungerechtigkeit und Unterentwicklung in der Welt fordert von uns Einsichten und Schritte, die über die persönliche Betroffenheit hinaus in konkretes und verpflichtendes Handeln einmünden müssen.

Wir wollen festhalten am Gebet, das uns den Blick schärft und uns Kraft zu veränderndem Handeln gibt.

Anmerkungen

(1) Bericht an den Club of Rome, Reform der internationalen Ordnung (Tinbergen-Report)...

(2) Statistisches Jahrbuch der DDR, Berlin 1987

(3) Der Begriff "Zwei-Drittel-Welt" wird hier anstelle des Begriffs "Dritte Welt" verwendet. Er soll verdeutlichen, daß die Länder, die vor allem unter Ungerechtigkeit leiden (die Entwicklungsländer Asiens, Afrikas, Lateinamerikas, der Karibik und des Pazifik) nach Zahl, Größe und Bevölkerung mindestens zwei Drittel der Welt ausmachen.

(4) Enzyklika "Sollicitudo Rei Socialis" 38

(5) "Unsere gemeinsame Zukunft" Bericht der Weltkommission für Umwelt und Entwicklung, Berlin (Staatsverlag) 1988

Nur für innerkirchlichen Gebrauch

E 310 M ÜV 4.89 48/350

Gossner Mission

Ökumenische Versammlung
für Gerechtigkeit, Frieden
und Bewahrung der Schöpfung
3. Vollversammlung
Dresden, 26. - 30. April 1989

1C.1
1C
12

Vorlage 46/2.2.
Sperrfrist: 30. 04., 20 Uhr

Leben in Solidarität mit Ausländerinnen und Ausländern

"Gott schuf den Menschen zu seinem Bilde, zum Bilde Gottes schuf er ihn, ..." (Gen 1, 27).
Die Begegnung mit Fremden und Unbekannten löst Interesse und Neugier aber auch Abwehrreaktionen und Angst aus. Die biblische Botschaft fordert uns heraus, die Gottesebenbildlichkeit im Anderen zu entdecken. Das sollte unser Verhältnis zu Menschen aus anderen Ländern prägen.
Deshalb begrüßen wir das Zusammenleben mit Ausländerinnen und Ausländern in unserem Land als uns alle bereichernde Öffnung unserer Gesellschaft. Es eröffnet uns die Möglichkeit, in Gemeinschaft mit ihnen leben zu lernen, uns stärker als Teil der Einen-Welt zu begreifen und gemeinsam mit Menschen aus der Zwei-Drittel-Welt nach überlebensfähigen Gesellschaftsformen zu suchen.
Gleichzeitig dürfen wir nicht vergessen, daß das Arbeiten und Leben von Menschen aus der Zwei-Drittel-Welt in unserem Land ein Ergebnis historisch bedingter und sich gegenwärtig noch verschärfender politischer und wirtschaftlicher Ungerechtigkeit ist, in deren Folge die Menschen aus der Zwei-Drittel-Welt aus ihren Familien, Kirchen, Kulturen und Landschaften entwurzelt werden.
Wir sind herausgefordert, uns für eine solche Lebensatmosphäre für Ausländerinnen und Ausländern einzusetzen, die allen eine wirkliche Mitbürgerschaft ermöglicht, ohne die eigene Identität verleugnen zu müssen.

1. Zur Situation

Wir blicken zurück auf eine Geschichte, die von 1933 - 45 besonders erschreckend zeigte, wie Rassismus das Denken und Handeln des deutschen Volkes durchdringen konnte.
Durch diese Vergangenheit und durch aktuellen Rassismus, - wir denken dabei besonders an das Apartheidregime in Südafrika - , sind wir zu einem klaren Bekenntnis aufgefordert.
Unsere Kirchen und die Regierung der DDR verurteilen Rassismus und Apartheid. Trotzdem zeigen sich im zwischenmenschlichen Bereich immer wieder rassistische Verhaltensweisen.
In den letzten Jahren ist zu der Zahl der Bürgerinnen und Bürger anderer Staaten, die zu Studium, Ausbildung und Berufstätigkeit bei uns leben, eine noch anwachsende Zahl von Werktätigen und Auszubildenden aus asiatischen und afrikanischen Ländern hinzugekommen (1).
Neben Toleranz und Interesse sind in der Bevölkerung Verständnislosigkeit wie auch ausländerfeindliche Verhaltensweisen zu beobachten. Politische und rassische Vorurteile verbreiten sich als Pauschalurteile und erschweren das Leben der Ausländerinnen und Ausländer und die Beziehungen zu ihnen. Dies wird nur sehr zaghaft in unserer Gesellschaft öffentlich benannt.
Zwar wächst die Sensibilität für die Situation der Ausländerinnen und Ausländer, aber nicht in gleichem Maße die Bereitschaft, selbst Vorurteile abzubauen, sich Ausländerinnen und Ausländern zu öffnen und überall gegen Hinde[illegible]isse anzugehen.

die im alltäglichen Leben einer wirklichen Mitbürgerschaft entgegen stehen. Unsere Unkenntnis der genauen Rechtslage in Bezug auf die Bedingung ihres Aufenthaltes hier bzw. auch der Rechtsbestimmungen ihres jeweiligen Heimatlandes erschwert dies. Unser Staat versucht, bessere Voraussetzungen für ein partnerschaftliches Miteinander zu schaffen, aber deren Verwirklichung ist in der Praxis nicht ausreichend. Auch wir selbst begreifen zu wenig, daß unser Glaube zu einem füreinander verantwortlichen, guten Zusammenleben ermutigt. - In der Bibel wird verflucht, wer das Recht von Fremdlingen beugt (Dtn 27,19), wir werden aufgefordert, Fremdlinge gastfreundlich in unser Haus aufzunehmen, in ihnen nehmen wir Jesus auf (Mt 25,35).

2. Deshalb bittet die Ökumenische Versammlung

2.1. die Christen unseres Landes

- offen zu werden für "fremde" Lebens- und Glaubenserfahrung und sich auch der eigenen Tradition in kultureller und gesellschaftlicher Hinsicht bewußt zu werden
- sich Ausländerinnen und Ausländern mehr zu öffnen und Kontakte zu suchen
- zu lernen, eigene Vorurteile und Wertvorstellungen anfragen zu lassen
- bei Diskriminierung von Ausländerinnen und Ausländern sich offen auf ihre Seite zu stellen
- ihr Hiersein im Kontext der Weltsituation verstehen zu lernen

2.2. die Gruppen und Gemeinden unseres Landes

- den Gemeindealltag gastfreundlicher zu gestalten, so daß Gemeinschaft mit Ausländerinnen und Ausländern möglich wird, entsprechend dazu einzuladen und ihnen Räume (auch zur ~~freien~~ Religionsübung) zur Verfügung zu stellen
- Kontakt zu gesellschaftlichen Verantwortungsträgern am Ort zu suchen, um in Zusammenarbeit mit ihnen
  - die Bevölkerung besser auf das Zusammenleben mit Ausländerinnen und Ausländern vorzubereiten,
  - Sorge zu tragen, daß die Rechte der Ausländerinnen und Ausländer in vollem Umfang in der Praxis verwirklicht werden,
  - Ausstellungen und Veranstaltungen zu organisieren, die Eindrücke von Kunst, Kultur und Leben in den Herkunftsländern der ausländischen Werktätigen vermitteln.
- Ausländerinnen und Ausländern bei der Rückkehr in die Heimatländer zu ermutigen und zu unterstützen
- für Ausländerarbeit finanzielle Mittel (z. B. aus dem Fond des 2%-Appell) zur Verfügung zu stellen.

2.3. die kirchenleitenden Gremien

- für Ausländerarbeit Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu beauftragen und zu befähigen sowie den Informations- und Erfahrungsaustausch zu fördern.

Gossner Mission

- das Zusammenleben mit Ausländerinnen und Ausländern als Thema in die Kinder- und Jugendarbeit aufzunehmen

- in Absprache mit den ökumenischen Partnern auch ausländische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zum befristeten Seelsorgedienst in unser Land einzuladen und die dazu notwendigen Voraussetzungen zu schaffen

- bei ökumenischen Kontakten zu den Kirchen der Heimatländer über die Möglichkeiten der freien Religionsausübung ihrer Landsleute bei uns zu sprechen

- mit den ökumenischen Partnern Sorge zu tragen, daß die von unseren Kirchen organisierten Ausbildungen gründlich vorbereitet werden und sich stärker an der Situation der Heimatkirchen ausrichten.
Dabei sollten von uns noch mehr Ausbildungsmöglichkeiten für Frauen angeboten werden.
Außerdem sollte immer überlegt werden, ob die Stipendiatinnen und Stipendiaten ihre Ehepartner und Kinder mitbringen können.

- zu Studienarbeiten anzuregen; in denen Möglichkeiten und Grenzen des interkulturellen Zusammenlebens in der DDR untersucht werden.

Darüber hinaus bittet die Ökumenische Versammlung die Kirchen und Christen sich gegenüber staatlichen Vertretern einzusetzen

- für umfangreiche und unkomplizierte Kontaktmöglichkeiten zu hier lebenden Armeeangehörigen und ihren Familien durch die Förderung von lebendigen Partnerschaften zu sowjetischen Schulen in unserem Land und zu Schulen und Betrieben in der Sowjetunion

- daß bei Verträgen mit Auszubildenden aus der Zwei-Drittel-Welt ein Ausbildungsmodus gefunden wird, der den länderspezifischen Bedingungen und Erfordernissen entspricht.

- daß bei Verträgen mit Arbeiterinnen und Arbeitern aus der Zwei-Drittel-Welt Vorkenntnisse, individuelle Qualifzierungsmöglichkeiten und späterer Einsatz stärker beachtet werden. Dies sollte Vorrang vor der Abdeckung des Arbeitskräftebedarfs bestimmter Betriebe haben.

- daß die Bevölkerung umfangreicher und besser informiert wird über die Rechte und Pflichten der ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürger, über ihren Beitrag zur Volkswirtschaft, sowie über Probleme in ihren Herkunftsländern. (vgl. 3 - Gerechtigkeit in der DDR - 3.1.).

- daß der Kulturaustausch besonders mit den Herkunftsländern der ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern verstärkt wird, damit unsere Bevölkerung vielfältig mit Kultur und Leben der ausländischen Werktätigen in Berührung kommt.

Wir laden zu einem guten Zusammenleben mit den Menschen aus anderen Ländern ein. Diese Bemühungen können uns Wege eröffnen, die Vielfalt der Menschheit zu entdecken.

Anmerkungen

(1)"Gegenwärtig leben, arbeiten und studieren 166 419 ausländische Bürger über 18 Jahre aus insgesamt 129 Staaten in der DDR"
Davon haben 33 789 ihren ständigen Wohnsitz hier.
ND, 4./5. 3. 89, S. 3

In ca. 600 Betrieben arbeiten:

ca. 53 000	Werktätige	aus	Vietnam
14 000	"	"	Mosambik
10 000	"	"	Kuba
6 500	"	"	Polen
1 000	"	"	Angola
900	"	"	China

"Was und Wie", I/89

Materialangebot

Anregungen für die Gemeinde zu solidarischem Leben mit Ausländerinnen und Ausländern

"Nah und Fern" Ein Material- und Informationsdienst zur Ausländerseelsorge vom ÖMZ/BM, zu bestellen beim ÖMZ/BM, Georgenkirchstr. 70, Berlin, 1017, vierteljährliche Herausgabe

Nur für innerkirchl. Gebrauch
D 310 MÜV 4.89 - 46/350

Gossner Mission

Memorandum zur Verständigung zwischen dem Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR und dem Paul-Gerhardt-Stift in Lutherstadt Wittenberg über den Aufenthalt von Herrn Chimtembo, Tansania, in der DDR

---

1. Herr Gerald Chimtembo hält sich als Vertreter des Christenrates von Tansania (CCT) als Gast des Bundes der Evangelischen Kirchen für ein Jahr in der DDR auf.

2. Dieser Aufenthalt geschieht im Rahmen des partnerschaftlichen Personalaustausches zwischen dem Bund und dem CCT, der auf das St. Anne's Hospital in Liuli-Mbinga konzentriert ist.

3. Ziel des Aufenthaltes von Herrn Chimtembo ist es vorrangig, Erfahrungen im Bereich der Intensiv-Krankenpflege und Anästhesie zu sammeln und sich in diesen Bereichen durch praktische Mitarbeit Kenntnisse und Fähigkeiten anzueignen, die seinen Einsatz als Anästhesiepfleger möglich machen.

4. Das Paul-Gerhardt-Stift in Lutherstadt Wittenberg übernimmt auf Bitten des Bundes die befristete Anstellung, fachliche Betreuung, persönliche Begleitung sowie Unterbringung und (teilweise) Verpflegung von Herrn Chimtembo.

5. Herrn Chimtembo wird während seiner Mitarbeit im Paul-Gerhardt-Stift in organisatorischen Fragen und in finanzieller Hinsicht anderen Mitarbeitern gleichgestellt. Besonderheiten ergeben sich durch den Mangel an deutscher Sprachkenntnis.

6. Die Verwaltung des Paul-Gerhardt-Stiftes stellt das an Herrn Chimtembo zu zahlende Gehalt dem Bund in Rechnung, der dieses aus Spendenmitteln (Tansania-Fonds) erstattet.

7. Herr Chimtembo ist in Fragen, die seinen Aufenthalt und seine Tätigkeit im Paul-Gerhardt-Stift betreffen, der Leitung des Hauses unterstellt. In Fragen, die den Kontakt zum Christenrat in Tansania, zum ÖRK sowie zu zentralen staatlichen Stellen betreffen, liegt die Zuständigkeit beim Bund der Evangelischen Kirchen, dem gleichfalls die Gesamtverantwortung für das Programm obliegt.

Gossner Mission

Stand: 18.4.1989
Gemeinsame Fassung

Anspruch und Wirklichkeit der bestehenden Wirtschaftssysteme in Ost und West zur Realisierung von mehr Gerechtigkeit im Nord/Süd-Verhältnis

Ein Diskussionsbeitrag

vorgelegt vom
Facharbeitskreis Ökumenische Diakonie
des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR
und der Kammer der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD)
für Kirchlichen Entwicklungsdienst

Gossner Mission

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Vorbemerkung	2
Teil 1: Zur ökumenischen Diskussion über Gerechtigkeit	4
1.1 Einsatz für Gerechtigkeit - neu motiviert	4
1.2 Zur Standortbestimmung der Kirchen im sozialethischen Gespräch über Gerechtigkeit	7
1.2.1 Ökonomie und Ethik	7
1.2.2 Zur ökumenischen Diskussion über ökonomische und soziale Gerechtigkeit	8
1.3 Biblische Orientierung für das kirchliche Verständnis von sozialer Gerechtigkeit	11
Teil 2: Möglichkeiten der Wirtschaftssysteme in Ost und West, zu mehr Gerechtigkeit im Nord-Süd-Verhältnis beizutragen	15
2.1 Die Entwicklungsländer in der Weltwirtschaft	15
2.2 Das Ordnungsmodell sozialer Marktwirtschaft in der Bundesrepublik Deutschland	19
2.3 Das sozialistische Wirtschaftsmodell in der Deutschen Demokratischen Republik	24
2.3.1 Das Konzept der sozialistischen Gesellschafts- und Wirtschaftspolitik	24
2.3.2 Die Außenwirtschaftsbeziehungen	26
2.3.3 Internationale Solidarität	28
Teil 3: Gemeinsame Aufgaben	30
3.1 Soziale Gerechtigkeit, Eigenständigkeit, wirtschaftliches Wachstum - eine gemeinsame Herausforderung	30
3.2 Verständigungs- und Kooperationsmöglichkeiten von Ost und West auf dem Gebiet der Nord-Süd-Beziehungen	33
3.3 Mögliche Beiträge der Kirchen in Ost und West	36

Gossner Mission

Vorbemerkung

Der Ökumenische Rat der Kirchen hat bei seiner VI. Vollversammlung in Vancouver 1983 die Kirchen, Gemeinden und Gruppen zu einem konziliaren Prozeß gegenseitiger Verpflichtung für Gerechtigkeit, Frieden und die Bewahrung der Schöpfung aufgerufen. Der besondere Akzent dieser Initiative liegt in der Verbindung der Themen Gerechtigkeit und Frieden und ihrer gleichrangigen Wertung für die Bewahrung des natürlichen Lebens:
"Wir sind auf dieser Vollversammlung daran erinnert worden, daß Kernwaffen auch ohne Krieg Opfer fordern... Für viele Millionen von Menschen geht jedoch die unmittelbarste Bedrohung ihres Überlebens nicht von Kernwaffen aus ... Das Zusammentreffen des Ost-West- und des Nord-Süd-Konfliktes führt unzählige Menschen zu massiver Ungerechtigkeit, systematischer Verletzung der Menschenrechte, Unterdrückung, Heimatlosigkeit, Hunger und Tod" (VI. Vollversammlung des ÖRK, "Erklärung zu Frieden und Gerechtigkeit").

Sowohl in der Bundesrepublik Deutschland als auch in der Deutschen Demokratischen Republik ist der Aufruf zu einem konziliaren Prozeß auf fruchtbaren Boden gefallen. Seine Umsetzung stellt jedoch erhebliche Anforderungen an die Kirchen. Dies gilt sowohl für die Zusammenarbeit der verschiedenen Ebenen der Kirchen als auch für das Miteinander der verschiedenen Kirchenorganisationen und Konfessionen, die der Natur der Sache nach über die Ländergrenzen hinweg erfolgen soll.

Zwischen der Kammer der EKD für kirchlichen Entwicklungsdienst und dem Fachausschuß Ökumenische Diakonie des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR ist in ersten Ansätzen ein Dialog über Möglichkeiten der Verständigung und Kooperation im Problembereich der Nord-Süd-Beziehungen zustandegekommen. Mit Blick auf den konziliaren Prozeß gegenseitiger Verpflichtung für Gerechtigkeit, Frieden und die Bewahrung der Schöpfung erscheint es sinnvoll, diese Dialogansätze zu dem Zweck fortzusetzen, einen gemeinsamen Beitrag zur Gerechtigkeitsfrage zu erarbeiten, der über die bisher geführte Friedensdiskussion im Ost-West-Verhältnis hinausführt.

Bei einem solchen Unterfangen kann nicht von vornherein volle Übereinstimmung in allen die Nord-Süd-Beziehungen betreffenden Fragen erwartet werden. Vielmehr muß der Versuch, einen gemeinsamen Beitrag zum konziliaren Prozeß zu leisten, die Möglichkeit einschließen, abweichende Einschätzungen und Grenzen der Verständigung zum Ausdruck zu bringen. Gerade dies kann in einem

Gossner Mission

zweiten und dritten Schritt dazu beitragen, eingefahrene Interpretationsmuster aufzubrechen, Probleme neu zu definieren und Kooperationsmöglichkeiten der Kirchen in Nord-Süd-Fragen zu identifizieren, die die unterschiedlichen gesellschaftlichen Kontexte kirchlicher Arbeit berücksichtigen.

Das Schwergewicht dieser Ausarbeitung liegt bei der Verantwortung von Ost und West in der Nord-Süd-Problematik, ohne daß damit einer Aussparung der Verantwortung der Dritten Welt und einer damit verbundenen Bevormundung das Wort geredet werden soll.

Gossner Mission

Teil 1: Zur ökumenischen Diskussion über Gerechtigkeit

1.1. Einsatz für Gerechtigkeit - neu motiviert

Ende der 60er Jahre wurde Betroffenheit laut, als das Ausmaß des wachsenden Elends in den Ländern der Dritten Welt ins Bewußtsein der Weltöffentlichkeit rückte. Symptomatisch formulierte die IV. ÖRK-Vollversammlung in Uppsala (1968):

> "Wir hörten den Schrei derer, die sich nach Frieden sehnen. Die Hungernden und Ausgebeuteten rufen nach Gerechtigkeit. Die Verachteten und Benachteiligten verlangen Menschenwürde. Millionen suchen nach einem Sinn des Lebens."

Das Nebeneinander von Massenelend und Reichtum auf internationaler und nationaler Ebene wurde als Ungerechtigkeit wahrgenommen. Sie darf nicht länger geduldet werden, weil sie das Zusammenleben der Völker bedroht.

Die Christen in Ost und West sahen sich darum herausgefordert, für (mehr) Gerechtigkeit in den Nord-Süd-Beziehungen einzutreten. Für die Kirchen in aller Welt sind wichtige Anstöße von der ÖRK-Vollversammlung in Uppsala ausgegangen. Dort wurde gesagt:

> "Wir (Christen) sollen das Recht der Armen und Unterdrückten durchsetzen und wirtschaftliche Gerechtigkeit unter den Völkern und innerhalb eines jeden Staates aufrichten helfen... Das fordert von uns eine schöpferische "Pro-Existenz", in der wir das Wohl des anderen vor Augen haben."

Solche Anstöße sind Beiträge zur politischen Diakonie und gehen über karitative Maßnahmen zur Linderung von Armut und Elend hinaus. Zwar macht eine karitative Einstellung erhebliche Anstrengungen in der Not- und Entwicklungshilfe möglich, die für das Überleben zahlloser Menschen in Krisen- und Katastrophensituationen von entscheidender Bedeutung sind. Damit allein aber sind die Probleme der strukturellen Armut und Ungerechtigkeit in weltwirtschaftlichen Beziehungen nicht zu lösen.

Die Probleme struktureller Armut werden in Ost und West unterschiedlich interpretiert. In den westlichen Industrieländern herrscht nach wie vor die Tendenz vor, die endogenen Entwicklungshemmnisse zu betonen, wobei es Aufgabe der Entwicklungspolitik sein soll, diese abzubauen. Den sozialistischen Ländern wird in diesem Zusammenhang vorgeworfen, bisher wenig Vergleichbares in dieser Richtung geleistet und stattdessen immer wieder versucht zu haben,

Gossner Mission

ternationaler Ebene eine Stimme und gegenüber der politischen und wirtschaftlichen Motivation der bisherigen "Südpolitik" der Industrieländer Gewicht zu verleihen. Dies setzt die Bereitschaft voraus, eine Lerngemeinschaft zu bilden, die willens und geeignet wäre, die bisherigen Möglichkeiten einer Ost-West-Verständigung über Nord-Süd-Probleme erheblich zu erweitern.

Gerade die Entwicklungen und Katastrophen der letzten Jahre haben gezeigt, daß es bei den Problemen der Dritten Welt sowohl um moralische als auch um politische und wirtschaftliche Herausforderungen geht und daß diese Herausforderungen von allen Industrieländern angenommen werden müssen, wenn Gerechtigkeit, Frieden und die Bewahrung der Schöpfung weltweit durchgesetzt werden sollen.

Die globale Interdependenz politischer und ökonomischer Entwicklungen zwingt dazu, über **gemeinsame Interessen** von Industrieländern in Ost und West und von Entwicklungsländern nachzudenken. Das Leben der Menschen in der Dritten Welt und unser eigenes Leben sind nicht zwei verschiedene, voneinander abgrenzbare Sachverhalte, sondern bilden einen Zusammenhang. Die Wechselwirkung zwischen Wirtschaftsweise und Lebensstil ist unübersehbar. **Verantwortungsgemeinschaft** zwischen Industrie-und Entwicklungsländern ist notwendig. Verantwortungs**gemeinschaft** meint nicht, die bestehenden Konflikte zwischen Ost und West sowie zwischen Nord und Süd leugnen zu wollen, bedeutet jedoch die Bereitschaft, zu verändern und sich verändern zu lassen, zu geben und sich geben zu lassen, zu kooperieren, ohne zu dominieren.

Eine rein kausale Betrachtungsweise weltwirtschaftlicher Probleme reicht dazu nicht aus und muß durch ein **finales Denken** ergänzt werden. Kausales Denken tendiert dazu, sich in den Aporien vergangener Entwicklungen festzufahren und in Schuldzuweisungen bzw. Selbstrechtfertigungen zu enden. Finales Denken ist demgegenüber nach vorn gerichtet. Es ergänzt Diagnose durch Prognose und fragt nach Handlungsräumen jenseits der durch bisherige Kausalketten etablierten Teufelskreise.

Inhaltlich orientiert sich für die Kirchen ein solches Denken an Leitvorstellungen, die in der ökumenischen Bewegung entwickelt worden sind: Hier gelten Gerechtigkeit, Partizipation, Eigenständigkeit und Überlebensfähigkeit als Merkmale einer menschengerechten Entwicklung. Sie verpflichten Kir-

Gossner Mission

die politischen und sozialen Verhältnisse in der Dritten Welt für ihre Zwecke auszunutzen.

Aus der Sicht der sozialistischen Länder ist bisher in erster Linie das Elend in den Ländern Asiens, Afrikas und Lateinamerikas als Folge von Kolonialismus und neokolonialem Imperialismus verstanden worden. Überwindung von Unter- und Fehlentwicklung bedeutet aus dieser Sicht vor allem Kampf gegen die Ausbeutung der Länder Asiens, Afrikas und Lateinamerikas durch die westlichen Industrieländer.

Im Zuge einer seit Mitte der 80er Jahre spürbaren Neubewertung globaler Konflikte setzt sich in den sozialistischen Ländern mehr und mehr die Überzeugung durch, daß die Überwindung wirtschaftlicher Unterentwicklung nur das Ergebnis eines gemeinsamen Handelns der kapitalistischen wie der sozialistischen Industriestaaten sowie der Entwicklungsländer selber sein kann. Dabei gilt die globale Auseinandersetzung zwischen Kapitalismus und Sozialismus nicht einfach als beendet oder aufgehoben. Aber neben den antiimperialistischen Kampf als integralen Bestandteil der Gesamtpolitik treten Momente des Dialoges und der Kooperation.

Auch in den westlichen Industrieländern wird die Entwicklungspolitik als Teil einer übergeordneten Gesamtpolitik betrachtet, die durch außen-, wirtschafts- und sicherheitspolitische Interessen bestimmt ist.

Die Anforderungen an die Entwicklungspolitik werden insofern auf beiden Seiten weniger von den Bedürfnissen der Armen in der Dritten Welt her definiert, sondern mehr unter Berücksichtigung allgemeiner gesellschaftspolitischer Leitvorstellungen, konkreter ökonomischer Interessen und bündnispolitischer Erwägungen. Im Ergebnis wird so die Wahrnehmung des "Rechts der Armen und Unterdrückten", von dem in Uppsala die Rede war, vor allem die Realisierung ihres Rechtes, eigene, selbstbestimmte Wege zu gehen, nicht nur durch die in den Entwicklungsländern selbst bestehenden Herrschaftsverhältnisse, sondern auch durch die Industrieländer immer wieder behindert.

Die Kirchen in Ost und West können dazu beitragen, über die Mobilisierung von Hilfsbereitschaft hinaus dem Recht der Armen und Unterdrückten auf in-

Gossner Mission

chen in Ost und West, Beiträge dazu zu leisten, daß in einer nach vorn gerichteten Denkweise jene Ansätze und Möglichkeiten in den Wirtschaftssystemen ihrer Länder weiterentwickelt und mobilisiert werden, die in den Nord-Süd-Beziehungen zu mehr Gerechtigkeit, zu verantwortlicher Beteiligung und Mitgestaltung aller Beteiligten und zur Bewahrung der Integrität der Schöpfung verhelfen können.

Indem die Kirchen in Ost und West für eine solche Orientierung und Entwicklung eintreten, wollen sie nicht für oder gegen bestimmte Ordnungsmodelle in Anspruch genommen werden. Auch ist es ihnen grundsätzlich verwehrt, eine Wirtschaftsordnung als "christlich" zu legitimieren und andere als "unchristlich" zu verwerfen. Indem sie für Gerechtigkeit in den wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Nord und Süd eintreten, geben sie vielmehr der Hoffnung konkreten Ausdruck, die der gemeinsame Bezugspunkt ihres Kirche-Seins ist.

1.2 Zur Standortbestimmung der Kirchen im sozialethischen Gespräch über Gerechtigkeit

1.2.1 Ökonomie und Ethik

Der Autonomieanspruch der Wirtschaft in der Neuzeit führte zum Auseinanderdriften von Ökonomie und Ethik. Die Steigerung von Produktivität, Rationalität, Effektivität und Rentabilität wurde damit zum eigenständigen Kriterium des Fortschritts. Im Ergebnis gewinnt so ökonomische "Sachgerechtigkeit" Vorrang gegenüber "Menschengerechtigkeit".

Das Interesse an Produktivität, Rationalität, Effektivität und Rentabilität ist der Markt- und der Planwirtschaft gemeinsam.

In der gegenwärtigen Praxis sowohl des real existierenden Sozialismus wie auch der westlichen Wirtschaftssysteme ist eine Politik, die vorrangig auf die Steigerung von Produktivität, Effektivität und Rentabilität fixiert bleibt, den sozialen und ökologischen Herausforderungen nicht gewachsen. Das gilt auch für die internationalen Wirtschaftsbeziehungen. Zugespitzt formuliert: Es dominiert ein pragmatischer Ökonomismus über den von der sozialistischen Gesellschaftstheorie implizierten und intendierten Humanismus bzw. über das von der Theorie der sozialen Marktwirtschaft in Aussicht gestellte Gemeinwohl.

Gossner Mission

Vor allem die ungerechten Strukturen im Nord-Süd-Verhältnis stellen Ost und West vor die Frage nach Anspruch und Wirklichkeit ihrer Wirtschaftssysteme.

Die Kirchen sollten es als ihren Auftrag ansehen, darauf hinzuwirken,

daß Ökonomie und Ethik einander neu zugeordnet werden. Sie werden darum an sich selbst und an die Verantwortlichen in Ost und West die Frage stellen, welche Prioritäten im Kontext sozialer, ökonomischer und ökologischer Herausforderungen zu befolgen sind bzw. wie die Wirtschaftssysteme wieder so an den sinngebenden Werten und eigentlichen Lebensinteressen und Bedürfnissen der Menschen orientiert werden können, daß die Herstellung von mehr Gerechtigkeit nicht einfach der Mehrproduktion von Waren überlassen bleibt.

In der Öffentlichkeit wächst in beiden Systemen das Bewußtsein dafür, daß ökonomische Entscheidungen an ethischen Grundsätzen orientiert und ihnen gegenüber verantwortet werden müssen. Denn auch im Bereich der Wirtschaft sind Entscheidungsträger gesellschaftlich legitimationspflichtig. Damit stellt sich die Aufgabe, stärker als bisher von den Menschen in der Dritten Welt her zu denken, ihnen ihr Recht auf einen eigenständigen, authentischen Weg, auch auf ein eigenes Wirtschaftssystem zuzugestehen und ihnen den dafür erforderlichen Freiraum zu verschaffen.

1.2.2 Zur ökumenischen Diskussion über ökonomische und soziale Gerechtigkeit

Im ökumenischen Gespräch über soziale Gerechtigkeit, Entwicklung und Befreiung haben sich in den letzten Jahren neue Paradigmen herauskristallisiert, die von den Kirchen in die politische Diskussion eingebracht werden sollten.

Mit der Gründung des ÖRK (1948) wurde der Begriff "verantwortliche Gesellschaft" ein Kristallisationspunkt ökumenischen Sozialdenkens. Er bezog sich sowohl auf die Verantwortung des einzelnen für die Gesellschaft als auch auf die Verantwortung der Gesellschaft für den Menschen, nicht aber auf eine bestimmte Gesellschaftsordnung. Kriterium für die Beurteilung bestehender Gesellschaftsordnungen war, in welchem Maße sie den Abbau bestehender Ungerechtigkeiten innerhalb der einzelnen Gesellschaften erlaubten.

Gossner Mission

Die Weltkonferenz für Kirche und Gesellschaft (Genf 1966) forderte eine Ausweitung des Begriffs "verantwortliche Gesellschaft". Sie sprach von einer "verantwortlichen Weltgesellschaft", in der "jede Nation sich für das Wohl aller anderen verantwortlich" fühlen solle (Appell an die Kirchen der Welt, Stuttgart 1966, S. 38). Die IV. ÖRK-Vollversammlung (Uppsala 1968) betonte, daß dies angesichts der wachsenden Kluft zwischen Industrie- und Entwicklungsländern und der Desillusionierung nach der ersten Entwicklungsdekade verstärkt nötig ist: Der Transfer von Kapital und Technologien sei unzureichend, um die Probleme der Entwicklungsländer zu lösen; vielmehr sei eine Veränderung der Struktur der Beziehungen von Industrieländern und Entwicklungsländern notwendig.

In den folgenden Jahren wurde vom ÖRK, insbesondere von der Kommission zur Beteiligung der Kirchen an der Entwicklung (CCPD) ein Entwicklungsbegriff definiert, der auch den Bedürfnissen der Entwicklungsländer und ihrer Bevölkerung Rechnung trägt. Danach ist Entwicklung durch das Zusammenwirken von drei Faktoren bestimmt: soziale Gerechtigkeit, Eigenständigkeit und wirtschaftliches Wachstum.

Grundlegend ist nach dem vom ÖRK definierten Entwicklungsverständnis soziale Gerechtigkeit, d.h. die Durchsetzung von Bedingungen, unter denen die Masse der Bevölkerung Zugang zu den lebenswichtigen Ressourcen hat,und die eine verantwortliche Beteiligung an der Entscheidung über die Verteilung von Produkten und Einkommen gewähren. Menschengerechte Entwicklung erfordert die Mobilisierung nicht nur materiell-technischer, sondern vor allem auch menschlicher Ressourcen.

Dieser Entwicklungsbegriff impliziert die Erkenntnis, daß auch die Armen Träger der Entwicklung und Subjekte gesellschaftlicher Veränderung sein müssen. In der ökumenischen Bewegung wurde aus dieser Einsicht das ökumenische Konzept einer mit den Armen solidarischen Kirche entwickelt, das eine Herausforderung für Theologie, Verkündigung und Praxis der Kirchen darstellt.

Dieses Konzept trägt paradigmatischen Charakter - nicht nur für die Beziehung der Kirchen zu den Armen, sondern auch für die Entwicklung neuer weltwirtschaftlicher Beziehungen. Wendet man nämlich die Einsicht, daß die Armen selbst zu Subjekten ihrer Entwicklung werden müssen, auf die internationale Politik und Wirtschaft an, so bedeutet dies, daß die Entwicklungsländer

Gossner Mission

stärker als bisher zu Trägern auch internationaler Veränderungen werden sollten, die auf (mehr) Gerechtigkeit zielen. Die Erfahrung aus den bisherigen Entwicklungsdekaden lehrt, daß Gerechtigkeit zwischen und innerhalb der Länder nicht automatisch oder gar ausschließlich durch Maßnahmen der Industrieländer zugunsten der Entwicklungsländer wächst. Die Herausbildung gerechterer Verhältnisse muß vielmehr von den Entwicklungsländern und ihren Völkern selbst vorangetrieben werden.

Die Kirchen haben in der ökumenischen Auseinandersetzung über soziale Gerechtigkeit auch ihre eigene Rolle im Nord-Süd-Konflikt überdacht. Ihnen ist dabei bewußt geworden, daß sie ökonomische Systeme und politische Entscheidungsträger nicht von der "hohen Warte" eines moralischen Richters her beurteilen können. Denn als Teil der Gesellschaft haben sie häufig an ungerechten Strukturen zumindest indirekt partizipert und tun es auch heute noch.

Historisch sind die protestantischen Kirchen in Europa und Nordamerika, aber auch in weiten Regionen der Dritten Welt weit stärker mit dem Bürgertum verbunden als mit der Arbeiterklasse oder dem Landproletariat. Sie haben die Werteskala des Bürgertums mitgeprägt und teilweise als "christlich" gerechtfertigt. Das Bündnis mit Kräften des sozialen Wandels sind sie erst spät und in vielen Fällen nur zögernd eingegangen. So sind Kirchen in weiten Teilen der Welt Kirchen der Reichen bzw. des Mittelstandes geworden. Gegenwärtig werden sie unausweichlich herausgefordert, sich an die Seite der Armen und Entrechteten zu stellen und sich an deren Kampf um Gerechtigkeit und Menschenwürde zu beteiligen. Es ist historisch wie theologisch bedeutsam, daß diese Herausforderung nicht nur von außen an die Kirchen herangetragen wird, sondern auch im sozialen Bewußtsein der Kirchen selber wächst. Basisgemeinden, Befreiungstheologie, Aktionsgruppen und solidarische Gemeinschaften sind Kräfte der Erneuerung, die dabei eine wichtige Rolle spielen.

Ökonomisch gesehen gehören Kirchen und Christen in der Bundesrepublik Deutschland wie in der Deutschen Demokratischen Republik zu jenem Drittel der Menschheit, das über Dreiviertel des Reichtums der Welt verfügt. Auf eine komplizierte und dem einzelnen nicht immer durchsichtige und in Ost und West unterschiedliche Weise sind wir alle in eine Weltwirtschaftsordnung verflochten, die ungerecht ist, den Reichtum der Reichen vermehrt und die Existenz der Armen bedroht. Das heißt, daß wir das Gespräch über Gerechtigkeit als diejenigen führen müssen, die aus der verkehrten wirtschaftlichen

Gossner Mission

und sozialen Weltordnung Nutzen ziehen. Das Nachdenken über Gerechtigkeit und das darauf gerichtete Handeln fordert von uns und unseren Kirchen Buße und Umkehr.

In politischer Hinsicht ist zu bedenken, daß die Kirchen weder Mandat noch Macht und Mittel haben, von sich aus die Rahmenbedingungen der Politik zu verändern bzw. in die Tagespolitik einzugreifen. Sie sind aber zu ethischer Argumentation und zur Bewußtseinsbildung in Kirchen und Gemeinden und einer für diese erreichbaren Öffentlichkeit verpflichtet. Sie haben die bestehenden Ordnungen kritisch zu hinterfragen, Partei zu ergreifen für jene, die unter Ungerechtigkeit leiden, und die Notwendigkeit des Wandels ins Gespräch zu bringen.

1.3. Biblische Orientierung für das kirchliche Verständnis von sozialer Gerechtigkeit

Was Christen unter "Gerechtigkeit" verstehen, leitet sich von Gebot und Verheißung des Alten und Neuen Testaments ab. Freilich kann die inhaltliche Bedeutung dessen, was "Gerechtigkeit" nach christlichem Verständnis meint, weder als allgemeine, zeitlose Norm aus dem biblischen Zeugnis abgeleitet und deren praktische Umsetzung ins Belieben jedes Einzelnen gestellt werden noch können Verhaltensweisen und Ordnungsmodelle, mit denen die Menschen der Bibel auf soziale Herausforderungen ihrer Zeit geantwortet haben, für die Probleme unserer Tage als christliche Lösung angeboten werden. Aufgabe der Kirchen kann es darum nicht sein, bestimmte Wirtschaftssysteme unter Inanspruchnahme des christlichen Glaubens ethisch zu legitimieren oder auch zu ächten. Vielmehr muß es den Kirchen darum gehen, zu prüfen, ob und inwieweit nationales und transnationales Wirtschaften heute dem entspricht oder aber hinderlich im Wege steht, was der Gott der Bibel als Ziel seiner Geschichte mit dem Menschen proklamierte, als er Jesus Christus in die Welt sandte, "daß sie das Leben und volle Genüge haben" (Johannes 10,10).

Von daher bestimmt sich auch die Aufgabenstellung für die Kirchen im sozialethischenGespräch: Sie sollen sich nicht als **Richter** über ökonomische Konzepte und Entscheidungsträger verstehen, sondern als **Anwälte** der von politisch-sozialer Unordnung betroffenen und darunter leidenden Menschen. Als solche sind sie aufgerufen, an die Seite der Armen und Entrechteten zu treten, auf ihre Klagen und Erfahrungen zu hören und diese in das sozialethi-

Gossner Mission

sche Gespräch der Gegenwart einzubringen. Dies kann ihnen jedoch niemals aus der neutralen Haltung eines unparteiischen Richters heraus gelingen. Es kommt darauf an, daß sie sich mit ihrer ganzen Existenz in Wort und Tat auf die Seite der Armen und Entrechteten stellen und an ihren Erfahrungen teilnehmen. Das ist keine strategische oder gar taktische bündnispolitische Frage, sondern eine Forderung, die sich aus dem biblischen Zeugnis ergibt. Wenn sich darum die Kirchen verpflichtet wissen, zur Gerechtigkeitsproblematik Stellung zu nehmen, dann wird dies immer einschließen, daß sie der "Stimme der Stimmlosen", der von Ungerechtigkeit und Elend Betroffenen Resonanz geben und Geltung verschaffen. Es ist die wichtigste Aufgabe der Kirchen in der öffentlichen Diskussion, daß sie auf das Recht der Armen auf eine menschenwürdige Existenz und eine verantwortliche Beteiligung am gesellschaftlichen Leben hinweisen, es gegenüber politisch-ökonomischen Entscheidungsträgern geltend machen und diejenigen, die in Politik und Gesellschaft Verantwortung tragen, ermutigen, ihre Entscheidungen an den Bedürfnissen der Armen und Schwachen auszurichten.

Diesen Auftrag können die Kirchen nur im Hören auf die biblische Botschaft wahrnehmen. Ihr sind wichtige Motivationen und Impulse für den Einsatz für Gerechtigkeit zu entnehmen.

"Gerechtigkeit" ist ein biblisches Schlüsselwort. Im Alten Testament bildet "Gerechtigkeit" die Grundlage des Bundes zwischen Gott und seinem Volk Israel. Die Propheten haben daran immer wieder erinnert und vor allem die herrschende Oberschicht wiederholt nachhaltig aufgefordert, Gottes Willen zu entsprechen und Gerechtigkeit zu gewährleisten.

"Gerechtigkeit" im Sinne des alttestamentlichen Bundesschlusses ist kein abstraktes Prinzip. Ihr Ziel ist auch nicht die gleichmäßige Verteilung irdischer Güter. Vielmehr meint "Gerechtigkeit" zunächst die Bundestreue, mit der sich Jahwe an Israel, sein auserwähltes Volk, bindet. Von daher bedeutet "Gerechtigkeit" nicht nur "Verteilungsgerechtigkeit" und ein Verhältnis zu Gütern, sondern ein Verhalten, das den verschiedenen Grundbeziehungen, in denen Menschen miteinander leben, entspricht. Dieses Verhalten äußert sich darum in Güte, Treue und hilfreichem Einstehen für die schwachen und leidenden Glieder der Gemeinschaft, die in besonderer Weise auf solche Gemeinschaftstreue, auf solche "Gerechtigkeit" angewiesen sind. "Gerechtigkeit" als Ausdruck der Bundestreue Gottes mit Israel ist also keine abstrakte

Gossner Mission

Norm, sondern die tätige Für-Sorge Gottes für Israel. Sie äußert sich darin, daß Gott Armut und Elend der Schwachen, Witwen, Waisen und Fremdlinge zu seiner Sache macht, ihr Recht auf Teilhabe am Leben der Gemeinschaft seines Volkes aufrichtet und ihnen so das Leben ermöglicht. Das wird z.B. in sozialen Institutionen wie dem Sabbathjahr (s. 2. Mose 23,10ff; 3. Mose 25,1ff; 5. Mose 15,1ff) deutlich. In diesem Sinn haben auch Israels Propheten Gerechtigkeit proklamiert.

Im Neuen Testament wird dieses Verständnis von Gerechtigkeit neu zur Geltung gebracht. Christlicher Glaube gründet sich darauf, daß Gott sich in Jesus Christus dem verlorenen Menschen zugewandt hat und ihn gerecht macht, indem er ihn aus Gnaden den Mächten des Todes entreißt und ihn zu neuer Menschlichkeit befreit und verpflichtet. In diesem Glauben hat die christliche Gemeinde teil an der Erwartung, daß Gott nach seiner Verheißung einen neuen Himmel und eine neue Erde schaffen wird, in denen Gerechtigkeit wohnt (2.Petr. 3,13). Die Erwartung der kommenden Gottesherrschaft, die sich auf die Gerechtigkeit Gottes, wie sie in Kreuz und Auferstehung Christi offenbar geworden ist, gründet, bildet den Horizont, in dem im Neuen Testament das alttestamentliche Gerechtigkeitsethos aktualisiert und konkretisiert wird.

Indem Jesus die frohe Botschaft verkündete, Gleichnisse erzählte, Zeichen und Wunder tat, Tischgemeinschaft mit Sündern und Gottlosen hielt, bezeugte er die neue Lebensordnung des Reiches Gottes, die vor allem denen zum Leben verhilft, die aus dem religiösen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Leben ausgeschlossen sind.

Stand im alttestamentlichen Israel die soziale Frage weitgehend im nationalen Rahmen zur Debatte, so hat sich die Konkretionsebene, auf der das Gerechtigkeitskonzept des Neuen Testaments entfaltet wurde, entscheidend verändert. Die neutestamentlichen Gemeinden lebten als kleine Gemeinschaften im internationalen Kontext des römischen Vielvölkerstaates. Sie haben daher die Gerechtigkeitsforderung nicht an eine herrschende Oberschicht gerichtet, sondern antworteten auf die Zuwendung Gottes zu den Menschen, die sie in der Gemeinschaft mit Jesus Christus erfahren hatten, durch Zuwendung zum konkreten Nächsten in ihren kleinen Solidargemeinschaften, in denen sich neben Juden und Griechen, Hellenen und Barbaren, Frauen und Männern eben auch Arme, Reiche und Sklaven befanden. Indem die neutestamentlichen Gemeinden Solidarität in der Gemeinde verwirklichten, schafften sie damit ein Modell, das

Gossner Mission

bald auch innerhalb des römischen Vielvölkerstaates interessant wurde. Erst als das Solidaritätsprinzip in den frühchristlichen Gemeinden vernachläsigt wurde (und natürlich geschah das!), wurde "Gerechtigkeit" ausdrücklich zum Thema auch der neutestamentlichen Gemeinden und ihrer Theologie. So z.B. im Jakobusbrief, der die Kirche an ihre Verpflichtung gegenüber den sozial Deklassierten erinnert; so z.B. in der aktualisierten Fassung der Seligpreisungen bei Lukas (und den entsprechenden Weherufen); so z.B. im Gleichnis vom Weltenrichter (Mt 25), in dem von der Präsenz Christi in den Armen ausgegangen wird.

Die neue, österliche Lebenspraxis der frühchristlichen Gemeinden gewinnt nun freilich durch die Orientierung an der kommenden Gottesherrschaft eine Zeichenhaftigkeit, die über den Nahbereich des gemeindlichen Lebens hinausreicht und weltliche Mächte, Gewalten und Systeme als vorläufige Größen erscheinen läßt, die im Lichte der kommenden Gottesherrschaft kritisch daraufhin zu befragen sind, ob und wie sie ihre Macht "um des Menschen willen" nutzen.

Die Kirchen sind also in doppelter Weise zur Parteilichkeit in der Gerechtigkeitsfrage gerufen: Sie haben das biblische Gerechtigkeitsethos adäquat in heutige Welt-Wirklichkeit zu übersetzen und sie haben denen ihre Stimme zu leihen, die unter der gegenwärtigen Weltwirtschaftsordnung leiden.

Die globale Ungerechtigkeit hat solche Ausmaße angenommen, daß sie zu einer Anfrage an das Selbstverständnis der Kirchen und ihren Glauben geworden ist und entsprechende Antworten der Kirchen verlangt. Denn die Gerechtigkeitsfrage ist nicht eine beliebige Frage neben anderen; in ihr konvergieren Überlebensfragen der Menschheit und Forderungen des Glaubens. Diese Konvergenz von Überlebensfragen und Glaubensfragen ist charakteristisch und entscheidend für die Situation von Christen und Kirchen in der Welt von heute. Die Kirchen können auf Überlebensfragen nur dann glaubwürdig antworten, wenn sie in ihrem Zeugnis und Dienst zu erkennen geben, daß sie durch die Gerechtigkeitsfrage in dem herausgefordert sind, wofür sie als Kirchen mit ihrem Bekenntnis stehen.

Gossner Mission

Teil 2: Mögliche Beiträge der Wirtschaftssysteme in Ost und West zu mehr Gerechtigkeit im Nord-Süd-Verhältnis

"Gerechtigkeit erhöht ein Volk" ist eine biblische Aussage, die auch für die internationalen Beziehungen Gültigkeit hat. Diese irdische Gerechtigkeit ist orientiert an der göttlichen Gerechtigkeit, aber nicht identisch mit ihr. Gott selbst wird sie "in einem neuen Himmel und einer neuen Erde" heraufführen. Darauf hoffend sind wir aufgerufen, dazu beizutragen, offensichtliche Ungerechtigkeiten auf nationaler und internationaler Ebene zu überwinden, d.h. eine gerechtere Ordnung anzustreben.

Die Kirchen der Industrieländer in Ost und West müssen sich die Frage stellen, welche Auswirkungen die bestehende Wirtschaftsstruktur und das jeweils in ihren Ländern praktizierte Ordnungsmodell auf die Entwicklungsländer hat. Eine Lösung der Widersprüche der gegenwärtigen Weltwirtschaftsordnung setzt voraus, daß die weltweiten Strukturen der Macht sowie die Wirtschafts-, Handels- und Einwicklungspolitik der Industrieländer im Hinblick auf Verwirklichung von Gerechtigkeit überprüft und entsprechend umgestaltet und verändert werden.

Darum haben Kammer und Facharbeitskreis in den folgenden Abschnitten zunächst die gegenwärtige Lage der Entwicklungsländer skizziert (2.1). Danach hat jede Seite das jeweilige Gesellschaftssystem von seinem Selbstverständnis her dargestellt und befragt (2.2 und 2.3). Die in diesen Abschnitten enthaltenen Anfragen an beide Systeme hinsichtlich ihrer Bestrebungen und Versäumnisse, den Bedürfnissen der Entwicklungsländer gerecht zu werden, sind keine abschließenden Urteile, sondern sollen einen weiterführenden Dialog anregen, der auch Partner aus der Dritten Welt einschließt.

2.1 Die Entwicklungsländer in der Weltwirtschaft

Ungerechtigkeiten in der heutigen Weltwirtschaftsordnung werden sichtbar in der Kluft zwischen arm und reich, der zunehmend ungleichen Verteilung der Einkommen sowohl innerhalb einzelner Länder als auch im internationalen Vergleich. Auf nationaler wie auf internationaler Ebene stehen sich wachsende Armut, Unterernährung und Tod auf der einen Seite, Luxuskonsum, Verschwendung und fortlaufende Konsumstimulierung auf der anderen Seite gegenüber.

Gossner Mission

Zwar haben allgemein betrachtet die Länder der Dritten Welt in den vergangenen vierzig Jahren einige Fortschritte erzielt: Zwischen 1950 und 1980 ist die Kindersterblichkeit von 28 auf 12 pro 1.000 Geburten zurückgegangen und die durchschnittliche Lebenserwartung der Menschen hat sich von 43 auf 59 Jahre erhöht. Der Alphabetisierungsgrad der Erwachsenen stieg von 33 % auf 56 %, die Industrieproduktion verachtfachte sich. Trotz des enorm hohen Bevölkerungswachstum, das bei jährlichen Zuwachsraten von 2 - 2,5 % zwischen 1950 und 1980 zu einer Verdoppelung der Bevölkerung in den Entwicklungsländern führte, konnte die Pro-Kopf-Nahrungsmittelproduktion in allen Teilen der Dritten Welt, mit Ausnahme Schwarzafrikas, erhöht werden.

Jedoch stehen diesen Erfolgen eine zunehmende Differenzierung zwischen den Entwicklungsländern und gravierende Fehlentwicklungen gegenüber. Es stellt sich darüber hinaus die Frage, ob es in der Dritten Welt im Verlaufe der späten 70er und der 80er Jahre zu einer Trendumkehr gekommen ist, was die Entwicklung der allgemeinen Lebensverhältnisse breiter Bevölkerungsschichten in der Mehrzahl der Entwicklungsländer betrifft. Die Dringlichkeit dieser Frage wird durch folgende Sachverhalte unterstrichen: In Mexiko kam es nach Angaben von Weltbank und IWF in der Zeit zwischen 1981 und 1984 zu einem 70-%igen Anstieg der offenen Arbeitslosigkeit; in Costa Rica hat sich zwischen 1979 und 1982 die Zahl der Armen nach offiziellen Kriterien um mehr als zwei Drittel erhöht; in Tansania gingen die Realeinkommen zwischen 1977 und 1982 etwa um die Hälfte zurück; in Sambia stieg die Kindersterblichkeit aufgrund von Fehl- und Unterernährung zwischen 1980 und 1984 um die Hälfte, in Brasilien in der Zeit zwischen 1981 und 1984 um 12 %; in Sri Lanka fiel die durchschnittliche Kalorienaufnahme der ärmsten 10 % der Bevölkerung zwischen 1979 und 1982 um 9 %, während die der reichsten 10 % um 4 % anstieg.

Die sich in solchen Zahlen andeutende Verschlechterung der Lebensverhältnisse in weiten Teilen der Dritten Welt ist von einem eklatanten Raubbau an den natürlichen Ressourcen der Entwicklungsländer begleitet, der deren materielle Existenzgrundlagen zu vernichten droht.

Diese Sachverhalte sind vor allem Ausdruck der Ungerechtigkeit der bisher praktizierten wirtschaftlichen Arbeitsteilung zwischen Industrie- und Entwicklungsländern, aber auch von Fehlentwicklungen in den Entwicklungsländern selbst, die deren interne Machtstrukturen und die Muster der von ihnen praktizierten Politik widerspiegeln. Dabei wird die Ökonomie einer Reihe von

Gossner Mission

Ländern durch bewaffnete Auseinandersetzungen und gewaltsame Eingriffe von außen gelähmt oder zerstört (Frontstaaten im südlichen Afrika, Zentralamerika, Naher Osten)

Die Entwicklungsländer sind immer noch, wenn nicht (durch die Verschuldungskrise) in wieder verstärktem Maße eher Objekte denn Subjekte der Weltwirtschaft, weil sie trotz wachsender Integration über weniger Möglichkeiten der Mitgestaltung verfügen als die das Weltwirtschaftssystem dominierenden (westlichen) Industrieländer. Dies zeigt sich sowohl auf dem Gebiet des Handels als auch der internationalen Finanzbeziehungen und des Technologietransfers. Auch in der Dritten Entwicklungsdekade ist die Weltwirtschaft weniger durch wechselseitige Interdependenz, als durch einseitige Abhängigkeiten gekennzeichnet, die der ökumenischen Leitformel einer Ordnung des Zusammenlebens, die für die Mitgestaltung aller offen ist, widersprechen.

Diejenigen Entwicklungsländer, die sich unter den gegebenen Verhältnissen wirtschaftlich behaupten und darüber hinaus ihr Wirtschaftspotential haben ausbauen können (Süd-Korea, Taiwan, Hongkong, Singapur), bilden bisher Sonderfälle, von denen nicht absehbar ist, ob sie in anderen Teilen der "Dritten Welt" unter ganz anderen Bedingungen Orientierungshilfe für die Überwindung von Unterentwicklung bieten können.

Im Unterschied zu den frühen siebziger Jahren, als sich die Diskussion um eine Neuordnung der Weltwirtschaft ihrem Höhepunkt näherte, befindet sich die Mehrzahl der Entwicklungsländer heute in außenwirtschaftlichen Fragen eindeutig in der Defensive.

Insbesondere die hochverschuldeten Entwicklungsländer sind in der Zwangslage, bei wachsendem Protektionismus, Zunahme nichttarifärer Handelshemmnisse und stark verschlechterten Terms of Trade in verstärktem Maße Devisen erwirtschaften zu müssen. Hieraus ergibt sich eine Tendenz zum wirtschaftlichen Ausverkauf in der Form von Substanzverlusten, die die mittel- und langfristigen Entwicklungschancen dieser Länder untergraben. Der überwiegend hochsubventionierte Agrarhandel der Industrieländer behindert dabei zusätzlich die Exportchancen der Entwicklungsländer und trägt dazu bei, daß der Prozeß der Verelendung und der damit einhergehenden Landflucht sowie der Slumbildung in den Ballungszentren verstärkt wird.

Gossner Mission

Während man in der frühen Entwicklungspolitik dahin tendierte, Wachstum und Entwicklung einander gleichzusetzen, gewinnt heute die Einsicht an Boden, daß Wachstum zwar eine Voraussetzung für Entwicklung ist, daß es aber auch Wachstum ohne Entwicklung geben kann und wirtschaftliches Wachstum der 60er und 70er Jahre in der Dritten Welt eben häufig dieser Art war. Das tatsächlich in den vergangenen Jahren erzielte, z.T. beeindruckende Wachstum ist weitaus stärker den Eliten in den Entwicklungsländern und den transnationalen Konzernen als der breiten Bevölkerungsmehrheit zugute gekommen, die Produktivkraft dieser Bevölkerungsmehrheit konnte sich nicht entfalten. Eine wachsende Zahl von Menschen gehört zu den absoluten Armen und ist aus dem formalen Sektor der Volkswirtschaften ausgegliedert (marginalisiert) worden. */

Die Spuren, die der Raubbau an den natürlichen Ressourcen der Entwicklungsländer im Interesse einer exportorientierten Wachstumsstrategie hinterläßt - Umweltkatastrophen, die Herausbildung kaum noch kontrollierbarer städtischer Ballungsgebiete von geradezu gigantischen Ausmaßen, die damit einhergehende soziale Entwurzelung breiter Bevölkerungsschichten und die kulturelle Entfremdung im Gefolge einer bedenkenlosen Übertragung von Konsummustern und Wertorientierungen aus den hochindustrialisierten Ländern - all dies zeigt, daß viele Entwicklungsländer heute einen Punkt erreicht haben, an dem es nicht um ihre Entwicklungsfähigkeit, sondern um ihr Überleben geht.

Ost und West haben bisher keine Anstrengungen unternommen, diese Herausforderung gemeinsam zu begegnen. Im Gegenteil: die Aufgaben, die sich in und gegenüber der Dritten Welt stellen, sind durch die Ost-West-Konfrontationen vielfach überdeckt worden. Der Ost-West-Gegensatz hat auf politischer Eebene zur Verbreiterung des Grabens beigetragen, der bereits auf wirtschaftlicher Ebene zwischen Nord und Süd besteht, und oft Konflikte in Ländern der Dritten Welt verschärft. Dabei streben Ost und West trotz aller Bekenntnisse zum Selbstbestimmungsrecht der Völker an, daß ihre jeweiligen ordnungspolitischen Leitkonzepte zur Überwindung von Unterentwicklung und Fehlentwicklung in der Dritten Welt zur Geltung kommen. Im folgenden sollen einige Elemente dieser Konzepte skizziert und mit Blick auf ihre Bedeutung in den Nord-Süd-Beziehungen in ersten Ansätzen kritisch befragt werden.

*/ Gegenwärtig ist die wirtschaftliche Tätigkeit in zahlreichen Entwicklungsländern vorrangig auf die Rückzahlung ihrer erdrückenden Auslandsschulden ausgerichtet.

Gossner Mission

2.2 Das Ordnungsmodell sozialer Marktwirtschaft in der Bundesrepublik Deutschland

Die Bundesrepublik Deutschland hat sich für das Modell sozialer Marktwirtschaft entschieden. Darunter wird eine Ordnungspolitik verstanden, die in mehrfacher Weise das Prädikat "sozial" beansprucht, weil - so wird betont -

- ihre Produktivität auf konsumentenfreundliche Weise die qualitativen und quantitativen Versorgungsaufgaben löse und materielle Voraussetzungen für staatliche Sozialpolitik schaffe,
- die Primärverteilung des Einkommens über den Markt mit Hilfe staatlich gesetzter Rahmenbedingungen (Wirtschafts- und Arbeitsrecht, Gewerbeaufsicht, Antikartellpolitik) bei vollständigem Wettbewerb Leistungsgerechtigkeit gewährleiste,
- die Sekundärverteilung von Einkommen über die staatliche Sozialpolitik die Primärverteilung unter dem Gesichtspunkt der sozialen Gerechtigkeit korrigiere,
- es möglich sei, über eine mittelstandsfreundliche Wirtschaftspolitik Startgerechtigkeit zu erzielen.

Was bedeutet dieses Ordnungsmodell für die Beziehungen der Bundesrepublik Deutschland zur Dritten Welt? Handelt es sich um ein Ordnungsmodell, das nur realisierbar ist, solange die dominierende Stellung westlicher Industrieländer in der Weltwirtschaft erhalten bleibt? Aus kirchlicher Sicht können hierzu folgende Überlegungen und Anfragen formuliert werden:

2.2.1 Die Leistungskraft marktwirtschaftlich orientierter Länder ist wesentlicher Motor für die Weltkonjunktur. Sie hat jedoch bewirkt, daß die Entwicklungsländer als Rohstofflieferanten, Abstzmärkte und Kapitalanlage-Gebiete weitgehend zu bloßen Ergänzungswirtschaften der Industrieländer wurden. Das Ergebnis sind einseitige Abhängigkeiten, die in der Schuldenkrise eine für die Entwicklungsländer wie für die Weltwirtschaft insgesamt gefährliche Zuspitzung erfahren haben. Wichtig ist dabei, daß selbst dort, wo man sich für einen nichtkapitalistischen Weg entschied, die Entwicklungsländer in das von den westlichen Industrieländern beherrschte Weltwirtschaftssystem eingebunden bleiben.

2.2.2 Gewinnstreben, Konkurrenz und relative Autonomie der Wirtschaftssubjekte bewirken, daß Marktwirtschaften eine relativ große Anpassungs- und

Gossner Mission

Lernfähigkeit sowie Innovationskraft entwickeln. Die technologische Entwicklung führt aber auch zu einer Konzentration von Produktion und Handel, die das freie Spiel der Marktmechanismen beeinträchtigt. Darum wird die Auseinandersetzung mit der Vermachtung der Märkte, bei der der offene Wettbewerb durch die Zusammeballung wirtschaftlicher Macht ausgeschaltet wird, zu einer zentralen Aufgabe der Wirtschaftspolitik.

Die Werbe- und Finanzkraft der Großunternehmen gibt z.B. Anlaß zu der Frage, wie weit der Konsument mit seinen Kaufentscheidungen noch die Produktion steuert, ob das Instrumentarium der Antikartellpolitik noch ausreicht und ob in Teilbereichen wie z.B. dem der Energie oder der Kreditwirtschaft die Marktmechanismen noch genügend wirksam sind. Marktwirtschaft mit ihrer Dezentralisierung von Macht war einst die Waffe des Bürgers gegen Feudalwirtschaft. Gegenwärtig sind von staatlicher Seite Durchsetzungskraft und -willen notwendig, um eine "Refeudalisierung" der Wirtschaft zu vermeiden. Aber die Antikartellpolitik macht an den nationalen Grenzen halt. Exportkartelle sind nicht genehmigungspflichtig, viele der Entwicklungsländer sind zu schwach, um sich gegen Marktabsprachen zu wehren, und weltwirtschaftliche Instanzen für eine Antikartellpolitik mit entsprechenden Sanktionen sind nicht vorhanden. Deshalb ist das Bekenntnis zur sozialen Marktwirtschaft nur glaubwürdig, wenn die Vermachtung nationaler und internationaler Märkte nachhaltig bekämpft wird.

Hier muß sich die Bundesrepublik fragen lassen, inwieweit bisherige Formen des wirtschaftlichen Austausches, der Entwicklungshilfe und des sogenannten Politikdialogs mit den Entwicklungsländern ausreichen und geeignet sind, um auch nur ansatzweise Start-, Leistungs- und soziale Gerechtigkeit in den Nord-Süd-Beziehungen zur Geltung zu bringen.

2.2.3 Die Entwicklungsländer importieren Technik, mit der sie Jahrzehnte der Entwicklung überspringen können. In den Bereichen der Biochemie und der Agrartechnik wird technischer Fortschritt als wesentliche Voraussetzung dafür angesehen, daß die Nahrungsmittelproduktion mit der Bevölkerungsentwicklung Schritt hält. Aber die Industrieländer konzipieren ihre Technik für ihren eigenen Markt und fassen Lieferungen in die Entwicklungsländer weitgehend als Zusatzgeschäft auf. Das führt dazu, daß die Entwicklungsländer weitgehend eine zu kapitalintensive statt arbeitsintensive Technik einsetzen und deshalb die Produktivkraft der Bevölkerung in hohem Maße brach liegt.

Gossner Mission

Andererseits können sich die Entwicklungsländer nicht auf ihre komparativen Kostenvorteile verlassen. Wo arbeitsintensive Produktionen aus den Industrieländern wegen der Lohnkostenvorteile der Entwicklungsländer in diese verlagert wurden, besteht heute die Gefahr von Rückverlagerungen in die Industrieländer, weil Lohnkostenvorteile durch elektronisch gesteuerte Fertigung an Bedeutung verlieren.

Mit der Technik werden auch Konsummuster der westlichen Industrieländer importiert, die über den Grad der eigenen volkswirtschaftlichen Produktivität der Entwicklungsländer hinausgehen und die Abhängigkeit dieser Länder weiter vertiefen.

Ferner wird mit Hilfe der importierten Technik unter den gegebenen binnen- und weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen der Raubbau an den natürlichen Ressourcen der Entwicklungsländer forciert.

2.2.4 Marktwirtschaften erheben den Anspruch, einen hohen Lebensstandard zu ermöglichen. Dieser soll für die Entwicklungsländer wichtige Exportchancen mit erheblichem Kaufkrafttransfer eröffnen. Es darf jedoch nicht übersehen werden, daß die Entwicklungsländer über den Preis für aus den Industrieländern importierte Produkte einen Teil des hohen Lebensstandards mitfinanzieren, während die importierenden Industrieländer durch die Niedriglohn-Produkte zusätzliche Konsumchancen und Hilfen für die Preisstabilisierung erhalten. Zudem behindern die staatlich subventionierten und deshalb nicht marktgerechten Agrarexporte der Europäischen Gemeinschaft den Aufbau einer zur Selbstversorgung fähigen Landwirtschaft in der Dritten Welt. Schließlich wird der Anspruch der Marktwirtschaften, hohe Lebensstandards zu schaffen, dadurch relativiert, daß sie das Problem der Arbeitslosigkeit nicht zu lösen vermochten und daß die Arbeitslosen nur sehr begrenzt an dem für die Arbeitnehmer erreichten Lebensstandard teilnehmen können.

Die Bundesregierung bekennt sich zur Notwendigkeit einer weiteren Liberalisierung des Welthandels. Zugleich kann sie aber nicht der Einsicht in die Notwendigkeit ausweichen, daß es einer ausgleichenden internationalen Sozialpolitik bedarf, die die Trends der Märkte korrigiert, da sich gerechte Austauschrelationen im Handel zwischen Industrie- und Entwicklungsländern nicht allein über den Markt einstellen. Diese Erkenntnis lag dem Konzept der sozialen Marktwirtschaft zugrunde.

Gossner Mission

2.2.5 Viele westliche Industrieländer finanzieren ihre Haushaltsdefizite über den Kapitalmarkt. Das hat Anfang der 80er Jahre zu einem sprunghaften Anstieg der Zinsen geführt und die Schuldenkrise erheblich zugespitzt. Die privaten Banken haben während der 70er Jahre im Wettlauf um Anlagemöglichkeiten, der durch die Verfügbarkeit des Petrodollar forciert wurde, eine Politik des leichten Geldes betrieben. Als erste Signale einer Schuldenkrise sichtbar wurden, haben die Banken plötzlich auf eine übervorsichtige Kreditpolitik umgeschaltet.

Dieser Wechsel in der Kreditpolitik ist keine Politik des guten Gläubigers und hat die Schuldenkrise erheblich verschärft. Der Internationale Währungsfonds hat zwar dazu beigetragen, einen Zusammenbruch des internationalen Finanzwesens im Gefolge der Schuldenkrise zu verhindern. Doch seine Auflagenpolitik kennt als Voraussetzung für neue Kredite nur schuldnerorientierte Anpassungslasten, obwohl Handelsprotektionismus, Rüstungsexporte, Zins- und Währungspolitik der Industrieländer sowie der Verfall der Rohstoffpreise ebenso zur Verschuldung geführt haben, wie Kapitalflucht, bürokratische Ineffizienz, geringe Investitionsbereitschaft und falsche wirtschaftspolitische Prioritäten in den Entwicklungsländern selbst.

Hier wird sich die Bundesregierung fragen lassen müssen, ob sie ihren außenwirtschaftlichen Handlungsspielraum auf bi- und multilateraler Ebene voll genutzt hat, um eine gleichmäßigere Verteilung der Anpassungskosten auf die Industrie- und Entwicklungsländer zu erreichen.

2.2.6 Es gibt Versuche, die Marktwirtschaft auch umweltverträglicher zu machen. Bei Einsatz marktkonformer Mittel kann, wie die Energieeinsparungen gezeigt haben, mit einer relativ hohen Anpassungsgeschwindigkeit gerechnet werden, wobei der Anpassungsprozeß jedoch kontinuierlich der Hervorbringung immer neuer Anpassungsnotwendigkeiten hinterherhinkt. Bei Umweltgütern, die, wie z.B. die Luft, noch keinen Preis haben, kann nur staatliche Aufsicht zum Erfolg führen. Die Umweltauflagen reichen aber nicht über die nationalen Grenzen hinaus. Es wird bisher weder verhindert, daß Waren importiert werden, die auf extrem umweltschädliche und deshalb wettbewerbsgünstigere Weise hergestellt werden, noch daß Unternehmen die geringeren Umweltauflagen der Entwicklungsländer gegen jede ökologische Einsicht als Vorteil für Produktionsstandorte nutzen.

Gossner Mission

2.2.7 Die Monokulturen der Entwicklungsländer führen dazu, daß wegen der geringen Risikostreuung ein erheblicher Angebotsdruck mit entsprechendem Preisverfall vor allem auf den Rohstoffmärkten herrscht. Dieser Angebotsdruck macht die Entwicklungsländer von Weltmarktpreisen und -konjunktur sehr abhängig und mindert ihre Marktmacht erheblich. Deshalb hat die Europäische Gemeinschaft ein System der Preisstabilisierung für Rohstoffexporte der assoziierten Entwicklungsländer eingeführt, das sie vor extremen Erlösschwankungen bewahren und das Niveau der durchschnittlichen Exporterlöse anheben soll. Solche Ansätze helfen den Entwicklungsländern nur dann, wenn sie die Einnahmen nutzen können, um ihr Angebot auf dem Weltmarkt breiter zu fächern, die Exportorientierung zu reduzieren und die Nord-Süd-Kooperation durch eine Süd-Süd-Kooperation zu ergänzen. Angesichts des gegenwärtig praktizierten Protektionismus ist dies jedoch nur sehr begrenzt möglich. So verleitet das System der Exporterlösstabilisierung dazu, statt eine Risikostreuung zu betreiben, die Produktion in den Bereichen zu erhöhen, in denen eine Erlösstabilisierung beansprucht werden kann.

2.2.8 Die Mechanismen des Marktes sollen eine dezentrale und flexible Steuerung und eine Partizipation breiter Schichten am Wirtschaftsgeschehen ermöglichen. Die Marktmechanismen bleiben aber ohne ethische Disziplin nicht funktionsfähig. Deshalb bedarf es der Durchsetzung eines ethischen Grundkonsenses, der zwar durch eine Fülle von Verhaltenskodices formuliert ist, jedoch solange wirkungslos bleibt, wie die Entwicklungsländer und die Industrieländer ihn nicht in ihr nationales Wirtschaftsrecht aufnehmen.

Aus dem Gesagten folgt:

- Die Bundesrepublik ist als Außenwirtschaftspartner für die Entwicklungsländer von großer Bedeutung. Dementsprechend besteht auch ein Interesse an einem weiteren Ausbau der Wirtschaftsbeziehungen.
- Diesem Interesse kann jedoch nicht in der Form einer bloßen Fortschreibung bisheriger Außenwirtschafts- und Entwicklungspolitik entsprochen werden. Vielmehr sind substantielle Konzessionen auf außenwirtschaftlichem Gebiet (vor allem in der Verschuldungsfrage und mit Blick auf die Außenhandelspolitik im Rahmen der Europäischen Gemeinschaft) und eine massive Aufwertung der Entwicklungspolitik zugunsten der Armutsbekämpfung in der Dritten Welt erforderlich.
- Das Interesse der Entwicklungsländer an einem Ausbau der Wirtschaftsbeziehungen mit der Bundesrepublik begründet nicht unbedingt ein Interesse an

Gossner Mission

der Übernahme der ordnungspolitischen Leitvorstellungen der Bundesrepublik. Vielmehr wird es darauf ankommen, entwicklungsdienliche Wirtschaftsbeziehungen im Kontext sehr unterschiedlicher ordnungspolitischer Leitvorstellungen und Modelle zu entfalten. Dies ist auf die unterschiedlichen kulturellen, politischen und wirtschaftlichen Voraussetzungen in den einzelnen Ländern zurückzuführen, aber auch auf die Strukturmängel der sozialen Marktwirtschaft in der Bundesrepublik selbst.

2.3. Das sozialistische Wirtschaftsmodell in der Deutschen Demokratischen Republik

2.3.1 Das Konzept der sozialistischen Gesellschafts- und Wirtschaftspolitik

In der sozialistischen Gesellschaft ist die politische Ökonomie, d.h. die Wissenschaft von der gesellschaftlichen Produktion und Verteilung der materiellen Güter, eingebunden in die Theorie der sozialistischen Gesellschaft, die sich als ein Programm für die Durchsetzung sozialer Gerechtigkeit versteht. Auf der Basis eines gesellschaftlichen Gesamtplanes ist die zentral geplante, geleitete und organisierte Produktion ausgerichtet auf die Ziele und Werte der Gesellschaft. Darunter wird die Befriedigung der wachsenden materiellen, sozialen und kulturellen Bedürfnisse der gesamten Bevölkerung und jedes einzelnen Bürgers verstanden. Die für die DDR gültige Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik ist in diesem Sinne Ausdruck der Beziehungen zwischen der politischen Ökonomie und den sozialen Zielen der Gesellschaft.

Das Grundziel der Wirtschaftspolitik der DDR, soziale und ökonomische Sicherheit für alle Bürger, wurde erreicht, dies unter anderem durch ein Sozialpaket staatlicher Stützungen und Finanzierungen (Bildung, Gesundheitswesen, Mieten, Preise für Grundnahrungsmittel und Verkehrstarife) sowie das Recht auf Arbeit.

Die sozialistische Planwirtschaft der DDR ist aber an sich verändernde Marktbedingungen zu wenig anpassungsfähig. Der unter anderem daraus resultierende Mangel an Innovationsfähigkeit und Kreativität wird zunehmend als Problem erkannt. Durch hohe staatliche Subventionen, die nur für den sozial schwachen Teil der Bevölkerung wichtig sind, ist die Investitionskapazität eingeschränkt. Verminderte Produktqualität, unzureichende Arbeitsproduktivität und zu hohe Produktionskosten werden verbreitet im Zusammenhang mit ei-

Gossner Mission

ner fehlenden Konkurrenz auf den inländischen Märkten gesehen, die durch den permanenten Wettbewerb als staatliche Auflage nicht ersetzt werden kann. Staatliche Direktiven spiegeln den gegebenen Zustand wider, indem sie immer wieder eine Erhöhung der Arbeitsproduktivität, Verbesserung der Erzeugnisqualität, Entwicklung neuer Produkte, Senkung der Kosten, einen verminderten Ressourceneinsatz (besonders Energie) und eine breite Anwendung der sogenannten Schlüsseltechnologien fordern.

Diesen Nachteilen stehen auf der anderen Seite eine Reihe von Vorteilen gegenüber. So werden notwendige strukturelle Umstellungeen der Volkswirtschaft ohne die Gefährdung der sozialen Sicherheit von Menschen geplant und durchgeführt. Preis- und Konjunkturschwankungen auf den internationalen Warenmärkten haben keinen Einfluß auf die Sicherheit von Arbeitsplätzen.

Unter den Bedingungen eines durch das Konkurrenzprinzip geprägten Weltmarktes haben diese Vorteile jedoch in der Außenwirtschaft geringe Bedeutung. Im Gegenteil, sie schränken die Konkurrenzfähigkeit der sozialistischen Länder weiter ein und bedingen eine überwiegend niedrige Außenhandelsrentabilität, die zum Verlust von Nationaleinkommen führen. Die geringe Konkurrenzfähigkeit beeinflußt Formen, Umfang und Möglichkeiten der staatlichen Wirtschaftsbeziehungen zu den Entwicklungsländern in einer Art und Weise, die sicher nicht den politischen und auch ökonomischen Interessen der DDR entspricht.

Nach dem Verständnis der Deutschen Demokratischen Republik ist Entwicklungspolitik immer Bestandteil von Außenpolitik, von Wirtschafts- bzw. Außenwirtschaftspolitik und von Finanzpolitik. Sie spiegelt sich somit sowohl in der offiziellen Haltung der Regierung zu den Grundanliegen der Entwicklungsländer wider, z.B. bei den entsprechenden internationalen Konferenzen im Rahmen des UNO-Systems, als auch in den staatlichen Wirtschaftsbeziehungen und der sogenannten Entwicklungshilfe.

Die DDR bekennt sich zur Mitverantwortung bei der Lösung globaler Probleme. Sie unterstützt ein politisches Denken und Handeln in den internationalen Beziehungen, das u.a. auf die Beseitigung von Hunger und Elend in der Dritten Welt und die Verwirklichung von mehr Gerechtigkeit ausgerichtet ist. Die Beziehungen der DDR zu den Entwicklungsländern, einschließlich den ökonomisch schwach entwickelten sozialistischen Ländern, umfassen zwei große Bereiche, die z.T. eng miteinander verknüpft sind:

Gossner Mission

- die Außenwirtschaftsbeziehungen, d.h. den Außenhandel und verschiedene Formen der ökonomischen und wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit,
- die internationale Solidarität.

2.3.2 Die Außenwirtschaftsbeziehungen

Im Kontext der Weltwirtschaft gehört die DDR nicht zu den bestimmenden Akteuren, ja innerhalb der kapitalistisch dominierten Weltwirtschaft spielt sie durchaus eine untergeordnete Rolle. Bei einer insgesamt geringen Außenhandelsquote (gemessen am Nationaleinkommen, der Bevölkerungszahl und der verfügbaren Fläche) steht die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit den sozialistischen Ländern Europas einschließlich der UdSSR, im Vordergrund. Auf sie entfallen etwa zwei Drittel des Außenhandels. Der Handel mit den Entwicklungsländern einschließlich Kubas und der sozialistischen Länder Asiens liegt mit etwa 7 % am Gesamtumsatz des Außenhandels der DDR aber sogar unter dem Niveau des Handels der RGW-Länder insgesamt mit den Entwicklungsländern.

Trotz ihrer geringen Weltmarktintegration ist aber auch die DDR sowohl im Ost-West- wie auch im Nord-Süd-Handel mit dem Weltmarkt verbunden, sei es über die Verrechnung des Warenaustauschs oder über den direkten Handel auf der Basis konvertierbarer Währungen. Die DDR profitiert von dieser Verbindung, gleichzeitig leidet sie aber auch darunter. Da die DDR-Wirtschaft auf dem Weltmarkt in vielen Bereichen nicht konkurrenzfähig ist und nur schwer Zugang zu den internationalen Märkten findet, gehört sie zu den schwächeren Partnern der Weltwirtschaft*/ spielt der Maschinenexport im gesamten Westhandel der DDR nur eine sehr untergeordnete Rolle, es dominieren Rohöl und Mineralerzeugnisse, chemische Produkte und Verbrauchsgüter, z.T. also sensitive Güter, d.h. solche mit schwacher Nachfrage bei erheblicher - und tendenziell weiter steigender - Konkurrenz auch mit den Entwicklungsländern. Die DDR erwartet daher von einer Veränderung der internationalen Wirtschaftsbeziehungen auch eine Verbesserung der eigenen Position.

Dem Außenhandel der DDR mit den Entwicklungsländern liegt als wichtigstes Grundprinzip das des gegenseitigen Vorteils zugrunde. Inhaltlich wird dies vor allem ausgefüllt durch langfristige Programme und Abkommen auf der Ebene von Regierungen, die die Interessen beider Seiten berücksichtigen.

*/ ..., die Opfer der den jeweil Stärksten begünstigenden Marktmechanismen sind. So ...

Gossner Mission

Angesichts der großen Bedeutung, die den sozialökonomischen Entwicklungsprogrammen der Entwicklungsländer bei der Überwindung von Armut und Elend zukommt, sollte die DDR ihre Außenhandelsbeziehungen verstärkt auf die Realisierung dieser Entwicklungsprogramme ausrichten. Im einzelnen würde dies z.B. bedeuten:

- verstärkte Außenwirtschaftsbeziehungen zu den am wenigsten entwickelten Ländern, insbesondere Afrikas südlich der Sahara, aufzunehmen;
- durch spezifische Präferenzen die Einfuhr von Halbfabrikaten und Fertigprodukten aus Entwicklungsländern auszuweiten;
- die eigene Struktur des Warenexportes stärker auf die spezifischen Bedürfnisse der Entwicklungsländer auszurichten.

Die Forderung nach und die Förderung von wirtschaftlicher und sozialer Entwicklung würde nicht nur den verstärkten Zugang von Waren aus Entwicklungsländern sowie eine auf die spezifischen Bedürfnisse dieser Länder ausgerichtete Exportstruktur einschließen, sondern auch eine internationale Umverteilungspolitik im Produktionsbereich, einen Strukturwandel der Volkswirtschaften, von dem auch die DDR betroffen wäre.

Hierbei darf nicht übersehen werden, daß der Handlungsspielraum vieler Entwicklungsländer durch die Schuldenkrise drastisch verringert und ihre Ausrichtung auf die Märkte der Gläubigerstaaten erhöht wurde.

Internationale Möglichkeiten zur Verwirklichung von mehr Gerechtigkeit gegenüber der Dritten Welt werden von der DDR vor allem auch in der Verbesserung der internationalen ökonomischen Rahmenbedingungen für die Entwicklungsländer gesehen. In diesem Sinn tritt die DDR nachdrücklich für die Herausbildung einer neuen internationalen Wirtschafts- und Finanzordnung und die Gewährleistung der ökonomischen Sicherheit eines jeden Landes ein. Sie hat diesen ihren Standpunkt auf allen internationalen Konferenzen - auch im Bereich des UNO-Systems - immer wieder bekräftigt.

Im Sinne einer konsequenten Befolgung dieser Politik muß die DDR prüfen, ob sie nicht verstärkt jene internationalen Abkommen, Maßnahmen und Tendenzen unterstützen sollte, die zumindest mehr ökonomische Gerechtigkeit gegenüber der Dritten Welt erwarten lassen. Konkret würde dies z.B. den Beitritt zum internationalen Rohstoffonds, d.h. Unterstützung für die Verwirklichung des integrierten Rohstoffprogramms bedeuten.

Gossner Mission

Für die DDR werden in Zukunft multilaterale Konsultationen mit anderen sozialistischen Ländern und Entwicklungländern zur weiteren Förderung und Gestaltung der Zusammenarbeit zwischen beiden Ländergruppen wichtig sein.

2.3.3 Internationale Solidarität

Deutlich abgehoben von den Wirtschaftsbeziehungen auf der Grundlage von gegenseitigem Vorteil und Gleichberechtigung, leistet die DDR zahlreichen Entwicklungsländern solidarische Hilfe beim Aufbau ihrer Infrastruktur, des Gesundheits- und Bildungswesens und damit indirekt bei der Entwicklung ihrer Volkswirtschaften. Auf Grund der eigenen Währungsstruktur stehen dabei materielle Leistungen im Vordergrund. Eine große Rolle spielt die Ausbildung von Facharbeitern und Hochschulkadern, wobei ein "brain drain" weitgehend ausgeschlossen ist. Diese Hilfe wird überwiegend zentral geplant und gelenkt, jedoch weitgehend über die nichtstaatliche Einrichtung des Solidaritätskomitees in der DDR abgewickelt.

Die internationale Solidarität konzentriert sich vor allem auf jene Länder, in denen sich ein gesellschaftlicher Transformationsprozeß in Richtung auf den Sozialismus vollzogen hat oder vollzieht. Während in der Vergangenheit die Funktion dieser Hilfe als Beitrag im Kampf gegen kapitalistische Abhängigkeiten und für eine antiimperialistische Solidarität betont wurde, wird seit Mitte der 80er Jahre die Kooperation zwischen Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung im Dienst von mehr Gerechtigkeit gegenüber den Ländern der Dritten Welt deutlich hervorgehoben (Dokument der Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses der Warschauer Vertragsstaaten, Berlin, Mai 1987, "Zur Überwindung der Unterentwicklung und zur Schaffung einer neuen internationalen Wirtschaftsordnung").

Eine solche Orientierung schließt die Gewährung von Hilfe für die Entwicklungsländer ohne die Bedingung, bestimmte gesellschaftspolitische Vorstellungen zu übernehmen, ein. Sie geht vom Grundrecht der Entwicklungsländer auf eigenständige Entwicklung aus und führt aus hemmendem Blockdenken heraus.

Die Bereitschaft dazu sollte auf seiten der DDR weiter zunehmen. Das setzt ein internationales Klima voraus, in dem Zusammenarbeit frei von ideologischen Sperren und die Überwindung eines Denkens im engen Rahmen des Ost-West-Gegensatzes möglich ist.

Gossner Mission

Gerechtigkeit gegenüber der Dritten Welt ist nicht nur eine Herausforderung für Regierungen und Gesellschaftssysteme. Sie fordert auch ein wachsendes Problembewußtsein und echte Solidarität der jeweiligen Bevölkerung. Die Bürger der DDR haben in vielfältiger Weise ihre Solidarität mit den um ihre Befreiung und um Menschenrechte kämpfenden Völkern und Menschen zum Ausdruck gebracht. Erforderlich ist ein noch größeres Engagement und ein erweiterter Spielraum dafür in personeller, materieller und finanzieller Hinsicht.

Gossner Mission

Teil 3: Gemeinsame Aufgaben

3.1 Soziale Gerechtigkeit, Eigenständigkeit, wirtschaftliches Wachstum - eine gemeinsame Herausforderung

Massenarmut und Elend sind eine Beleidigung der Würde des Menschen und seiner Gottesebenbildlichkeit. Sie widersprechen der Gerechtigkeit und gefährden den sozialen Frieden wie das friedliche Zusammenleben der Völker. Wo sie die Lebensverhältnisse einer Gesellschaft als Ganzes prägen, ist auch die Integrität der Schöpfung in Gefahr - mehr noch: der Raubbau an natürlichen Ressourcen der Entwicklungsländer trägt selbst zur Vertiefung von Armut und Elend bei.

Armut und Elend stellen die größte Herausforderung an die menschliche Solidarität und damit auch an die bestehenden Gesellschaftssysteme in Ost und West dar. Sie dürfen nicht zum Anlaß genommen werden, den Ost-West-Konflikt auf die Dritte Welt zu übertragen. Das Recht der Armen und die aus Ungerechtigkeit hervorgehenden Gefährdungen des Friedens und der Integrität der Schöpfung gebieten vielmehr, daß Ost und West ernsthaft versuchen, sich über die Probleme der Dritten Welt und die Prioritäten bei deren Lösung zu verständigen, und sich entschlossen in dem Bemühen unterstützen, die Lebensverhältnisse der Bevölkerungsmehrheit in den Entwicklungsländern nachhaltig zu verbessern. Dies kann nicht durch karitative Nothilfe allein oder durch eine einfache Fortschreibung der bisherigen Außenwirtschafts- und Entwicklungspolitik erfolgen. Eine notwendige Bedingung für die Einschränkung und Überwindung von Armut und Elend ist vielmehr die Durchsetzung von mehr **Gerechtigkeit** in den Beziehungen zwischen Industrie- und Entwicklungsländern und in den Entwicklungsländern selbst. Internationale soziale Gerechtigkeit fordert eine neue Rationalität in Politik und Wirtschaft und die Neudefinition bisheriger Rollen von Industrie- und Entwicklungsländern sowie der in den Entwicklungsländern wirkenden Kräfte. Besonderes Augenmerk ist auf die Beteiligung der Armen am Prozeß der Entwicklung zu legen.

Soziale Gerechtigkeit muß zu einem Grundprinzip nationaler wie internationaler Politik und Wirtschaft erhoben werden. Abzulehnen ist demgegenüber eine Wirtschaftspolitik der Industrieländer, die den Entwicklungsländern die Kosten weltwirtschaftlicher Anpassungszwänge aufbürdet, deren wirtschaftspolitischen Handlungsspielraum weiter einschränkt und damit die Chancen für

Gossner Mission

eine Verbesserung der allgemeinen Lebensverhältnisse in diesen Ländern schmälert.

Denn die Entwicklungsländer und ihre Völker haben das Recht auf gesellschaftliche und kulturelle **Eigenständigkeit.** Das impliziert das Recht, Zeitrahmen, Ausmaß und Richtung entwicklungspolitischer Maßnahmen selber festzulegen. Die Industrieländer dürfen daher den Entwicklungsländern ökonomische und politische Spielräume nicht vorenthalten oder einschränken, die deren Recht auf politische und gesellschaftliche Eigenständigkeit Rechnung tragen. Dabei ist zu beachten, daß innerhalb der Entwicklungsländer selbst unterschiedliche Kräfte und Interessenformationen existieren. Im Sinne einer vernünftigen Entwicklung sollten jene Kräfte gestärkt werden, die auf Eigenständigkeit und Partizipation möglichst vieler Menschen an der Entwicklung ihrer Länder hinwirken. Umgekehrt sollten Maßnahmen vermieden werden, die die politische und wirtschaftliche Abhängigkeit der Entwicklungsländer von den reichen Industrienationen vergrößern.

Hilfreich für die notwendige Neuorientierung von Entwicklungszielen und -strategien kann das vom ÖRK erarbeitete Entwicklungskonzept - Gerechtigkeit, Eigenständigkeit und wirtschaftliches Wachstum - sein. Danach gehört **wirtschaftliches Wachstum** durchaus zu den Bestandteilen und Zielen eines sinnvollen Entwicklungsprozesses, da es bei Entwicklung immer auch um die materielle Verbesserung der Lebensverhältnisse geht. Andererseits hat sich in den bisherigen Entwicklungsdekaden deutlich erwiesen, daß wirtschaftliches Wachstum allein die Situation der Armen nicht verbessert, sondern im Gegenteil häufig verschlechtert (Vereledungswachstum), wenn es nicht mit sozialer Gerechtigkeit und Eigenständigkeit verbunden ist.

Entwicklungsprobleme sind aber nicht nur Probleme der Entwicklungsländer. In einer Welt, die von zunehmender **Interdependenz** der Staaten, Gesellschaftssysteme und Märkte gekennzeichnet ist, kommt es darauf an, **gemeinsame Interessen** zu erkennen, zu formulieren und politisch zu verwirklichen. Darum sind die ehemaligen Kolonialmächte zwar in besonderer Weise verpflichtet, die Folgen ihrer Kolonialpolitik überwinden zu helfen; jedoch sind darüber hinaus alle Industrieländer gefordert, eine Außenwirtschaftspolitik zu verfolgen, die mit den Bedürfnissen der Entwicklungsländer im Einklang steht. Ziel sollte es sein, die im Ost-West-Verhältnis als notwendig erkannte Sicherheitspartnerschaft durch den Aspekt einer Verantwortungsgemeinschaft zwi-

Gossner Mission

schen Industrie- und Entwicklungsländern zu ergänzen. Erst dann wird es möglich sein, das ökumenische Verständnis von Sicherheit zu einer integrierenden politischen Handlungsperspektive zu gestalten, die die Probleme des Friedens, der Gerechtigkeit und der Bewahrung der Schöpfung umfaßt.

Im einzelnen heißt das:

- Eine Sicherheits- und Friedenpolitik, welche die Forderung nach mehr Gerechtigkeit gegenüber der Dritten Welt und das Recht der politischen und gesellschaftlichen Eigenständigkeit der Entwicklungsländer nicht berücksichtigt, ist unzureichend.

- Die Sorge um die Sicherung des Friedens kann kein Argument zur Festschreibung von Ungerechtigkeit sein. Strukturelle Gewalt gegenüber und in Entwicklungsländern gefährdet den Frieden. Die Unterstützung diktatorischer Minderheitsregierungen in Ländern der Dritten Welt bedeutet Solidarität mit den Mächtigen statt mit den Armen.

- Das gegenwärtige Ausmaß der Verschuldung vieler Entwicklungsländer, welches deren eigenständige wirtschaftliche und soziale Entwicklung blockiert, macht es unabdingbar, daß die Gläubiger Mitverantwortung für eine nachhaltige Entschuldung der betroffenen Länder übernehmen. Sie müssen dabei ihre kurzfristigen Partikularinteressen gegenüber den Erfordernissen einer gerechteren Weltwirtschaft zurückstellen und solche Entschuldungsstrategien fördern, die den Armen zugute kommen, anstatt sie zusätzlich zu belasten, und die die außenpolitischen Voraussetzungen für eine gesamtgesellschaftliche Entwicklung schaffen.

- Der Waffenhandel, der überwiegend zwischen Industrie- und Entwicklungsländern abgewickelt wird, schränkt die Fähigkeit der Entwicklungsländer zur Einfuhr ziviler Güter ein, macht Konflikte zwischen Entwicklungsländern gefährlicher, erhöht ihre Abhängigkeit und kann über die Eskalation lokaler Konflikte auch die Sicherheit der Rüstungsexportländer bedrohen. Dieser Sachverhalt macht es unabdingbar, die auf der Ebene der Vereinten Nationen geführte Debatte über Abrüstung und Entwicklung in konkrete Politik umzusetzen.

- Angesichts der stark zunehmenden Zerstörung und Beeinträchtigung der natürlichen Umwelt in den Entwicklungsländern ist es dringend und im Inter-

Gossner Mission

esse der gesamten Menschheit, diesen Ländern aktiv bei einer konstruktiven Nutzung und bei der Bewahrung ihrer natürlichen Ressourcen zu helfen.

- Es ist überheblich und gefährlich, spezifische Probleme der Entwicklungsländer mit den ideologischen Vorverständnissen der Industrieländer erkennen und lösen zu wollen. Der kulturelle Reichtum der Entwicklungsländer kann vielmehr zu einer Korrektur der industriellen Zivilisation werden.

3.2 Verständigungs- und Kooperationsmöglichkeiten von Ost und West auf dem Gebiet der Nord-Süd-Beziehungen:

Trotz der Unterschiedlichkeit und Gegensätzlichkeit der ordnungs- und gesellschaftspolitischen Leitbilder in Ost und West, trotz der mit ihnen einhergehenden ideologischen Konflikte ist es geboten, zu einer Verständigung über die Probleme der Dritten Welt und zu Ansätzen ihrer Lösung zu gelangen. In dem Maße, in dem der wechselseitige Zusammenhang zwischen politischen und wirtschaftlichen Entwicklungen in den verschiedenen Weltregionen (auch im Zuge der technischen Revolutionierung des Kommunikations- und Verkehrswesens) zunimmt, in dem Maße wächst auch der Zwang zu Verhandlungen und Kompromissen. Armut und Elend in der Dritten Welt dürfen dabei nicht länger Objekt weltpolitischer Auseinandersetzungen zwischen Ost und West sein. Dies ist eine Voraussetzung für Vertrauensbildung zwischen Ost und West bezogen auf ihr jeweiliges Engagement in der Dritten Welt.

Das gleiche gilt für den Umgang mit der Bewegung der Blockfreien. Blockfreiheit bedeutet weder Äquidistanz gegenüber dem Osten und dem Westen noch ist sie mit einer einseitigen Orientierung auf die eine oder andere Seite hin vereinbar. Blockfreiheit verkörpert vielmehr den Anspruch der Entwicklungsländer auf Eigenständigkeit, wobei dieser Anspruch gegen vielfältige ökonomische und politische Abhängigkeiten durchgesetzt werden muß. Die Industrieländer in Ost und West würden den mittel- und längerfristigen Interessen aller Völker einen Dienst erweisen, wenn sie durch die Überwindung eines bloß taktischen Verhaltens gegenüber den Blockfreien dazu beitrügen, bestehende politische Abhängigkeiten abzubauen, statt sie als Hebel zur Förderung ihrer jeweiligen Interessen womöglich noch zu vertiefen.

Wenn von dem Streben nach Eigenständigkeit auf seiten der Entwicklungsländer die Rede ist, so kann dabei natürlich nicht übersehen werden, daß in der

Gossner Mission

Mehrzahl dieser Länder die arme Bevölkerung keinen Anteil an der Ausübung des Rechts auf Selbstbestimmung auf internationaler Ebene, also auch gegenüber den Industrieländern, hat. Dieser Sachverhalt spricht jedoch keinesfalls gegen die Notwendigkeit und Dringlichkeit, daß die Industrieländer den außenwirtschaftlichen Handlungsspielraum der Entwicklungsländer durch entsprechende Maßnahmen erweitern. Im Gegenteil: eine außenwirtschaftliche Entlastung der Entwicklungsländer kann die Chancen für mehr Partizipation im Innern erhöhen.

Demokratisierungsprozesse können nicht von außen hervorgebracht, wohl aber massiv beeinträchtigt und behindert, aber auch unterstützt werden. Ost und West sollten sich deshalb darauf einigen, in diesem Zusammenhang das völkerrechtliche Interventionsverbot strenger zu beachten. Das Interventionsverbot ist nicht gleichbedeutend mit einer Politik des Nichtstuns.

Eine Verständigung über Nichteinmischung müßte einhergehen mit Bemühungen, das bestehende Instrumentarium der kollektiven Friedenssicherung auf globaler und regionaler Ebene wieder zu beleben und zu erweitern. Zu denken wäre hier auch an die kürzlich in der Interparlamentarischen Union diskutierte Möglichkeit, die im Rahmen des KSZE-Prozesses entwickelten Verfahrensregeln auch auf andere Weltregionen anzuwenden.

Zusätzlich zu solchen Verständigungs- und Kooperationsmöglichkeiten auf politischem Gebiet bieten sich zahlreiche konkrete Möglichkeiten der Politik-Koordination und der Kooperation auch auf außenwirtschaftlicher und entwicklungspolitischer Ebene. Dazu gehören

- gemeinsame Anstrengungen zur gezielten Eindämmung akuter Notlagen und struktureller Armut in der Dritten Welt,

- eine Verständigung über Prioritäten der Welthandelspolitik,

- die Unterstützung des Süd-Süd-Handels,

- Rüstungskontroll- und Abrüstungsvereinbarungen, durch die vermehrte Mittel für die Bewältigung wirtschaftlicher und sozialer Probleme in der Dritten Welt freigesetzt werden könnten und schließlich

Gossner Mission

- die wissenschaftliche Zusammenarbeit im Interesse einer ökologisch angepaßten, effizienteren Nutzung der natürlichen Ressourcen der Entwicklungsländer.

Die beiden deutschen Staaten könnten auf regionaler Ebene, z.B. bezogen auf Schwarzafrika, Möglichkeiten einer Verständigung, wenn nicht der Kooperation in folgenden Bereichen erwägen und erproben:

- finanzielle, wissenschaftliche und technische Unterstützung bei der Entwicklung alternativer Energiequellen unter besonderer Berücksichtigung des Energiebedarfs für hauswirtschaftliche Zwecke und landwirtschaftliche Belange;

- finanzielle, wissenschaftliche und technische Unterstützung beim Aufbau nationaler Forschungsorganisationen auf dem Gebiet der Pflanzenzüchtung einschließlich dem Aufbau von Vermehrungsbetrieben;

- Förderung der Infrastruktur für den Transport, die Lagerung und Vermarktung landwirtschaftlicher Produkte;

- gemeinsame Forschung für geeignete Mechanisierungskonzeptionen unter Berücksichtigung der acker- und pflanzenbaulichen, sozialen, sozial-ökonomischen, ökonomischen und ökologischen Gegebenheiten;

- Ausbildung und Qualifizierung von Fachkräften.

Eine solche Zusammenarbeit kann nicht einfach beschlossen werden, sie kann sich nur als mehr oder weniger langwieriger Lernprozeß entwickeln. Hier stellt sich die Aufgabe, die im KSZE-Prozeß gesammelten Erfahrungen zu nutzen und die Herausforderungen, die sich für die Industrieländer aus den Nord-Süd-Problemen und den Forderungen der Entwicklungsländer ergeben, zum Gegenstand systematischer Ost-West-Konsultationen in jenen Bereichen zu machen, die unmittelbar die Interessen aller berühren (weltwirtschaftlich relevante Krisen in der Dritten Welt, militärische Konflikte, Ressourcen-Nutzung und Ökologieproblematik). Zu diesem Zweck könnten auf bi-oder multilateraler Ebene (z.B. zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik) gemeinsame Expertenkommissionen eingerichtet werden, die sowohl einen Beitrag zur Klärung der Sachfragen als auch zur

Gossner Mission

Ausweitung problemübergreifender Verständigungsmöglichkeiten über Fragen der Nord-Süd-Beziehungen leisten könnten.

Mit solchen Initiativen würde aufgegriffen, was die Unterzeichnerstaaten der KSZE-Schlußakte vereinbart haben. Darin haben sie sich verpflichtet, "bei der Entwicklung ihrer Zusammenarbeit das Wohlergehen der Völker zu verbessern und zur Erfüllung ihrer Wünsche beizutragen, unter anderem durch die Vorteile, die sich aus größerer gegenseitiger Kenntnis sowie dem Fortschritt und den Leistungen im wirtschaftlichen, wissenschaftlichen, technischen, sozialen, kulturellen und humanitären Bereich ergeben. Sie werden Schritte zur Förderung von Bedingungen unternehmen, die den Zugang aller zu diesen Vorteilen begünstigen; sie werden das Interesse aller berücksichtigen, insbesondere das Interesse der Entwicklungsländer in der ganzen Welt, Unterschiede im Stand der wirtschaftlichen Entwicklung zu verringern" (Abschnitt IX. der für die Beziehungen der Teilnehmerstaaten leitenden Prinzipien).

3.3 Mögliche Beiträge der Kirchen in Ost und West

Die Kirchen sind als international tätige Nicht-Regierungsorganisationen selbst unmittelbar in die Nord-Süd-Beziehungen eingebunden, am direktesten durch Projekte partnerschaftlicher Kooperation mit überseeischen Partnern. Dadurch können sie Möglichkeiten und Schwierigkeiten einer Zusammenarbeit mit den Entwicklungsländern aufzeigen, die sich an den Bedürfnissen dieser Länder orientiert.

Die Kirchen üben in den Industrieländern und durch die internationalen kirchlichen Zusammenschlüsse auch weltweit einen Einfluß auf die Herausbildung eines öffentlichen Bewußtseins für die Probleme der Entwicklungsländer aus und können damit helfen, den Existenzproblemen der Ärmsten der Armen in der Dritten Welt ein gewisses politisches Gewicht zu verleihen.

Im Kontext der je spezifischen gesellschaftlichen Wirkungsmöglichkeiten können die Kirchen darüber hinaus zum Gesprächspartner der nationalen Verantwortungsträger auf dem Gebiet der Nord-Süd-Beziehungen werden. Zur Förderung einer verstärkten Eigenständigkeit der Entwicklungsländer gewinnt diese Handlungsmöglichkeit der Kirchen wachsende Bedeutung, weil die Industrieländer sich mehr und mehr darum bemühen, die politischen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen der Entwicklungszusammenarbeit in den Entwicklungsländern selbst nach ihren Vorstellungen zu beeinflussen.

Gossner Mission

Bezogen auf diese drei Wirkungsebenen sind die Kirchen in besonderer Weise verpflichtet, die Stimme der Armen und Elenden in der Dritten Welt, die oft übertönt wird, hörbar und ihre Anliegen gegenüber den staatlichen Entscheidungsträgern geltend zu machen.

Sie sind weiterhin in besonderer Weise verpflichtet, die Zusammenhänge zwischen den verschiedenen Problembereichen der Nord-Süd-Beziehungen aufzuzeigen. Hierfür hat der ÖRK durch die Verknüpfung von Frieden, Gerechtigkeit und Integrität der Schöpfung einen Denk-und Handlungsansatz formuliert, den es auf nationaler und internationaler Ebene politikfähig zu machen gilt.

Die Kirchen sind schließlich in besonderer Weise verpflichtet, die mittel- und längerfristigen Lebensinteressen der internationalen Gemeinschaft gegenüber tagespolitischen Auseinandersetzungen und partikularen Interessen an der Erhaltung bestehender Privilegien und Vorteile zu vertreten.

Diese Verpflichtungen entsprechen dem Bekenntnis zum ökumenischen Miteinanderteilen, das für die Kirchen konstitutiv ist (ÖRK-Konsultation von Escorial). Miteinanderteilen verlangt dabei, die sozial Schwachen als Gegenüber und Partner in einer gemeinsamen Anstrengung zur Lösung der anstehenden Probleme zu akzeptieren, statt sie lediglich als Objekt der eigenen Mildtätigkeit zu behandeln. Aber gerade dies und der Sachverhalt, daß die Kirche keine Institution außerhalb, sondern Teil der Gesellschaft ist, in der sie steht, hat zur Folge, daß das Miteinanderteilen immer wieder neu oder überhaupt erst gelernt werden muß. Dies gilt sowohl mit Blick auf die Notwendigkeit, in der kirchlichen Entwicklungszusammenarbeit die Geber-Nehmer-Mentalität zu überwinden, als auch auf die Ausnutzung der Möglichkeit, einen innerkirchlichen Dialog in Entwicklungsfragen über gesellschaftspolitische Demarkationslinien hinweg zu führen.

Gossner Mission

11. Juli 1988

Gruppe „El-Escorial-Papiere"

- Papiere (Rainer / Nyamiti) und Papiere: Kamerun, Äthiopien, Iran + Nigeria sind für eine weitere und Gruppe, die die Mitarbeit – oder 3. Welt pflegen, enge, wichtige, spezielle zur Beziehung.
Wir wollen deshalb diese weitere + Gruppe zusätzlich stark werden (z.B. denen, die in Kamerun-Äthiopien-Iran-Nigeria tätig sind)

- Thema der Reflexion dieser Papiere insgesamt sind m.E. 3 Fragestellungen bzw. Aufgaben für eine Arbeit:
1. Was sind theologische Kriterien bei der Arbeit in einer multireligiösen, pluralen, inkulturellen Projekte?
(Brot für die Welt: Ent- und Katastrophenhilfe) die anderen? → erhebe die als Partnerschaftsmerkmale und es gibt eine inkulturelle Struktur? Formen von Partnerschaft und Selbstbestimmung? Gibt es in der Gebetspraxis Modelle?

Gossner Mission

Erfülle mir Wünsche, die bei der Person reflektiert sind?

2. Wie viel die Beschäftigungszahl es?
Welche Beruflichkeit beobachten wir? beruflich / überbetrieblich
Ist Beschäftigung Teil einer Arbeit?

3. Reife einer Fachkräfte es?
(keine Abschlüsse!
Kompetenzprofil ist sehr unterschiedlich, welche wir die Steuergruppe? bei AGCK?

Einführung in El-Escorial-Papiere: { ego ?
→ Reflexion Ratten / Nyonis { Lehrer

Rollenwechsel + Fragebogen werden verschickt (sind über Fragen Beiträge der Lehrer)
→ Reflexion wurde e. Liste verteilt;

Gossner Mission

HAKM

ECUTEXT: 'Guidelines for Sharing' **EPS 87.11.52**

This text was prepared by the World Consultation on Resource Sharing, 24-31 October, El Escorial (Spain) [EPS 87.11.44].

Section A

Out of abundant and outgoing love, God has created the world, and has given it to all humanity for faithful use and sharing. As recipients of God's gift of life, we are called to see the world through God's eyes, offering it in blessing through our own acts of love, sharing, and appropriate use.

But, because of our sin and selfishness, we have misused God's gift. We have allowed the interests of a few to lead to unjust structures which perpetuate dependence and poverty for many. This is contrary to the purpose of God.

It is in the midst of this sinful reality that God's very self is offered in Jesus Christ for the life of the world. Jesus' self-emptying love on the cross leads us to repentance and becomes the power and pattern of our sharing.

The presence of the Risen Lord in the power of the Holy Spirit enables us to break down barriers and renew structures, for the coming of God's Kingdom of justice and peace.

The new life given by the Holy Spirit in Christ creates us as a new people - members of one body, bearing one another's burdens and sharing together God's life for all.

In the eucharist, we offer to God ourselves and the whole of creation in its brokenness, and receive it back anew. The eucharist sends us back into the world to be Christ's body, broken and shared for the life of the world.

As the first-fruits of the new humanity, the church is called to stand in solidarity with all people, particularly with the poor and the oppressed, and to challenge the value systems of this world.

Having confidence in the grace of God in Jesus Christ, who alone through the Holy Spirit enables us to live in obedience to God's will, we commit ourselves to a common discipline of sharing with all God's people.

Section B

In all our sharing we commit ourselves:

(1) to a new understanding of sharing in which those who have been marginalised (by reason of sex, age, economic condition, ethnic origin, physical disability, those who are homeless, asylum-seekers and migrants) take their place at the centre of all decisions and actions as equal partners.

This means, for example, (a) churches, councils and networks will establish for this purpose ecumenical mechanisms both nationally and regionally, (b) 50 percent representation of women in decision-making structures.

(2) to a fundamentally new value system (unlike those reflected for example in the present economic order, nuclear threats, industrial pollution, etc.) based on justice, peace and integrity of creation and recognizing the rich resources of human communities, their cultural and spiritual contributions and the wealth of nature. **[over]**

Gossner Mission

(3) to identify morally and materially with the poor and oppressed and their organized movements in the struggle for justice and human dignity in church and society.

This implies that we would strongly denounce any participation, either as giver or receiver, in ways of sharing that undermine this struggle.

(4) to bear witness to the mission of God by identifying, exposing and confronting at all levels the root causes and structures of injustice which lead to the plundering of the wealth of the third world resulting in poverty and the destruction of creation; challenging them and insisting on a new economic and political order.

This would mean, for example, the churches of the North strengthening and participating in the anti-nuclear movements now going on to force their governments to stop nuclear testing, dumping, etc.

(5) to enable people to organize themselves and realize their potentials and powers as individuals and communities, working towards self-reliance/self-determination as a pre-condition for interdependence.

(6) to be open to one another as friends on the basis of common commitment, mutual trust, confession and forgiveness freely informing each other and submitting to mutual accountability and correction.

This implies, for example, mutual accountability with the South participating in the meetings and decision-making of the North with regard to resource sharing and vice-versa.

(7) to present to one another our needs and problems in relationships where there are no donors without needs, or recipients who cannot enrich the lives of others. This would imply for example structural changes in the institutions of the North to facilitate this process.

(8) to promote the wholistic mission of the church under the judgement of God's liberating will in words and deeds instead of disrupting and dividing it by responding to one part without relating it to the whole.

(9) to work together in the struggles of people for justice to overcome all barriers between different faiths and secular ideologies which divide the human family today.

(10) to resist international mechanisms (such as IMF/WB) which deprive the people of the South of their resources (transferring, for example, their hard-earned capital, which is more than the aid they receive, in payment of foreign debt and thereby put them in a state of perpetual dependence). Contributing instead to a fundamental and just redistribution of the wealth and resources of a country including the wealth of its churches.

(11) to devise ways of shifting the power to set priorities and terms for the use of resources to those who are wrongfully denied both the resources and the power such as movements for social justice.

This would imply that participation of the South in the decision-making must not only be on a consultative basis as it is practised today. ... EPS

Gossner Mission

ECUTEXT: 'Guidelines for Ecumenical Sharing' **EPS 88.01.17**

This is an edited final text of guidelines prepared by the World Consultation on Resource Sharing which met in El Escorial (Spain), last 24-31 October [EPS 87.11.44,52].

Out of abundant and outgoing love, God has created the world, and has given it to all humanity for faithful use and sharing. As recipients of God's gift of life, we are called to see the world through God's eyes, offering it in blessing through our own acts of love, sharing and appropriate use.

But, because of our sin and selfishness, we have misused God's gift. We have allowed the interests of a few to diminish the life of many. It has led to the rise of unjust structures which perpetuate dependence and poverty for the majority of the world's people. This surely is contrary to the purpose of God.

It is in the midst of this sinful reality that in Jesus Christ God offered God's very self for the life of the world. Jesus' self-emptying love on the cross leads us to repentance. It becomes the power and pattern of our sharing.

The presence of the Risen Lord in the power of the Holy Spirit enables us to break down barriers and renew structures, preparing for the coming of God's Kingdom of justice and peace.

The new life given by the Holy Spirit in Christ creates us as a new people - members of one body, bearing one another's burdens and sharing together in God's gift of life for all.

In the eucharist, we offer to God ourselves and the whole of creation in its brokenness, and receive all things back anew. The Eucharist sends us back into the world to be Christ's body, broken and shared for the life of the world.

As the first-fruits of the new humanity, the church is called to stand in solidarity with all people, particularly with the poor and the oppressed, and to challenge the value systems of this world.

Having confidence in the grace of God in Jesus Christ, who alone through the Holy Spirit enables us to live in obedience to the Divine will, we, the participants in the World Consultation on Resource Sharing, coming from different regions, commit ourselves to a common discipline of sharing among all God's people. In all such sharing we commit ourselves:

1. To a fundamentally new value system based on justice, peace and the integrity of creation. It will be a system that recognizes the rich resources of human communities, their cultural and spiritual contributions and the wealth of nature. It will be radically different from the value system on which the present economic and political orders are based and which lies behind the current crises like those of nuclear threat and industrial pollution.

2. To a new understanding of sharing in which those who have been marginalized by reason of sex, age, economic and political condition, ethnic origin and disability, and those who are homeless, refugees, asylum-seekers and migrants take their place at the centre of all decisions and actions as equal partners.

This means, for example, that churches, councils and networks will establish for this purpose ecumenical mechanisms both nationally and regionally, [and] equitable representation will be provided for women and youth in decision-making structures. **[over]**

Gossner Mission

3. To identify with the poor and oppressed and their organized movements in the struggle for justice and human dignity in church and society. This in turn will imply the refusal to participate, either as giver or receiver, in ways of sharing that undermine this struggle.

4. To bear witness to the mission of God by identifying, exposing and confronting at all levels the root causes, and the structures of injustice which lead to the exploitation of the wealth and people of the third world and result in poverty and the destruction of creation. This entails working for a new economic and political order.

This would mean, for example, that the churches of the North and the South commit themselves to strengthen and participate in the various anti-nuclear movements and to bring pressure upon their governments to stop nuclear testing and the dumping of nuclear waste. It will also mean joining with the people in their struggle against transnational corporations, militarism and foreign intervention and occupation.

5. To enable people to organize themselves and realize their potential and power as individuals and communities, working towards the kind of self-reliance and self-determination which are an essential condition of interdependence.

6. To be open to one another as friends on the basis of common commitment, mutual trust, confession and forgiveness, keeping one another informed of all plans and programmes and submitting ourselves to mutual accountability and correction. This implies, for example, ... mutual accountability and participation in decision making between the South and the North.

7. To represent to one another our needs and problems in relationships where there are no absolute donors, or absolute recipients, but all have needs to be met and gifts to give, and to work for the structural changes in the institutions of the North and the South which this calls for.

8. To promote through words and deeds the holistic mission of the church in obedience to God's liberating will. We are convinced that in responding only to certain parts of the mission we distort and disrupt mission as a whole.

9. To participate in the struggles of people for justice, and thereby overcome all barriers between different faiths and ideologies which today divide the human family. This means, for example, churches in East and West making use of all opportunities to strengthen the process of detente and integrating the resources freed by this process for ecumenical sharing.

10. To resist international mechanisms (such as the International Monetary Fund/World Bank) which deprive the people of the South of their resources, transferring for example their hard-earned capital, which is more than the aid they receive, in payment of foreign debt thereby putting them in a state of perpetual dependence - contributing instead to a fundamental and just redistribution of the wealth and resources of a country including the wealth of its churches.

11. To devise ways of shifting the power to set priorities and terms for the use of resources to those who are wrongfully denied both the resources and the power, such as movements for social justice. This would imply that participation of the South in the decision making must not only be on a consultative basis as it is practised today. [more]

Gossner Mission

12. To facilitate and encourage mutual involvement among the churches and people in the South who have common concerns, for example through the sharing of human resources.

13. To promote and strengthen ecumenical sharing at all levels, national, regional and international.

Ecumenical sharing of resources will take place at all these three levels: local, national/regional, international/inter-regional. Relations between bodies at the three levels of sharing should be characterized by flexibility, complementarity and mutual power sharing. All levels of implementation should recognize and work towards the goal of an equitable representation of 50 percent women and 20 percent youth in all decision-making structures over the next five years.

At the local level, the initiative to obtain resources from national and international agencies should, as far as possible, be taken by the local community. In situations where local ecumenical groups and churches are not working together and where it prevents resource sharing, the process should be facilitated through local community action, and every effort made to encourage ecumenical co-operation among groups and churches.

At national and regional levels, where national or regional mechanisms for resource sharing do not exist the need to set them up must be seen as a matter of urgency. These mechanisms may consist of representatives of churches, ecumenical groups and those popular or people's movements which are involved in the struggle for justice, peace and full human development.

These bodies should constantly and critically examine their own composition and activities and the power structures inside and outside the church, in order to achieve a more just and equitable resource sharing. They should invite and facilitate both dialogue and critical assessment through visiting teams from the churches or groups with whom they share resources, to enhance mutuality and sharing of power. International agencies should take part in the activities of these bodies only when invited.

It is important to educate public opinion in all our countries regarding the structural causes of world economic disorder. This can be done in theological training centres, for example, with the help of witnesses from among partners in sharing. The regional level is where methods for monitoring resource sharing can be most effectively established.

At the international level, international ecumenical resource sharing bodies must be based on equal representation of the partners involved. They should complement the national/regional and local decision-making bodies, for example through round table structures and through the sharing of all relevant information, including financial, of projects/programmes among the partners involved.

All Christian World Communions and ecumenical organizations are called on to take part in the ecumenical sharing of resources through the WCC and to adhere to the discipline emerging from this Consultation.

The WCC is called to a better integration of existing units and sub-units of the Council, and as far as possible, to co-ordinate the channelling of its resources through existing networks. It is recommended that the WCC set up a mechanism to follow up the implementation of the discipline emerging from this Consultation. ... **[EPS]**

Gossner Mission

ECUTEXT: 'Report on an Ecumenical Visit to North Korea' **EPS 88.01.18**

A delegation of the Commission of the Churches on International Affairs of the World Council of Churches visited the Democratic People's Republic of [North] Korea last month in response to an invitation by the Korean Christian Federation and the Committee for the Peaceful Reunification of the Fatherland. The delegation included CCIA Director Ninan Koshy (India), Jaroslav Ondra (Czechoslovakia), Elizabeth Salter (UK), Erich Weingärtner (Canada) and Gerhard Köberlin (FRG). The following is from a CCIA report of the visit.

... [The delegation went] to learn about developments in the Korean peninsula and geopolitical factors, to discuss prospects and problems related to the peaceful reunification of Korea, to strengthen relations of the WCC with the Christian community in the DPRK in general and with the Korean Christian Federation in particular and to discuss the role of the churches abroad and that of the WCC in support of efforts for peaceful reunification of Korea.

The first visit to the DPRK by a WCC team was in November 1985 [EPS 85.11.22; 12.53]. This was followed by a historic meeting between representatives of the Christian community in DPRK and those of the churches in the Republic of Korea [South Korea], for the first time since the division of Korea [EPS 86.10.03].

The delegation ... reported that "there appears to be greater openness on the part of North Korea for relations with people and countries outside a genuine desire for peace in the peninsula and willingness to take steps for reduction of tensions." The delegation had extensive discussions with high officials of the DPRK about several aspects related to reunification.

"People in the North are keenly watching developments in the South as they hope that genuine democratic transformation in the South can lead to reduction of tensions and steps for reunification. However, this hope seems to be tempered with some skepticism because of the uncertainty regarding events in the South", Koshy said.

During the time of the delegation's visit, a five-point proposal for national unity was made by a joint meeting of the Central Committee of the Democratic Front for the Reunification of the Fatherland and the Committee for the Peaceful Reunification of the Fatherland, in an open letter to political parties, groups, and people of the South. ...

The delegation had several opportunities to learn more about the life of the Christian community estimated to be around 10,000 and the work of the Korean Christian Federation .... On Sunday, members of the delegation took part in the worship in two different house churches in Pyongyang [the DPRK capital]. The delegation was impressed by the piety and authenticity of the worship which though simple was carefully planned.

Apparently there has not been much growth in the Christian community over the years, but federation officials appeared to be optimistic about increase in numbers. From 1972 there is a modest programme of theological education for the training of new pastors. One main programme of the federation is publications. In the last four years, they have published 10,000 copies of a new translation of the Old and New Testaments and of a hymnal.

The federation expressed desire for greater contacts with churches abroad. ... The delegation discussed ... CCIA's plans for the next meeting between Christians from North and South ... sometime next year. The possibility of a common day of prayer for North and South Korea for peace and reunification is being explored. ... [EPS]

Gossner Mission

Konrad Raiser Witten, Septemb[illegible] 1987

Koinonia - Das Leben miteinander teilen in einer weltweiten Gemeinschaft.

Einführungsreferat bei der Weltkonsultation des Ökumenischen Rates der Kirchen über das Teilen von Ressourcen in El Escorial, 24.-31. Oktober 1987

I

Diese Konsultation ist der vorläufige Höhepunkt eines langen Prozesses. Unter unseren Vorbereitungspapieren befindet sich ein Dokument, das die verschiedenen Phasen dieses Prozesses und die erreichten Zwischenergebnisse zusammenstellt und in Erinnerung ruft. Das ist hilfreich und erleichtert die Aufgabe für diese einführenden Bemerkungen.

Ein Aspekt dieser Erinnerung sei ausdrücklich unterstrichen: Das Dokument beginnt zu Recht bei der Moratoriumsdebatte Anfang der siebziger Jahre. Sie ist für unsere gegenwärtige Fragestellung nach wie vor von entscheidender Bedeutung. Der Moratoriumsvorschlag war erwachsen aus der kritischen Überprüfung der traditionellen, weitgehend bilateralen und einseitig bestimmten Beziehungen im Bereich der Mission. Der Vorschlag erregte Aufsehen, blieb aber letztlich ohne Konsequenzen. Ohnedies hatte sich in diesen Jahren das Interesse und auch das finanzielle Engagement der Kirchen von Mission auf Entwicklung verlagert. In diesem Umfeld schien der Moratoriumsvorschlag noch weniger zeitgemäß.

Die Herausforderung zu einer kritischen Reflexion über die Bedingungen ökumenischer Partnerschaft wurde von den Kirchen nicht aufgenommen. Stattdessen vollzog sich in den gleichen Jahren der rasante Auf- und Ausbau der kirchlichen und ökumenischen Instrumente für die Aufgaben weltweiter Diakonie und Entwicklungshilfe. Die neugeschaffenen Einrichtungen sollten den alten, missionarischen Bilateralismus durch ökumenische Kooperation überwinden. Aber es entstanden unvermeidlich neue Machtzentren und Abhängigkeitsstrukturen. Der Einbahnverkehr wurde verstärkt, und inzwischen haben sich die bilateralen Beziehungen gegenüber den schwerfälligen und komplizierten ökumenischen Verfahrensweisen wieder voll durchgesetzt.

Das Problem, auf das der Moratoriumsvorschlag dramatisch hinwies, stellt sich daher heute verschärft im Bereich von Diakonie und Entwicklung. Freilich ist auch die Lösung schwieriger geworden, angesichts der enormen Ausweitung des institutionellen und finanziellen Rahmens. Es war daher Ausdruck von selbstkritischer Einsicht und Ernüchterung, als 1976 die Studie über Ökumenisches Miteinander-Teilen begann. Was haben wir in diesen zehn Jahren gelernt? Was können wir heute gemeinsam sagen?

Die Lektüre der Vorbereitungspapiere hinterläßt zwiespältige Eindrücke. Einige davon seien genannt.

1. Eindruck: Alles Notwendige ist bereits gesagt, und zwar seit langem. Wir brauchen keine neuen Grundsatzerklärungen. Unsere Theologie stimmt, wenigstens in der Theorie. Aber woran liegt es, daß all diese guten und eindringlichen Grundsatzerklärungen bisher so wenig bewirkt haben? Ist das nur ein praktisches oder politisches Problem der Umsetzung? Haben wir die Ursachen für den zähen Widerstand gegen die notwendigen Veränderungen schon wirklich erkannt? Müßten wir mit unserer theologischen Reflexion nicht gerade hier ansetzen?

2. Eindruck: Es sind viele wichtige Handlungsperspektiven und praktische Empfehlungen formuliert worden. Das Arbeitsdokument zählt sie nahezu lückenlos auf. Aber es vermag kaum zu veränderter Praxis zu inspirieren. Ein Grund dafür könnte sein, daß diese Perspektiven in die ausgleichende ökumenische Verwaltungssprache gekleidet sind, welche dazu neigt, die Konflikte zuzudecken. Aber auch wo etwa die Regionalberichte die Konflikte deutlich benennen und versuchen, konkret zu reden, scheint ihnen zum Stichwort "Teilen" wenig mehr einzufallen, als was seit Jahren Gegenstand von Empfehlungen und Forderungen ökumenischer Versammlungen an die Adresse der Kirchen gewesen ist. Ist also ökumenisches "Miteinander-Teilen" nur ein anderes Wort für die geforderte, aber nur unvollkommen praktizierte ökumenische Solidarität im Kampf um Gerechtigkeit, besonders im Konflikt zwischen arm und reich? Hat vielleicht gerade der Versuch, aus dem "Teilen" ein umfassendes Deutungsinstrument zu machen, dazu geführt die spezifische Spitze der Herausforderung an die Kirchen in Nord und Süd zu entschärfen?

3. Eindruck: Vor einem Jahr fand in Larnaca die Weltkonsultation "Diaconia 2000 - Nächste werden" statt. Auf diese Kon-

Gossner Mission

ferenz und ihren inzwischen vorliegenden Bericht wird in den Vorbereitungspapieren oft verwiesen. Es war für den Außenstehenden von Anfang an schwer, die Stoßrichtung der beiden Weltkonsultationen über Zwischenkirchliche Hilfe und über Ökumenisches Miteinander-Teilen klar zu unterscheiden. Gibt es einen erkennbaren Unterschied zwischen der Suche nach einer glaubwürdigen Praxis christlicher Diakonie (auf personal-lokaler, nationaler und internationaler Ebene) und unserer jetzigen Bemühung um eine gemeinsame Disziplin der Kirchen in den Prozessen ökumenischen Miteinander-Teilens? Die Schwierigkeit ist nach der Larnaca-Konferenz nicht geringer geworden. Wie führen wir diesen Dialog, der seit langem auf vielen Ebenen läuft und sich in Larnaca in einer bestimmten Weise artikuliert hat, bei unserer jetzigen Zusammenkunft konstruktiv weiter? Wenn ich die Berichte aus Larnaca richtig gelesen habe, dann war für viele der Teilnehmer die Erfahrung entscheidend: Wir haben lange übereinander geredet; jetzt haben wir wirklich begonnen, miteinander zu reden, und das heißt,miteinander zu teilen. Die offiziellen Texte lassen davon freilich nur wenig erkennen. Daraus ergibt sich im Blick auf das Arbeitsziel dieser Konsultation die Frage: Wie müßte eine Verpflichtung zum ökumenischen Miteinander-Teilen aussehen, die deutlich erkennen läßt, daß sie aus einem Prozeß des "Teilens" hervorgegangen ist und zur Weiterführung dieses Prozesses anstiftet?

II

Diese Fragen, die aus der Lektüre der Vorbereitungsdokumente erwachsen sind, nötigen dazu, den Kontext unserer Beratungen deutlicher ins Auge zu fassen, wie dies auch in der revidierten Fassung des Arbeitsdokumentes geschieht. Nun muß hier die Analyse der Weltsituation gewiß nicht noch einmal nachvollzogen werden. Die weltweite Wirklichkeit von ausweglos Verarmung einerseits und rücksichtsloser Habgier andererseits liegt zu offen vor aller Augen. Und auch die unaufhaltsam fortschreitende Zerstörung der Lebensgrundlagen ist im Norden wie im Süden zu einer Tatsache geworden, die sich nicht mehr übersehen läßt. Spätestens die internationale Verschuldungskrise hat die Zweideutigkeit der sogenannten "Interdependenz" offenkundig gemacht; eine Änderung der Strukturen ist unabweisbar geworden.

Die Zusammenhänge und Ursachen sind in gemeinsamen ökumenischen Erklärungen von Kirchenvertretern des Nordens und des Südens oft und eindringlich dargestellt worden. Von Jahr zu Jahr haben sich die Aufrufe an die Kirchen verstärkt, aber sie haben nur wenig bewirkt. Unsere Theologie sagt uns, daß die Kirchen als teilende Gemeinschaft leben sollten; unsere globale Analyse und die Einsicht, daß das Projekt weltweiter Entwicklung fehlgeschlagen ist, sagt uns, daß grundlegende Änderungen der Strukturen notwendig sind - aber unsere Praxis hält nicht Schritt mit unseren Einsichten. Das Arbeitsdokument und die Regionalberichte, nicht zuletzt aus den nördlichen Kirchen, sprechen deutlich und selbstkritisch vom Versagen der Kirchen angesichts der erkannten Herausforderung.

Es genügt hier, auf einige der offenkundigen Widersprüche hinzuweisen. So sprechen wir seit langem von der ganzheitlichen Mission der Kirche in Zeugnis und Dienst auf allen sechs Kontinenten. Aber nach wie vor sind Mission und Entwicklung getrennte Bereiche, in den meisten Kirchen kaum oder nur locker, d.h. durch finanzielle Beiträge verbunden mit dem Leben der örtlichen Gemeinden, und von Partnerschaft,im Sinne wirklicher Gegenseitigkeit der Beziehungen, sind wir noch weit entfernt. Wir sprechen davon, daß ökumenische Solidarität sich nicht im Transfer materieller Ressourcen erschöpfen darf, und daß sie vor allem im Eintreten für die Rechte der Armen in ihrem Kampf um Befreiung und menschenwürdiges Leben zum Ausdruck kommen muß. Aber nach wie vor sind wir Gefangene der Macht des Geldes, verhandeln zwischen Gebern und Empfängern und müssen erkennen, daß die Armen in unseren Systemen und Stukturen bestenfalls als Objekte, aber nicht als Subjekte, als Partner präsent sind. Wir wissen schließlich aus Erfahrung, daß Veränderung in Richtung auf Befreiung dort geschieht, wo die Betroffenen ihre Sache selbst in die Hand nehmen, und daß das Hindernis oft nicht der Mangel an Ressourcen, sondern der Mangel an Macht ist,über die eigenen Ressourcen selber zu verfügen. Dennoch sind wir nach wie vor auf der Jagd nach Projekten und arbeiten an der Verbesserung von Verwaltungsprozessen.

Hinter diesen Widersprüchen steht ein Grundkonflikt, in dem es um Macht und Machtlosigkeit geht. Dies ist offenkundig im internationalen politischen Umfeld. Hier wird der Machtkonflikt je länger desto weniger verschleiert und verdrängt. Aber zugleich scheint eine verantwortliche politische Lösung des Konflikts in immer weitere Ferne zu rücken. In den ökumenischen Bemühungen um aktive Wahrnehmung christlicher Weltverantwortung in den letzten zwanzig Jahren ist dieser Machtgegensatz nie verdrängt worden, und es hat jedenfalls begrenzte Versuche gegeben, zu einer Umverteilung von Macht beizutragen. Aber die Praxis der Planung und Durchführung von Projekten, Kon-

Gossner Mission

sortien, Länderprogrammen usw. zielte doch eher auf eine Bändigung als auf eine produktive Lösung oder Überwindung dieses Konflikts. Vielmehr sehen wir heute deutlicher als je, daß die Kirchen in Nord und Süd als institutionelle Körperschaften selber eingebunden sind in gesellschaftliche und politische Strukturen und daher nicht außerhalb dieses Machtkonfliktes stehen. Sie sind weit mehr Teil des Problems, als Instrument zu seiner Lösung.

Charles Elliot, der frühere Direktor von Christian Aid hat in seinem Buch "Comfortable Compassion. Poverty, Power and the Church" (London 1987) diese Asymmetrie der Machtverhältnisse in Kirche und Gesellschaft überzeugend dargestellt. In einer eindringlichen Interpretation der biblischen Rede von den Mächten und Gewalten kommt er zu dem Schluß, daß der Machtkonflikt in seinem Innersten eine geistliche Herausforderung an die Kirchen darstellt, und das heißt ihre geistliche Gefangenschaft aufdeckt. Die Mächte beim Namen zu nennen und ihnen entgegenzutreten, ist eine Aufgabe, die über die politischen Strategien zur Änderung von Systemen und Strukturen hinausreicht. Dieses Zeugnis, das herausgewachsen ist aus der unmittelbaren Auseinandersetzung mit den Widersprüchen der gegenwärtigen Prozesse des Teilens von Ressourcen zwischen den Kirchen, kann eine Hilfe sein für unsere weiteren Überlegungen.

III

Es ist wichtig, daß wir diesen Kontext vor Augen behalten, wenn wir vom ökumenischen Miteinander-Teilen sprechen und daran arbeiten wollen, die Kirchen in eine gemeinsame Disziplin des Teilens einzubinden. So deutlich sich in dieser Redeweise ein selbstkritisches Bewußtsein vom Ungenügen der bisherigen Bemühungen niederschlägt, verbunden mit der Bereitschaft, neue Wege zu gehen, so klar muß zugleich die Gefahr gesehen werden, daß die Rede vom "Teilen" verschleiernd wirken kann. Gerade die neu bekräftigte theologische Vorstellung von der Kirche als teilender Gemeinschaft könnte dazu verleiten, eine Gemeinschaft zwischen den Kirchen verbal zu postulieren, die in Wirklichkeit nicht besteht und so die ungerechten Strukturen, an denen auch die Kirchen teilhaben, zuzudecken. Zudem kann die Perspektive der Kirche als teilende Gemeinschaft den Blick verengen auf innerkirchliche und zwischenkirchliche Prozesse des Teilens und so dem Ruf zur praktischen Solidarität mit den Armen, die in der Mehrzahl nicht Glieder von christlichen Gemeinden sind, abschwächen. Die andere Gefahr der Verschleierung liegt darin, daß der Aufruf zum ökumenischen Miteinander-Teilen vor allem als eine Verstärkung des moralischen Appells zu verändertem Handeln verstanden werden könnte, ohne vorzudringen zu den geistlichen Ursachen der Gefangenschaft unserer Kirchen und damit zugleich zu den Quellen der Befreiung nicht nur zu einem neuen Handeln, sondern zu einem neuen Leben.

Aber wenn diese Gefahren gesehen werden, dann wird zugleich deutlich, daß sich mit der Vision vom ökumenischen Miteinander-Teilen zugleich die Chance eines wirklichen Neuansatzes bietet. Dann darf und muß davon geredet werden, daß es Kirche als solidarisch teilende Gemeinschaft nicht nur als theologisches Programm, sondern als Erfahrung gibt, im Norden wie im Süden; daß in diesen erneuerten Gestalten von Kirche die unlösbare Zusammengehörigkeit von Eucharistie und Diakonie, zwischen dem Sakrament des Altars und dem Sakrament des Bruders, zwischen der Erneuerung des Lebens im Gottesdienst und dem Teilen des Lebens in der Liturgie nach der Liturgie wiederentdeckt wurde. Hier sind innerhalb dieser Gestalten von Kirche und zwischen ihnen neue Formen des Teilens gewachsen, welche die Fixierung auf das Geld und die Einseitigkeit der Prozesse von Geben und Nehmen überwinden. Hier wird deutlich: Teilen hat es mit dem Anteilgeben und Anteilnehmen am Leben von Menschen zu tun und nicht mit dem Transfer materieller Dinge. Hier wird freilich auch deutlich, daß die Machtstrukturen, die sich der Verwirklichung von teilender Gemeinschaft zwischen Menschen entgegenstellen, im Norden und im Süden die gleichen sind. Daher ist die Solidarität in weltweiter Gemeinschaft eine Lebensnotwendigkeit. Hier erweist sich schließlich auch die Theologie des Teilens nicht als abgehobene Vorstellung, sondern vielmehr als entscheidende Hilfe für die Deutung eigener Erfahrung und als Verweis auf die Quellen, aus denen sich die Kraft des Teilens ständig erneuert.

Aber noch vor aller theologischen und ekklesiologischen Deutung ist die Sprache des Teilens elementare, menschliche Sprache (peoples language). Alle Menschen wissen, sei es aus Erfahrung, sei es in sehnsüchtiger Hoffnung, was Teilen heißt, und daß die Fülle des Lebens sich nur im Miteinander-Teilen des Lebens erschließt. "Teilen" ist daher ein Ursymbol des Lebens, das auf die Evidenz gelingenden Lebens verweist und sich daher nicht in einer moralischen Forderung erschöpft. Teilen vollzieht sich in herrschaftsfreien Beziehungen wirklicher Gegenseitigkeit, d.h. Teilen bewährt sich letztlich im

Gossner Mission

Teilen von Macht, in der wechselseitigen "Bevollmächtigung" (mutual empowering). Freilich, dieses Idealbild des "Teilens" zerbricht immer von neuem an den Bedingungen menschlichen Lebens, theologisch gesprochen an der menschlichen Sünde. Aber gerade weil Menschen unter diesem Selbstwiderspruch leiden, erfahren sie die Selbstmitteilung Gottes in Jesus Christus, dem Leben der Welt, als Befreiung zu einem Leben in teilender Gemeinschaft.

Die elementar menschliche Sprache des Teilens steht in unauflöslicher Spannung zur Sprache der Strukturen, einschließlich der kirchlichen Strukturen, die der Logik der Macht folgt. So wichtig es daher ist, daß die Sprache des Teilens uns über die Ebene der globalen Strukturanalyse hinausführt und uns mit der Lebenswirklichkeit von Menschen konfrontiert, so wenig darf sie die bedrängende Realität der asymmetrischen Machtverhältnisse, nicht zuletzt in und zwischen den Kirchen, verdecken. Ich habe deshalb von Anfang an Probleme gehabt mit dem Versuch, dort von ökumenischem Miteinander-Teilen zu sprechen, wo es sich in erster Linie um Fragen von Gerechtigkeit und Ungerechtigkeit, um die Vertretung legitimer Rechte und um die Kontrolle von Macht durch partizipatorische Entscheidungsprozesse handelt. Auf das gleiche Problem verweist das südafrikanische Kairos-Dokument, wenn es die Redeweise von der "Versöhnung" kritisch hinterfragt. Und nun reden wir gar von einem ökumenischen "System" des Miteinander-Teilens, als ließe sich das, was elementarer Ausdruck gelingenden Lebens ist, übersetzen in noch so transparente Verwaltungsprozesse.

Wir halten an der biblisch begründeten Überzeugung fest: Die Kirche ist ihrem innersten Wesen nach eine Gemeinschaft des Teilens. Aber diese Bestimmung der Kirche als Koinonia, die für das ökumenische Nachdenken über die Kirche ins Zentrum gerückt ist, bleibt eine theologische Aussage und darf nicht mit einer empirischen Beschreibung verwechselt werden. Die Kirche als Koinonia gründet in der gemeinsamen Teilhabe aller Glieder an Jesus Christus, der sein Leben bis zur Selbstaufgabe am Kreuz mit uns geteilt hat. Die gemeinsame Teilhabe an Leib und Blut Jesu Christi in der Eucharistie ist der Ursprung der Koinonia als einer Gemeinschaft des Teilens und nicht umgekehrt. Die radikale Umwertung der menschlichen Unterschiede von Reichtum, Status, Macht usw. durch das Kreuz Jesu Christi eröffnet immer neu den Raum zu einem Leben in teilender Gemeinschaft. Die unterschiedlichen persönlichen Fähigkeiten und Ressourcen innerhalb der Gemeinschaft werden umgewertet zu Gnadengaben (charismata), die zum Wohl der Gemeinde miteinander geteilt werden sollen. Aber die Verwirklichung solcher Koinonia bleibt selbst eine Gabe Gottes durch die Kraft seines Geistes.

Kirche als Koinonia ist dazu berufen, als Gleichnis gelingender Gemeinschaft des Miteinander-Teilens, als Vorausdarstellung der Gemeinschaft im Reich Gottes zu leben. Aber wo immer Kirche unter Menschen Gestalt gewinnt, unterliegt sie den Bedingungen menschlichen Lebens. Sie braucht Strukturen und Ordnungen. Damit lebt die Kirche immer in der Spannung zwischen der Sprache des Teilens und der Sprache der Strukturen. Jeder Versuch, aus der durch Gott in Jesus Christus eröffneten Wirklichkeit der Koinonia ein ideales System zu machen, wird mißlingen. Wir können und müssen danach streben, die Beziehungen zwischen den Kirchen in ihren Strukturen und Ordnungen zu gerechten Beziehungen zu machen und die Ausübung von Macht und Herrschaft innerhalb kirchlicher Strukturen und zwischen ihnen, vor allem dort, wo sie mit Geld verbunden sind, einer wirksamen und transparenten Kontrolle zu unterwerfen. Aber das alles ist noch keine Garantie dafür, daß es innerhalb und zwischen diesen Strukturen zu einer Praxis des wirklichen Miteinander-Teilens kommt. Dazu kann uns letztlich nur die Befreiung durch den Geist Gottes helfen.

Ich plädiere daher für Nüchternheit im Gebrauch der Sprache des Teilens; Nüchternheit gerade im Anerkennen der Spannungen und Konflikte, in die uns die Praxis des Teilens führt. Kirche als Koinonia, als weltweite solidarische Gemeinschaft des miteinander geteilten Lebens - das ist zugleich eine Ursprungs- und eine Zielbestimmung der Kirche, eine Aussage über die Kirche als Leib Christi im Licht ihrer eucharistischen Wirklichkeit, wie im Licht ihrer eschatologischen Möglichkeit. Wir könnten nicht so über die Kirche sprechen, wenn es diese Erfahrung von Koinonia nicht wirklich gäbe. Gerade heute erleben wir an vielen Stellen eine Neuentdeckung der Kirche als teilende Gemeinschaft. Aber wir müssen uns zugleich eingestehen, daß die meisten unserer Kirchen als institutionelle Körperschaften diesem Bild nicht oder nur selten entsprechen. Diese Spannung, die an vielen Stellen zu offenen Konflikten geführt hat und immer wieder führt, ist zugleich die Triebkraft aller kirchlichen Erneuerungsprozesse. Die ökumenische Bewegung lebt in und von dieser Spannung, und die Vision einer Gemeinschaft des miteinander geteilten Lebens bleibt eine der kraftvollsten Zielbestimmungen für die ökumenische

Gossner Mission

Suche.

Angesichts des tatsächlichen Zustandes in den Beziehungen zwischen unseren Kirchen ist die Hoffnung, daß es zu einer Erneuerung in Richtung auf eine wirkliche Gemeinschaft des Miteinander-Teilens kommen könne, nur zu verständlich. Sie hat viele Versuche in den vergangenen Jahren inspiriert. Einige der Regionalberichte warnen allerdings auch davor, uns selbst und unsere Kirchen im Sinne einer Selbstverpflichtung zu überfordern. Und an nicht eingelösten Absichtserklärungen ist wahrhaftig kein Mangel! Andererseits wäre es ein Zeichen kleingläubiger Resignation, wollten wir die Kirchen und ihre Werke (agencies), die viele Teilnehmer dieser Konferenz repräsentieren, abschreiben, weil sie der Erneuerung aus dem Geist Gottes nicht zugänglich sind. Bei aller notwendigen Schärfe der Kritik sollten wir nüchtern erkennen, daß sie an einer Vielzahl von Stellen schützend den Raum offenhalten, in dem sich immer wieder die Erneuerung von wirklicher Gemeinschaft vollzieht.

IV

Alle Prozesse der Erneuerung leben von einer Vision, welche die Richtung der notwendigen Veränderung bestimmt und Kriterien für die Überprüfung des zurückgelegten Weges bereitstellt. Die Erneuerung, von der hier gesprochen wird, ist nie abgeschlossen, ja sie läßt sich nicht abschließen, und die Vision einer Kirche als weltweit teilender Gemeinschaft ist nicht statisch, sondern verändert sich als Folge von Erfahrungen und Einsichten. Wir haben in den letzten Jahren in intensivem und manchmal spannungsreichem Austausch an der konkreten Formulierung einer solchen Vision gearbeitet. In diese Formulierung ist eine neue Lektüre biblischer Texte ebenso eingegangen wie die Auswertung von Erfahrungen mit gelungenem wie mißlungenem Teilen in ökumenischer Gemeinschaft. Das Arbeitsdokument faßt diese Einsichten in seinen zentralen Teil IV unter wenigen prägnanten Überschriften zusammen. Es ist nicht nötig, sie im einzelnen zu wiederholen. Gewiß ließen sich diese Zielbestimmungen noch präzisieren, aber sie bieten Bausteine für den Versuch, Koinonia als teilende Gemeinschaft zu verwirklichen und zeichnen in Umrissen eine offene Vision, die unsere praktischen Schritte leiten kann. Von möglichen Schritten zur Umsetzung dieser Vision soll daher abschließend die Rede sein.

Dabei ist es richtig, daß wir wo immer möglich, bei den bereits vorliegenden positiven Erfahrungen ansetzen und sie im Licht der Vision verstärken und weiterentwickeln. Dies gilt vor allem im Blick auf die Überwindung der einseitigen Fixierung auf den Austausch von materiellen Ressourcen. Nach meinem Empfinden ist in der bisherigen Diskussion zu wenig zur Geltung gekommen, daß die ganze ökumenische Bewegung ein reiches Erfahrungsfeld versuchten und gelungenen Teilens zwischen Kirchen und Christen darstellt. Vor allem die Kirchen in Europa und Nordamerika haben in den vergangenen Jahrzehnten einen unschätzbaren Reichtum von theologischen und geistlichen Einsichten und Anregungen, von Liedern, Gebeten und lebendigen Zeugnissen aus den Kirchen des Südens empfangen. Was wären wir als Christen in den nördlichen Ländern ohne diesen in unsere Richtung fließenden Austausch von Ressourcen. Vermutlich haben wir ökumenisch viel mehr empfangen an Ermutigung zu glaubwürdigem Christsein heute, an notwendiger Herausforderung und geschwisterlicher Korrektur, als wir unsererseits durch unsere, vor allem materiellen Gaben haben aufwiegen können. Vor allem in der jüngeren Generation in unseren Kirchen ist diese Form des Miteinander-Teilens von geistlichen Ressourcen zu einer unverzichtbaren Kraftquelle für ihre Praxis ökumenischer Solidarität geworden. Die ökumenische Bewegung begann in der Begegnung zwischen Menschen. Hier vor allem vollzieht sich bis heute das wirksamste Teilen in Gemeinschaft, auch wenn es unmöglich erscheint, dies in ein umfassendes System des Miteinander-Teilens einzubauen.

Wie könnten die praktischen Schritte zur Verwirklichung der Vision aussehen? Ich will einige Punkte nennen in der Hoffnung, daß sie für unsere Arbeit hilfreich sind.

1. Nüchterne Einsicht sagt uns, daß die Beziehungen auf der Makro-Ebene zwischen Kirchen und den von ihnen getragenen Werken (agencies) wohl nie dem Maßstab des ganzheitlichen, gegenseitigen Teilens entsprechen werden, besonders wo es um das Teilen der materiellen Ressourcen geht. Dennoch sollten und müßten sich diese Beziehungen deutlich erkennbar unterscheiden von den Beziehungen zwischen Staaten, Wirtschaftsunternehmen usw. Sie müßten den elementaren Forderungen der Gerechtigkeit entsprechen. Und nur so können sie den Raum offenhalten für die Erneuerung in Richtung auf eine teilende Gemeinschaft hin. Kirchen verhalten sich zueinander nicht wie autonome Staaten, wie wirtschaftliche Vertragspartner oder wie Interessenverbände. Als Glieder am Leib

Gossner Mission

Christi leben sie aus einer konstitutiven Zugehörigkeit aufeinander, die sie wechselseitig in Pflicht nimmt.

Dies ist wohl auch der Hintergrund für den Vorschlag, die besondere Qualität dieser Beziehungen in Form einer verpflichtenden Disziplin zu beschreiben. In anderem Zusammenhang wird gegenwärtig das Modell des Bundesschlusses diskutiert, um den verpflichtenden Charakter der ökumenischen Gemeinschaft der Kirchen zu unterstreichen. Die Bundesordnung Israels fand ihren konzentrierten Niederschlag im Dekalog. Bezeichnenderweise sind die für das soziale Zusammenleben entscheidenden Gebote negativ formuliert. Sie verpflichten nicht zu einem positiven Tun, sondern zum Unterlassen. Auch an anderen Stellen in der biblischen Tradition findet sich diese Aufforderung zum Rechtsverzicht oder zum Machtverzicht (s. Sabbathjahr) als Voraussetzung zur Erhaltung der Gemeinschaft zwischen ungleichen Partnern. Dieser Impuls könnte hilfreich sein für die Formulierung einer gemeinsamen Disziplin des Miteinander-Teilens. Ihr Ziel läge in der Verpflichtung, alles zu unterlassen, was der Verwirklichung von Koinonia im Wege steht.

2. Statt einer langen Liste von Aktionen und Initiativen, die von den Kirchen positiv erwartet werden, könnte sich eine solche Verpflichtung beschränken auf wenige Grundregeln, welche die Punkte bezeichnen, wo die besondere Qualität der Beziehungen zwischen den Kirchen verletzt wird. Es geht um Grundregeln und nicht um ein perfektes System. Die Regeln müßten konkreter sein als theologische oder ekklesiologische Grundprinzipien und doch relevant sein für die große Vielfalt von unterschiedlichen Situationen. Sie sollten so einfach formuliert sein, daß sie von allen Gliedern der Kirche nachvollzogen werden können und alle dadurch instandgesetzt werden, an der kritischen Prüfung der Beziehungen teilzunehmen.

   In Anlehnung an Grundregeln der alttestamentlichen Bundesordnung müßte es das Ziel einer solchen Selbstverpflichtung sein, die Rechte der schwächeren Glieder in der Gemeinschaft zu schützen und die Ausübung von Macht zu zähmen. Zu den Bereichen, die durch solche wechselseitigen Selbstverpflichtungen geregelt werden sollten, müßte gehören
   - der Respekt vor der Eigenständigkeit (self-reliance) der Partner. Eigenständigkeit und Gleichberechtigung sind elemenrate Voraussetzungen für alles Miteinander-Teilen.
   - Gleichberechtigte Teilnahme aller Partner an den Entscheidungen, welche die Beziehung betreffen.
   - Regeln für das Geben und das Nehmen, insbesondere die Frage von Auflagen bei der Verwendung angebotener Ressourcen.
   - Reichweite der wechselseitigen Rechenschaftspflicht.
   - Einseitige oder gemeinsame Festlegung von Mandaten und Überprüfungskriterien.

   Die Beispiele für Aspekte der Beziehungen, die einer solchen gemeinsamen Regelung bedürfen, betreffen vor allem den Austausch von materiellen Ressourcen. Sie sollten jedoch ausgeweitet werden und vor allem auch den ökumenischen Mitarbeiteraustausch umfassen.

3. Teilen im vollen Sinne geschieht in der Begegnung, im Austausch zwischen Menschen und nur sekundär in den Beziehungen zwischen Strukturen. Daher dürfte sich auch der Versuch, eine gemeinsame Verpflichtung in Gestalt von einigen einfachen Regeln zu formulieren, nicht darin erschöpfen, anonyme, wenn auch gerechte und partizipatorische Verfahrensweisen für kirchliche und ökumenische Einrichtungen zu entwickeln, die das Leben der Menschen an ihrem jeweiligen Ort nicht berühren. Sollen die Regeln ihre Schutzfunktion erfüllen, so müßte durch sie vor allem das Teilen in und zwischen örtlichen Gemeinden und Christen gefördert und gestärkt werden. Alle Initiativen und Programme, die das Leben der örtlichen Gemeinde und Kirche als einer teilenden Gemeinschaft stärken, müßten Priorität haben. Daraus ergibt sich als weitere Regel:
   Alle Initiativen und Programme, die trennend oder spaltend in einer Gemeinde oder Kirche an einem bestimmten Ort wirken, stehen dem Geist teilender Gemeinschaft entgegen.

   Eine weitere Konsequenz sei angedeutet: Das Teilen als Begegnung von Menschen, als Austausch von Erfahrungen und geistlichen Zeugnissen, hat Vorrang vor dem Teilen von materiellen Ressourcen. Vielmehr folgt das Teilen von Ressourcen der Begegnung von Menschen. Es ist Ausdruck der Gemeinschaftsbeziehung und stärkt diese. Es ist eine der wichtigsten Erfahrungen ökumenischer Lern- und Erneuerungsprozesse in den nördlichen Kirchen, daß sie angeregt werden von Menschen, die in ökumenischer Begegnung Anstöße aus dem Zeugnis von Christen in anderen Kirchen empfangen haben. Diese Prozesse des elementaren Miteinander-Teilens zu stärken, müßte ein Ziel der gemeinsamen Verpflichtung sein.

Gossner Mission

4. Es wird entscheidend sein, daß die Verpflichtung sich nicht nur auf das Teilen in und zwischen christlichen Kirchen und Gemeinden erstreckt. So wichtig es ist, an dem vorrangigen Ziel festzuhalten, die örtlichen Gemeinden wechselseitig als teilende Gemeinschaften zu stärken, so gilt doch zugleich, daß eine christliche Gemeinde nur in dem Maß zu einem Gleichnis des miteinander geteilten Lebens wird, als sie die Güte der Schöpfung Gottes mit allen Menschen teilt. Im Verlauf der Diskussion in den letzten Jahren ist immer wieder leidenschaftlich gestritten worden, ob das Miteinander-Teilen sich vornehmlich in der solidarischen Gemeinschaft zwischen Christen und Kirchen oder in der Solidarität mit den Armen in dem Kampf um Gerechtigkeit und Menschenwürde bewährt. Die gemeinsame Verpflichtung wird beide Dimensionen der Solidarität in ihrer spannungsvollen Bezogenheit konkret ansprechen müssen.

5. Wird die gemeinsame Verpflichtung verstanden als ein solcher Rahmen von Regeln, welche den Raum zur Verwirklichung von teilender Gemeinschaft in und zwischen den Kirchen eröffnen und freihalten sollen, dann müssen sie sich auf Grenzmarkierungen beschränken. Um so wichtiger ist es, daß sie ergänzt werden durch Beispiele und Modelle von teilender Gemeinschaft in verschiedenen Kontexten. Solche aus dem gegenwärtigen Leben der Kirchen hervorgehenden Gleichnisse und Zeugnisse sind wichtiger als noch so eindringliche Appelle und Empfehlungen. Sie entsprechen dem Geist des Miteinander-Teilens, denn sie ermutigen, fordern heraus und regen an, auf dem Weg der Erneuerung weiterzugehen. Hier vor allem wird sich ökumenische Solidarität in den kommenden Jahren bewähren müssen.

Gossner Mission

Bericht über die ÖRK-Konsultation über "Ökumenisches Miteinanderteilen", 24.-31. Oktober 1987 in El Escorial, Spanien

1. Zur Vorgeschichte

Mit der Einrichtung des Studienprogramms über den "Ökumenischen Austausch von Ressourcen" (Programmeinheit "Gerechtigkeit und Dienst/CICARWS) im Jahre 1976 wurde ein langjähriger Reflexionsprozeß über das ökumenische Miteinanderteilen in Gang gesetzt, der an die Anfang der siebziger Jahre geführte Debatte über Hilfe, Eigenständigkeit und Moratorium anknüpfte. Die erste Etappe schloß mit der Veröffentlichung des Arbeitsheftes "Leere Hände- Eine Herausforderung für die Kirchen" (1980) ab. In einer zweiten Periode (1980 - 1984) wurde nach Möglichkeiten gesucht, die gewonnenen Einsichten in dem Bemühen um ein neues System des Miteinanderteilens umzusetzen. Für den dritten Abschnitt formulierte der Zentralausschuß 1984 das Ziel, "die Verpflichtung aller Partner zum ökumenischen Miteinanderteilen zu erreichen und ihr Engagement zu verstärken sowie Richtlinien für die Verwirklichung des Miteinanderteilens auszuarbeiten". So stand die Weltkonsultation, der eine Serie von Regionalkonferenzen vorausging, vor der Aufgabe, "eine ökumenische Charta auszuarbeiten, die dazu beitragen soll, unser Teilen und unsere Solidarität zu fördern, Jetzt ist es an der Zeit, die theoretischen Erkenntnisse in die Praxis umzusetzen." (Arbeitsdokument, 4).

2. Die Weltkonsultation über ökumenisches Miteinanderteilen

2.1. Die Konsultation stand unter dem Thema "Koinonia - Sharing Life in a World Community" (Das Leben miteinander teilen in einer weltweiten Gemeinschaft) und fand in einem katholischen Tagungszentrum in El Escorial bei Madrid in Spanien statt.

2.2. Anwesend waren ca. 250 Teilnehmer von Kirchen, Räten, Hilfswerken, Missionsgesellschaften und Gruppen aus 73 Ländern aller Kontinente, einschließlich der vom ÖRK geladenen Jugenddelegierten. Nach der vorläufigen Teilnehmerliste ergibt sich folgendes Bild:
Jugend 11%, Frauen 28%, Afrika, Asien, Karibik, Lateinamerika, Naher Osten, Pazifik 58%, Europa und Nordamerika 42% (Osteuropa 4%, kein Vertreter aus der SU).
Für den Bund der Ev. Kirchen in der DDR nahmen teil: Dr. Graewe, Zernsdorf, und Landespfarrer Moderow, Anklam. Weitere Teilnehmer aus der DDR:als Jugenddelegierte: stud. theol. Friederike Costa, Berlin, und als Pressevertreter Herr Hennig ("Standpunkt").

Gossner Mission

2.3. Einblicke in den spanischen Kontext, speziell die Situation der spanischen evangelischen Kirchen, wurde durch Gemeindebewegungen in Madrid und eine Plenarpräsentation vermittelt. Nach Überwindung des Francismus, der die kleinen protestantischen Kirchen an den Rand gedrängt hatte, stehen diese nun in einer Situation bisher nicht gekannter Freiheit vor der Aufgabe, ihre Identität zu finden. Die Beziehungen der Evangelischen untereinander sind schwierig. Zur römisch-katholischen Kirche, die selbst einen Wandel durchmacht, bestehen zahlreiche persönliche Kontakte.

2.4. Die Sacharbeit der Konferenz war in ein vielfältiges gottesdienstliches Geschehen eingebettet (Eröffungsgottesdienst mit Emilio Castro als Prediger, Morgenandachten, Abschlußgottesdienst mit symbolischer Fußwaschung).
Als Materialien lagen den Konferenzteilnehmern vor: die Berichte der Regionalkonsultation sowie ein Arbeitsdokument (35 Seiten). Das Programm umfaßte zwei Hauptreferate (siehe 2.6.)zu Beginn (zu nennen wäre auch die Predigt von Castro), Arbeitsgruppen zu einzelnen Teilen des Arbeitsdokumentes, Bibelstudiengruppen, Regional-, Frauen-und Jugendtreffen. Ihre Ergebnisse bildeten die Grundlage für die Erarbeitung des Schlußdokumentes (siehe Anhang), das später durch einen längeren Bericht ergänzt werden soll.

2.5. Die Bibelstudien des Inders Dr. Christopher Duraisingh wandten sich drei grundlegenden Modellen/Metaphern von Koinonia zu :"Bundesschluß als umwälzendes (subversives) Modell" für geteiltes Leben in Gemeinschaft; Die Eucharistie als ein ganzheitliches und kostspieliges Modell für geteiltes Leben in Gemeinschaft; Der Leib als ein befreiendes Bild für geteiltes Leben in Gemeinschaft.

3. Die Hauptreferate und die Themen der Arbeitsgruppen

3.1. Frau Sithembiso Nyoni (Zimbabwe) : Ökumenisches Miteinanderteilen - die Perspektive der Christen an der Basis.

Für die Christen an der Basis bestimmt sich, was Ressourcen sind und Miteinanderteilen bedeutet, aus ihrem Kampf "für die Umkehrung des Prozesses der Abhängigkeit, Ausbeutung und Unterentwicklung, um als schöpferische Menschen leben zu können." Sie "ringen um neue Sinngebung, um den wahren Sinn des Lebens, ohne Armut, Hunger und Fremdbestimmung. Um das zu verwirklichen müssen sie selbst über ihren materiellen Reichtum .... bestimmen können."
Stärkung der Schwachen und Förderung ihrer Selbständigkeit sind demnach oberstes Ziel des Miteinanderteilens, bei dem es nicht primär oder vorallem um materielle Güter geht. Vielmehr: "Das Gut, das wir teilen, sollten wir, die Menschen, sein. Wir wollen voneinander Unterstützung und Hilfeleistung erbitten, damit wir die Welt neu erkennen und begreifen können."

Gossner Mission

Die Christen an der Basis wie auch die reicheren Kirchen verfügen über eine Vielfalt an Gaben.
Sie rief auf; "Laßt uns zu erst miteinander erfahren, 'wer' wir sind, ehe wir miteinander teilen, 'was' wir haben." Nach dem Urteil von Frau Nyoni "teilen nur wenige Kirchen ihre Mittel und Gaben miteinander. Vielmehr wird Hilfe gegeben und Hilfe entgegengenommen. Dies gehört allerdings nicht zu unserem Auftrag als Christen, weil es unseren Beziehungen Schaden zufügt. Auch hat es den, der gibt, mächtiger, und de , der empfängt, schwächer und abhängiger gemacht. Ehe wir geben und empfangen können, müssen wir gleichberechtigte Partner werden."

3.2. Konrad Raiser (BRD): Koinonia - Das Leben miteinander teilen in einer weltweiten Gemeinschaft.

Hinter offenkundiger Kluft zwischen gewonnenen Einsichten (Fehlschlagen des Projektes weltweiter Entwicklung, Notwendigkeit grundlegender Änderungen der Strukturen) und einer Praxis, die mit diesen Einsichten nicht Schritt hält, steht als Grundproblem die "Asymmetrie der Machtverhältnisse in Kirche und Gesellschaft." Die Kirchen sind in diesen Machtkonflikt eingebunden. Die Rede vom Teilen darf die Realität dieses Konfliktes nicht verschleiern. Unter dieser Voraussetzung bietet aber die "Vision vom ökumenischen Miteinanderteilen die Chance eines wirklichen Neuansatzes", zumal es "Kirchen als solidarisch teilende Gemeinschaft nicht nur als theologisches Programm, sondern als reale Erfahrung gibt." Diese Erfahrung besagt: "Teilen hat was mit dem Anteilgeben und Anteilnehmen am Leben der Menschen zu tun." Allerdings:"Die elementar menschliche Sprache des Teilens steht in unauflöslicher Spannung zur Sprache der Struktur, die der Logik der Macht folgt." und: "Kirche als Koinonia' bleibt eine theologische Aussage, die nicht mit einer empirischen Beschreibung verwechselt werden darf."
"Kirche als Koinonia ist dazu berufen, als Gleichnis gelingender Gemeinschaft des Miteinanderteilens zu leben "
(Gleichnis, nicht ideales System).
Raiser plädiert "für Nüchternheit im Gebrauch der Sprache des Teilens, Nüchternheit gerade im Anerkennen der Spannungen und Konflikte,in die uns die Praxis des Teilens führt." Dennoch bleibt "die Vision einer Gemeinschaft des miteinander geteilten Lebens eine ... der kraftvollsten Zielbestimmungen für die ökumenische Suche." Raiser benannte abschließend Elemente einer ökumenischen Verpflichtung des Miteinanderteilens als mögliche Schritte zur Umsetzung der offenen Vision.

3.3. Themen der Arbeitsgruppen

- Gesellschaftlicher, politischer, wirtschaftlicher und ökumenischer Kontext
- Biblische und theologische Überzeugungen
- Ökumenisches Teilen auf Ortsebene: Erfahrungen, Grundsätze, neue Modelle

Gossner Mission

- Ökumenisches Teilen auf Landes- und regionaler Ebene: Erfahrungen, Grundsätze, neue Modelle
- Ökumenisches Teilen auf internationaler Ebene: Erfahrungen Grundsätze, neue Modelle
- Ökumenisches Teilen auf internationaler Ebene: Beziehungen zwischen Gebern und Empfängern, Erfahrungen, Grundsätze, neue Modelle

4. Beobachtungen und Eindrücke in lockerer Folge

- Die Forderung nach Transparenz im Gebaren der Partner und nach gleichberechtigter Beteiligung an den Entscheidungsprozessen durchzog die ganze Konsultation.
- Die Arbeit in den Regionalgruppen gewann für das Konferenzgeschehen zunehmend an Bedeutung und wurde auch aus eigener Initiative fortgesetzt (interregionales Treffen der 3. Welt).
- Inwieweit die Ergebnisse der vorhergehenden Regionalkonsultationen wirklich auf der Weltkonsultation Berücksichtigung fanden, müßte noch geprüft werden.
- Mehrfach wurde auf die CICARWS-Konsultation in Lanarca 1986 Bezug genommen, ohne daß das Verhältnis zur Weltkonsultation klar wurde. Etliche Teilnehmer waren auch in Lanarca anwesend.
- Die Jugenddelegierten waren z.T. recht kurzfristig eingeladen und ohne deutliche Kontinuität zu den Regionalkonsultationen (Frustrationsgefühl).
- Die Gruppe der Frauen verstand es, gegen manche Widerstände ihre spezifischen Anliegen einzubringen.
- Die Nord - Süd - Spannung dominierte eindeutig. Ein deutlicher Hinweis auf den Zusammenhang von Ost-West-Entspannung und Entwicklung gelangte im letzten Moment in das Schlußdokument.
- Für die Kirchen im Norden/schilderte eine Finnin die Probleme der Industriegesellschaften und bat die Kirchen des Südens ausdrücklich um Hilfe. /sprechend

5. Folgerungen/ Aufgaben

Das Schlußdokument bedarf eingehender Prüfung und Auswertung. Für die Umsetzung in die eigene Situation werden folgende Aufgaben als Beispiele genannt.

- Einbindung des Bemühens um ökumenisches Miteinanderteilen in den konziliaren Prozeß
- Partizipation von Frauen und Jugendlichen an Entscheidungsprozessen

Gossner Mission

- Teilen auf örtlicher Ebene, zwischen Gemeinden, Landeskirchen und mit anderen Kirchen
- Suche nach weiteren Formen und Möglichkeiten des Teilens spiritueller Ressourcen
- Information über die Probleme der sogenannten Dritten Welt und Auseinandersetzung mit den Fragen, die uns von dort gestellt werden, als Bestandteil der kirchlichen und theologischen Ausbildung und in der Gemeindearbeit.
- Förderung des 2%-Appells
- Beachtung der Wechselseitigkeit des Teilens in den Beziehungen zu anderen Kirchen
- Aufklärung über die Differenz von Teilen und Helfen
- Entwicklung ökumenischer Partnerschaften.

- eigene Schwerpunkte!

gez.: Moderow

Anklam, den 5.12.1987

USB-Nr. 90/88

Gossner Mission

WELTKONSULTATION UEBER OEKUMENISCHES MITEINANDERTEILEN
El Escorial, 24.-31. Oktober 1987

RICHTLINIEN FUER DAS TEILEN

I.

Aus der überströmenden Fülle seiner Liebe heraus hat Gott die Welt erschaffen und hat sie der ganzen Menschheit anvertraut mit dem Auftrag, als seine Haushalter mit ihr umzugehen und ihre Güter miteinander zu teilen. Als Empfänger der göttlichen Gabe des Lebens sind wir aufgerufen, die Welt mit Gottes Augen anzusehen und sie durch unsere Beweise der Liebe, des Miteinanderteilens und einer verantwortlichen Haushalterschaft zum Segen für alle werden zu lassen.

Unsere Sündhaftigkeit und Eigensucht aber haben uns dazu verleitet, Gottes Gabe zu missbrauchen. Wir haben es zugelassen, dass zur Befriedigung der Interessen einiger weniger das Leben vieler beraubt worden ist. So sind ungerechte Strukturen entstanden, die die Mehrheit der Weltbevölkerung in dauerhafte Abhängigkeit und Armut gestürzt haben. Dies steht im Gegensatz zu Gottes Heilsplan.

Inmitten dieser sündigen Welt hat Gott sich selbst in Jesus Christus für das Leben der Welt hingegeben. Jesu entsagungsvolle Liebe am Kreuz weist uns den Weg zur Busse. Sie wird zur treibenden Kraft und zum Vorbild unseres Teilens.

Die Gegenwart des auferstandenen Herrn in der Kraft des heiligen Geistes verleiht uns die Fähigkeit, Schranken niederzureissen und Strukturen zu verändern, um den Weg für das Kommen des Reiches der Gerechtigkeit und des Friedens zu bereiten.

Das in Christus durch den heiligen Geist geschenkte Leben macht aus uns ein neues Volk - Glieder des einen Leibes, die einer des anderen Last tragen und das Leben miteinander teilen, welches Gott allen gegeben hat.

In der Feier des Abendmahls bringen wir Gott uns selbst und die ganze Schöpfung in ihrer Zerbrochenheit dar und erhalten sie neu zurück. Das Abendmahl sendet uns in die Welt zurück, damit wir Christi Leib sind, der für das Leben der Welt gebrochen und geteilt wird.

Als Erstling der neuen Menschheit ist die Kirche aufgerufen, mit allen Menschen solidarisch zu sein, insbesondere mit den Armen und den Unterdrückten, und die Wertsysteme dieser Welt in Frage zu stellen.

Gossner Mission

Im Vertrauen auf die Gnade Gottes in Jesus Christus, der allein uns durch den heiligen Geist in Stand setzt, den göttlichen Willen gehorsam zu erfüllen, verpflichten wir, die Teilnehmerinnen und Teilnehmer an der Weltkonsultation über ökumenisches Miteinanderteilen, die wir aus verschiedenen Teilen der Welt zusammengekommen sind, uns zu einer gemeinsamen Disziplin des Teilens mit dem ganzen Volk Gottes.

II.

Bei allem Miteinanderteilen verpflichten wir uns:

1. Uns an einem vollständig neuen Wertsystem zu orientieren, das auf Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung beruht. Dieses System wird das reiche Potential der menschlichen Gemeinschaften und ihren kulturellen und spirituellen Beitrag wie auch die reichen Gaben der Natur anerkennen und respektieren. Es wird sich grundlegend von den Wertsystemen unterscheiden, auf denen die bestehende wirtschaftliche und politische Ordnung beruht und die die Ursachen darstellen für die heutigen Krisen und Gefahren, wie beispielsweise die nukleare Bedrohung oder die Umweltverschmutzung durch die Industrie.

2. Ein neues Verständnis vom Teilen zu entwickeln, in dem diejenigen, die aufgrund ihres Geschlechts oder Alters, aus wirtschaftlichen oder politischen Gründen, aufgrund ihrer ethnischen Herkunft oder körperlichen Behinderung oder weil sie Heimatlose, Flüchtlinge, Asylsuchende oder Wanderarleiter sind an den Rand der Gesellschaft gedrängt werden, ihren Platz als gleichberechtigte Partner im Zentrum aller Entscheidungsprozesse und Aktivitäten einnehmen.

   Das heisst beispielsweise, dass

   a) Kirchen, Räte und Netzwerke zu diesem Zweck nationale und regionale ökumenische Mechanismen schaffen;

   b) in allen Entscheidungsgremien für eine adäquate Vertretung von Frauen und jungen Menschen gesorgt wird.

3. Uns im Kampf um Gerechtigkeit und Menschenwürde in Kirche und Gesellschaft mit den Armen und Unterdrückten und deren Organisationen zu identifizieren. Das bedeutet, dass wir jede Mitwirkung an Formen des Teilens, ob als Geber oder als Empfänger, ablehnen, die diesen Kampf untergraben.

4. Den Auftrag Gottes dadurch erfüllen, dass wir auf allen Ebenen die Ursachen und Strukturen der Ungerechtigkeit aufdecken, verurteilen und bekämpfen, die zur Ausbeutung der Reichtümer und der Menschen der Dritten Welt geführt und Armut sowie die Zerstörung der Schöpfung zur Folge haben. Gleichzeitig müssen wir auf eine neue wirtschaftliche und politische Ordnung hinarbeiten.

Gossner Mission

Das würde beispielsweise bedeuten, dass sich die Kirchen im Norden und im Süden verpflichten, die verschiedenen Anti-Atom-Bewegungen stärker zu unterstützen und sich an ihnen zu beteiligen und ihre Regierungen zu drängen, Atomtests sowie die Lagerung von Atommüll einzustellen. Es würde ferner bedeuten, dass sie zusammen mit den Betroffenen den Kampf gegen transnationale Konzerne, Militarisierung, ausländische Intervention und Besatzung aufnehmen.

5. Menschen zu befähigen, sich zu organisieren und sich als einzelne wie auch als Gemeinschaften ihrer Möglichkeiten und ihrer Macht bewusst zu werden und auf Eigenständigkeit und Selbstbestimmung hinzuarbeiten, die eine grundlegende Voraussetzung für Beziehungen der Gegenseitigkeit sind.

6. Einander offen als Freunde auf der Grundlage gemeinsamer Verpflichtung und gegenseitigen Vertrauens sowie von Bekennen und Vergeben gegenüberzutreten, einander laufend über alle Pläne und Programme zu informieren und zur gegenseitigen Rechenschaftspflicht und Korrektur bereit sein.

   Dies bedeutet zum Beispiel für die Beziehungen zwischen dem Süden und dem Norden die praktische Verwirklichung der gegenseitigen Rechenschaftspflicht und wechselseitigen Mitwirkung in den Entscheidungsprozessen.

7. Einander unsere Bedürfnisse und Probleme mitteilen im Rahmen von Beziehungen, in denen es keine absoluten Geber und keine absoluten Empfänger mehr gibt, sondern wo jeder Bedürfnisse zu erfüllen und Gaben anzubieten hat, und dafür zu sorgen, dass in den Institutionen des Nordens die hierfür erforderlichen strukturellen Veränderungen vorgenommen werden.

8. Den ganzheitlichen Auftrag der Kirche im Gehorsam gegen Gottes befreienden Willen in Wort und Tat voranzubringen. Wir sind überzeugt, dass wir den Auftrag als Ganzes verzerren und auseinanderreissen, wenn wir uns lediglich auf einen Teil konzentrieren.

9. Uns am Ringen der Menschen um Gerechtigkeit zu beteiligen und auf diese Weise alle Schranken zwischen Religionen und Weltanschauungen, die heute die Menschheitsfamilie trennen, niederzureissen.

   Das bedeutet zum Beispiel, dass Kirchen in Ost und West jede Gelegenheit nutzen, um den Entspannungsprozess voranzubringen, und die so freigesetzten Mittel und Gaben für ökumenisches Miteinanderteilen verfügbar machen.

10. Uns den Aktivitäten internationaler Einrichtungen (wie z.B. des Weltwährungsfonds und der Weltbank) zu widersetzen, die die Völker des Südens ihrer Güter berauben, indem sie sich z.B. deren hart verdientes Kapital, das mehr wert ist als die ihnen zugehende Entwicklungshilfe, als Schulden zurückzahlen lassen und sie damit in dauerhafte Abhängigkeit bringen. Stattdessen wollen wir uns dafür einsetzen, dass der Reichtum und die Güter eines Landes, einschliesslich des Reichtums seiner Kirchen, vollkommen neu und gerecht verteilt werden.

11. Gangbare Wege auszuarbeiten, wie Macht verlagert werden kann, damit die Prioritäten und Bedingungen für die Nutzung der Güter von denen festgelegt werden, denen sowohl die Güter als auch die Macht unrechtmässig vorenthalten werden, z.B. Bewegungen für soziale Gerechtigkeit.

Gossner Mission

Das würde bedeuten, dass der Süden nicht unbedingt mehr wie heute üblich lediglich beratend an den Entscheidungsprozessen teilnimmt.

12. Das wechselseitige Engagement von Kirchen und Menschen im Süden, die zahlreiche gemeinsame Anliegen haben, zu erleichtern und zu fördern, beispielsweise durch ökumenisches Miteinanderteilen.

13. Oekumenisches Teilen auf allen Ebenen - national, regional und international - zu fördern und zu intensivieren.

III.

Oekumenisches Miteinanderteilen wird auf allen drei Ebenen stattfinden:

- auf Ortsebene
- auf Landes- oder Regionalebene
- auf internationaler oder interregionaler Ebene

Die Beziehungen zwischen Gremien auf den drei Ebenen des Miteinanderteilens sollten durch Flexibilität, Komplementarität und gegenseitige Machtteilung gekennzeichnet sein.

Auf allen Ebenen sollte das Ziel, innerhalb der nächsten fünf Jahre eine adäquate Vertretung von 50% Frauen und 20% jungen Menschen in allen Entscheidungsstrukturen zu verwirklichen, anerkannt und angestrebt werden.

Auf Ortsebene

Der Beschluss, von nationalen oder internationalen Einrichtungen Mittel anzunehmen, sollte soweit wie möglich von der Ortsgemeinde selbst gefasst werden.

Dort, wo lokale ökumenische Gruppen und Ortskirchen nicht zusammenarbeiten und somit nicht miteinander teilen, sollte dieser Prozess durch Gemeinwesenarbeit gefördert und jede Anstrengung unternommen werden, um Gruppen und Kirchen zur ökumenischen Zusammenarbeit anzuregen.

Auf Landes- und Regionalebene

Dort, wo es keine nationalen oder regionalen Gremien für das Miteinanderteilen gibt, sollten sie umgehend eingerichtet werden. Ihnen können Vertreter der Kirchen, ökumenischer Gruppen wie auch der Basis- oder Volksbewegungen angehören, die sich dem Kampf für Gerechtigkeit, Frieden und Entwicklung des ganzen Menschen verschrieben haben.

Diese Gremien sollten ihre Zusammensetzung und Tätigkeit wie auch die Machtstrukturen innerhalb und ausserhalb der Kirche einer ständigen kritischen Prüfung unterziehen, um ein gerechteres und ausgewogeneres Miteinanderteilen zu verwirklichen. Sie sollten Dialog und kritische Beurteilung erleichtern, indem sie Besuchsteams aus den Kirchen und Gruppen einladen, mit denen sie Güter und Gaben austauschen. Auf diese Weise unterstreichen sie die Gegenseitigkeit der Beziehung und begünstigen das Miteinanderteilen von Macht. Internationale Einrichtungen sollten sich an den Aktivitäten dieser Gremien nur dann beteiligen, wenn sie dazu aufgefordert wurden.

Gossner Mission

Es ist wichtig, die öffentliche Meinung in allen unseren Ländern besser über die strukturellen Ursachen der weltwirtschaftlichen Unordnung zu informieren. Das kann z.B. an theologischen Ausbildungsstätten geschehen, indem man Augenzeugen aus Partnergruppen einlädt, von ihren Erfahrungen zu berichten.

Kontrollmechanismen für das Miteinanderteilen lassen sich am wirksamsten auf regionaler Ebene einrichten.

Auf internationaler Ebene

Oekumenisches Miteinanderteilen auf internationaler Ebene setzt eine gleichberechtigte Vertretung aller beteiligten Partner voraus. Sie sollten die nationalen/regionalen und die lokalen Entscheidungsgremien ergänzen, z.B. durch partnerschaftliche Programme und durch den Austausch aller erforderlichen, einschliesslich der finanziellen, Informationen über Projekte/ Programme unter den beteiligten Partnern.

Alle Weltweiten Christlichen Gemeinschaften und ökumenischen Organisationen sind aufgerufen, sich über den OeRK am ökumenischen Miteinanderteilen zu beteiligen und sich der Disziplin anzuschliessen, die von dieser Konsultation verabschiedet werden wird.

Der OeRK wird aufgefordert, seine bestehenden Programmeinheiten und Untereinheiten besser ineinander zu integrieren und die Weiterleitung seiner Mittel durch die bestehenden Kanäle soweit wie möglich zu koordinieren.

Es wird empfohlen, dass der OeRK eine Möglichkeit vorsieht, um die Einhaltung der auf dieser Konsultation erarbeiteten Disziplin zu überprüfen.

IV.

Wir selbst werden diese Disziplin befolgen. Wir werden uns bemühen, ein Klima zu schaffen, in dem sie verstanden und angenommen werden kann. Wir werden unsere Kirchen, ihre Mitglieder und ihre Hilfswerke auffordern, sie sich zu eigen zu machen.

Wir werden darauf hinarbeiten, dass diese Disziplin auch ausserhalb der OeRK-Mitgliedschaft angenommen wird. Wir werden die Zusammenarbeit verweigern, wenn diese Disziplin ausdrücklich abgelehnt wird. Wir werden Gelegenheiten für neue ökumenische Partnerschaften schaffen, damit Kirchen unterschiedlicher Traditionen und Kontexte einander bereichern können.

Wir werden einander in unserer Verpflichtung unterstützen. Wir werden voreinander und damit vor Gott in spätestens drei Jahren Rechenschaft darüber ablegen, wie wir unsere Worte in Taten umgesetzt haben.

Fragen-, Thesen-Entwurf [illegible]:
Graewe, Gerne, Lehn, Schroeder

Uebersetzt aus dem Englischen
Sprachendienst des OeRK

Gossner Mission

WELTKONSULTATION UEBER OEKUMENISCHES MITEINANDERTEILEN

El Escorial, 24.-31. Oktober 1987

Empfehlungen zu Frauen und jungen Menschen

Als Ergebnis des Frauen- und des Jugendtreffens während der Konsultation sind die folgenden Empfehlungen und Anmerkungen im Plenum gebilligt worden:

I. Frauen

Die Frauengruppe hält fest, dass ein enger Zusammenhang zwischen der Lage der Frau und der patriarchalischen Interpretation der Bibel besteht. Die männliche Theologie verewigt ein System, in dem die Frauen "weniger als" gelten. Der theologische Teil des Berichts muss sich mit diesem Problem auseinandersetzen.

Beim Miteinanderteilen von Gaben und Gütern können die Frauen neue theologische Perspektiven einbringen, die aus ihren Erfahrungen erwachsen (cf. das von der Asiatischen Christlichen Konferenz herausgegebene "Asian Women Reading the Bible" und das vom Christlichen Studentenweltbund veröffentlichte "As Seen by Women"). Wir bitten die Kirchen eindringlich, während der Dekade "Solidarität der Kirchen mit den Frauen" eine umfassende Studie über diese Perspektiven durchzuführen und für ihre Verwirklichung zu sorgen.

1. Wir empfehlen eine 50%ige Vertretung von Frauen in allen Entscheidungs- und Beratungsgremien, die als Ergebnis dieser Konsultation gebildet oder abgeändert werden, wie etwa in Ausschüssen für die Nacharbeit, in örtlichen, nationalen, regionalen und internationalen Gremien. Ferner müssen in den Entscheidungen aller dieser Gremien die befreienden Perspektiven der Frauen ihren Niederschlag finden.

2. Wir empfehlen den Teilnehmerinnen und Teilnehmern dieser Konsultation, ihren Organisationen die Dekade "Solidarität der Kirchen mit den Frauen" anzuempfehlen und sie zur Unterstützung anzuregen. Das heisst konkret, dass genügend finanzielle und andere Mittel für Initiativen zur Verfügung gestellt werden, die Gerechtigkeit für Frauen anstreben und sie zur uneingeschränkten Mitwirkung in den Gesellschaften befähigen, in denen sie leben.

3. Wir empfehlen, in den ersten fünf Jahren der Dekade das Ziel zu verwirklichen, dass 50% der alljährlich durch ökumenische Kanäle weitergeleiteten Mittel Programmen und Projekten zufliessen, die Frauen und ihren Gemeinschaften zugute kommen. Hierzu gehören Programme und Projekte,

   (i) die nur von Frauen geplant und durchgeführt werden;
   (ii) die einer Gesamtgemeinschaft zugute kommen, in der Frauen an Planung und Entscheidungsfindung gleichberechtigt beteiligt sind;
   (iii) die Menschen in die Lage versetzen, sich selbst zu organisieren und sich ihrer Möglichkeiten als einzelne und als Gemeinschaften bewusst zu werden.

Gossner Mission

Besonderes Gewicht sollte auf die Finanzierung von Aktivitäten gelegt werden, die

(i) Frauen in die Lage versetzen, systematisch Ideen und Konzepte für eine alternative Gesellschaft zu entwickeln, die auf Gerechtigkeit, Frieden, Gleichberechtigung und einer ökologisch vertretbaren Volkswirtschaft beruht;
(ii) Frauen über ihre Rechte und Möglichkeiten in ihren jeweiligen Gesellschaften aufklären;
(iii) für die Ausbildung weiblicher Führungs- und Fachkräfte sorgen;
(iv) Gelegenheiten für Regionaltreffen von Frauen aus allen Gesellschaftsschichten und aus allen Bereichen schaffen, insbesondere im Süd-Süd-Kontext.

Wir bitten alle Entscheidungsgremien nachdrücklich, Finanzierungsanträge sorgfältig zu überprüfen und alle Gesuche abzulehnen, die die Mitwirkung von Frauen ausser acht lassen oder sogar gegen sie arbeiten. 1992 sollten die Frauen die Verwirklichung dieser Empfehlungen in finanzieller wie auch in programmatischer Hinsicht überprüfen.

4. Wir empfehlen ferner, dass sich Kirchen, kirchliche Einrichtungen und andere Hilfswerke verpflichten, 50% ihrer Mittel wie oben beschrieben zur Verfügung zu stellen und für eine 50%ige Vertretung von Frauen in ihren Entscheidungsgremien zu sorgen und in das damit verbundene Ueberprüfungsverfahren einzuwilligen. Da es sich hier wahrscheinlich um bilaterale Beziehungen handeln wird, ist es wichtig, dass die ganze Familie Gottes, Frauen und Männer, diesen Vorschlag unterstützt und gutheisst, denn eine grosse Zahl der Hilfswerke ist auf dieser Konsultation nur durch Männer vertreten.

5. Wir empfehlen, dass vor einer weiteren Verteilung des für diese Konsultation vorbereiteten audio-visuellen Beitrags Aenderungen vorgenommen werden, damit die ganze Familie Gottes vertreten ist.

II. JUGEND

Die Jugendgruppe ist unzufrieden mit der Art und Weise, in der die jungen Leute zu dieser Konsultation eingeladen wurden. Der zu dieser Tagung hinführende Prozess hat sich über mehrere Jahre hingezogen, doch sind junge Menschen zu keinem früheren Zeitpunkt einbezogen worden. Das Hauptanliegen der Jugendgruppe ist die Mitwirkung von jungen Leuten am ökumenischen Miteinanderteilen von Mitteln und Gaben.

Ueberall auf der Welt tragen junge Menschen mit an der schweren Last von Leid und Ungerechtigkeit. Die Kirchen müssen der Jugend zuhören und ihre Erfahrung mitberücksichtigen.

Im Miteinanderteilen von Mitteln und Gaben innerhalb der ökumenischen Bewegung müssen die jungen Leute Solidarität, Mittel und Unterstützung finden können.

Jugendorganisationen, Kontaktnetze und Projekte brauchen die Unterstützung und das Vertrauen derer, die selbst einmal jung gewesen sind.

Gossner Mission

1. Wir empfehlen, dass in allen für Miteinanderteilen zuständigen Entscheidungsgremien 20% junge Menschen, Frauen und Männer, vertreten sein sollen.

2. Wir empfehlen, dass 10% aller Programm- und Projektmittel für Jugendprojekte und -programme zur Verfügung gestellt werden. Die Verwaltungshaushalte der Jugendorganisationen sollten in die Finanzierung mit eingeschlossen werden.

Uebersetzt aus dem Englischen
Sprachendienst des OeRK

Gossner Mission

WELTKONSULTATION UEBER OEKUMENISCHES MITEINANDERTEILEN

El Escorial, 24-31. Oktober 1987

KOMMUNIQUE

Der Oekumenische Rat der Kirchen veranstaltete vom 24.-31. Oktober 1987 in El Escorial (Spanien) eine internationale Konsultation über ökumenisches Miteinanderteilen, an der 250 Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen von Kirchen und kirchlichen Organisationen aus 73 Ländern teilnahmen. Unter dem Thema "Geteiltes Leben in weltweiter Gemeinschaft" diskutierten sie über die Art und Weise, wie Einzelpersonen, Hilfswerke, Kirchen und ökumenische Organisationen am Einsatz und Austausch von geistlichen Gaben, Personal und materiellem Gut teilnehmen. Vertreter der evangelischen Kirchen Spaniens berichteten in ihren Begrüssungsansprachen von den Schwierigkeiten, denen sie sich gegenübersehen und baten um die Solidarität der ökumenischen Familie.

Im Rahmen des Tagungsprogrammes, das mit täglichen Gottesdiensten, Bibelarbeit, Vorträgen, Diskussionen in Arbeitsgruppen und Regionalgruppen sowie persönlichen Gesprächen ausgefüllt war, bemühten sich die Teilnehmer, Ansätze für neue Modelle und Richtlinien für ökumenisches Miteinanderteilen zu entwickeln. Diese Konsultation fand ein Jahr nach der Weltkonsultation "Diakonia 2000 - Nächste werden" vom November 1986 in Larnaca (Zypern) sowie nach mehreren regionalen Konsultationen über ökumenisches Miteinanderteilen statt.

Frau Sithembiso Nyoni wies in ihrem Hauptreferat darauf hin, dass die Kirchen nicht nur über materielle Güter, sondern auch über menschliche, politische und geistliche Gaben verfügen, und dass sowohl die materiell reichen als auch die materiell armen Kirchen eine Vielzahl von Informationen, Traditionen, Erkenntnissen und Erfahrungen miteinander teilen können. Sie appellierte an die Delegierten: "Lasst uns zuerst miteinander teilen, 'wer' wir sind und erst dann 'was' wir haben. Das Miteinanderteilen dessen, was wir sind, sollte sowohl horizontal als auch vertikal geschehen."

Herr Dr. Konrad Raiser, der das zweite Hauptreferat hielt, befasste sich mit Schwierigkeiten des Teilens zwischen Nord und Süd. "Unsere Theologie sagt uns", so Raiser, "dass die Kirchen als teilende Gemeinschaft leben sollten; unsere globale Analyse und die Einsicht, dass das Projekt weltweiter Entwicklung fehlgeschlagen ist, sagt uns, dass grundlegende Aenderungen der Strukturen notwendig sind - aber unsere Praxis hält nicht Schritt mit unseren Einsichten... Die Armen sind in unseren Systemen und Strukturen bestenfalls als Objekte, aber nicht als Subjekte, als Partner präsent."

Während der gesamten Tagung erörterten die Teilnehmer neue Formen von Bundesbeziehungen, von Partnerschaft in Zeugnis und Mission, Gegenseitigkeit im Geben und Empfangen von Gütern und Gaben, gegenseitiger Verpflichtung auf Gerechtigkeit und Frieden sowie neue Strukturen, die eine gleichberechtigte Vertretung aller - insbesondere der Frauen und jungen Menschen - in den Entscheidungsprozessen und Machtstrukturen verwirklichen.

Gossner Mission

Die Teilnehmer äusserten Besorgnis angesichts der Ausbeutung von Menschen und natürlichen Ressourcen, der mangelnden Selbstbestimmung der Armen und Unterdrückten, der Isolierung und Feindseligkeit zwischen Gemeinschaften innerhalb der christlichen Familie wie auch gegenüber nicht-christlichen Gemeinschaften sowie angesichts der Folgen der politischen und wirtschaftlichen Machtverhältnisse für die Verteilung des Reichtums.

In den Berichten der Arbeitsgruppen wurde die Formulierung von Richtlinien für das Miteinanderteilen gefordert, wobei u. a. folgende Punkte genannt wurden:

1. Bedingungen und Kriterien für das Geben und Empfangen von Mitteln sowie eine Klärung der Werte, die den Beziehungen - insbesondere dem Nord-Süd-Austausch - zugrunde liegen; z.B. der Austausch von Informationen und anderen Materialien zwischen den ökumenischen Partnern sowie die gegenseitige Teilnahme an den Entscheidungsprozessen.

2. Ein System des Miteinanderteilens, das sich mit den Faktoren der Ausbeutung auseinandersetzt und Hilfe nicht als mildtätige Gabe, sondern als Rückerstattung versteht.

3. Die Einstellung von Praktiken, die Symptome kurieren, anstatt die Ursachen anzugehen.

4. Der Aufbau von Gemeinschaft durch Achtung der Menschenwürde, Förderung der Eigenständigkeit, grösstmögliche Mitbestimmung aller und gegenseitige Rechenschaftspflicht.

5. Die Beseitigung von Hindernissen, die dem Miteinanderteilen des Lebens im Wege stehen, und die Möglichkeit für jeden, seine Rechte und seine Macht in Anspruch zu nehmen.

6. Mehr Miteinanderteilen über konfessionelle, kulturelle, rassische und gesellschaftlich-wirtschaftliche Schranken hinweg - im Gottesdienst, in der Reflexion und im Handeln -, damit wir der Einheit der Kirche näher kommen.

7. Zusammenarbeit mit und Lernen von Randgruppen, Volksorganisationen, Basisgemeinschaften usw. durch Besuche und Austauschprogramme, die das Verständnis füreinander erleichtern und neue Formen der Beziehungen möglich machen.

8. Einbeziehung von Menschen anderer Religionen und Weltanschauungen in das Miteinanderteilen und damit Förderung weltweiter Gemeinschaft.

9. Die Verpflichtung dazu, die eine interdependente Welt zu verwirklichen, in der sich jeder für den anderen verantwortlich fühlt.

In den Bibelarbeiten unter der Leitung von Herrn Dr. Christopher Duraisingh wurden Konzepte des Teilens in Bildern wie Bundesschluss, Leib Christi und Eucharistie entwickelt. Andere biblische Vorbilder, die sich auf Selbstentäusserung, Gehorsam, Freude und Miteinanderteilen von Reichtümern bezogen, kamen in den Arbeitsgruppen zur Sprache, in denen auch unterstrichen wurde, dass Gott die Quelle aller Gaben ist - was wir miteinander teilen, ist uns zuallererst von Gott gegeben worden.

Gossner Mission

Die Konsultation schloss mit der einmütigen Annahme einer Disziplin für ökumenisches Miteinanderteilen, und die Teilnehmer und Teilnehmerinnen gingen mehrere wichtige Verpflichtungen ein:

i. die von der Konsultation festgelegte Disziplin für ökumenisches Miteinanderteilen zu befolgen;

ii. ein Klima zu schaffen, in dem diese Disziplin verstanden und angenommen werden kann, und Gelegenheit für neue ökumenische Partnerschaften zu schaffen, damit Kirchen unterschiedlicher Traditionen und Kontexte einander bereichern können;

iii. die Kirchen, ihre Mitglieder und ihre Hilfswerke, die am ökumenischen Teilen beteiligt sind, zur Annahme und Verwirklichung dieser Disziplin aufzufordern;

iv. die Zusammenarbeit mit denen zu verweigern, die diese Disziplin ausdrücklich ablehnen;

v. voreinander und damit vor Gott in spätestens drei Jahren Rechenschaft darüber abzulegen, inwieweit die Disziplin verwirklicht worden ist.

Uebersetzt aus dem Englischen
Sprachendienst des OeRK

Gossner Mission

Anlage 1

7.1.A

SEKRETARIAT

Bei Beantwortung
bitte Aktenzeichen
angeben

BUND
DER
EVANGELISCHEN
KIRCHEN
IN DER DEUTSCHEN DEMOKRATISCHEN REPUBLIK

1040 BERLIN, den 8.12.1987
Auguststraße 80 · Telefon 2 88 6

An die
Evangelischen Kirchengemeinden,
liebe Schwestern und Brüder!

Im Frühjahr diesen Jahres hat die Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen dazu ermutigt, an gefangene Kinder in Südafrika Briefe zu schreiben. Wir wissen, daß sehr viele Gemeinden, Gruppen und einzelne dies getan haben.

Kürzlich war Pfarrer Frank Chikane, der Generalsekretär des Südafrikanischen Kirchenrates zu einem Kurzbesuch in der DDR. Von ihm wissen wir, daß die Briefe tatsächlich in Südafrika angekommen sind, und zwar in einer kaum zu bewältigenden Fülle. Frank Chikane hat uns den beiliegenden Brief mit einem ausdrücklichen Dank an alle, die an der Aktion teilnahmen, übermittelt.

Wir fügen weitere Materialien hinzu, die belegen, daß die Lage nicht besser geworden ist. Unsere Schwestern und Brüder rufen die Weltöffentlichkeit zu einer besonderen Weihnachtsaktion auf. Sie bitten speziell uns, momentan nicht so sehr die Briefaktion fortzusetzen, da sie mit der Weitervermittlung der eingegangenen Post noch alle Hände voll zu tun haben. Wenn wir schreiben, dann sollte die Adressierung jetzt nicht an einzelne Personen erfolgen, sondern an

South African Council of Churches
Khotso House, 42 de Villiers Street, Johannesburg 2001

Detainees' Parents Support Committee
207 Khotso House, 42 de Villiers Street, Johannesburg 2001

Wichtig seien nach wie vor Protestbriefe an die Botha-Regierung

The State President Mr. P.W. Botha
Union Building, Pretoria 0002

Vor allem bitten wir die Gemeinden in der DDR, in ihren Gottesdiensten der Advents- und Weihnachtszeit sowie in persönlichen Gebeten der Kinder in Südafrika zu gedenken und für das Ende der Apartheid in Südafrika zu beten.

In der Anlage fügen wir einen Entwurf für ein Fürbittgebet bei.

zu USB-Nr. 208/88

Gossner Mission

Ökumenischer Rat der Kirchen
Programmeinheit Gerechtigkeit und Dienst
Kommission für das Programm zur Bekämpfung des Rassismus

30. November 1987

Liebe Freunde,

während der letzten drei Monate hat die Nationale Vereinigung für Human- und Zahnmedizin (NAMDA) täglich ein Kind untersucht, das gerade aus dem Gefängnis entlassen worden war. 73 % der Kinder waren länger als 20 Wochen in Haft, über 80 % waren geschlagen worden, 20 % waren mit Elektroschocks behandelt worden und annähernd 60 % hatten psych~~-~~ische Schäden davongetragen. Offizielle Statistiken der südafrikanischen Regierung zeigen, daß in den letzten Jahren mindestens 3 320 Kinder unter 18 Jahren verurteilt worden sind. Es wird geschätzt, daß mehr als 1 000 Kinder noch in Haft sind, neben den tausenden, die sich in Untersuch ungshaft befinden. Das Apartheidregime von Südafrika betreibt eine gezielte Politik der Zerstörung der politischen Opposition, indem sie den Geist der schwarzen Kinder brechen und sie durch Folter und Haft physisch verstümmeln.

Diese Tatsachen wurden kürzlich der Weltöffentlichkeit ins Bewußtsein gerufen auf einer internationalen Konferenz "Kinder, Unterdrückung und Gesetz im Südafrika der Apartheid", die vom 24. - 27. September 1987 in Harare stattfand.

...

Die unwiderlegbaren Beweise, die Gruppen wie die Nationale Vereinigung für Human- und Zahnmedizin (NAMDA) und das Hilfskomitee für Eltern Verhafteter (DPSC), vorlegten und die Zeugnisse die eine Reihe von Kindern, die gefangen und gefoltert worden waren, ablegten, ließen keinen Zweifel daran, daß in Südafrika Kinder unter unmenschlicher Grausamkeit von Seiten der Polizei und der Streitkräfte in den Gefängnissen leiden.

So überzeugend die Statistiken sein mögen, sie haben nicht die gleiche Wirkung wie die persönlichen Zeugnisse von Kindern, die die Grausamkeit und Folter, die sie durch Angehörige der Sicherheitsstreitkräfte Südafrikas zu erleiden hatten, beschrieben. Ein 13jähriges Mädchen aus Botswana war von einem Angehörigen der südafrikanischen Armee während einer Unruhe in Gaborone in den Rücken geschossen worden, und sie ist jetzt von der Hüfte an gelähmt. Sie beschrieb, daß absichtlich auf sie geschossen wurde und wie sie Zeugin des kaltblütigen Mordes an ihrer Familie, in der sich auch ein Baby befand, wurde.

Ein 11jähriger Junge, der zwei Monate lang inhaftiert war, beschrieb, wie ihm die Polizei seine Zähne ausschlug und behaupteten, daß er "Autos und Geschäfte in Brand gesetzt" habe. Andere berichteten über die Behandlung mit Elektroschocks, wie sie gezwungen worden waren, tagelang stehend zu verbringen und in helles Licht zu starren, wie sie in Kühlschränke eingesperrt wurden, wie ihre Gesichter mit Gummischläuchen überzogen wurden, bis sie fast erstickt waren. Eine Mutter erzählte vom sexuellen Mißbrauch ihrer Tochter, nach Aussage von Sozialarbeitern eine verbreitete Praxis. Die Schreckensliste wurde fortgesetzt.

Gossner Mission

Rechtsanwälte, Ärzte, kirchliche Mitarbeiter und Sozialarbeiter sowie Eltern aus Südafrika bestätigten diese Zeugnisse und wiesen nach, daß es sich nicht um isolierte Einzelfälle handele. Sie erzählten von zahllosen Kindern, die sie gesehen hatten, deren Schläge, Schlafentzug, Behandlung mit Elektroschocks, sexueller Mißbrauch, die Bedrohung mit dem Tod und das Schreien von Kindern in benachbarten Zellen zusammen ein "massiver und überwältigender Beweis gegen die südafrikanische Regierung" sei.

Dr. Wendy Orr, eine Bezirksärztin, die 1985 eine der ersten Medizinerinnen war, die Beweise für die Folter die sie an ihren Patienten feststellte, offenlegte, rief dazu auf, "die betäubende Stille" im Blick auf die Folter von Kindern zu beenden. Die Konferenz unterstrich, daß Ärzte, Rechtsanwälte, Sozialarbeiter, Erzieher und alle die, deren Arbeit eine besondere Verantwortung für Kinder einschlösse, moralisch verpflichtet seien, ihre Stimme zu erheben und aktiv am Kampf für den Schutz der Kinder in Südafrika vor dem Versuch eines Völkermordes einzusetzen.

...

Die Südafrikaner legten ihr Zeugnis in dem Wissen ab, daß sehr wohl die Möglichkeit bestand, daß sie bei der Rückkehr nach Südafrika inhaftiert, in einigen Fällen erneut in Haft genommen werden würden. Sie waren der Überzeugung, daß sie jetzt bereit sein müßten, die Konferenz zu unterstützen, die ein Meilenstein im Antiapartheidskampf war, da sie die Aufmerksamkeit der Welt auf die Not der Kinder in Südafrika lenkte. "Wir können ihre kühnen und mutigen Taten nicht umsonst gewesen sein lassen."

Beim Programm zur Bekämpfung des Rassismus ging gerade ein Telex von Pfarrer Frank Chikane, Generalsekretär des Südafrikanischen Kirchenrates, ein, in dem wir darüber informiert werden, daß das Volk von Südafrika eine Kampagne plant: "Weihnachten des Volkes gegen den Ausnahmezustand". Ziel ist es, die Gefängnisse der Apartheid zu öffnen, insbesondere gegen die Bedrohung, Inhaftierung und Folter der Kinder aufzutreten. Die Vereinigte Demokratische Front (UDF) hat die Zeit zwischen dem 10. und 25. Dezember dafür festgelegt, das heißt, vom Internationalen Menschenrechtstag bis zum Weihnachtstag. Wir zitieren aus seiner Mitteilung:

> "Ich möchte Euch hiermit dringend bitten, unsere kirchlichen Partner und Solidaritätsgruppen weltweit aufzufordern, mit uns Solidarität zu üben, indem sie Programme organisieren und daran teilnehmen, die auf unsere Not in Südafrika hinweisen und auf das Apartheidregime Druck ausüben, die Apartheid zu beenden und allen Südafrikanern die Chance zu geben, eine neue und gerechte Gesellschaft aufzubauen."

...

Bittet die Gottesdienstausschüsse in Euren Gemeinden darum, daß sie entsprechende Lesungen für die Gottesdienste heraussuchen und daß sie Gruppendiskussionen nach den Gottesdiensten organisieren. Organisiert Informationsveranstaltungen und ladet Südafrikaner und Mitarbeiter von Antiapartheidsgruppen ein, über das Thema Inhaftierung und Folter von Kindern zu sprechen. Bildet Gebets- und Aktionsgruppen, die für die gefangenen Kinder und ihre Eltern beten und haltet auch spezielle Gebete während der Gottesdienste für die Kinder, die am Weihnachtsmorgen in einer südafrikanischen Gefängniszelle aufwachen werden. Verpflichtet Euch, monatlich einmal an einer diesen Kindern gewidmeten Aktion teilzunehmen. ...

Gossner Mission

2 d 1

Erklärung der internationalen Konferenz "Kinder, Unterdrückung und das Gesetz im Südafrika der Apartheid", Harare, Zimbabwe, 24. - 27. 09. 1987

Die internationale Konferenz über "Kinder, Unterdrückung und das Gesetz im Südafrika der Apartheid" fand vom 24. bis 27. September 1987 in Harare, Zimbabwe, statt. Sie wurde von Erzbischof Trevor Huddleston einberufen und stand unter der Schirmherrschaft von Bischof Ambrose Reeves Trust. Bei der Eröffnungssitzung sprachen der Ministerpräsident von Zimbabwe, Robert Mugabe, der Präsident des Afrikanischen Nationalkongresses, Oliver Tambo, und Frau Lisbet Palme, Schweden.

Fast 300 Südafrikaner, größtenteils unmittelbar aus dem Land selbst, trafen mit 200 Vertretern von über 150 Organisationen aus allen Teilen der Welt zusammen. Darunter waren Rechtsanwälte, Ärzte, kirchliche Mitarbeiter und Sozialarbeiter, Aktivisten aus dem Bereich der Innen- und Außenpolitik, Vertreter von Jugend-, Studenten- und Frauenorganisationen, sowie von Gewerkschaften und Fachorganisationen. In der Delegation aus dem Land selbst waren Kinder zusammen mit denen vertreten, deren Arbeit und Erfahrung die Ursache dafür ist, daß sie mit den Folgen des Apartheidregimes in Form der brutalen Unterdrückung von Kindern zu tun bekamen.

Die Konferenz, die uns in Harare zusammenführte, bot der internationalen Gemeinschaft eine einzigartige Möglichkeit, auf diejenigen zu hören, die unmittelbar betroffen sind, und die Wahrheit zu erfahren über die Gewalttaten der Apartheid, über Schläge, Erschießung, Folter, Verhaftung und Einkerkerung von Kindern. Wir und mit uns die ganze Weltöffentlichkeit konnten den Schleier der Zensur und Geheimhaltung zerreißen, den das Apartheidregime mit Hilfe des seit zwei Jahren geltenden Ausnahmezustandes über das Land gebreitet hat.

Wir hörten bewegende Zeugenaussagen von Kindern über ihre erschütternden Erfahrungen mit Folter und Verwundungen, die die Agenten des Regimes an ihnen verübten. Ärzte und andere Fachleute informierten uns in großer Sorge um das Wohlergehen der Kinder darüber, wie in Wirklichkeit Kinder, die unter der Apartheid leben, behandelt würden. Richter erläuterten, daß es keine wirksamen rechtlichen Vorkehrungen für den Schutz der Kinder gäbe, und wie verwundbar sie seien angesichts der Bestimmtheit, mit der das Apartheidregime an der Unterdrückung der Mehrheit der Südafrikaner festhält.

Seit der Besetzung der Townships im September 1984 sind weder Wohnung, noch Schule, noch die Straße verschont geblieben. Eine erdrückende Macht wird in Stadt und Land eingesetzt. Ganze Schulen sind verhaftet worden, sogar Kinder, die jünger als 10 Jahre waren. Nach der Erklärung des Ausnahmezustandes, im Juni 1986, sind über 30 000 Menschen verhaftet worden. Davon waren mindestens ein Drittel Kinder. Das Ausmaß der Verhaftungen und die damit verbundene Gewalt sind selbst in Kriegszeiten ohne Parallele.

Die verübte Grausamkeit und Brutalität führte zu einem schweren Schock, zu Empörung und Zorn. Mit den absichtlichen, systematischen und gezielten Schüssen der bewaffneten Agenten des Regimes auf Kinder stellt sich das Südafrika der Apartheid außerhalb der Grenzen der zivilisierten Gesellschaft. Dies zeigt den politischen und moralischen Bankrott eines Systems an, das jede Form der Opposition zerstören muß. Eine derartige Regierungsform ist völlig unrechtmäßig.

Gossner Mission

Wir verurteilen nachdrücklich alle, die mit dem Regime in Ausführung seiner Politik zusammenarbeiten, insbesondere die Rechtsanwälte und Richter, die einem unmenschlichen und ungesetzlichen System Gesetzlichkeit verleihen, und die Mediziner, die konspirieren, indem sie die Brutalität gegen Kinder geheimhalten. Wir rufen die internationale Gemeinschaft auf, die Beziehungen zu allen Gremien abzubrechen, die diese Praxis nicht verurteilen.

Wir verpflichten uns, gemeinsam zu handeln, damit die Not der Kinder Südafrikas der Welt bewußt bleibt. Wir werden weiterhin und in verstärktem Maße die Unterdrückung und den Mibrauch der Kinder verfolgen und bekanntmachen.

Wir fordern Rechtsanwälte, Mediziner, Sozialarbeiter, kirchliche Mitarbeiter und alle übrigen, deren Arbeit eine besondere Verantwortung für Kinder einschließt, dringend dazu auf, sich in den Kampf um den Schutz der Kinder Südafrikas einzuschalten und bei ihrer Befreiung von der Apartheid mitzuhelfen.

Wir appellieren an die Weltöffentlichkeit, für die Verhängung von Sanktionen gegen das Regime einzutreten,und alle Regierungen dringend aufzufordern, all jene zu unterstützen, die sich . unter persönlichen Risiken, bereitwillig für die Verteidigung der Kinder Südafrikas einsetzen.

Wir erkennen, daß die Kinder Südafrikas kein normales Leben führen können, solange das Apartheidregime besteht. Die Kinder selbst haben das erkannt und haben in ihrer Bereitschaft, ihren skrupellosen Unterdrückern im täglichen Kampf zu widerstehen, einen heldenhaften Mut an den Tag gelegt. Ihr Engagement und ihre Entschlossenheit sind uns allen eine Inspiration. Wir verpflichten uns, als Gemeinschaft und als einzelne, mit all unseren Mitteln für die Verwirklichung eines vereinten, nicht rassistischen und demokratischen Südafrikas zu arbeiten, um damit ein schnelles Ende der rassistischen Tyrannei sicher zu stellen, deren Gewalt weder alt noch jung in Südafrika, Namibia und im ganzen südlichen Afrika verschont.

Harare, Zimbabwe
26. September 1987

Gossner Mission

zu A 3501-1-581/88

Anlage 2

Internationale Konferenz über die Unterdrückung von Kindern und die Apartheidsgesetze in Südafrika - in Harare vom 24.-27.9.1987

Frank Chikane:"Der politische Kontext des Krieges gegen Kinder"

Chair-person, meine Damen und Herren, Freunde!
Bevor ich zum Thema "Der politische Kontext des Krieges gegen Kinder in Südafrika", bei dem Sie sich dem Problem von "Kinder, Unterdrückung und Gesetz im Apartheidstaat Südafrika" widmen müssen, komme, möchte ich mir die Freiheit nehmen, meinen Dank auszusprechen, den Organisatoren dieser Konferenz im Namen aller Südafrikaner, daß sie den Kampf von Südafrikanern, insbesondere Kindern, ernst nehmen.
Wir danken, daß sie auf unseren SOS-Ruf reagiert haben. Besonders möchte ich dem Erzbischof Trevor Huddleston vom Anti-Apartheid-Movement (AAM) in Großbritannien danken, der mit seiner Seele noch immer in Südafrika ist und der dem Ziel von Frieden und Gerechtigkeit für Südafrika tiefer verpflichtet ist als je zuvor, mit dem Ziel, daß das kriminelle System von Apartheid gehen muß.
Die zweite Person, der ich speziell danken möchte, ist Professor R. H. F. Austin von der Rechtsfakultät der Universität von Zimbabwe, daß diese wichtige Konferenz für die Int-eressen der brutal verfolgten Kinder in Südafrika hier ihren Gastgeber gefunden hat.
Ich möchte auch Mrs. Lisbet Palme danken, die Zeit dafür gefunden hat, ihre Solidarität mit uns auszudrücken, besonders mit den verfolgten Kindern in Südafrika. Als ich sie und ihren Gatten Olof Palme im Jahre 1984 zum ersten Mal getroffen habe, habe ich in ihnen beiden Hingabe und Einsatz für uns und unseren Kampf gegen das Apartheidsystem gefunden. Wir begrüßen alle Anstrengungen, die Sie unternehmen, wie es in den Reden heute morgen angesprochen wurde. Der "Olof-Palme-Kinder-Trust" ist ein Zeichen dafür, daß sie sich um das Leben der Kinder in Südafrika, die Opfer der staatlichen Gewalt sind, sorgen.
Chair-person, dieses ist die erste Gelegenheit, daß ich mich öffentlich an den Präsidenten des ANC wenden kann. Mein Dilemma ist, wie ich ihn ansprechen soll, ohne zu einem Opfer eines "Hochverratsprozesses" zu werden. Ich vermute, daß, wenn ich ihn "Geehrter Herr Präsident" anspreche, dieses als eine Beleidigung verstanden werden könnte. Wenn ich sage, daß es ein Privileg ist, ihn unter uns zu haben, könnte dieses auch eine Beleidigung hervorrufen.
Aber, Chair-person, lassen Sie uns die Wahrheit sagen und zwar die ganze Wahrheit. Es wäre eine Beleidigung für Sie, Sie auch nur im Geringsten mit diesen brutalen Mördern und Folterern von Kindern schon im Alter von 7 Jahren, in Verbindung zu bringen. Wenn ein Regime es verweigert, ein 11jähriges Kind auf Bewährung zu entlassen, weil dieses 11jährige Kind eine Bedrohung für die Sicherheit des Staates darstellen würde, dann muß etwas drastisch verkehrt sein mit diesen Erwachsenen. Kein Versuch von Propaganda wird uns darin irre machen, dieses zutiefst inhumane System zu entfernen.
Es ist weiterhin wichtig für mich, Chair-person, daß ich im Auftrag aller Südafrikaner (mit Ausnahme des weißen Minderheitenregimes) Grüße übermittle dem Genossen Präsident Mugabe, dem Volk von Zimbabwe und den Führern und Völkern der Frontstaaten. Wir begrüßen eure mutige Entschlossenheit, den kriminellen Kräften und Agenten des Apartheid- Regimes zu widerstehen. Wir wissen, wieviel dieser

Gossner Mission

Stand gegen das barbarische System euch gekostet hat, in Bezug auf Todesopfer und ökonomische und politische Destabilisation. Wir wissen und sind uns sehr wohl bewußt über die Art und Weise, wie die Kräfte der Reaktion Hunger als eine politische Waffe auf Kosten von Hunderttausenden unserer Brüder und Schwestern in allen Staaten des südlichen Afrikas benutzen.
Seien Sie versichert, daß die unterdrückten Massen in Südafrika ihre Not, ihr Leiden und Tod um ihretwillen sehr ernst nehmen. Sie betrachten sie als einen Teil ihrer selbst. Eure Verletzung ist ihre Verletzung. Eure Not ist ihre Not und wenn immer ihr attackiert werdet, fühlen sie die stärkere Verpflichtung noch vehementer gegen das System zu kämpfen, um seinen Untergang zu beschleunigen.
Das Apartheid-Regime hat die Region des südlichen Afrika zu einem Subkontinent von Flüchtlingen und Exilanten gemacht. Es hat diese Region in einen Krieg gestürzt, der an mehreren Fronten geführt wird. Von Luanda nach Maputo. Von Lusaka bis Kapstadt. Wir können es nicht zulassen, daß diese Situation sich ewig fortsetzt. Wir müssen diesen Subkontinent in ein vereinigtes Homeland verwandeln, in dem alle in Frieden und Reichtum leben können. Wir müssen das ökonomische Potential dieser Region freisetzen, nicht nur zum Wohl des Volkes von Südafrika, sondern zum Wohl des gesamten afrikanischen Kontinents, ja der ganzen Welt.
Der Krieg gegen Kinder in Südafrika findet in diesem Gesamtkontext des Konfliktes und der Destabilisationspolitik des Apartheid-Regimes statt.
Chair-person, wir sind auf Ihre Einladung hierhergekommen, um mit Ihnen unseren Schmerz und unser Leiden und sogar Tod, besonders der Kinder, zu teilen. Wir hoffen nur, Chair-person, daß es immer noch Menschen in der Welt gibt, die genug moralischen Instinkt haben. um durch unsere Zeugenschaft zu entschiedenem Handeln bewegt zu werden, die es dem Apartheid-Regime unmöglich machen, auch nur einen Tag länger zu existieren. Wir hoffen ferner, Chair-person, daß die, die dieses unmenschliche Regime noch unterstützen oder mit ihm zusammenarbeiten, noch ein Gefühl von Moralität in sich haben, um durch ihre Toten in Scham versetzt zu werden und ihre Unterstützung für das System zurückziehen.
Chair-person, den Kindern von Südafrika, besonders den schwarzen Kindern, wird ihr Recht verweigert, Kinder zu sein. Kinder in unserem Land werden gewaltsam durch die Umstände gezwungen, frühzeitig zu Erwachsenen zu werden. Sie sind in eine Situation gestellt, in der sie Entscheidungen fällen müssen, die normalerweise von Erwachsenen gefällt werden sollten. Sie werden dazu gezwungen Dinge zu wählen, was ihrem Alter nicht entspricht. Sie sind dazu gezwungen, [illegible], die sie als Kinder nicht kämpfen sollten.
Sie möchten die Chance haben, Kinder zu sein und sich natürlich wie andere Kinder zu entwickeln. Sie sollen "Verstecken" spielen. Sie wollen "Vater und Mutter" spielen. Sie wollen Kinderspiele spielen wie andere Kinder und nicht so mit der Realität konfrontiert werden, wie das ihrem Alter nicht entspricht.
Ihr normales und natürliches Wachstum als Kinder ist gewaltsam unterbrochen worden und wird unterbrochen und sie werden dazu gezwungen, frühzeitig zu Erwachsenen zu werden.
Für den Zweck dieser Konferenz werde ich mich auf den Kontext des Kreises gegen die stimmlose (oder: die ohne Stimme) Mehrheit in Südafrika konzentrieren.

Gossner Mission

Um zu verstehen, welche Form dieser Krieg heute annimmt, und die Natur der Kriege zu begreifen, ist es nötig, die Ursprünge unseres Ka-mpfes im Land in der letzten Dekade aufzuzeigen.
Ich schlage vor, daß wir kurz den Hintergrund der Krise von Apartheid und weißer Vorherrschaft, die eine Änderung einer Strategie in den siebziger Jahren erfordert hat, auszuführen.
Ich werde dahingehend argumentieren, daß die Veränderungen das Apartheid-Regime nicht begünstigt, sondern die Krise und den Konflikt innerhalb des Systems verschärft haben. Die Diskussion wird uns zu den zwei Erhebungen des Ausnahmezustandes 1985 und 1986 führen, bevor wir zu der Zeit kommen, in der unsere Kinder brutal unterdrückt werden.

Ereignisse, die zu Südafrika Anwendung des repressiven Staatsapparates führten
==========

Die Unabhängigkeit von Mocambique und Angola im Jahre 1975 haben die Ballance der Kräfte in der Region des südlichen Afrikas verändert. Sie hat den sogenannten "cor on sanitaire" (Säuberungskette) von Kolonien unter weiß-er Vorherrschaft zerrissen, die dem Apartheid-Regime ein Gefühl der Sicherheit und des Vertrauens gegeben haben, die politischen Ansprüche der schwarzen Mehrheit unbegrenzt unterdrücken zu können. Der Fall der portugiesischen Kolonien hat den Kampf gegen koloniale und neokoloniale Herrschaft näher an das Herzland der weißen Unterdrückung und Ausbeutung gebracht. Dieses hatte Sicherheitsprobleme für Südafrika zur Folge. Der Aufstand von Soweto (1976), gefolgt von der UN-Resolution des Sicherheitsrates von November 1977 über ein mandatorisches Waffenembargo gegen Südafrika; die Guerilla-Aktionen des ANC werden angefacht durch den Soweto-Aufstand; die ökonomische Krise von 1974 bis 1978; der substantielle Rückzug von ausländischem Kapital; all diese Fakten haben dazu beigetragen, die Krise des Regimes zu verschärfen. Die weiße Hegemonie war im Wanken.
In Antwort auf die Krise hat das Apartheid-Regime 1977 ein Verteidigungspapier erstellt, welches die Grundlage für P.W. Bothas "totalen Angriff" von jenseits der südafrikanischen Grenzen darstellt. Dieser "totale Angriff" brauchte eine "totale nationale Strategie". Der "totale Angriff", dem Südafrika gegenüberstehe, sei ein kommunistisches Komplott. Joseph Hanlon hat diese Ansicht von Südafrika wie folgt formuliert:
"Das Konzept des 'totalen Angriffs' hat die 'rote Gefahr' mit der 'schwarzen Gefahr' und die Verteidigung von Apartheid und die Verteidigung der westlich-christlichen Werte gleichgesetzt."
(Beggar your Neighbour. Apartheid Powers in Southern Africa, London: CIIR, 1986, p. 7.)
Er sagt, daß die Formulierung zwei Vorteile für das weiße Südafrika bringe. 1. daß alle Kritik an Apartheid als kommunistisch diffamiert werden könne,

2. daß sie die Bedingungen schaffe, die Südafrika dem Westen und dem weißen Südafrika als die letzte Bastion gegen den Kommunismus und den Protegé westlicher Werte erscheinen lassen. Sie schaffe einen ernsthaften Widerspruch für den Westen, der fühlen solle, daß wenn Apartheid attackiert wird, de facto der SU geholfen werden würde.
Die "totale Strategie", mit der diesem "totalen Angriff" begegnet werden soll, enthält unter anderem folgende Elemente:

Gossner Mission

1. Die Notwendigkeit eine Art von Regierung der nationalen Einheit zu formieren, die die weiße Vorherrschaft verteidigen soll. Das gegenwärtige "Tri-cameral-system" (Drei-Kammer-System) wurde aus der Notwendigkeit des Rassistenregimes gebildet, die sogenannte indische und farbige Bevölkerung in Südafrika und einige Schwarze der Mittelklasse in eine "Junioren-Partnerschaft" mit der weißen Minderheit gegen die schwarze Mehrheit zu ziehen.
2. Unterdrü-ckung von sämtlichen Antiapartheid-Aktivitäten und denen, die dem System gegenüber Widerstand leisten.
3. Die Errichtung von Südafrika Hegemonie über die Region des südlichen Afrikas, soll die, die das Apartheid-Regime ablehnen, zum Schweigen bringen und vor allen Dingen den ANC-Guerilla-Krieg gegen Südafrika neutralisieren. Dieses beinhaltet eine Kombination von diplomatisch/politischen, ökonomischen und militärischen Strategien.
   Das Verteidigungspapier von 1977 erklärt die Notwendigkeit, die Machtballance im südlichen Afrika zu erhalten, und ruft außerdem zu ökonomischen Aktionen auf, die die politische und ökonomische Kollaboration fördern.
   Diese vorgeschlagene Kollaboration wurde später "Konstellation der Staaten im südlichen Afrika" genannt. (CONSAS)

Die "totale Strategie" zielte deshalb darauf ab, in diesem Sinne Südafrikas Position als "regionale Kraft" zu festigen und die "Konstellation der Staaten" unter seine Vorherrschaft zu etablieren. Sie würde einen "gemeinsamen Ansatz" sowohl bezüglich der Sicherheit als auch der ökonomischen Front gegen das, was man die Auswirkung des kommunistischen Einflusses in die Region nannte, ermöglichen.

Der dritte Strang dieser "totalen Strategie" wurde durch die Unabhängigkeit von Zimbabwe und durch die Formation der Konferenz für Koordination der Entwicklung des südlichen Afrikas (SADCC) zunichte gemacht, die die Hoffnung auf eine Formierung des CONSAS zerstörte.
Um den Kontext des Krieges in Südafrika zu verstehen, müssen wir deshalb auf die ersten beiden Stränge schauen, nämlich "Reform" und "Unterdrückung".
Es ist schon jetzt ein geschichtlicher Fakt, daß die unterdrückten Massen von Südafrika die Taktik dieser Reformen durchschaut haben. Sie haben sich gegen sie aufgelehnt und sie zurückgewiesen.

Der Staat hat deshalb den zweiten Strang der "totalen Strategie" eingesetzt. Armee und Polizei okkupieren die town ships, Tausende von Menschen werden getötet, viele tausend werden festgenommen, viele von ihnen gefoltert.
Und dieses richtete sich besonders gegen junge Leute unter 25. Viele der Betroffenen waren Kinder unter 18 Jahren. Aber die brutalen Attacken durch den Staat haben nur dazu geführt, die Militanz und die Wut der Menschen zu steigern, insbesondere der jungen Leute.
Bestenfalls haben die Reformstrategien dazu beigetragen, Menschen gegen den subtilen Versuch, Apartheid und weiße Vorherrschaft weiter abzusichern, zu mobilisieren und zu organisieren.

Gossner Mission

Die Kampagne, vor allem durch die United Democratic Front (UDF) geführt, hat die Massen zusammengeschweißt und die politische Lage in Südafrika transformiert.
Die politische Komplexität dieses Landes wurde rapide verän-dert als die Organisation der Masse sich wie ein Buschfeuer verbreitete.
Im ganzen Land, vom kleinsten Ort bis in die Großstädte organisierten sich Menschen in demokratischen Struktu-ren, mit welchen sie ihren Bedü-rfnissen und Hoffnungen Ausdruck verliehen. Diese Strukturen (Straßenkomitees, Ausbildungskomitees, Basisgerichte etc.) wurden durch das Regime für subversiv erklärt, weil sie gegen die Strukturen der Apartheids-Regierung gerichtet waren.
Die Arroganz des Systems, die Verweigerung des "tri-cameral"-Systems durch das Volk zur Kenntnis zu nehmen, und das Ignorieren der Bestrebung des Volkes durch Inkraftsetzen von neuen Unterdrückungsstrukturen (nach den sogenannten Farbigen- und Indianerwahlen im August 1984) schuf eine explosive Situation, die im September 1986 in Vaal zündete. Dieses Ereignis löste eine Welle von Aufständen im ganzen Land aus, die die eingesetzten schwarzen Autoritäten vor Ort zerschmettert zurückließ. Die Polizei, Kollaborateure und Informanten wurden aus den townships vertrieben, es sei denn, sie kamen mit der Unterstützung des Militärs und der Sicherheitskräfte.
Kurz, die Menschen verweigerten einfach, mit einem System zu kollaborieren oder zu kooperieren, das sie unterdrückt. Sie weigerten sich vom Apartheid-System beherrschen zu lassen.

Krieg gegen die Menschen von Südafrika

Der Staat erklärte zwischen Juli 1985 und März 1986 den Ausnahmezustand, der im Juni 1986 wiedererklärt wurde. Die Südafrikanische Armee, eine Kriegsmaschinerie, wurde in die townships, Schulen, Dörfer, ja in jeden Teil des Landes gesandt. Soldaten und Polizei, die nun Sicherheitskräfte genannt werden, wurden für jeden Akt der Gewalt, der gegen die lokale Bevölkerung begangen wurde, legitimiert. Soldaten wie Polizei hatten unbegrenzte Macht, zu verhaften, Hausdurchsuchungen durchzuführen, Meetings und Beerdigungen aufzulösen, Straßensperren zu errichten und townships und Dörfer abzuriegeln. Sogar Flugzeuge werden in Sicherheitsoperationen eingesetzt, um zu verunsichern, Propagandamaterial zu verbreiten und Demonstrationen zu verhindern. Townships werden mit Scheinwerfern erleuchtet, um Nachtoperationen zu gewährleisten. Es wurde ebenfalls berichtet, daß Militäreinheiten aus der Namibiakriegszone eingesetzt werden.
Während dieser Zeit hatten wir brutale Ermordungen von unseren Menschen durch Südafrikas Sicherheitskräfte und Schlägertruppen, Menschen sind umgesiedelt worden wegen des Terrors, der durch die Sicherheitskräfte und Killerkommandos ausgelöst wurde. Ebenfalls fand eine intensive Desinformationskampagne statt, die viele Menschenleben gekostet hat. Dieses wird noch durch eine Behinderung des freien Informationsflusses verstärkt.

Krieg gegen Kinder

Die Mobilisation der Armee gegen die schwarze Majorität zeigt sich besonders klar daran, daß das Regime das ganze unterdrückte Volk als "Unsicherheitsfaktor" ansieht. Es hatte die Intention, den Geist des Widerstandes, der das ganze Land ergriffen hatte,

Gossner Mission

zu brechen, und die Kräfte der nationalen Befreiung hinwegzuwischen, um eine politische Wüste zu schaffen, in welche die regierungsnahen Kräfte und andere kooperative Elemente einziehen könnten. Berichte erreichen Kirchen und andere Körperschaften, in denen eine Unterdrükkung im ganzen Lande angezeigt wurde. Es zeigte sich, daß nach Ausrufung des Ausnahmezustandes ein großer Bereich von Menschen, ohne Bezug auf ihr politisches Engagement, durch sogenannte Kräfte von Gesetz und Ordnung terrorisiert werden.
Klar angezeigt wurde durch diese Berichte auch, daß das Hauptziel des Terrors Jugendliche und Kinder waren. Das überrascht auch nicht, sind doch seit dem 16. Juni 1976 die militantesten, energischsten und mutigsten Kämpfer gegen Apartheid Kinder und Jugendliche. Viele dieser jungen Leute sind durch blanken Haß der Apartheid dazu getrieben, sich täglich in den Schlachten mit Sicherheitskräften und all denen, die sie als Apartheid durchsetzende Kräfte ansehen, zu engagieren. Der Staat hat daraus geschlossen, daß man, um den Geist der Gemeinschaft zu brechen, den Geist der Jugend brechen muß. Nicht nur derer, die ausdrücklich in der Organisation der demokratischen Entwicklung beteiligt sind, sondern den Geist der ganzen Jugend. Mit dem nationalen Notstand sahen wir eine umfassende Kampagne des Terrors gegen unsere Jugend.
Hundert von Berichten über offensichtlich wahllose Übergriffe, Einschüchterungen und Ersch ießungen von Jugendlichen auf den Straßen, in Schulen, beim Einkaufen, bei Beerdigungen und Andachten usw. erreichten uns. Ein bestimmtes Muster der Anwendung wiederholte sich in jedem Teil des Landes. Die Attacken waren keine einfachen Überreaktionen von übereifrigen Sicherheitskräften, sondern eindeutig Teil einer bewußten Politik der Einschüchterung der Jugend.
Für jeden, der meint, es handele sich um eine Übertreibung, wenn man von Polizeiterror spricht, hier der Bericht eines 15jährigen Jungen, der nie ein Aktivist gewesen ist. Er lautet wie folgt:

"An einem Freitag nach der Schule ging ich mit meinem Freund spazieren, als ich einen Polizeibus sah, der sich uns näherte. Mein Freund bekam Angst und lief los. Sechs Polizisten, 2 Weiße und 4 Schwarze, stiegen aus dem Bus aus. Der weiße Poli-zist schlug mich mit seinem Gewehr nieder und dann trugen mich drei zur Strassenecke. Die anderen drei versuchten, meinen Freund zu verfolgen, aber sie kriegten ihn nicht. Der weiße Polizist und zwei schwarze schlugen mich mit Gummiknüppeln. Sie bedrohten mich mit dem Messer. einer der Polizisten fordertmich auf, wegzulaufen, so daß sie mich erschießen könnten. Der Bus mit den anderen drei Polizisten kam zurück, man warf mich in den Bus. Sie fuhren mich auf einen Schulhof, wo sie mich wieder mit Gummiknüppeln und Stiefeln schlugen. Dann verhüllten sie meinen Kopf mit einem schmutzigen Lappen und banden mir die Hände mit meinem Gürtel auf dem Rücken zusammen. Sie stellten mich an eine Wand und sagten, sie würden mich erschießen. Es kamen Menschen auf den Schulhof und als sie mich an der Mauer stehen sahen, fingen sie an zu schrei-en. Die Polizisten nahmen mir die Binde ab und zeigten mir einen Reifen. Sie drohten, mir den Reifen umzulegen und in Brand zu setzen.
Ein Schwarzer sagte, daß sie von Port Elizabeth geschickt worden seien, um Menschen umzubringen und daß sie mich als Beispiel verwenden würden. Aber der weiße Polizist sagte, sie müßten aufhören, weil andere Leute auf dem Schulhof sich die Nummer des Polizeiautos notiert hatten. Dann brachten sie mich an eine Polizeistation und fragten die Polizei dort, wo man mich einsperren könne wegen des Verdachts von Autodiebstahl. Drei Tage später wurde ich freigelassen, ohne irgendeine Anklage."
(Abanawana Dazabalaza, DFSC memo ., p. 31)

Gossner Mission

Um die Jugend einzuschüchtern und zu demoralisieren, insbesondere Schulkinder, haben sie mit Festnahmen, systematischen Jagden und Zurschaustellen von Kraft bei Beerdigungen und Versammlungen begonnen. Zu einem bestimmten Zeitpunkt des Notstandes wurden die Schulen von Sicherheitskräften besetzt. Es gibt Berichte, daß Schulkinder von Sicherheitskräften terrorisiert werden. Soldaten und Polizei drangen in Klassenräume ein, attackierten und schossen auf Jugendliche auf dem Schulgelände, schlugen Kinder in den Klassenräumen etc.
Ein Lehrer aus Tumahole des Orange Free State sagte in einer beschworenen Aussage:

> "Seit der Eröffnung des Schuljahres am 14. Juli 1986 sind Mitglieder der südafrikanischen Polizei und der Stadtpolizei ständig in unserer Schule zugegen gewesen. Für mich als Lehrer stellt die starke Präsenz der Sicherheitskräfte eine Störung des Unterrichtes dar. Meine Schüler fragen mich oft, warum die Polizei immer da ist, aber wegen der Warnung des Direktors war ich nicht in der Lage, diese Probleme mit Studenten in meiner Klasse zu diskutieren... während der Pausen besetzten die Sicherheitskräfte den Eingang zum Schulhof, als ob sie jeden daran hindern wollten, das Schulgelände zu verlassen. Sobald es klingelt, fangen die Sicherheitskräfte an, die Schüler in die Klassenräume zu drängen. Sie lassen nicht einmal eine vernünftige Zeit zu, den Klassenraum zu erreichen, sondern stoßen die Schüler auf ihren Weg in den Klassenraum... Ich habe des öfteren blaue Flecke und Verletzungen gesehen, die meinen Schülern bei diesen Aktionen zugefügt wurden... Schüler sind mit Absicht und ohne Ursache ungesetzlich angegriffen und verletzt worden.
>
> (Abantwana Bazabala, D. P. S. C. Report pp. 68-70)

> Fälle von Massenverhaftungen sind berichtet worden, Zum Beispiel ist eine ganze Schule von 1200 Soweto-Schülern verhaftet worden, offensichtlich, weil sie das Schulgelände zu einer Zeit verlassen haben, als der Ausnahmezustand es verbot. Der Oberste Gerichtsrat verfügte ihre Freilassung. Ich persönlich habe es erlebt, daß Pfarrer und Lehrer mit dem Problem zu kämpfen hatten, verhaftete Kinder zu haben, die gegen die Ausnahmeregeln verstoßen hatten."

Noch in diesem Monat erhielt ich einen SOS-Ruf von einem kleinen Büro aus dem Orange Free State, von Petrus Steyn, der darauf hinwies, daß der Angriff gegen Schulkinder noch anhält. Leute aus diesem Gebiet haben berichtet, daß am 2. September Kinder aus der Secondary Schod zu einem Schulboykott aufgerufen haben, um gegen die Verhaftung von 2 Aktivisten und gegen korporative Bestrafung durch den Rektor zu protestieren.
Als Lehrer der benachbarten Primary Schod davon hörten, schickten sie die Kinder aus Sicherheitsgründen nach Hause. Während die Kinder nach Hause gingen, kam die Polizei und attackierte die Kinder mit Schlagstöcken. Eine unbekannte Zahl von Kindern wurde verhaftet und einige Kinder mußten wegen schwerer Verletzungen behandelt werden.
Neben den Terroraktionen in Schulen, auf Straßen und zu Hause wurden viele verhaftet und gefoltert. Während des 85er Ausnahmezustandes waren von den 11.500 Verhafteten 2.000 unter 16 Jahren. Während des 86er Ausnahmezustandes waren von den 22.000 Verhafteten 8.800 unter 18 Jahren (die meisten von ihnen zwischen 13 und 18).

Gossner Mission

Einige von ihnen waren unter 9 Jahre alt. Am 3. November 1986 waren 407 Kinder in Untersuchungshaft.
Ein jüngstes Memorandum des Komitees zur Unterstützung der Eltern von Verhafteten (DPSC) sagt, daß am 22. September 1987 die Zahl derer, die unter den Notstandsgesetzen verhaftet worden sind (soweit deren Zahl gemeldet wurde), 180 beträgt, davon sind 112 noch in Haft. Bis zum 22. September 1987 waren einige der Kinder 485 Tage in Haft.

Die Politik des bewußten Terrors hat Recht in Gefängniszellen verwandelt. In einer Untersuchung über 65 verhaftete Kinder durch den DPSC konnten nur 10 Kinder mit organisatorischen Beziehungen und Führungsverantwortlichkeiten identifiziert werden. Desweiteren sind 64 von diesen 65 Kindern gefoltert worden.
Viele der Verhafteten haben berichtet, daß sie in Haft terrorisiert und gefoltert wurden, bis sie Verbrechen "gestanden" haben, die sie nicht begangen haben. Sogar die Gerichte sind als Waffen benutzt worden, Kinder zu terrorisieren.
Kinder, die selbst Opfer der Gewalt von Sicherheitskräften geworden waren, wurden "öffentlicher Gewaltausübung" angeklagt! Wenn z.B. jemand angeschossen wurde, wurde ihm das Begehen eines Verbrechens unterstellt.
"Du wurdest verhaftet, um zur Gerechtigkeit gebracht zu werden", sagen sie. Nach Quellen des Justizministeriums sind allein 1986 1100 Personen wegen "öffentlicher Gewaltausbübung" angeklagt worden. Was die Zahlen des Ministeriums nicht zeigen, sind die ungeheuren Massen von Kindern, die wegen falscher Ans-chuldigungen verurteilt wurden, oder die, die freigelassen wurden oder gegen die die Anklage wegen Mangels an Beweisen fallengelassen wurde. Gelegentlich wurde die verlogene Justiz des ganzen Prozesses bloßgestellt, wie in dem Fall eines 12jährigen Jungen diesen Monat. Er war der"öffentlichen Gewaltanwendung" angeklagt. Der Junge, ein Zweitklässler aus Parys, hatte 11 Monate in Untersuchungshaft unter den Bedingungen der Notstandsgesetze zugebracht. Der Staat behauptete, daß er gestanden hätte, Steine auf das Auto eines township-Superintendenten geworfen zu haben. Aber der Verteidiger entdeckte, daß das behauptete "Geständnis" in Africaans geschrieben war, eine Sprache, die der Junge nicht versteht. Die Anklage gegen ihn und drei andere wurde fallengelassen.
(New Nation, 10. 9. 1987)

Ich glaube, daß ein DPSC-Repräsentant und andere Sprecher auf Details der Erfahrungen dieser Kinder und den Mißbrauch des Gesetzes, der mit dem Auftreten dieser Jungen vor Gericht zusammenhängt, noch eingehen werden.

Die Ziele der Repression

Aus der gegebenen Analyse ergibt sich klar, Chair-person, daß die Strategie der Benutzung des Repressionsapparates keine zufällige Erscheinung ist. Es ist nicht so, daß das A.R.S.A. in diese Situation durch Unruhe gedrängt wurde. Ich glaube, daß Strategie einen Baustein der "totalen Strategie" darstellt. Sie wurde angewendet, um die zu unterdrücken und zum Schweigen zu bringen, die sich weigerten, mit den Anstrengungen zur Erhaltung der weißen Vorherrschaft zu kollaborieren.
Das Ziel dieser Strategie der Unterdrückung ist es, unser Volk zu unterwerfen, und eine politische Wüste zu schaffen, die es ihnen ermöglicht, mit ihren Reformen fortzufahren.

Gossner Mission

Hier, Chair-person, braucht man nicht gewalttätig zu sein, um der brutalen Hand dieses Systems gegenüber zu sehen. Man braucht nur mit dem System nicht übereinzustimmen oder den Gang dieser Reformen vorauszusagen, herzuleiten, daß sie dazu dienen, Apartheid zu stützen und die Macht in den Händen der weißen Minorität zu halten, um sich dafür zu qualifizieren, durch das System brutal unterdrückt zu werden.
Heute, Chair-person, sind Chris Ngoobo, Jabu Mtshali, Nkululeko Douglas Mhlobi, Sidima Kabanyane, Phila Ngqumba, Mrolisi Jackson Juzil e, Raimond Sutner, Amos Masond und viele andere seit mehr als einem Jahr in Untersuchungshaft unter den Regeln des Ausnahmezustandes, ohne daß Anklage gegen sie erhoben wird, obwohl sie niemals die Hand erhoben oder Steine gegen irgendjemand geworfen hätten. Was haben Popo Molefe, Moss Chikane und andere im Delmas Treason Prozeß getan, außer daß sie friedlich geklagt haben in ihrem Kampf, die Apartheid in Südafrika zu beenden.
Chair-person, die Mitglieder des Komitees zur Krise der nationalen Ausbildung (NECC): Vusi Khanyile, Molefe Teele, Mr. Mogase, die nun im Gefängnis schmachten, was haben sie getan, außer daß sie so vernünftig waren, mit der Regierung darüber zu verhandeln, daß versucht würde, die Krise in der Ausbildung zu beenden.
Das selbe gilt für Eric Molbi, das einzig bleibende Mitglied der NECC-Exekutive, der sich seit über einem Jahr verbirgt, um zu vermeiden, daß er von den Sicherheitskräften verhaftet wird. Haben sie nicht mit dem amtierenden Minister für Ausbildung (De Beer) und für Polizei (Vlok) und anderen gesprochen, die Krise in der Ausbildung zu lösen.
Der einzige Grund, den ich in diesem Fall sehe, ist, daß sie nicht bereitwillig den Strategien des Regimes zustimmten und deshalb von der Bildfläche verschwinden mußten, damit nur die schwarzen "Gesichter" übrig bleiben, die mit ihren Strategien übereinstimmen.

Deshalb, Chair-person, bin ich davon überzeugt, daß die Forderung an den ANC, Gewalt zu verdammen, bevor mit ihnen verhandelt werden könne, ein bloßer Bluff ist. Es ist eine Vernebelungstaktik, die vermeiden soll, die Realität von grundlegenden Verhandlungen, die die dominante Position von Weißen in diesem Land in Frage stellen wird, zur Kenntnis zu nehmen. Ich will sagen, daß Gewalt hier kein Thema ist, sondern die Macht der Weißen.
Ich kann nicht anders, Chair-person, als den vorgeschlagenen National Statcury Council abzulehnen, weil es nur nach der Unterdrückung aller demokratischer Patrioten von Südafrika mit Beteiligung der übrigen kooperativen Elemente der schwarzen Gemeinschaft möglich ist. In jedem Fall kann der Nationalrat niemals ein effektives, verhandlungsführendes Organ sein, weil es ein Organ des Apartheid-Systems ist; um den herrschenden Rassismus abzusichern. Wenn es sich um ernsthafte Verhandlungen handeln würde, würde man die Befreiungsbewegungen vom Bann lösen, Mandela und andere politische Gefangene entlassen und die, die im Exil leben nach Hause zurückkehren lassen, damit sie an diesen Prozeß partizipieren könnten.
Die Strategie der Konterrevolution des Regimes, wie sie kürzlich von Vlok, Malan und anderen artikuliert wurde, ist zunächst, sich auf umfassenden Terror gegen unser Volk zu konzentrieren mit der Begründung, Revolutionäre und Radikale zu vernichten, sie zur Unterwerfung zu zwingen oder sie von der Szene verschwinden zu lassen.
Zweitens durch begrenzte ökonomische und politische Reformen die Leute zu pazifieren und ihre "Herzen und Sinne" zu gewinnen.

Gossner Mission

Drittens die sogenannte neue Dispension in ein politisches Vakuum zu etablieren, um die Macht der Weißen abzusichern. Das ist die sogenannte Dreiphasenstrategie der Konterrevolution, der das System verpflichtet ist. Dieser Kreislauf kann nach Erfordernis von Zeit zu Zeit wiederholt werden.

Dieses ist der Kontext und die Basis für die Unterdrückung von Kindern in Südafrika.

Chair-person, meine Damen und Herrn, ich glaube, daß nur sehr wenig für die Rettung der Kinder in Südafrika getan werden kann, ohne das Apartheid-System zu beseitigen. Das rassistische Apartheid-System ist böse und kann nur überleben durch die Ermordung von tausenden hilflosen Menschen in Südafrika.
Die Determination der Menschen, frei zu sein, wird dieses System dazu zwingen, alle Kräfte auf Kosten von zahllosen Menschenleben einzusetzen. Wenn nichts getan wird, Chair-person, werden wir bald über Millionen von Toten sprechen. Der Nazi-Holocaust, der 6 Millionen Leben gefordert hat, wird sich wie ein nebensächliches Ereignis ausnehmen gegen das, was wir vielleicht erleben müssen.

Chair-person, Apartheid muß gestoppt werden. Die Frage ist nur, wie sollen wir vorgehen?
Natürlich wissen die unterdrückten Massen in Südafrika nicht, was sie tun sollen. Die letzten Jahre haben ihren festen Willen zur Freiheit und ihren Einsatz dafür, daß ein gerechtes, nicht rassistisches, demokratisches Südafrika geschaffen wird, wo sowohl Schwarze als auch Weiße in Frieden zusammenleben werden, gezeigt. Sie haben sich unge-achtet der Kosten dafür eingesetzt. Progressive Kräfte der weißen Gemeinschaft sind übergelaufen und kämpfen an der Seite des Volkes.
Dieser Kampf hat zu einer neuen Dynamik und zu Widersprüchen innerhalb des herrschenden weißen Regimes geführt.

Ich möchte diese Gelegenheit dazu nutzen, die Ansichten und Gefühle der Majorität der friedliebenden Südafrikaner zu repräsentieren, indem ich dazu aufrufe, daß die internationale Gemeinschaft Druck auf Südafrika ausübt, damit es gezwungen wird, das Apartheid-System aufzugeben und zu erlauben, daß das Volk von Südafrika eine Regierung unter einer neuen Verfassung einsetzt, damit ein vereinigtes, gerechtes und nichtrassistisches demokratisches Südafrika entstehen kann.
Außerdem rufen wir die internationale Gemeinschaft dazu auf, den Staaten des südlichen Afrikas zu helf-en, die unter der Attacke von Apartheid-Kräften und -Agenten stehen.

Referent: Frank Chikane

(Abschrift von ESG-GS 87/78-45)

---

zu USB-Nr. 208/88

Gossner Mission